



# Landtag von Baden-Württemberg

7. Sitzung

16. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 29. Juni 2016 • Haus des Landtags

Beginn: 10:04 Uhr

Mittagspause: 15:28 bis 16:03 Uhr

Schluss: 18:44 Uhr

## INHALT

Eröffnung – Mitteilungen der Präsidentin . . . . .	131	Minister Thomas Strobl . . . . .	166, 174
Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen . . . . .	131, 213	Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD . . . . .	171
Glückwünsche zum Geburtstag des Abg. Dr. Jörg Meuthen . . . . .	131	<b>3. Aktuelle Debatte – Einstufung der Maghreb-Staaten als sichere Herkunftsländer – beantragt von der Fraktion der AfD . . . . .</b>	<b>175</b>
Glückwünsche zum Geburtstag der Staatssekretärin Petra Olschowski . . . . .	131	Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD . . . . .	176, 183
<b>1. Regierungserklärung von Herrn Ministerpräsident Winfried Kretschmann anlässlich der Entscheidung des Vereinigten Königreichs über einen Austritt aus der Europäischen Union – Ein Weckruf für alle europäischen Demokraten – mit neuer Leidenschaft für die europäische Idee eintreten</b>		Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE . . . . .	177, 183
und Aussprache . . . . .	131	Abg. Winfried Mack CDU . . . . .	178, 184
Ministerpräsident Winfried Kretschmann . . . . .	131	Abg. Rainer Hinderer SPD . . . . .	178, 184
Abg. Andreas Stoch SPD . . . . .	136, 156	Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP . . . . .	180, 185
Abg. Andreas Schwarz GRÜNE . . . . .	139, 157	Minister Thomas Strobl . . . . .	181
Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU . . . . .	142	Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD (persönliche Erklärung) . . . . .	185
Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD . . . . .	145	<b>4. Regierungsbefragung</b>	
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP . . . . .	150	<b>4.1 Hochwasserschaden in Stuttgart-Hofen . . . . .</b>	<b>186</b>
Minister Guido Wolf . . . . .	154	Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD . . . . .	186
Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP . . . . .	158	Minister Thomas Strobl . . . . .	186
Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD (persönliche Erklärung) . . . . .	159	<b>4.2 Abschlussbericht der Endlagerkommission . . . . .</b>	<b>186</b>
<b>2. Aktuelle Debatte – Lehren aus dem Verfassungsschutzbericht: Baden-Württemberg sicher machen gegen Terroristen und Islamisten – beantragt von der Fraktion der CDU . . . . .</b>	<b>159</b>	Abg. Bettina Lisbach GRÜNE . . . . .	186
Abg. Thomas Blenke CDU . . . . .	160, 170	Minister Franz Untersteller . . . . .	187, 188, 189
Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE . . . . .	161, 171	Abg. Daniel Renkonen GRÜNE . . . . .	188
Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD . . . . .	163	Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP . . . . .	188
Abg. Sascha Binder SPD . . . . .	163, 173	Abg. Paul Nemeth CDU . . . . .	189
Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP . . . . .	164, 174	<b>4.3 Hilfen für die Flutopfer im Land . . . . .</b>	<b>190</b>
		Abg. Sascha Binder SPD . . . . .	190
		Minister Thomas Strobl . . . . .	190, 191, 192, 193, 194
		Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP . . . . .	191, 192
		Abg. Rainer Hinderer SPD . . . . .	192
		Abg. Gabi Rolland SPD . . . . .	192
		Abg. Anton Baron AfD . . . . .	193
		Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP . . . . .	193
		Abg. Dr. Rainer Balzer AfD . . . . .	194

5. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP/DVP – <b>Gesetz zur Änderung des Fischereigesetzes für Baden-Württemberg</b> – Drucksache 16/47. . . . .	194	8. <b>Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder der Kommission nach Artikel 10 GG</b> . . . .	211
Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP. . . . .	194, 201	9. a) <b>Wahl von Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern des Verwaltungsrats des Badischen Staatstheaters</b>	
Abg. Reinhold Pix GRÜNE. . . . .	196	b) <b>Wahl von Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern des Verwaltungsrats der Württembergischen Staatstheater</b>	
Abg. Dr. Patrick Rapp CDU. . . . .	197	c) <b>Wahl von Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern des Verwaltungsrats des Landestheaters Württemberg-Hohenzollern</b> . . . . .	212
Abg. Udo Stein AfD. . . . .	198	Nächste Sitzung . . . . .	212
Abg. Ernst Kopp SPD . . . . .	198	Anlage 1	
Minister Peter Hauk . . . . .	199	Vorschlag der Fraktion GRÜNE – Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen . . . . .	213
Beschluss . . . . .	201	Anlage 2	
6. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP/DVP – <b>Gesetz zur Änderung des Bildungszeitgesetzes Baden-Württemberg (BzG BW)</b> – Drucksache 16/54. . . . .	201	Wahlvorschlag der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der CDU und der Fraktion der AfD – Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder der Kommission nach Artikel 10 GG. . . . .	214
Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP . . . . .	201, 207	Anlage 3	
Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE . . . . .	202	Wahlvorschlag der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der CDU, der Fraktion der AfD und der Fraktion der SPD – Wahl von Mitgliedern des Verwaltungsrats des Badischen Staatstheaters Karlsruhe, der Württembergischen Staatstheater Stuttgart und des Landestheaters Württemberg-Hohenzollern . . . . .	215
Abg. Claus Paal CDU . . . . .	203		
Abg. Carola Wolle AfD . . . . .	204		
Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD . . . . .	205		
Ministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut. . . . .	206		
Beschluss . . . . .	207		
7. Antrag der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – <b>Anpassung der Abgeordnetenentschädigung</b> – Drucksache 16/227 . . . . .	207		
Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE. . . . .	207		
Abg. Nicole Razavi CDU. . . . .	208		
Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD. . . . .	209		
Abg. Reinhold Gall SPD . . . . .	210		
Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP. . . . .	211		
Beschluss . . . . .	211		

## Protokoll

über die 7. Sitzung vom 29. Juni 2016

Beginn: 10:04 Uhr

**Präsidentin Muhterem Aras:** Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 7. Sitzung des 16. Landtags von Baden-Württemberg.

Urlaub für heute habe ich Herrn Abg. Jürgen Walter erteilt.

Krankgemeldet sind Herr Abg. Jürgen Keck, Herr Abg. Dr. Heinrich Kuhn, Herr Abg. Stefan Räßle und Herr Abg. Martin Rivoir.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt haben sich ganztätig Herr Minister Manfred Lucha, Frau Staatssekretärin Bärbl Mielich bis 11:15 Uhr und ab 16:00 Uhr Frau Ministerin Edith Sitzmann.

Eine Zusammenstellung der **E i n g ä n g e** liegt Ihnen vervielfältigt vor. – Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweisungsvorschlägen zu.

\*

Im Eingang befinden sich:

1. Mitteilung des Rechnungshofs vom 24. Juni 2016 – Beratende Äußerung „Strategische Prüfung Vergabe von Gutachten/Beratungsleistungen“ – Drucksache 16/150

Überweisung an den Ausschuss für Finanzen

2. Mitteilung der Landesregierung vom 27. Juni 2016 – Bericht der Landesregierung auf einen Beschluss des Landtags zu der Mitteilung des Rechnungshofs vom 21. Januar 2015; hier: Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsprüfung des ARD/ZDF-Kinderkanals (KiKA) – Drucksache 16/197

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

3. Antrag der Landesregierung vom 28. Juni 2016 – Änderung der Abgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien – Drucksache 16/219

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

\*

Auf Ihren Tischen finden Sie auch einen Vorschlag der Fraktion GRÜNE für Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen (*Anlage 1*). – Ich stelle fest, dass Sie den vorgeschlagenen Umbesetzungen zustimmen.

Meine Damen und Herren, wir haben heute zwei Geburtstagskinder in unseren Reihen. Eines der beiden ist allerdings noch nicht da. Ich gratuliere Ihnen, Herr Abg. Dr. Meuthen, im Namen des ganzen Hauses ganz herzlich zum Geburtstag.

(Beifall bei allen Fraktionen und auf der Regierungsbank)

Ich wünsche Ihnen für das neue Lebensjahr alles Gute, viel Glück und Gesundheit.

(Mehrere Abgeordnete begeben sich zu Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD.)

– Die persönlichen Glückwünsche bitte nach der Sitzung oder in der Pause.

Nun ist auch das zweite Geburtstagskind eingetroffen. Liebe Frau Staatssekretärin Petra Olschowski, auch Ihnen natürlich im Namen des ganzen Hauses die besten Glückwünsche zum Geburtstag. Ich wünsche Ihnen alles Gute, viel Gesundheit und Glück.

(Beifall bei allen Fraktionen und auf der Regierungsbank)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

**Regierungserklärung von Herrn Ministerpräsident Winfried Kretschmann anlässlich der Entscheidung des Vereinigten Königreichs über einen Austritt aus der Europäischen Union – Ein Weckruf für alle europäischen Demokraten – mit neuer Leidenschaft für die europäische Idee eintreten**

### und Aussprache

Ich erteile Herrn Ministerpräsident Winfried Kretschmann das Wort.

**Ministerpräsident Winfried Kretschmann:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! „Let Europe arise!“ In diesem Aufruf gipfelte eine der größten Reden von Winston Churchill. Vor Studierenden der Universität Zürich sprach sich der langjährige britische Premierminister 1946 für eine Erneuerung der „Europäischen Familie“ aus. Er sagte:

*Wir müssen ihr eine Ordnung geben, unter der sie in Frieden, Sicherheit und Freiheit leben kann. Wir müssen eine Art Vereinigter Staaten von Europa errichten.*

Was für eine Botschaft! Und das gerade einmal ein Jahr nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, der Europa in Schutt und Asche gelegt hatte.

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

70 Jahre später steht die europäische Einigung vor der tiefsten Zäsur ihrer Geschichte: Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger des Vereinigten Königreichs haben sich am vergangenen Donnerstag in einer konsultativen Volksabstimmung für den Austritt aus der Europäischen Union ausgesprochen. Zum ersten Mal will ein Land aus der EU austreten und nicht eintreten – wenn man einmal vom Sonderfall Grönland absieht –, und zwar nicht irgendein Land, sondern das Vereinigte Königreich, das nach der Bevölkerungszahl drittgrößte Land der EU, die zweitstärkste Wirtschaftsmacht der EU und – als Ständiges Mitglied im UNO-Sicherheitsrat – ein außen- und sicherheitspolitisches Schwergewicht auf der Weltbühne.

Unsere Beziehungen zu Großbritannien sind eng, unsere wirtschaftliche Kooperation ist immens. Baden-württembergische Firmen haben 2015 Waren im Wert von über 12 Milliarden € nach Großbritannien exportiert. Das Vereinigte Königreich ist damit nach Frankreich und den Niederlanden der größte Handelspartner in der EU.

Großbritannien ist eine der führenden Wissenschaftsnationen und ein enger und sehr wichtiger Partner für die Forscher und die Studierenden in unserem Land. Baden-württembergische Einrichtungen arbeiten derzeit in 332 EU-Forschungsprojekten mit Partnern aus Großbritannien zusammen, und allein zwischen 2008 und 2013 haben über 5 200 Studierende aus dem Ländle einen ERASMUS-Aufenthalt in Großbritannien absolviert.

Ich komme gerade von einer Reise in die Schweiz. Auch dort haben die antieuropäischen Kräfte 2014 mit der sogenannten Masseneinwanderungsinitiative einen folgenreichen Sieg errungen. Das hat heute schmerzhaft Konsequenzen für die Schweiz. Es war interessant zu hören, dass auch die, die diese Initiative befördert haben, jetzt wirklich vom Katzenjammer geplagt sind. Da sie die Freizügigkeit beschränkt, kann die Schweiz auch im Bereich der Wissenschaft nicht mehr voll am EU-Forschungsrahmenprogramm Horizon 2020 partizipieren.

Auch Großbritannien kann nach dem Austritt nicht einfach am Binnenmarkt teilnehmen. Das geht nur, wenn auch alle EU-Regeln eingehalten werden wie etwa die Freizügigkeit von Personen – Regeln im Übrigen, auf die Großbritannien als Nichtmitglied der EU zukünftig gar keinen Einfluss mehr haben wird.

Der Ausgang des Referendums war knapp. Dennoch ist das Ergebnis eindeutig: Die Briten wollen die EU verlassen. Diese souveräne Entscheidung respektieren wir.

(Beifall des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD)

Der bevorstehende Austritt eines der größten und wirtschaftsstärksten Länder der Union erschüttert Europa allerdings in seinen Grundfesten. Der 23. Juni 2016 ist also ein bitterer Tag für die europäische Einigung, ein bitterer Tag auch für Baden-Württemberg. Baden-Württemberg liegt im Herzen Europas, und unser Herz schlägt für den europäischen Einigungsprozess.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Denn kaum ein Land hat dem europäischen Einigungswerk so viel zu verdanken wie Baden-Württemberg. Gerade in dieser tiefen Krise Europas sage ich deswegen ganz klar: Die europäische Integration gehört für uns in Baden-Württemberg zur Staatsräson.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Das Bekenntnis unseres Landes zu Europa ist zu Recht auch in unserer Landesverfassung fest verankert, in der der Auftrag formuliert ist,

*dieses demokratische Land als lebendiges Glied der Bundesrepublik Deutschland in einem vereinten Europa, dessen Aufbau föderativen Prinzipien und dem Grundsatz der Subsidiarität entspricht,*

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD: Genau!)

*zu gestalten und an der Schaffung eines Europas der Regionen sowie der Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit aktiv mitzuwirken ...*

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der AfD)

Wir sind eine glückliche Generation: Noch nie gab es in der europäischen Geschichte eine längere Periode des Friedens, der Freiheit, der Demokratie, des Rechtsstaats und der Stabilität. Unsere Lage im Herzen Europas, die heute ein Segen ist, hat uns über Jahrhunderte eine endlose Folge von Konflikten und Kriegen beschert mit Millionen von Toten und Verwundeten. Erst nach den beiden Weltkriegen wuchs die Einsicht, dass diese blutige Spirale durchbrochen werden muss. Das war die Geburtsstunde des politischen Europas. Grausame Kriege, übersteigerter Nationalismus, Hass zwischen den Völkern – all das haben wir hinter uns gelassen. Deutschland konnte wieder vereint und die Ost-West-Teilung des Kontinents konnte überwunden werden. 70 Jahre Frieden – das ist ein ungeheures Glück, und das alles ist nicht selbstverständlich.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der AfD und der SPD sowie Abgeordneten der FDP/DVP)

Heute gilt auf europäischem Boden: Worte statt Waffen, Gipfel statt Granaten, Kooperation statt Krieg. Was für eine ungeheure zivilisatorische Leistung!

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der AfD, der SPD und der FDP/DVP)

Baden-Württemberg war einst eine arme Region. Das kann sich heute kaum ein Baden-Württemberger mehr vorstellen. Dass Baden-Württemberg heute ein wirtschaftlich starkes, ein innovatives, ein prosperierendes Land ist, das haben wir Baden-Württemberger und Baden-Württembergerinnen mit Fleiß erarbeitet, aber wir haben es zu einem großen Teil auch dem europäischen Einigungsprozess zu verdanken. Der Europäische Binnenmarkt ist weltweit der größte, von dem wir mit unserer extrem exportorientierten Wirtschaft auch besonders profitieren. Baden-württembergische Unternehmen liefern jährlich Waren und Dienstleistungen im Wert von knapp 100 Milliarden € in die EU. Ohne die europäische Einigung, oh-

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

ne den Europäischen Binnenmarkt wären wir also nicht so wohlhabend, wie wir sind. Auch das sollten wir nicht vergessen.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP)

Entscheidend ist aber auch: In der globalisierten Welt des 21. Jahrhunderts ist die europäische Einigung von zentraler Bedeutung für die Selbstbehauptung und Gestaltungskraft Europas in der Welt. Wir Europäer haben 1950 noch rund 20 % der Weltbevölkerung ausgemacht; im Jahr 2050 werden es noch etwa 5 % sein. Den Bevölkerungsanteil der einzelnen EU-Mitgliedsstaaten wird man bald nur noch in Promille messen können, nicht mehr in Prozent. Niemand kann sich einbilden, dass unsere Interessen in Zukunft noch gehört werden, wenn Frankreich oder Spanien, die Niederlande oder Polen, Italien oder Deutschland Politik nur auf eigene Faust versuchen. Die Europäische Union ist eine Wirtschafts- und Währungsunion, aber vor allem ist sie auch eine Wertegemeinschaft.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der AfD, der SPD und der FDP/DVP)

Nur ein geeintes, nur ein handlungsfähiges Europa kann in der Welt von heute für seine Grundwerte – Freiheit, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und soziale Marktwirtschaft – wirksam eintreten und dafür sorgen, dass diese auch in internationalen Regeln ihren Niederschlag finden. Auch das sollten wir uns immer wieder bewusst machen.

Frieden, Wohlstand, Gestaltungskraft in der Welt von heute – das sind drei Gründe, warum die europäische Einigung in unserem ureigenen Interesse, im wohlverstandenen Eigeninteresse ist.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Das heißt aber natürlich andererseits nicht, dass die europäische Einigung eine einfache, bequeme und mühelose Veranstaltung ist. Das Gegenteil ist richtig. Und das heißt auch nicht, dass in Europa alles gut oder gar perfekt oder vollkommen ist.

Ja, die europäische Verständigung ist anstrengend, sie ist mühsam, und sie ist auch kräftezehrend. Ja, oft fehlt es an Transparenz und Verständlichkeit von Entscheidungen, mancher Kompromiss der Mitgliedsstaaten ist nur der kleinste gemeinsame Nenner, und manchmal sind die europäischen Staaten gar nicht in der Lage, sich zu einigen. Ja, leider ist auch all das die Europäische Union. Diese Schwächen in der politischen Architektur Europas müssen klar und offen angesprochen und angegangen werden.

Aber vergessen wir nie, was wir an diesem Europa haben. Es ist jedenfalls das Beste, das wir je hatten.

(Beifall bei den Grünen, der CDU und der SPD sowie Abgeordneten der FDP/DVP und des Abg. Dr. Rainer Balzer AfD)

Gleichzeitig steckt Europa in einer tiefen Krise. Wir erleben, dass die europäische Einigung gefährdet ist und in vielen Län-

dern an Rückhalt verliert. Die Fliehkräfte in der Europäischen Union nehmen zu – das macht der „Brexit“ auf erschreckende Weise deutlich.

Die europäische Krise ist aber in erster Linie eine Krise der EU-Mitgliedsstaaten, der nationalen Regierungen, die immer öfter kurzfristige nationale Eigeninteressen über den europäischen Geist und das langfristige gemeinsame Interesse stellen.

Dies gilt etwa in der Flüchtlingspolitik. Ja, Europa hat in dieser Frage bisher keine überzeugenden Antworten gegeben und keine ausreichende Handlungsfähigkeit gezeigt. Dies aber Brüssel vorzuwerfen geht völlig fehl: Die EU-Kommission, das EU-Parlament haben viele gute Vorschläge auf den Tisch gelegt. Gehakt hat es im Europäischen Rat, weil sich einige Regierungen der Solidarität entziehen und sich beharrlich weigern, Flüchtlinge aufzunehmen. Immer wieder hapert es sogar an der Umsetzung gemeinsamer Beschlüsse. Es sind also die Mitgliedsstaaten, denen es an Problemlösungskompetenz fehlt – wenigstens einigen davon. Nationale Egoismen gewinnen an Gewicht, und so bröckelt dann der Zusammenhalt.

Zum Zweiten ist die europäische Krise eine Krise der Demokratien in Europa. In fast allen Ländern nimmt die Polarisierung der Gesellschaft zu. Die politische Kultur verroht, Parteiensysteme erodieren.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Rechtspopulistische und antieuropäische Kräfte haben Zulauf. Demagogen gelingt es, mit scheinbar einfachen Antworten mehr und mehr Menschen für sich zu gewinnen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Nirgendwo wurde diese Entwicklung deutlicher als in der Kampagne der „Brexit“-Befürworter. Sie war geprägt von plumpen Parolen gegen Einwanderung und hysterischen Angriffen auf die Europäische Union. So haben sich die Populisten im Mutterland der modernen Demokratie leider durchgesetzt. Dass sogar eine Abgeordnete für ihre europäische Gesinnung ihr Leben lassen musste, entsetzt uns alle.

(Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen)

Fast allerorten bedrängen Systemverächter die Demokratie. Die autoritäre Versuchung ist nach langen Jahren liberaler Verfassungsstaaten wieder da – also eine Politik, die vorgibt, dass sich alle Probleme der Welt am besten mit einer nationalen, autoritären, rückwärtsgewandten Politik lösen ließen.

Es wird also deutlich: Die Situation ist ernst. Der „Brexit“ kann der Anfang der Beschleunigung des europäischen Erosionsprozesses sein. Aber er kann auch der notwendige Weckruf an die europäischen Bürgerinnen und Bürger und an alle Europa wohlgesonnenen Politiker sein, enger zusammenzurücken.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der CDU und der SPD)

Es liegt an uns. Die Nationen Europas haben ihr Schicksal in der Hand. Wir dürfen jetzt weder in eine Schockstarre noch in Hysterie oder blinden Aktionismus verfallen.

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Wir dürfen weder verzagen und unsere Vision eines geeinten Europas kleinmütig aufgeben, noch ist jetzt die Zeit für ein trotziges „Jetzt erst recht!“, das so tut, als hätte es die dramatischen Erschütterungen nicht gegeben.

Wir brauchen nun eine Phase des Innehaltens und der Reflexion. Es ist an der Zeit für eine breite und engagierte Debatte der Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union über die Zukunft der europäischen Einigung. Die Landesregierung will diesen Diskurs unterstützen. Wir brauchen eine breite Debatte von unten: Welche Fragen müssen wir uns stellen? In welche Richtung könnten Antworten auf die Krise gehen?

Meine Damen und Herren, die Europäische Union im Ganzen ist unzweifelhaft eine Gemeinschaft des Wohlstands. Trotzdem dürfen wir nicht die Augen vor den Problemen verschließen. Besonders die südeuropäischen Länder kämpfen mit den Folgen der Schuldenkrise. Die Jugendarbeitslosigkeit ist dort sehr hoch, und die sozialen Verwerfungen nehmen zu.

Aber auch bei uns sind viele Menschen verunsichert durch die Globalisierung, durch die Veränderung der Arbeitswelt. Sie sorgen sich, zurückzufallen, und zweifeln an ihren Perspektiven.

Diese Sorgen müssen wir ernst nehmen, ohne ihnen allerdings hinterherzulaufen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der CDU und der AfD)

Arbeit, Einkommen, soziale Sicherheit: Diese Dimensionen der Europäischen Union, die im Vertrag von Lissabon verankert sind, müssen stärker betont und mit Leben erfüllt werden, innerhalb der bestehenden Kompetenzen und unter Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips.

(Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen)

Es ist letztlich in unser aller Interesse, dass die Lebensbedingungen in den verschiedenen Ländern Europas nicht weiter auseinanderdriften, sondern sich annähern, und dass alle Bürgerinnen und Bürger Europas vergleichbare Perspektiven haben. Wir müssen überzeugend darlegen können, dass wir in Baden-Württemberg, in Deutschland und in Europa alle im Blick haben, die Unterstützung durch die Gemeinschaft benötigen. Nur so können wir den Verlockungen vermeintlich einfacher Antworten etwas entgegensetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Was wir uns alle gemeinsam nicht weiter leisten sollten, ist das häufig zu beobachtende und immer wiederkehrende Muster: Wenn etwas gut läuft, dann waren es die nationalen Regierungen, wenn etwas schlecht läuft, dann war es Brüssel.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Europa wird von vielen Regierungen zu oft als Sündenbock genutzt und als Selbstbedienungsladen verstanden. Wir brauchen mehr Ehrlichkeit, Klarheit und Entschiedenheit in den europäischen politischen Debatten.

(Vereinzelt Beifall)

Wer Europa schlechtredet, muss sich nicht wundern, wenn gerade Menschen, die sich abgehängt fühlen, Europa den Rücken zukehren.

Wer ein starkes und handlungsfähiges Europa will, der muss auch die Voraussetzungen dafür schaffen und diese verteidigen und darf nicht herumlamentieren.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Ein gemeinsames Europa braucht verbindliche Regeln. Europäische Souveränität erfordert nationalen Souveränitätsverzicht. Europäische Handlungsfähigkeit braucht mehr Mehrheiten und weniger Vetorechte. Die Rosinen herauspicken, aber den Rebstock nicht düngen und wässern wollen, das geht nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

„Europa ist der immerwährende Kompromiss“, so hat der frühere Außenminister Joschka Fischer es kürzlich formuliert. Das ist das Wesen der Union aus 28, zukünftig 27 Staaten. Aber Kompromisse müssen immer erklärt werden, damit sie nicht als unzureichend wahrgenommen werden.

Deshalb sollten wir mehr Anstrengungen darauf verwenden, eine starke europäische Öffentlichkeit zu schaffen. Wir alle sind gefragt, die Entscheidungen aus Brüssel und Straßburg den Bürgerinnen und Bürgern nahezubringen, sie konkret und verständlich zu machen.

Lassen Sie uns grundlegende europäische Fragen häufiger im Landtag diskutieren und bei geeigneten Gelegenheiten im ganzen Land.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie des Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP)

Die Regierungsparteien haben sich im Koalitionsvertrag zudem vorgenommen, die hiesigen Mitglieder des Europäischen Parlaments in die Arbeit des Europaausschusses mit einzubeziehen.

(Zuruf: Ach!)

Wir wollen auch weiterhin mit Kabinettsitzungen in Brüssel dazu beitragen, die Bedeutung der EU für uns in Baden-Württemberg transparenter zu machen. Meine Regierung ist auf jeden Fall fest entschlossen, europäischen Fragen in ihrer Arbeit noch mehr Gewicht beizumessen.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

In der europäischen Politik sollte das Prinzip der Subsidiarität stärker gelebt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Es geht darum, die Dinge von unten her zu denken. Zunächst einmal ist die kleinste Einheit, die örtliche Gemeinschaft, die Kommune, aufgerufen, ihre Angelegenheiten selbst zu lösen. Nur wenn es über ihre Kraft geht, soll die nächsthöhere Einheit tätig werden, also die Region, der Mitgliedsstaat oder am Ende die Europäische Union. Die EU soll sich nicht um viele, sondern um die richtigen, um die großen Aufgaben kümmern – eben die, die nur sie wirksam wahrnehmen kann.

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Trotz immer wiederkehrender Beteuerungen nimmt die EU-Kommission das Subsidiaritätsprinzip nicht ernst genug. Noch gibt es zu viele unnötige Initiativen. Subsidiaritätsbedenken – etwa vom Bundesrat – werden oft mit standardisierten Antworten abgewiegelt.

Die Fragen, wie man die Versorgung seiner Bürger mit Wasser oder sozialen Dienstleistungen sicherstellt oder welche Aufgaben unsere Stadtwerke übernehmen dürfen, können wir z. B. gut vor Ort entscheiden und organisieren.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der AfD, der SPD und der FDP/DVP)

Oder es wäre schwer einzusehen und auszuhalten, wenn eine Wiedereinführung der Elementarschadenpflichtversicherung mit europäischem Recht unvereinbar sein sollte.

Und manchmal wäre mehr Sensibilität der EU-Kommission gegenüber nationalen Besonderheiten wünschenswert. Da denke ich z. B. an unser Sparkassen- und Genossenschaftswesen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Aber es ist klar: Es gibt Probleme, die nur die europäische Ebene wirksam lösen kann. Wenn es darum geht, Steuer-schlupflöcher für internationale Konzerne zu schließen, brauchen wir mindestens die europäische Ebene. Wenn es darum geht, Datenschutz im digitalen Zeitalter wirksam sicherzustellen, dann geht das nur europäisch. Ansonsten könnten große Konzerne den Flickenteppich nutzen, um den für sie bequemsten Weg zu gehen. Deshalb ist es gut, dass eine europäische Datenschutz-Grundverordnung verabschiedet werden konnte.

Schließlich erfordern die großen Krisen unserer Zeit ein gemeinsames Handeln Europas in der Welt, sei es der Klimawandel, die Bedrohung durch den Terrorismus oder die Flüchtlingskrise.

Mehr Subsidiarität heißt in manchen Bereichen also „mehr Europa“ und in anderen „weniger Europa“. Jede Ebene sollte sich um das kümmern, was sie am besten bewältigen und erledigen kann. Diese Unterscheidung muss uns besser gelingen. Ansonsten bekommen wir eine Politik, die sehr fern von den Menschen ist.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Frieden und Freiheit, Wohlstand und Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechte – wenn man die großen Linien der Geschichte in den Blick nimmt, ist dies alles andere als selbstverständlich. Deshalb dürfen alle proeuropäischen demokratischen Kräfte den kurz-sichtigen, geschichtsvergessenen, rechtsnationalen, rückwärts-gewandten Kräften nicht das Feld überlassen.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD)

Alle Bürgerinnen und Bürger, die wissen, was sie an Europa haben, sind jetzt gefordert, sich einzumischen, sich nicht einfach ins Private zurückzuziehen. Alle demokratischen europäischen Parteien sind gefordert, sich mit Herzblut für Europa einzusetzen und für seine Werte einzutreten.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD)

Wir müssen uns zudem noch mehr Mühe geben, die Vorzüge Europas nicht nur aus der Vergangenheit heraus zu erklären. Wir müssen den Blick darauf lenken, wie Europa ganz unmittelbar das Leben seiner Bürgerinnen und Bürger verbessert und ihnen Chancen eröffnet. Und wir müssen Europa als verheißungsvolles Zukunftsprojekt begreifen und erläutern, das allein geeignet ist, unsere gemeinsamen Werte dauerhaft zu sichern.

Was wir brauchen, ist eine neue, eine ernsthafte Leidenschaft für den europäischen Zusammenhalt, und zwar aus der Mitte der Bürgerschaft. Noch nie seit 1992 waren mehr Menschen in Deutschland von den Vorteilen der Europäischen Union überzeugt. Das hat eine Umfrage in der letzten Woche ergeben. Diese schweigende Mehrheit sollte kraftvoller als bisher ihre Stimme erheben.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Baden-Württemberg hat sich die Zukunft Europas schon immer zu Herzen genommen und mitgestaltet. Ich denke nur an den Einsatz meines Vorgängers, Erwin Teufel, im Europäischen Verfassungskonvent. Wir dürfen ihm dankbar sein, dass er heute noch, mit über 70 Jahren, ständig unterwegs ist, um für die europäische Idee zu werben.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Dr. Rainer Balzer AfD)

Deswegen sehe auch ich mich als Ministerpräsident dieses Landes durch die aktuelle Entscheidung, die uns alle betrifft, herausgefordert. Meine Regierung wird deshalb einen breiten Prozess der Diskussion und des Zuhörens anstoßen, indem wir Baden-Württemberginnen und Baden-Württemberger darüber debattieren, welches Europa wir in Zukunft haben wollen. Dabei setze ich besonders auf Impulse aus der Bürgerschaft, aus den Kommunen und den Regionen, aber selbstverständlich auch aus den Fraktionen des Landtags von Baden-Württemberg.

Darüber hinaus sehe ich es als unsere Aufgabe an, Europa auch auf der regionalen Ebene stärker erlebbar zu machen; auf dass es Halt und Heimat auf jeder Ebene bietet und die Horizonte erweitert.

Kooperationen von Regionen, Städtepartnerschaften lebendig halten, Schüleraustausche, internationale Studierendenprogramme, private Freundschaften – wir alle sind jetzt gefordert, Europa zu gestalten, Beziehungen zu knüpfen und zu pflegen, die alle zusammen das feine Netz ergeben, das uns verbindet und einander verstehen hilft.

Meine Damen und Herren, das europäische Haus ist also noch lange nicht vollendet. Wir müssen jeden Tag dafür kämpfen.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Wenn wir das alle in einem guten europäischen Geist tun, dann bin ich überzeugt, dass Europa seine besten Tage noch vor sich haben kann.

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Wir müssen die grundlegende Debatte darüber führen, wie die Zukunft der EU aussehen kann und welche Gestalt sie haben soll. Zunächst einmal müssen alle verantwortlichen politischen Kräfte ihre Energie darauf verwenden, mit den bestehenden Regeln bessere Ergebnisse für die Bürgerinnen und Bürger zu erzielen. Das geht nur, wenn die Staaten kompromissbereiter werden und vermeintliche kurzfristige nationale Interessen im langfristigen gemeinsamen Interesse auch einmal zurückstellen.

Populistischen Parolen müssen wir Problemlösungen, der Angstmache Tatkraft und den hasserfüllten Debatten eine neue Leidenschaft der Vernunft, aber auch eine neue Leidenschaft für unsere gemeinsamen Werte entgegensetzen, um Europa wieder in die Herzen der Menschen zu tragen.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der FDP/DVP)

Die europäische Integration ist ein Verdienst der Nachkriegsgeneration und weitsichtiger Politiker dieser Zeit. Aber sie ist zugleich das zentrale Projekt für die zukünftigen Generationen. Wir haben den Hinweis, dass bei den jungen Briten eine überwältigende Mehrheit für den Verbleib in der EU ist. Auch das sollte ein Weckruf für uns sein.

Lassen Sie uns alle in diesem Bewusstsein für eine gute Zukunft Europas arbeiten. Lassen wir also 70 Jahre nach Churchills großer Rede einen neuen europäischen Geist entstehen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP sowie des Abg. Dr. Rainer Balzer AfD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Meine Damen und Herren, für die Aussprache über die Regierungserklärung haben die Fraktionen eine Redezeit von 20 Minuten je Fraktion vereinbart.

In der Aussprache erteile ich nach § 83 a Absatz 3 der Geschäftsordnung für die Fraktion der SPD Herrn Fraktionsvorsitzendem Stoch das Wort.

**Abg. Andreas Stoch SPD:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Das europäische Projekt, die europäische Idee ist offensichtlich für viele Menschen inzwischen zu abstrakt geworden. Deswegen möchte ich an den Beginn meiner Ausführungen einen ganz persönlichen Eindruck stellen.

Meine älteste Tochter, 17 Jahre alt, ist am vergangenen Samstag nach England, nach London geflogen, um dort für vier Wochen ein Sozialpraktikum in einer Behinderteneinrichtung zu machen. Meine Tochter, mit der ich in den letzten zwei Tagen viel telefoniert habe, hat mir frische Eindrücke aus England, aus dem Süden Englands vermittelt, aus den Familien der Freunde, bei denen sie ist, von den Menschen, mit denen sie spricht.

Die Menschen in England waren nach dem Ergebnis dieses Referendums gewissermaßen in einem Schockzustand. Viele fühlten sich, als ob man ihnen einen Eimer kaltes Wasser über den Kopf gegossen hätte. Viele wissen nicht so richtig: Was passiert denn da jetzt? Eine unglaublich große Unsicherheit herrscht in diesem Land.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, diese Unsicherheit, dieses Unverständnis über diese Entscheidung schlägt langsam, aber sicher auch in Wut um. Diese Wut, diese Verzweiflung, gerade der jüngeren Generation, bricht sich jetzt Bahn. Denn es kommen Diskussionen auf, die beinhalten: „Wo gehen wir hin? Denn dieses Land bietet uns offensichtlich nicht mehr die richtige Perspektive.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch das muss uns schrecken. Uns muss erschrecken, dass in einem Land wie Großbritannien jetzt z. B. in Schottland natürlich wieder Diskussionen aufkommen über die Frage des Zusammenhalts. Wenn in Schottland jetzt konkret über ein zweites Unabhängigkeitsreferendum nachgedacht werden muss, dann wissen wir alle, dass das aktuelle Referendum nicht nur ein Akt ist, mit dem ein Land aus der EU austritt. Es ist ein Akt, durch den die Stabilität in Europa insgesamt leidet. Das kann nicht im Interesse Europas und der anderen Staaten in Europa sein.

(Beifall bei der SPD und den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Die Menschen fragen sich aber auch: Was ist eigentlich hier passiert? Was sind die Ursachen dafür, dass offensichtlich mehr als 50 % der Menschen sagen: „Nein, wir wollen diese Europäische Union nicht“? Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Genossinnen – –

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD, der Grünen, der CDU und der FDP/DVP – Abg. Reinhold Gall SPD: Wir fühlen uns angesprochen! – Abg. Winfried Mack CDU: So viele sind es nicht! – Gegenruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Wir arbeiten daran! – Weitere Zurufe, u. a. des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU)

– Das freut mich jetzt, dass ich Sie erfreuen konnte.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, was ist passiert? Was sind die Ursachen für das Auseinanderdriften, insbesondere auch dieser Gesellschaft? Ich befürchte, wir können die Auswirkungen dieses Referendums heute weder für Großbritannien noch für Europa klar fassen. Was aber deutlich wird: Da ist eine Gesellschaft tief gespalten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei aller Spekulation darüber, was kommen wird, müssen wir eines ganz klar sagen: Ein Austritt aus der Europäischen Union kann nicht darin enden, dass ein Land nur so weit austritt, wie es um die eigenen Beiträge geht, dass dies aber dort, wo es um die Privilegien des europäischen Marktes geht, keine Folgen haben soll.

(Zuruf von der AfD: Wieso?)

Es muss hier an dieser Stelle ganz klar gesagt werden: Ein Austritt aus der Europäischen Union ist ein Austritt aus der Europäischen Union.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der FDP/DVP – Kopfschütteln des Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD)

Ich sage das ganz bewusst, ohne Schaum vor dem Mund. Denn die Gefahr bei den Kräften, die Europa auseinandertrei-

(Andreas Stoch)

ben, liegt doch gerade darin, dass man Europa immer dort, wo es für einen günstig ist, braucht, dass aber dort, wo es in der innenpolitischen Debatte günstig ist, die Verantwortung anderswohin zu schieben, Europa der Böse ist. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das kann nicht unser Bild von Europa sein.

Erinnern wir uns zurück: Was war denn die Idee Europas, eines europäischen Hauses, in dem die verschiedenen Völker sicher und in Frieden und Freiheit leben können? Diese gemeinsame Idee ist durch die beiden Weltkriege geprägt worden. Churchill hat 1946 von den „Vereinigten Staaten von Europa“ gesprochen. Ich erinnere aber an das Heidelberger Programm der SPD von 1925. Darin ist nämlich, noch unter dem Eindruck des Ersten Weltkriegs, von den „Vereinigten Staaten von Europa“ als Antwort auf nationalstaatliche Aggression und als Antwort auf Krieg die Rede, meine sehr geehrten Damen und Herren. Europa war eine sozialdemokratische Idee.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei Abgeordneten der AfD)

Die Gründungsversprechen der Europäischen Union lassen sich letztlich mit drei Begriffen beschreiben: zum einen natürlich die Idee des Friedens, und zum Zweiten die gemeinsame Überzeugung, dass demokratische Staaten die richtigen Staaten sind, um den Menschen Freiheit, aber auch Wohlstand geben zu können. Das dritte Gründungsversprechen – deswegen habe ich den Wohlstand erwähnt – ist die Mehrung des Wohlstands der Menschen in einer Europäischen Union.

Diese drei Gründungsversprechen sind die Basis und das Fundament, auf dem das europäische Haus steht. Wir müssen heute aber kritisch fragen: Haben diese Gründungsversprechen noch Faszination für die Menschen in Europa? Ich kann Ihnen sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen, bei all diesen Begriffen finden bereits Prozesse statt, bei denen Menschen ebendiese Begriffe infrage stellen.

Ich nenne Ihnen den Begriff des Friedens. Die Frage der außenpolitischen Sicherheit oder auch der Sicherheit innerhalb Europas ist etwas, was aus Sicht der Menschen relativ sicher ist. Der Balkankrieg hat uns überrascht: dass nahe vor unserer Haustür ein solcher Krieg passieren kann. Gleichzeitig ist das aber auch ein Anreiz, zu sagen: Wir brauchen eine Europäische Union, die dort, wo zwischen Staaten, zwischen Völkern noch Konflikte herrschen, diesen europäischen Friedens- und Einigungsprozess unterstützt.

Die Menschen fühlen sich in ihrer persönlichen Situation trotzdem nicht mehr unumschränkt sicher. Die Frage des Friedens stellt sich heute auch unter dem Gesichtspunkt einer Sicherheit im Inneren – der Bedrohung durch Terrorismus.

Die Frage nach Frieden stellt sich für viele Menschen aber gerade auch in sozialer Hinsicht, wenn nämlich nach dem sozialen Frieden gefragt wird, wenn Gesellschaften auseinanderzudriften drohen. Dann ist der Frieden in einer Gesellschaft bedroht. Deswegen muss die Friedensidee von uns in dieser Weise neu interpretiert werden, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

Natürlich spielt bei dem Begriff „Demokratie“ auch die Erfahrung der letzten 70 Jahre eine ganz entscheidende Rolle. Viele Menschen auch bei uns, gerade auch junge Menschen, scheinen sich nicht nur an das Vorhandensein von Frieden gewöhnt zu haben, sie scheinen sich auch an das Vorhandensein von Demokratie gewöhnt zu haben. Liebe Kolleginnen und Kollegen, darin steckt auch eine Gefahr: zum einen, dass wir in Selbstzufriedenheit verfallen, zum anderen, dass wir das, was in vielen Regionen dieser Erde eben nicht selbstverständlich ist, nicht mehr schätzen. Deswegen ist diese Debatte in England für mich auch Anlass für die Frage: Können wir den Menschen den Wert der Demokratie in unseren Ländern – auch in Deutschland, auch in Baden-Württemberg – eigentlich in genügender Weise nahebringen? Deswegen halte ich das Ergebnis des Referendums in England auch für den Ausdruck einer Krise der Demokratie in Europa.

Ich möchte an dieser Stelle ganz deutlich betonen, dass wir in Europa wieder einen intensiveren Diskurs über demokratische Werte und auch über Grundwerte und Eckpfeiler der Demokratie brauchen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU)

Wenn europäische Staaten, Mitglieder der Europäischen Union – ich nenne als Beispiele Ungarn und Polen –, Züge autokratischer Regierungen zeigen, in denen z. B. die Meinungs- und Pressefreiheit eingeschränkt und die Frage der Gewaltenteilung nicht mehr beachtet wird, dann müssen wir ernsthaft über die Zukunft Europas diskutieren. Dann müssen wir fragen, ob alle Länder auch bereit sind, die europäischen Standards zu erfüllen, die wir brauchen, um Freiheit und Frieden gewährleisten zu können.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der FDP/DVP)

Ich komme zum dritten Eckpfeiler. Dieser ist für uns Sozialdemokraten ein ganz wesentlicher Teil des europäischen Versprechens: Das ist das Versprechen des Wohlstands. Ich schließe mich den Worten des Ministerpräsidenten an, der betont hat, dass Baden-Württemberg in der Geschichte der letzten 70 Jahre in ganz erheblichem Umfang von diesem europäischen Einigungsprozess profitiert hat – natürlich auch in außenpolitischer Hinsicht, aber insbesondere in wirtschaftspolitischer und in arbeitsmarktpolitischer Hinsicht.

Baden-Württemberg ist inzwischen ein Standort, eine Region innerhalb Europas, die eine der wirtschaftsstärksten, wenn nicht sogar die wirtschaftsstärkste in ganz Europa ist. Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, dies ist auch nicht vom Himmel gefallen. Baden-Württemberg ist kein Land, das durch Rohstoffe einen großen Vorsprung vor anderen hatte. Die Innovationsfähigkeit, der Erfindergeist, der Fleiß, aber auch die Identifizierung der Menschen mit ihrer Heimat sind die Träger, auf denen der Wohlstand der letzten Jahre und Jahrzehnte in Baden-Württemberg erarbeitet wurde.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Die CDU nicht vergessen! – Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Aber wir müssen bei dieser Frage eines kritisch beleuchten: Wenn wir hier von einem Wohlstandsversprechen der Europäischen Union sprechen, dann haben wir dort, wo sich die-

(Andreas Stoch)

ses Wohlstandsversprechen offensichtlich nicht erfüllt hat, ein Problem, vor die Menschen zu treten. Wir haben nämlich in Europa Regionen, in denen die Jugendarbeitslosenquote bei über 40 % liegt. Wir stellen fest, dass in Großbritannien ein überwiegender Teil der jungen Wähler für den Verbleib in der Europäischen Union gestimmt hat. Wir stellen aber gleichzeitig fest, dass nur die allerwenigsten der jungen Leute tatsächlich von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht haben.

Deswegen müssen wir auch bei uns alles dafür tun, dass wir die junge Generation nicht nur abstrakt, sondern ganz konkret davon überzeugen, dass die Zukunft für sie selbst, was ihre persönlichen Perspektiven angeht, aber auch, was den Gedanken der Solidarität in einem europäischen Haus angeht, in Europa und nicht außerhalb Europas liegt. Dann können wir es auch schaffen, dass sich diese jungen Menschen nicht rechtspopulistischen Rattenfängern öffnen, sondern dass sie auf dem Boden der Demokratie, des Friedens und der Freiheit verbleiben.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der FDP/DVP)

Wir dürfen nicht zulassen, dass Europa für viele Menschen heute – ich nenne ganz gezielt Staaten im Süden Europas wie Spanien, Italien und Griechenland – – Wir dürfen nicht zulassen, dass diese europäische Idee viel von ihrer Faszination verliert und Europa stattdessen für viele gleichbedeutend ist mit Marktradikalismus, Neoliberalismus und einer Idee von Wirtschaft, in der der Stärkere obsiegt und der Schwächere auf der Strecke bleibt.

Wenn wir die jetzige innenpolitische Debatte in Spanien verfolgen, dann hören wir dort auf den Wahlkampfbühnen von Parteien, die mit einem Stimmenanteil von über 20 % in die Parlamente kommen: „Wir wollen ein solidarisches Europa, aber wir wollen kein deutsches Europa.“ Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich halte diese Aussagen für falsch und für zweifelhaft. Aber wir müssen alles dafür tun, dass die Menschen in anderen Staaten nicht das Gefühl bekommen, dass in Europa das Recht der Stärkeren gilt. Wir müssen alles dafür tun, dass Europa zusammenbleibt. Daran haben wir ein unmittelbares Interesse, sowohl aus wirtschaftspolitischer Sicht als natürlich auch aus gesellschaftspolitischer Sicht, was den europäischen Einigungsprozess angeht.

Wenn wir zulassen, dass Europa als ein Ort verstanden wird, wo sich der Marktradikalismus durchsetzt, wird Europa seinen Zusammenhalt verlieren; dann wird Europa scheitern, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Ein weiterer wichtiger Punkt – auch hierzu hat der Ministerpräsident bereits einige Worte gesagt – ist für mich die eigene Verantwortung, die wir in unserer Gesellschaft, in unseren Parlamenten und Regierungen haben. Wie oft haben wir in den letzten Jahren und Jahrzehnten erlebt, dass immer dann, wenn innenpolitisch schwierige Diskussionen aufgekommen sind, Europa, die Brüsseler Demokraten die Schuldigen waren. Ich möchte hier nicht einen Schutzmantel über Brüssel decken; bitte verstehen Sie mich nicht falsch. Wir müssen in einer kritischen Analyse der europäischen Institutionen sehr exakt prüfen: Welche Zuständigkeiten, welche Kompetenzen

und welcher Teil nationaler Souveränität kann von europäischen Institutionen besser wahrgenommen werden? Das ist der Grundansatz des Gedankens der Subsidiarität.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wir dürfen aber nicht zulassen, dass Europa die billige Entschuldigung dafür ist, wenn bestimmte Dinge innerpolitisch nicht funktionieren. Wir alle haben doch, gerade mit Blick auf Großbritannien, ständig ein Bild vor Augen, und zwar das Bild einer Dame, die mit ihrem Handtäschchen nach Brüssel marschiert ist und dort lauthals gewettert hat: „I want my money back!“

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Und recht hatte!)

Wenn ich der Gesellschaft, den Menschen in meinem Land über einen Zeitraum von mehreren Jahrzehnten immer das Schreckensbild Brüssel, das Schreckensbild Europa zeichne, wenn ich den Menschen den Eindruck vermittele, dass Europa etwas ist, was uns schadet, was uns unnötig Geld kostet und nichts oder nur wenig bringt, muss ich mich dann wundern, wenn sich die Menschen von Europa abwenden? Muss ich mich dann wundern, wenn sich die Menschen den Rattenfängern an die Fersen heften, die den Menschen in der „Brexit“-Kampagne mit Falschbehauptungen immer weitere Argumente gegeben haben, um sich von Europa zu entfernen?

Liebe Kolleginnen und Kollegen – das sage ich ganz gezielt in unsere Reihen und vor allem mit Blick auf die konservativen Parteien Europas –, allzu oft ist in Europa Brüssel der Sündenbock gewesen: Wir brauchen jedoch ein Europa der Ehrlichkeit und der Transparenz.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen und der CDU – Abg. Anton Baron AfD: Dr. Martin Schulz!)

Es gibt derzeit – daran können keine Zweifel bestehen – in vielen europäischen Ländern Kräfte, die die europäische Idee, die damit verbundenen Werte von Frieden und Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, aber auch von Wohlstand und Wachstum längst abgehakt haben und eben nicht am Fortbestand der Europäischen Union interessiert sind, sondern durch populistisches Geschwätz, durch Schlechttreden die Spaltung Europas aktiv betreiben. Millionen von Menschen in Europa haben in den letzten Jahren mit Europa, mit europäischer Politik keine positiven Erfahrungen gemacht.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD: Komisch!)

Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen, darf es an dieser Stelle kein einfaches „Weiter so!“ geben. Aber dieses „Es darf kein ‚Weiter so!‘ geben“ darf kein momentaner Aufruhr, keine momentane Aufregung sein, um dann wieder allzu schnell in die bisherigen Verhaltensweisen zu verfallen. Ein „Es darf kein ‚Weiter so!‘ geben“ muss zu einer sehr kritischen Bestandsaufnahme des Zustands führen, einschließlich der Frage, ob im Rahmen der europäischen Institutionen auch bei der Zuweisung von Kompetenzen in der Vergangenheit alles richtig gemacht wurde.

Vor allem müssen wir eines schaffen: Wir müssen es schaffen, den Menschen die Idee Europas wieder nahezubringen. Die Idee Europas darf nicht nur in den Köpfen der Menschen bleiben. Die Idee Europas – nämlich eine Region von Frie-

(Andreas Stoch)

den, Freiheit und Wohlstand für möglichst alle Menschen – muss in den Herzen der Menschen ankommen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der Grünen, der CDU und der AfD)

Es gibt viele Aspekte, bei denen die Menschen gar nicht so richtig merken, welche positiven Effekte Europa für sie hat. Denken Sie z. B. an die Freizügigkeit. Denken Sie z. B. an die Möglichkeit, in anderen Ländern zu arbeiten, zu studieren. Denken Sie z. B. daran, dass Sie im Ausland keine anderen Währungen brauchen. Denken Sie z. B. daran, dass Sie im Urlaub in einem EU-Staat krankenversichert sind. Denken Sie an verschiedene Bereiche, die unmittelbar unser Leben betreffen, die wir aber allzu schnell als selbstverständlich hinnehmen.

Nehmen wir gleichzeitig die großen Themen dieser Zeit. Der Herr Ministerpräsident hat bereits einige angesprochen. Glauben wir denn ernsthaft, dass wir auf national- und einzelstaatlicher Ebene im Bereich der Steuer- und Finanzpolitik, gerade wenn es darum geht, den Steueroasen oder Briefkastenfirmen Einhalt zu gebieten, erfolgreich sein können? Glauben wir ernsthaft, dass wir dies auf einzelstaatlicher Ebene regulieren und lösen können? Glauben wir denn wirklich, dass wir im Bereich der Flüchtlings- und Migrationspolitik in den nächsten Jahren die Herausforderungen, die ja offensichtlich sind, allein einzelstaatlich bewältigen können? Glauben wir, dass wir in einem europäischen Haus, in dem sich nicht alle zur Solidarität verpflichtet fühlen, diese Probleme lösen können?

Meine sehr geehrten Damen und Herren, eine solche Romanisierung des Nationalstaats in diesem Kontext geht an der Realität der Probleme und vor allem an der Größe der Probleme vorbei. Wir brauchen ein starkes Europa, um diese Probleme zu lösen, damit Europa auch im weltweiten Kontext nicht an Boden verliert. Wir brauchen deswegen ein starkes Europa.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der FDP/DVP)

Bei aller Kritik und auch den unzureichenden Antworten: Wir müssen auch auf europäischer Ebene besser werden. Es gibt keine Alternative zu Europa. Ein Zurück zum Nationalismus wäre ein verhängnisvoller Irrweg, gefährdete den Frieden nachhaltig und führte auch – so zeigt die Geschichte – nicht selten zu Krieg und Aggression.

Aber das heutige Europa und die europäische Politik müssen sich verändern, und zwar so verändern, dass die Menschen in Europa ein Bewusstsein als Europäerinnen und Europäer erlangen, weil sie eben nachvollziehen können, was „die da oben“ oder „die in Brüssel und in Straßburg“ machen. Die Menschen können sich dann wieder mit einer Idee von Europa identifizieren, wenn sie verstehen, was unmittelbar in ihrem Alltag für sie selbst, in ihrem persönlichen Umfeld von Europa zu erwarten ist, was sie an Mehrwert von Europa haben. Da gilt es, für mehr Transparenz auf europäischer Ebene zu kämpfen, für klare und eindeutige Entscheidungen auf europäischer Ebene zu kämpfen, und, meine sehr geehrten Damen und Herren, da gilt es auch, für mehr soziale Gerechtigkeit in Europa zu kämpfen.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen möchte ich ein Zitat an den Abschluss meiner Rede stellen, ein Zitat aus einer Kolumne von Jakob Augstein, die vor Kurzem in SPIEGEL ONLINE erschien:

*Das Versprechen der europäischen Gründung lautete: Nie wieder Krieg! Heute muss es lauten: Nie wieder Ungerechtigkeit! Damals ging es gegen Gewalt und Hass. Heute muss es gegen Arbeitslosigkeit und Armut gehen.*

*Ein soziales Europa – das ist die moderne Variante des Gründungsversprechens vom friedlichen Europa.*

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen sowie des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzendem Schwarz.

**Abg. Andreas Schwarz** GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Zuruf von der AfD: Schöne Krawatte!)

Das Referendum, das in der vergangenen Woche in Großbritannien stattfand, ist eine Zäsur für die Europäische Union. Zum ersten Mal wird die Europäische Union kleiner, nicht größer. Das ist ein historischer Rückschlag. Mich persönlich macht das traurig und betroffen. Es ist ein Warnsignal, das wir alle aufnehmen müssen, ein Warnsignal, das bei uns ankommt.

Überall in Europa sind Kräfte erstarkt, die zurück wollen zu Kleinstaaterei, die sich abkapseln wollen und die gerade die europäische Solidarität aufkündigen wollen, die ihr eigenes nationales Süsschen kochen möchten. Aber ich sage Ihnen: Einen solchen rechtspopulistischen Dominoeffekt dürfen wir in Europa nicht zulassen, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Wir dürfen einen solchen rechtspopulistischen Dominoeffekt gerade aus Sicht von Baden-Württemberg nicht zulassen. Wir profitieren wirtschaftlich enorm von der Europäischen Union, und deswegen müssen wir gerade als Baden-Württembergern und Baden-Württemberger die Europäische Union verteidigen.

Unsere Landesgeschichte macht es ja deutlich: Baden-Württemberg kann die Früchte einer gelungenen Integration bereits heute ernten. Die Vereinigung von Baden-Württemberg als Union aus Württemberg-Baden, Baden und Württemberg-Hohenzollern ist eine Erfolgsgeschichte einer gelungenen Integration hier im Südweststaat. Diese Erfolgsgeschichte aus dem Südweststaat wollen wir fortführen, für den Zusammenhalt der Europäischen Union auch in Zeiten, in denen es schwierig ist, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Meine Generation, die Menschen unter 40 Jahren, haben in Großbritannien nicht für den „Brexit“ gestimmt. Sie wollen die Europäische Union erhalten. Sie wollen weiterhin am Wohlstand der Europäischen Union partizipieren.

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

(Andreas Schwarz)

Denn die Europäische Union ist nicht nur Grundlage unseres Wohlstands und des anhaltenden Friedens auf diesem vorher von Kriegen beherrschten Kontinent. Die Europäische Union ist nicht nur, wie es der Ministerpräsident formuliert hat, Staatsräson, sie ist für mich und für meine Generation auch ein Lebensgefühl. Sie ist für mich Identität, und ich sage hier: Ich bin Europäer.

Viele junge Leute in Großbritannien sehen dies ebenfalls so. Sie sehen sich als überzeugte Europäerinnen und Europäer.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Nicht ohne Grund haben viele junge Leute in Großbritannien für den Verbleib in der Europäischen Union gestimmt.

Umso verbitterter bin ich über das Ergebnis des Referendums. Wir müssen ein solches demokratisches Votum akzeptieren – das ist selbstverständlich. Wir brauchen jetzt schnell Klarheit, wie es weitergeht. Das Austrittsverfahren darf nicht zur Hängepartie werden. Das sorgt nur für Verunsicherung. Wichtig ist jetzt, die Regeln für die künftige Zusammenarbeit mit dem Vereinigten Königreich zügig festzulegen.

Der Ministerpräsident hat es dargelegt: 12 Milliarden € beträgt das Volumen der Wirtschaftsgüter und Dienstleistungen zwischen Baden-Württemberg und Großbritannien. Wir haben schon aus Gründen dieses wirtschaftspolitischen Effekts ein Interesse daran, die Regeln für die künftige Zusammenarbeit mit Großbritannien sehr zügig zu fixieren, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir müssen das Referendum als Auftrag begreifen. Das Votum der Menschen im Vereinigten Königreich zeigt, dass die EU für einige Menschen ihre Strahlkraft verloren hat. Es ist unser aller Aufgabe, der EU wieder zu diesem Glanz zu verhelfen; denn Europa sind wir, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen sowie der Abg. Sylvia Felder CDU und Dr. Timm Kern FDP/DVP)

Wir sind Europa, wir haben ein europäisches Lebensgefühl, eine europäische Identität. Aber für uns, insbesondere in Baden-Württemberg, ist Europa auch etwas Konkretes. Für mich ist Europa Freiheit, die Freiheit, während des Studiums ohne Schwierigkeiten ein ERASMUS-Jahr in einem anderen EU-Land verbringen zu können, oder dort gleich einen kompletten Masterstudiengang absolvieren zu können. Dieser Austausch fördert nicht nur den europäischen Gedanken; er ist für den Wissenschaftsstandort Baden-Württemberg Gold wert.

Inzwischen – das ist für Baden-Württemberg natürlich nicht minder wichtig – gibt es einen solchen Austausch mit dem Programm Erasmus+ auch außerhalb des Studiums, z. B. im Rahmen der handwerklichen Ausbildung. Das nenne ich gelebte Integration, und diese betrifft nicht nur Akademikerinnen und Akademiker, sondern von ihr profitieren in breitem Maß der Mittelstand und das Handwerk.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU sowie des Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP)

Go.for.europe ist z. B. ein Gemeinschaftsprojekt, an dem sich die baden-württembergische Wirtschaft, der Handwerkskam-

meritag, die Industrie- und Handelskammern, Südwestmetall und das Land Baden-Württemberg beteiligen. Hier werden Auslandspraktika innerhalb der Europäischen Union gefördert. Das nenne ich gelebten Zusammenhalt.

Die Europäische Union schafft Entwicklungsräume für junge Köpfe mit neuen Ideen. Das INTERREG-Programm – um nur eines von vielen Beispielen zu nennen – bringt grenzüberschreitend durch Technologiescouts, Innovationsmotoren kleinere und mittlere Unternehmen mit Innovation und Forscherinnen und Forschern zusammen. Dieses Programm hilft zudem, die Ausbildungssysteme der Nachbarländer zu harmonisieren. So finden junge, gut ausgebildete Facharbeiterinnen und Facharbeiter leichter einen Arbeitsplatz – diesseits oder jenseits der Grenzen –, und wir in Baden-Württemberg kommen somit bei der Suche nach dringend benötigten Fachkräften voran.

Fachkräftegewinnung ist einer der großen Vorteile, die uns die Europäische Union ganz konkret bringt. Und, Herr Kollege Stoch, das ist für mich gerade Ausdruck einer europäischen Solidarität. Wenn Sie das Sonderprogramm MobiPro nehmen: Gerade dieses Programm leistet einen Beitrag dazu, Jugendarbeitslosigkeit abzubauen und Ländern mit hoher Jugendarbeitslosigkeit eine Perspektive zu bieten. Junge Leute können in Deutschland eine geförderte betriebliche Ausbildung absolvieren. Letztendlich profitieren sowohl die jungen Leute, die Wirtschaft in Baden-Württemberg als auch die Unternehmen in den Heimatländern der jungen Leute davon – eine klassische Win-win-Situation, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Nehmen Sie den Oberrheinrat, nehmen Sie die Donaunraumstrategie: Grenzüberschreitende europäische Zusammenarbeit hat in Baden-Württemberg Tradition, sei es im Bereich der Kooperation der Polizei, der Feuerwehren, sei es bei grenzüberschreitenden Naturschutzprojekten, sei es bei Verbesserung der Umweltbedingungen oder bei gemeinsamen Parlamentarierkonferenzen. Das ist für mich gelebtes Europa.

Gerade für unsere Natur und Umwelt ist die Europäische Union ein echter Gewinn. Über das europäische Schutzgebietsnetz Natura 2000 schaffen wir zusammenhängende und vernetzte Habitate für Pflanzen und Tiere. Das ist biologische Vielfalt, ein Teil der Grundlagen unseres Wohlstands. Das ist europäische Kooperation. Das ist Garant für eine gesunde Natur in Europa.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Gleichzeitig wächst Europa durch Infrastrukturprogramme zusammen. Als treibende Kraft für den Ausbau der Rheintalbahn unterstützt die EU diesen wichtigen Korridor zwischen Genua und den Nordseehäfen, der gerade bei uns in Baden-Württemberg wichtig ist, um Güter auf die Schiene zu verlagern.

Meine Damen und Herren, Sie sehen: Europa ist nicht nur eine bloße Überschrift, Europa ist ganz konkret. Wir in Baden-Württemberg profitieren ungemein von der europäischen Einigung, und das soll auch künftig so bleiben.

Damit das so bleiben kann, muss die Europäische Union ihre integrative Kraft wieder stärker herausstellen. Sie muss stär-

(Andreas Schwarz)

ker Bezugspunkt werden, damit auch künftige Generationen sagen können: „Ich bin Europäer“, „Ich bin Europäerin“, „Ich bin ein überzeugter Europäer“. Das sollen künftige Generationen wieder sagen können. Daran müssen wir gemeinsam arbeiten, auch hier im Landtag, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU  
– Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Es gibt eine Voraussetzung: Die Europäische Union muss demokratischer und transparenter werden. Sie muss sich von unten entwickeln und nicht von oben.

(Beifall des Abg. Daniel Rottmann AfD)

Sie muss im besten Sinn näher an den Menschen dran sein, sie muss die Menschen mitnehmen, sie muss den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit zur Identifikation, zur Teilhabe, zur Mitsprache bieten.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Kurzum: Die EU muss wieder eine positive Geschichte erzählen.

Das geht nicht ohne Reformen. Noch stärker als auf anderen Ebenen haben viele Menschen das Gefühl, dass sie in Brüssel kaum Gehör finden. Deswegen dürfen diese notwendigen Reformen nicht in Hinterzimmern ausgehandelt werden. Das würde den Populisten nur Vorschub leisten. Nein, die Europäische Union muss jetzt in einem breiten Beteiligungsprozess von unten weiterentwickelt werden. Die Bürgerinnen und Bürger müssen hier aktiv einbezogen werden.

Schon vor zehn Jahren sprach Erwin Teufel im Rahmen des Verfassungskonvents davon, Europa wieder vom Kopf auf die Füße zu stellen. Das mahnen wir an. Wir wollen eine Europäische Union der Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Vereinzelt  
Beifall bei der AfD)

Dazu brauchen wir einen echten Dialog, in dem sich die Bürgerinnen und Bürger sowie die Kommunen und die regionalen Parlamente stärker wiederfinden können.

(Beifall der Abg. Daniel Rottmann und Hans Peter  
Stauch AfD)

Wir müssen uns am Prinzip der Subsidiarität orientieren. In Baden-Württemberg haben wir starke Kommunen, und auch das muss künftig so bleiben. So ist die Daseinsvorsorge, also die Versorgung der Bürgerinnen und Bürger mit dem Notwendigsten vor Ort, seit jeher eine Aufgabe der Kommunen. Die Kommunen in Baden-Württemberg meistern diese Aufgabe mit Bravour, jede Kommune ganz individuell, aber immer zum Wohle der Menschen. Hier ist eine europäische Steuerung nicht notwendig.

Wir haben es im Fall der kommunalen Wasserversorgung erlebt. Hier haben wir die europäische Einmischung nicht gewünscht. Die europäische Zivilgesellschaft, die europäischen Bürgerinitiativen haben über Landesgrenzen hinweg mobilisiert und eine Privatisierung der Wasserversorgung verhindert.

Auch das war in meinen Augen ein ganz klares Signal an die europäische Ebene, und dieses Signal nehmen wir ernst.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU  
sowie des Abg. Andreas Kenner SPD)

Auch die Regionen, die Landesparlamente müssen eine stärkere Rolle spielen. Hier in diesem Haus hat im Jahr 2012 der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Herr Professor Voßkuhle, von der Entparlamentarisierung der EU gesprochen. Es darf nicht nur eine Floskel sein, sondern es muss auch Auftrag für uns sein, die Rechte der Landesparlamente in einer starken Europäischen Union wieder zu beleben und diese Rechte hier einzubringen.

(Vereinzelt Beifall bei den Grünen und der AfD)

Ein echtes Europa der Regionen kann den Menschen starke und räumlich greifbare Identifikationspunkte bieten, kann europäische Politik vermitteln und lokale Besonderheiten übersetzen. Die Stärke Europas war immer seine Vielfalt; diese Vielfalt können die Regionen voll ausspielen.

Der richtige Ort für eine solche Diskussion, wie sie der Ministerpräsident eben angesprochen hat, wäre daher in unseren Augen auch dieses Parlament. Von diesem Parlament sollte ein Aufbruch für eine Weiterentwicklung der Europäischen Union ausgehen. Denn wir machen es ja bereits jetzt: Denken Sie an die Donaunraumstrategie, bei der sich Baden-Württemberg mit den Nachbarländern engagiert; mit 14 Ländern kooperieren wir dabei innerhalb und außerhalb der Europäischen Union.

Wir wollen das Europäische Parlament zu einem echten Bürgerinnen- und Bürgerparlament machen. Dafür muss das Europäische Parlament lebendiger werden. Uns schweben für das Europäische Parlament Fragestunden vor, in denen sich die Kommission – ähnlich, wie es im britischen Unterhaus oder hier im baden-württembergischen Landtag der Fall ist – den Fragen der Abgeordneten stellen muss. Wir wollen ein Initiativrecht für das Europäische Parlament, sodass die Abgeordneten Gesetze und Richtlinien selbst auf den Weg bringen können. Das Abstimmungsverhalten der Mitgliedsstaaten im Rat muss öffentlich nachvollziehbar werden.

Wer solche einfachen Wege der Transparenz nicht ausschöpft, der macht es den Populisten viel zu einfach. Deswegen ist der Reformbedarf hier offenkundig, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen sowie der Abg. Konrad Epple  
CDU und Dr. Gerhard Aden FDP/DVP)

Wir wollen, dass Europa Motor für Innovation und Entwicklung ist. Dafür könnte ein neues, EU-weites Investitionsprogramm ein Weg sein. Denn die wirtschaftlichen Probleme einiger Staaten gehen uns alle an. Dies gilt nicht nur, weil die EU für die baden-württembergische Wirtschaft der größte Absatzmarkt ist, sondern weil Menschen, die sich abgehängt fühlen, für Populisten und Angstmacher besonders anfällig sind – sei es in Holland, Österreich, England oder auch in Deutschland. Dem müssen wir uns alle gemeinsam entschieden entgegenstellen – auch hier im Landtag von Baden-Württemberg.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der  
CDU, der SPD und der FDP/DVP)

(Andreas Schwarz)

Denn die Europäische Union bringt uns Wohlstand – hier in Baden-Württemberg ganz direkt. Einheitliche Standards haben auch für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer große Vorteile. Die Freizügigkeit ermöglicht es uns, Jobs auch in anderen Ländern anzunehmen, aber auch, geeignete Fachkräfte anzuwerben. Bei der Anwerbung von Fachkräften durch die Unternehmen in Baden-Württemberg ist eine starke und funktionierende Europäische Union mit einem gemeinsamen Arbeitsmarkt nicht nur eine Hilfe, sie ist eine Notwendigkeit.

Wir brauchen jetzt einen großen Schritt hinein in die Integration – nicht hinaus aus der europäischen Integration –, kein „Weiter wie bisher“, sondern die Fortentwicklung der europäischen Institutionen und eine Reform auf Grundlage einer klaren Analyse der Defizite. Denn eines steht fest: Die Europäische Union ist trotz großer Anstrengungen bei der Weiterentwicklung der Verträge von Maastricht, Amsterdam, Nizza bis Lissabon und auch im europäischen Verfassungskonvent an vielen Stellen verbesserungsbedürftig.

Das gilt für die zu geringen Mitspracherechte des Europäischen Parlaments, der nationalen Parlamente und auch der Regionen, aber auch für die intransparenten Entscheidungsprozesse bei den Verhandlungen über Freihandelsabkommen wie TTIP und CETA.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Es darf nicht sein, dass gewählte Abgeordnete sich Verhandlungsdokumente in einem Leseraum zwar anschauen können, sich aber keinerlei Notizen machen dürfen,

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der AfD und der SPD)

geschweige denn, dass die Abgeordneten in der Öffentlichkeit darüber reden dürften.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

So wirbt man nicht um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger. Dies gilt erst recht angesichts dessen, dass die Europäische Kommission aktuell verkündet, dass sie das Freihandelsabkommen CETA ohne Beteiligung der nationalen Parlamente durchdrücken möchte. Das ist in meinen Augen Amtshilfe für Populisten. Wir sollten an der Mitwirkung der Parlamente und an Transparenz arbeiten.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der CDU, der AfD und der SPD)

Als überzeugte Europäerinnen und Europäer müssen wir der EU diese Verbesserungsvorschläge klar benennen. Wir müssen uns gemeinsam auf den Weg machen – auf den Weg zu mehr Europa, auf den Weg zu einem effizienteren, demokratischeren und transparenten Europa. Denn für uns Grüne ist die Europäische Union die Zukunft, und das gilt auch weiterhin.

Lassen Sie mich zum Schluss noch Folgendes in aller Deutlichkeit sagen: Wir jungen Leute wissen: Ein Zurück in die sogenannte gute alte Zeit, wie es von den „Brexit“-Befürwortern versprochen wurde, wird und kann es nicht geben. Die Welt von vor 50 Jahren gibt es nicht mehr. Die Welt ist schneller und komplexer geworden. Darüber werden auch keine neu-

en Schlagbäume hinwegtäuschen. Wir werden die Herausforderungen nur gemeinsam und zusammen meistern können. Die Europäische Union ist dafür das richtige Vehikel. Sie ist nicht Teil des Problems, sie ist Teil der Lösung. Daran wollen wir arbeiten, für einen neuen Aufbruch.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der AfD, der SPD und der FDP/DVP)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die Fraktion der CDU erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzendem Dr. Reinhart das Wort.

**Abg. Dr. Wolfgang Reinhart** CDU: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! „Was ist los mit dir, Europa?“, hat Papst Franziskus bei der Verleihung des Karlspreises Anfang Mai gefragt. Ich finde, das ist eine gute Frage, die wir alle uns in der Tat sehr gründlich stellen müssen. Die Entscheidung vom Donnerstag – da kann ich den Vorrednern nur zustimmen – ist in der Tat eine harte Zäsur für Europa. Damit ist sie ein wirklich dringender Weckruf, und zwar für jeden Europäer.

Heute tagen in Brüssel die Regierungschefs das erste Mal ohne den britischen Regierungschef. Mit diesem „Brexit“-Referendum hat zum ersten Mal ein europäisches Volk bewusst erklärt: „Wir wollen nicht mehr Teil des europäischen Einigungsprozesses sein – mit allen Konsequenzen.“ Die Briten verabschieden sich damit in freier Selbstbestimmung von einem welthistorisch einmaligen Modell des Friedens und der Zusammenarbeit.

Nun hatte das Vereinigte Königreich schon immer ein ganz besonderes Verhältnis zum Kontinent, und als Teil der vom Ministerpräsidenten anfangs zitierten Vereinigten Staaten von Europa hat Churchill selbst Großbritannien in toto nie gesehen. – Er hatte natürlich auch alte Commonwealth-Erinnerungen.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Als Europäer bin ich dennoch überzeugt: Die Mehrheit in Großbritannien hat eine Entscheidung getroffen, die wider die Vernunft war.

(Beifall bei der CDU und den Grünen sowie Abgeordneten der SPD – Zuruf von der AfD)

Die „Südwest Presse“ hat es heute entsprechend kommentiert: Sie ist den Argumenten der „Leave“-Kampagne gefolgt, die glauben machen will, ohne Europa besser dran zu sein.

(Zuruf von der AfD: Ohne die EU!)

Nein. Ich glaube, das ist eine folgenreiche Täuschung. In einer vernetzten, globalen Welt kann der Weg nicht zurückführen in eine Neuauflage der Splendid Isolation, wie es die Briten nennen. Damit sind die Vorzüge der Insellage gemeint. Ich bin auch davon überzeugt, dass erst jetzt die Diskussion in Großbritannien selbst beginnen wird. Ich meine, Cameron hat sich einfach verzoockt; auch das muss man sehen, wenn man es einmal realistisch betrachtet.

(Beifall bei der CDU und den Grünen sowie Abgeordneten der SPD)

(Dr. Wolfgang Reinhart)

Natürlich werden wir das Votum der Briten als eine demokratische Entscheidung respektieren, respektieren müssen. Dabei sind wir auch gut beraten, jetzt nicht in eine Katastrophensituation zu verfallen. Wenn wir zum Abschied etwas von den Briten lernen können, dann ist es sicherlich diese typisch britische Eigenschaft, auch bei Rückschlägen Haltung zu bewahren. Ich glaube, das ist jetzt auch angesagt. Denn dieser – so nenne ich es einmal – disziplinierte Pragmatismus und diese Unerschütterlichkeit brauchen wir jetzt auch auf dem Kontinent. Die Briten haben übrigens eine alte, traditionelle Geschichte der Demokratie und des Parlamentarismus. Insoweit muss man auch das respektieren. Gefragt sind jetzt sicherlich – wie es die Kanzlerin gesagt hat – Besonnenheit und auch Übersicht.

Europa muss und wird sich verändern. Ich bin auch sicher, Europa wird nicht untergehen. Schließlich war dies nicht die erste Abstimmung, in der sich die Bürger gegen europäische Vorhaben gewandt haben. Ich erinnere daran: 2005 stimmten die Franzosen gegen die EU-Verfassung – auch das war ein Einschnitt –, die Iren haben 2008 gegen den Lissabon-Vertrag votiert, erst kürzlich im April haben die Niederländer das EU-Ukraine-Abkommen in einer Volksabstimmung abgelehnt. Die Euroskepsis war und ist also durchaus ein steter Begleiter der europäischen Integration.

Natürlich muss sich auch Europa immer der kritischen Debatte stellen. Das gehört zur demokratischen Selbstverständlichkeit. Aber mit der „Brexit“-Entscheidung geht es jetzt um etwas mehr. Die aggressive Kampagne der „Brexiters“ und die schrillen Anti-Europa-Reflexe auch in vielen anderen EU-Ländern zeigen: Dem vereinten Europa droht derzeit die Erosion von innen. Wenn wir das vor Augen haben, dann braucht es – ich finde, das hat der Kollege Schwarz zu Recht angesprochen – stärkere Graswurzeln in der europäischen Gesellschaft, damit es vom Wind der Geschichte nicht einfach verweht wird. Aristoteles hat einmal gesagt: „Man kann den Wind nicht ändern, aber man kann die Segel anders setzen.“

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Ich glaube, da muss die Diskussion beginnen. Denn sicher wird Europa als Raum der Freiheit und des Rechts, als Wertegemeinschaft und als Modell des internationalen Interessenausgleichs derzeit in der Welt gebraucht wie noch nie.

Helmut Kohl, ein großer Europäer, der oft über das „Haus Europa“ leidenschaftlich und begeistert gesprochen hat, hat den starken Satz geprägt: „Die Einheit Europas bleibt eine Frage von Krieg und Frieden.“ Schauen wir heute einmal den Feuerring an, der sich mit Kriegen und Krisen von der Ukraine über Syrien bis Libyen um Europa legt, dann ist dieser Satz vielleicht drängender und aktueller denn je.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen, der AfD, der SPD und der FDP/DVP)

Es gibt das bekannte Bild: Zwei Erzengel standen am Tor von Europa, der Erzengel der Freiheit – nie wieder Knechtschaft – und der Erzengel des Friedens – nie wieder Krieg. Das sollten wir uns vor Augen halten. Niemand sollte glauben, dass wir auf dem europäischen Kontinent einen Anspruch auf den ewigen Frieden hätten. Aber offenbar reicht die Begründung

von Europa als Friedenswerk vielen europäischen Bürgern heute nicht mehr. Das haben der Kollege Stoch und auch der Ministerpräsident zu Recht angesprochen. Das ist die Herausforderung, über die wir reden müssen; keine Frage.

(Zuruf von der AfD)

Das Friedens- und Freiheitsversprechen der europäischen Integration hat seine Strahlkraft scheinbar verloren. Das historische Narrativ, die politische Vision der Einigung Europas funktioniert in den Augen vieler europäischer Bürger nicht mehr. Freizügigkeit und Rechtssicherheit in ganz Europa, das ist vielen in der Tat mittlerweile selbstverständlich geworden. Europa wird fast zum Opfer seines eigenen Erfolgs.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Andrea Schwarz GRÜNE)

Manch einer sieht Europa stattdessen nur noch als anonyme Superbehörde, die vertraute und bewährte regionale und nationale Eigenheiten bedroht. Wenn ich z. B. an die aktuelle Diskussion über die europäische Einlagensicherung denke, dann kann ich diese Wahrnehmung sogar verstehen. Unsere soliden Sparkassen- und Genossenschaftsbanken sollen per Order aus Brüssel in ein einheitliches Haftungssystem gezwungen werden.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der AfD)

Oder – was der Ministerpräsident ansprach – die Gebäudebrandpflichtversicherung, ein weiteres sinnvolles Beispiel.

So wird aus Vertrauen in Europa eventuell auch Verdruss oder Unverständnis. Viele Menschen erleben die komplizierten Entscheidungswege in der EU dann oft als intransparent, und sie ärgern sich ganz praktisch über Regeln wie das Glühbirnenverbot oder anderes. Deshalb: Das Klein-Klein der europäischen Technokratie hat mit der Bruderschaft zwischen den Nationen, wie sie 2012 bei der Verleihung des Friedensnobelpreises betont wurde, dann eben nichts mehr zu tun, und darüber müssen wir bei Reformen reden.

(Beifall bei der CDU und den Grünen sowie Abgeordneten der AfD)

Vielleicht hat man manchmal im Paragrafendschubel der EU-Verordnungen den freien Blick auf das eigentliche Ziel verloren, vielleicht ist über die Agglomeration europäischer Verträge gemeinsames politisches Verständnis auch von Europa in der jüngsten Zeit etwas verkümmert. Zu beheben ist das nicht mit bürokratischem Feintuning. Wir müssen uns trauen, Europa neu zu denken.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Diese „Brexit“-Zäsur könnte eine Chance sein für einen neuen europäischen Reformprozess, der die EU am Ende besser, effizienter und attraktiver macht. Der Acquis communautaire, der Gesamtbestand des EU-Rechts, muss deshalb auf den Prüfstand, und er muss auf den eigentlichen Kern hin neu ausgerichtet werden, auch wenn damit im Brüsseler Berlaymont vielleicht ein paar Besitzstände wegfallen.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der AfD)

(Dr. Wolfgang Reinhart)

Zentralisierungen und Vereinheitlichungen müssen in Zukunft wieder präziser und nachvollziehbarer begründet werden. Dass die EU-Seilbahnrichtlinie auch im Flachland umgesetzt werden muss oder selbst der Pizza-Durchmesser per EU-Verordnung geregelt ist – das macht dann aus Europa eine fast traurige Realsatire, und dagegen müssen wir angehen.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen, der AfD und der FDP/DVP)

Insoweit meine ich schon, wir dürfen uns nicht im Kleingedruckten verstricken. Die EU muss die großen Probleme angehen und daraus wieder ihre Legitimation beziehen. Und wir haben große Themen. Mit der Migrationskrise, mit der Schuldenkrise, mit der Terrorabwehr und in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik gibt es genug Aufgaben für Brüssel, für die die Nationalstaaten zu klein sind. Bell hat gesagt: Es gibt große Aufgaben, dafür ist der Nationalstaat im Grunde genommen zu klein, und für die kleinen Aufgaben ist er zu groß.

Deshalb brauchen wir auch das Europa der Regionen und der Landesparlamente. Dafür haben wir uns immer eingesetzt, und es steht in unserer Verfassung – der Ministerpräsident hat es wörtlich zitiert. Darum muss es gehen.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen, der AfD, der SPD und der FDP/DVP)

Wir sind doch – wenn man in die Welt hinausgeht – die zivilisatorische Kraft, mit der Europa in die Welt hineinwirkt. Deshalb darf Europa nicht als Gängelungsmaschine erscheinen, sondern es muss wieder Problemlösungsagentur werden. Es ist also aus meiner Sicht höchste Zeit für eine Renaissance der Subsidiarität und der Dezentralität. Europa wird blühen und leben, wenn es den Kräften der Spaltung, auch der Nationalismen, ein verbindendes Europa der Regionen entgegensetzt mit Raum, auch mit Respekt für Verschiedenartigkeit und Vielfalt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Darum geht es uns.

Meine Partei, die Union, versteht sich seit ihrer Gründung als Europapartei. Für uns liegen Deutschland und Baden-Württemberg nicht nur geografisch im Herzen Europas. Wir waren und sind immer zugleich Herzenseuropäer gewesen und werden das auch bleiben, auch in Zukunft.

(Beifall bei der CDU und den Grünen – Zuruf des Abg. Dr. Rainer Balzer AfD)

Nur wenn wir die Menschen auch mit diesem Thema wieder im Herzen erreichen, werden wir neue Akzeptanz erzielen. Gerade weil das so ist, weil wir aus Überzeugung Ja zu Europa sagen, wollen wir die europäische Integration, wie es Erwin Teufel gesagt hat und wie es heute mehrere Redner wiederholt haben, wieder vom Kopf auf die Füße stellen. Wir flüchten uns nicht in nationale Gefühle und Parolen, wenn es ungemütlich wird. Vor allem lehnen wir Nationalismus sowie rechten und linken Populismus ab – auch und gerade bei diesem Thema, wenn es um Europa geht.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen, der AfD und der FDP/DVP)

Vielmehr wollen wir um die Zukunft dieses Europas kämpfen. Denn für uns steht außer Zweifel – das wurde zu Recht auch mit der Wirtschaft begründet; jeder dritte Arbeitsplatz hängt vom Export in die EU ab –: Wir Baden-Württemberger brauchen Europa.

Wir wären doch die größten Nettozahler von geschlossenen Grenzen, von Zollschränken, von Handelshindernissen. Der „Brexit“ wird möglicherweise auch bald seine Spuren in den Auftragsbüchern von Unternehmen hinterlassen. Es darf deshalb keine lange Hängepartie geben. Das würde die engen Wirtschaftsbeziehungen nur strapazieren.

Die Wirtschaftsministerin hat gestern ein Gespräch mit den Verbänden der Wirtschaft geführt. Sie sind noch zuversichtlich. Es wird darum gehen, bei diesem Thema die Bedeutung unserer Exportwirtschaft immer auch mit ihren Vorteilen im Auge zu behalten.

Europa ist kein Selbstbedienungsladen. Wie die Kanzlerin auch gestern gesagt hat, darf es jetzt keine Rosinenpickerei – auch nicht für die Briten – geben. Auch das muss man in diesem Zusammenhang sagen.

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

Die Briten können nicht gegen die Verpflichtungen aus der EU-Mitgliedschaft stimmen und gleichzeitig die Vorteile des Binnenmarkts am liebsten unbeschränkt weiter nutzen.

Ich warne dabei jetzt aber auch dringend vor Frustfouls. Ich glaube, das sind die Gefühle am Anfang. Gerade wenn jetzt mancher davon spricht, in den Ausstiegsverhandlungen an Großbritannien ein Exempel zu statuieren, dann ist das eher spontaner Trotz als kluges politisches Denken. Wir können und werden die Zugbrücken nicht hochziehen, auch nicht gegenüber Großbritannien.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Es geht jetzt aber darum, für das Vereinigte Königreich einen sinnvollen Zugang zum Binnenmarkt zu schaffen. Ob dabei das Modell Norwegen oder andere Modelle die Zukunft sein werden, wird sich bei den Verhandlungen zeigen. Wir brauchen aber mehr Spielräume, mehr Differenzierung, mehr Flexibilität. Da geht es nicht nur um Extrawürste oder Rabattschlachten. Wir brauchen flexiblere Formate, um die erwähnten europäischen Fliehkräfte besser und klüger ausgleichen zu können, damit Europa dynamisch, attraktiv und vor allem auch handlungsfähig bleibt.

Wolfgang Schäuble hat es in der jüngsten Zeit und auch früher schon öfter beschrieben – diese Meinung teile ich –: Eine flexible Lösung kann auch ein Weg unterschiedlicher Geschwindigkeiten sein. Da wird man auch über das Thema „Kerneuropa und Kooperation mit weiteren Ländern“ diskutieren müssen.

In der Regierungserklärung wurde aber zu Recht gesagt: Es gibt in diesen Tagen auch viele gute Nachrichten für Europa, auch bei uns in Deutschland. Das Bild der Deutschen von Europa hat sich nach Umfragen erneut verbessert. Nach dem aktuellen ZDF-Politbarometer vom Wochenende sagen nur 14 %, dass die EU-Mitgliedschaft Deutschland eher Nachteile bringt.

(Dr. Wolfgang Reinhart)

Auch dass drei Viertel der jungen Wähler in Großbritannien – das wurde erwähnt – für „Remain“ gestimmt haben,

(Abg. Winfried Mack CDU: So ist es!)

ist eigentlich – Herr Kollege Schwarz, Sie haben es angesprochen – ein Zeichen der Hoffnung. Denn das ist die Zukunft.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der FDP/DVP)

Auch der Ausgang der Parlamentswahl in Spanien vom Sonntag könnte ein erstes leises Signal der Besinnung auf den Wert Europas sein. Denn die europakritische Podemos-Bewegung ist dort doch weit unter den Erwartungen geblieben.

Vielleicht wurde der Weckruf also schon gehört, vielleicht auch verstanden. Denn auch in den Niederlanden scheiterte Wilders am Dienstag im Parlament mit einem Antrag auf eine Volksabstimmung über den EU-Austritt der Niederlande.

Vielleicht ist in den Tagen nach dem „Brexit“-Schock schon bei manchen der Gedanke gereift, dass wir mit nationalem Kirchturmdenken in unserer Zeit auf jeden Fall nicht mehr weiterkommen werden.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Aber allen, die jetzt auch hierzulande trotzdem mit den nationalen Tönen der „Brexit“-Kampagne liebäugeln, will ich sagen: Die europäische Integration ist keine Bedrohung für die europäischen Nationen, im Gegenteil. Sie war es doch vielmehr, die die europäischen Völker nach 1945 aus den Trümmern des Nationalismus gerettet hat. Sie war es doch auch, die Deutschland die Rückkehr in die Gemeinschaft der ehrbaren Nationen ermöglicht hat, und sie ist heute und morgen doch die einzige Form, mit der die europäischen Staaten in einer Welt noch hörbar bleiben, in der 90 % der Menschen keine Europäer sind.

Als Karthago 146 vor Christus zerstört wurde, hatte dieser Planet 200 Millionen Einwohner. Rom war die einzige Stadt mit einer Million Menschen, dann kam Karthago als zweitgrößte Stadt mit einer halben Million. Als Adenauer Europa mit Schuman und De Gasperi aufgebaut und gegründet hat, gab es weltweit 2,5 Milliarden Menschen. Heute sind es 7,5 Milliarden Menschen. Die Frage der Zukunft wird sein: Entwickelt sich diese Welt bipolar oder tripolar? Amerika und Asien oder Europa, Amerika und Asien? Darum geht es bei diesen Fragen, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall bei der CDU und den Grünen sowie Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP)

Deshalb ist dies auch heute und morgen noch die einzige Form, mit der die europäischen Staaten hörbar bleiben.

Nach dem Rausch des Triumphs kommt jetzt natürlich auch in Großbritannien das böse Erwachen. Wir haben in Brüssel gestern schon gehört: Die Schotten, die Nordiren rücken bereits von England ab – und sehen ihre Zukunft wo? In der Europäischen Union. So wird das nationale Tremolo der „Brexit“-Bewegung am Ende vielleicht sogar die britische Nation selbst gehörig ins Wanken bringen.

(Abg. Winfried Mack CDU: Oh! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wie Karthago!)

Die Geister, die sie riefen, werden sie wahrscheinlich nicht mehr los.

Wer Zweifel an Europa hat, dem möchte ich zum Schluss etwas empfehlen. Der Sommerurlaub naht. Machen Sie auf dem Weg in den Sommerurlaub doch einmal einen Abstecher nach Verdun. Besichtigen Sie die Schlachtfelder, wo vor genau 100 Jahren mehr als 300 000 junge Europäer im sinnlosen Granatenhagel gestorben sind. Mein Urgroßvater war im Krieg. Mein Großvater war im Krieg. Mein Vater hat seine besten Jahre im Krieg verbringen müssen. Wir gehören zu einer Generation, die die längste Friedenszeit der modernen Geschichte erleben darf.

(Zuruf von der AfD: Waffenexporte!)

Auch das ist dank Europa möglich geworden. Auch das müssen wir immer wieder transportieren.

(Beifall bei der CDU, den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der AfD und der FDP/DVP)

Deshalb – wenn ich nun zum Schluss komme –: Überlegen Sie, wie wir heute leben: freies Reisen, bezahlen mit der gemeinsamen Währung, studieren und arbeiten ohne Grenzen, europäische Bürger- und Verbraucherrechte, Wohlstand und Frieden. Entscheiden Sie dann selbst, ob die Europäische Union mit all ihren Fehlern und Schwächen nicht doch der bessere Weg für Europas Zukunft ist.

Lassen wir nicht zu, dass Kleingeistigkeit und Spaltung diese Zukunft bedrohen. Machen wir uns gemeinsam stark für ein freies, für ein einiges, für ein großartiges Europa mit seiner christlich-abendländischen Kultur. Deshalb: Lasst uns, wie der Titel der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten lautet, mit neuer Leidenschaft für diese großartige Idee Europa eintreten. Wer, wenn nicht wir? Wo, wenn nicht hier? Wann, wenn nicht jetzt?

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU – Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die Fraktion der AfD erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzendem Dr. Meuthen das Wort.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

**Abg. Dr. Jörg Meuthen** AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Abgeordnetenkollegen! Vorab: Wir begrüßen es ausdrücklich, dass die Regierung in Person von Ministerpräsident Kretschmann sich zum Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union äußert und eine aktuelle Aussprache dazu einberufen hat.

Die Entscheidung des britischen Volkes vom vergangenen Donnerstag hat in der Tat eine historische Dimension. Sie betrifft unser Bundesland Baden-Württemberg auf vielfältige Weise. Deshalb ist es richtig, dass sich das Parlament heute aus diesem Anlass damit befasst.

(Dr. Jörg Meuthen)

Vermutlich werden Sie jetzt denken, damit erschöpfe sich auch bereits die Gemeinsamkeit. Denn was nun meinerseits folge, werde eine einzige Ode an den Austritt Großbritanniens sein; ich würde die üble EU in Bausch und Bogen verdammten und als Redner für die AfD mithin das Gegenteil von all dem intonieren, wofür die Redner aller anderen Fraktionen einträten.

Nun liegt mir in der Tat eine Betrachtung der Dinge, wie sie Herr Ministerpräsident Kretschmann und viel mehr noch die Kollegen Stoch und Schwarz hier dargelegt haben, sehr fern. Ich werde Ihnen das sogleich auch begründen.

Zuvor aber erlauben Sie mir bitte – dies durchaus in meiner Doppelfunktion als Vorsitzender der Fraktion der AfD wie auch als Bundessprecher dieser Partei –, auf eine weitere Gemeinsamkeit hinzuweisen: Auch wir sind entschiedene Freunde des Friedensprojekts Europäische Union.

(Beifall bei der AfD – Abg. Winfried Mack CDU: Ein paar haben geklatscht!)

– Das ist ja schön. Da freue ich mich.

(Abg. Winfried Mack CDU: Nicht alle! – Gegenruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD: Sie können auch klatschen! Das war doch eine gute Aussage!)

Auch wir wissen um politische wie ökonomische Verdienste dieses mehr als 60 Jahre bestehenden Bündnisses. Entgegen weit verbreiteter Vorurteile stehen wir mitnichten für die uns gern unterstellte Position einer Rückkehr zu Nationalismus und einer Abkehr von der Europäischen Union. Das tun wir nicht, meine Damen und Herren, wie wir es uns überhaupt so einfach nicht machen.

Wenn man meiner Partei nachsagt, wir seien Eurogegner, dann stimmt das. Denn das bezieht sich auf die völlig verkorkste und de facto längst gescheiterte Idee, eine wie auch immer geartete europäische Einigung auf dem Weg einer gemeinsamen Währung von oben erzwingen zu können. Das war Kohls Kernfehler.

(Beifall bei der AfD)

Nicht etwa die ersehnte Konvergenz hat dieses Projekt gebracht, sondern – ganz im Gegenteil – eine immer weiter reichende Divergenz, ein Auseinandertreiben der Staaten. Wir können das erleben: Während es dem Süden Europas, insbesondere Griechenland, mit dieser Währung immer schlechter geht, geht es uns hier – gerade uns in Baden-Württemberg – damit sehr gut. Das aber ist ein Auseinandertreiben, und das ist hochgefährlich. Für den, der die Theorie und Praxis optimaler Währungsräume auch nur ein wenig kennt, war es von Beginn an eine sichere Prognose, dass es so kommen wird.

Wenn man meiner Partei nun nachsagt, wir seien EU-Gegner, so ist das in dieser generalisierenden Form falsch. Denn das übersieht die Verdienste der EU, die wir durchaus anerkennen. Wir richten uns nicht grundsätzlich gegen die EU als supranationales Konstrukt europäischer Nationalstaaten. Wir richten uns allerdings z. B. entschieden gegen das, was die nur vermeintlichen europäischen Eliten in den letzten Jahrzehnten daraus gemacht haben.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Winfried Mack CDU: Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass!)

Wenn man uns, der AfD, schließlich, wie der Herr Ministerpräsident dies auch immer wieder einmal tut, nachsagt, wir seien Europagegner, dann ist das komplett falsch und eigentlich eine Unverschämtheit.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Wir sind wie Sie Deutsche und Europäer. Wie könnten wir also gegen Europa sein? Ganz im Gegenteil, wir sind deutsche, und wir sind auch europäische Patrioten – ein Begriff, mit dem eher die Grünen und die Sozialdemokraten als wir Schwierigkeiten haben.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD – Zuruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

Lassen Sie uns also bitte die Begriffe Euro, EU und Europa nicht in schwammiger Beliebigkeit durcheinanderwerfen, wie es die Berufseuropäer so gern tun –

(Beifall bei der AfD)

und dies durchaus bewusst, wie man vermuten darf. Die penetrante Gleichsetzung von EU und Europa, wie sie auch einige meiner Vorredner hier an den Tag gelegt haben, wollen wir nicht mitmachen. Sie beleidigt übrigens auch eine ganze Reihe europäischer Nationen, die sehr wohl zu Europa gehören, die aber ganz bewusst der Europäischen Union nicht angehören wollen. Denken Sie an die Schweiz, denken Sie an Norwegen, denken Sie an Island. Vielmehr unterscheiden wir da sehr sorgsam.

Wir können und müssen zunächst einmal ganz banal feststellen, dass sich die Briten am vergangenen Donnerstag nicht etwa entschlossen haben, den Euroraum zu verlassen; denn diesem haben sie, ökonomisch klug und politisch freiheitlich, wie sie sind, sowieso noch nie angehört. Auch haben sie mitnichten, wie manche kolportieren, Europa verlassen; das ginge auch gar nicht. Sie haben sich allein – und das mit knapper Mehrheit – dafür entschieden, der EU künftig nicht mehr angehören zu wollen. Wir sind allesamt gut beraten, das nicht allzu emotional, sondern mit einer den Briten selbst durchaus eigenen Nüchternheit zu betrachten.

Es drängt sich auch die Frage auf: Warum haben die Briten das getan? Warum haben sie sich als erste Nation überhaupt zu diesem Schritt entschlossen? Mit einem schlichten „Die spinnen, die Briten!“ mögen sich vielleicht Asterix und Obelix noch einig erklärt haben; hier indes verfängt das nicht.

(Beifall bei der AfD)

Ganz im Gegenteil: Die spinnen eben nicht, die Briten. Man muss nur den genaueren Blick wagen, dann wird klar, wer hier spint und wer eben nicht. Die Briten sind ein vernunftbegabtes und ein Vernunft nutzendes Volk. Es ist schlicht eine Ungeheuerlichkeit, mit welcher dümmlichen Arroganz jetzt hierzulande in den öffentlich-rechtlichen Medien und in den Fluren der Brüsseler Behörden den Briten die Vorhaltung gemacht wird, sie hätten halt nicht verstanden, über was sie eigentlich abstimmen.

(Abg. Sabine Wölflé SPD: Die Folgen!)

(Dr. Jörg Meuthen)

Doch, das haben sie. Sie haben das Glück, selbst darüber abstimmen zu dürfen, was man uns Deutschen nach wie vor in solchen Fragen vorenthält.

(Beifall bei der AfD)

Wir könnten uns sonst am Ende noch als ähnlich klug erweisen, dem Willen der – nur vermeintlichen – Eliten zum Trotz. Der alten Devise „Das Volk, der Lämmel“ folgend, untersagt man uns das hier – jedenfalls noch.

Man zieht nun bizarrerweise das britische Referendum als vermeintlichen Beleg dieser Hypothese gegen Volksabstimmungen heran. Herr Stoch – er ist gerade nicht im Raum; doch, er kommt wieder herein –, machen Sie sich doch bitte eines bewusst: Ein Referendum wie das britische ist keine Krise der Demokratie in Europa, wie Sie es eben gesagt haben.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD: Ja, genau! – Abg. Andreas Stoch SPD: Das Ergebnis!)

Vielmehr ist das Referendum Ausdruck funktionierender Demokratie in Europa. Die Briten stimmen über den Verbleib ab.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: Richtig!)

Welch eine Arroganz der Macht offenbart sich darin – die sich freilich angesichts des Ergebnisses des Referendums eher in eine Ohnmacht verkehrt, die wir erleben.

Warum also haben 52 % der Briten mit „Leave“ gestimmt? Warum ist das alles andere als irrational, wo doch damit vermeintlich gegen Europa und gegen den europäischen Frieden votiert wurde?

Nun, zunächst haben die Briten mitnichten gegen Europa und schon gar nicht gegen ein friedfertiges Europa gestimmt. Dazu sind sie viel zu klug, in der Tat und Gott sei Dank. Sie haben halt etwas genauer hingeschaut, als das hierzulande üblich ist; schließlich durften sie auch abstimmen, dann lohnt sich ja der genauere Blick auch.

(Beifall bei der AfD – Heiterkeit des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD – Abg. Reinhold Gall SPD: Das sagen alle Umfragen, über was sie abgestimmt haben! Meine Güte!)

Was haben sie dabei entdeckt? Zunächst einmal allerlei EU-Eliten – das Wort „Eliten“ verstehe ich hier immer in Anführungsstrichen –, die wie die Made im Speck eine Brüsseler und eine Straßburger Existenz leben, von den Steuergeldern der Bürger, von denen sie sich mit den Jahren meilenweit entfernt haben.

(Beifall bei der AfD – Abg. Winfried Mack CDU: Meine Güte! – Abg. Reinhold Gall SPD: Von welchem Geld bezieht Frau Storch ihre Bezüge?)

– Ich weiß nicht, wie oft Sie sich im EU-Parlament bewegen. Ich war dort verschiedentlich.

(Abg. Winfried Mack CDU: Sie leben doch hier auch von Steuergeldern! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wollen wir fragen, ob er zurücktritt? – Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE – Unruhe)

Wenn Sie den Unterschied zwischen diesem Landtag, der glücklicherweise noch sehr volksverbunden ist, und dem Paralleluniversum Brüssel/Straßburg nicht erkennen, dann schauen Sie mal ein bisschen genauer hin; fahren Sie dort einmal häufiger hin;

(Abg. Sascha Binder SPD: Ziehen Sie Ihre Europaabgeordneten wieder ab! – Unruhe)

dann werden Sie das erleben. Es ist ein Paralleluniversum.

(Beifall bei der AfD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wir warten noch auf den Rücktritt! – Abg. Sandra Boser GRÜNE: Ziehen Sie Ihre Abgeordneten ab! – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

– Sie fühlen sich dabei sonderbarerweise getroffen. Ich schimpfe ja gar nicht über den Landtag, sondern ich schimpfe über das Paralleluniversum in Brüssel.

(Zuruf der Abg. Sabine Wölfle SPD – Unruhe)

– Ich kann Sie gar nicht verstehen.

(Glocke der Präsidentin – Zuruf des Abg. Dr. Nils Schmid SPD – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD zur SPD: Kümmern Sie sich um Ihren eigenen Antisemitismus! – Gegenruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das müssen wir uns nicht bieten lassen! – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Das geht nicht! Das geht gar nicht! – Anhaltende Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Meine Damen und Herren, ich darf um etwas mehr Ruhe bitten. Zum einen bitte ich grundsätzlich um etwas Ruhe, damit der Redner die Chance hat, seine Sätze auszuführen – unabhängig davon, wer das Wort hat.

(Beifall bei der AfD)

Zum anderen hatten wir, glaube ich, in der letzten Debatte deutlich gemacht, was in diesem Haus nicht salonfähig ist und nicht geht. Wir hatten das auch im Präsidium besprochen, und es ist auch ein Schreiben an alle Fraktionen gegangen. Ich bitte Sie, das zu berücksichtigen, bevor wir noch weitere Maßnahmen ergreifen müssen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der AfD, der SPD und der FDP/DVP)

**Abg. Dr. Jörg Meuthen** AfD: Dann fahre ich fort. – Die Eliten predigen allesamt eine immer weitere Integration – Herr Schwarz, Sie haben das hier eben auch getan –, die die Bürger selbst, jedenfalls in dieser Form, in keiner Weise wollen, gegen die sie sich aber gar nicht wehren können, und zwar insbesondere auf der Ebene der Europäischen Union nicht wehren können; das ist das Kernproblem. Die EU finanziert sich – exemplarisch – bis zum heutigen Tag mit Ausnahme von Zöllen, die 13 % der Einnahmen ausmachen, von sogenannten Eigenmitteln, die de facto Finanzbeiträge sind. Die Bezeichnung „Eigenmittel“ ist eine euphemistische Bezeichnung; das sind keine. Einfluss der Bürger auf diese Form der Finanzierung: exakt null Komma null.

(Dr. Jörg Meuthen)

Mit einem ebenso gigantischen wie grotesken Verwaltungsapparat werden Normen aufgedrückt, die an Absurdität nicht zu überbieten sind. Kollege Reinhart erwähnte eben schon die Pizzen. Es wird exakt festgelegt, wie dick und breit eine Pizzena Neapolitana von Zypern bis Irland sein darf, damit sie diesen Namen tragen darf. Damit beschäftigt sich Brüssel. Die schreiben uns vor, wie viel Watt unsere Staubsauger maximal aufnehmen dürfen und wie lange unsere Kaffeemaschinen brühbereit sein dürfen, bis sie in den Stand-by-Modus zu gehen haben.

Nein, die Briten haben einfach einmal etwas genauer hingesehen, als wir Untertanen das wohl tun sollten, und sie haben sich das nicht nehmen lassen. Schauen Sie sich vielleicht einmal selbst, wenn Sie die Zeit und Muße dafür haben, eine EU-Haushaltsstrukturanalyse an. Ich selbst habe das von Berufs wegen über zwei Jahrzehnte hinweg getan, und ich kann Ihnen dazu nur berichten, dass sich solche Berichte lesen wie ein praktischer Appendix zu Kafkas gesammelten Werken. Absurder geht es wahrlich nicht mehr.

(Beifall bei der AfD)

Bis zum heutigen Tag ist der EU-Haushalt ein nahezu vollständiger Subventionshaushalt, mit dem allerlei eher mehr denn minder fragwürdige Projekte finanziert werden, die es ganz überwiegend ohne diese sinnfreie Umleitungsfinanzierung nie und nimmer gäbe.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sagen Sie das auch der Landwirtschaft?)

– Natürlich sage ich das auch der.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sagen Sie das einmal bei den Bauern!)

– Ja, auch da spreche ich das aus,

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

und zwar ohne Weiteres. Die Bauern in unserem Land sind so leistungsfähig, dass sie nicht als Subventionsjunkies an die Nadel der EU gehängt werden müssen.

(Beifall bei der AfD – Unruhe bei den Grünen und der SPD)

Das brauchen die Landwirte bei uns gar nicht.

(Abg. Sandra Boser GRÜNE: Keine Ahnung! – Weitere Zurufe)

Ich habe mich mit den Absonderlichkeiten – – Ich schimpfe nicht auf die Landwirte, ich schimpfe auf die verfehlte Subventionspolitik.

(Beifall bei der AfD)

Die Landwirte in Baden-Württemberg sind hochleistungsfähig, meine Damen und Herren. Hochleistungsfähig! Die könnten das ohne.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Sie haben die Bauern „Junkies“ genannt! Das werden wir weitersagen!)

– Ja, das sagen Sie mal weiter. Sagen Sie das dann aber auch im Gesamtzusammenhang. Es ist ja nicht Ihre Stärke, etwas im Gesamtzusammenhang zu sehen, Herr Schmid.

(Beifall bei der AfD – Lachen bei den Grünen und der SPD)

Ich habe mich mit den Absonderlichkeiten, zum Teil sogar Perversitäten des EU-Haushalts – denken Sie nur an die EU-Exportsubventionen, auch das ist übrigens Landwirtschaftspolitik – und dem Preis, den afrikanische Bauern dafür zahlen, über Jahrzehnte befasst. – Sehen Sie, da wird es still, weil die meisten wissen, was gemeint ist. Diese EU-Exportsubventionen sind etwas Schreckliches, und sie lösen in anderen Ländern der Welt furchtbare Verwüstungen aus.

(Beifall bei der AfD)

Das ist EU-Politik. Damit haben die Briten sich befasst. Ich kann Ihnen aus dieser Erfahrung heraus nur sagen, dass ich dankbar dafür bin, dass nun irgendjemand, in diesem Fall das britische Volk, dem endlich einmal Einhalt gebietet und ein „No!“ entgegenschmettert – und zwar nicht etwa, um der EU in toto den Stecker zu ziehen. Glauben Sie es mir, oder glauben Sie es mir nicht: Es geht nicht darum, die EU zu zerstören. Das will jedenfalls ich gar nicht. Ich will nur, dass die EU endlich damit beginnt, das zu tun, was ihre eigentliche Aufgabe wäre, und das zu beenden, was es eben nicht ist. Das ist gar nicht so schwer zu verstehen. Es erfordert nur, einmal etwas genauer hinzuschauen. Das und nicht weniger haben die Briten getan. Dieser EU in der bestehenden Form hätte auch ich, hätte ich mit abstimmen dürfen, den Stecker gezogen,

(Zuruf: Aha! – Abg. Winfried Mack CDU: Sie sind für den Austritt Baden-Württembergs aus der EU?)

nicht, um sie zur Strecke zu bringen, sondern um sie zu zwingen, endlich erwachsen zu werden und das zu tun, dessentwegen es sie überhaupt gibt.

Im Ergebnis: Die EU steht nun durch das britische Votum, das ein Weckruf für die Union ist wie kein zweiter – der Begriff „Weckruf“ fiel heute schon einmal, und dieses Wort ist auch richtig –, am Scheideweg. Die eine Möglichkeit ist: Sie wird nun so weitermachen wie bisher. Dafür stehen exemplarisch tragische Figuren wie Juncker und Schulz, von denen wir hoffen dürfen, dass die Geschichte diese Gestalten bald hinfortspült in die historische Belanglosigkeit,

(Beifall bei der AfD)

in die allein sie gehören,

(Abg. Winfried Mack CDU: Unglaublich!)

ebenso übrigens wie Merkel, Schäuble, Gabriel und viele andere, die letztlich – auch dieser Begriff fiel schon, und zwar vom Herrn Ministerpräsidenten – auf die Vereinigten Staaten von Europa hinsteuern. Mitnichten wollen das die 505 Millionen Bürger dieser Union. Das wollen die Eliten. Das ist ein Projekt der Eliten, es ist kein Projekt der Bürger. Das ist das Entscheidende.

(Beifall bei der AfD)

(Dr. Jörg Meuthen)

Die andere Möglichkeit, die Alternative ist: Die EU wird nun diesen Weckruf wahrnehmen und ihn für einen echten Richtungswechsel nutzen, einen Richtungswechsel hin zur Ursprungsidee eines Europas der Vaterländer mit einer supranationalen Kooperation nur dort, wo es einer solchen tatsächlich bedarf.

(Beifall bei der AfD – Zuruf: Jawohl!)

Sollte das durch dieses Votum erreicht werden, dürfen wir uns vor dem britischen Volk verneigen, denn dann haben sie zur rechten Zeit das Richtige getan. Sie haben uns dann zur Einhaltung von Subsidiarität, zu echtem Föderalismus und einer sinnvollen Begrenzung der Staatlichkeit gezwungen, um die EU auf den Pfad zurückzuführen, der auch uns ganz normale Bürger endlich wieder Ja zu dem Projekt EU im Ganzen wird sagen lassen können.

Herr Ministerpräsident, Sie haben mehrfach das Wort Subsidiarität gebraucht; andere Redner haben das auch getan. Mir kommt es immer wie ein Lippenbekenntnis aus Sonntagsreden vor: Man bekennt sich zur Subsidiarität, macht aber de facto Zentralismus. Genau das ist das Problem der EU.

(Beifall bei der AfD)

Ich bin Ihnen gleichwohl dankbar, dass Sie diese Vokabel gleich mehrfach verwendet haben; denn genau das ist es, was wir brauchen. Wir dürfen politische Aufgaben nur dann auf die oberste Ebene verlagern, wenn sie dort auch hingehören. Die EU tut Etliches, was dort ganz und gar nicht hingehört. Das ist der Grund, warum wir diese Krise haben, und da müssen wir in der Tat heran, und zwar gemeinsam.

(Beifall bei der AfD)

Das ist der Weg, den wir gehen müssen – nicht der eines plumphen Nein zur EU und auch nicht der eines blinden, staatsgläubigen Ja zur EU.

Die Briten haben uns – lassen Sie uns das doch einmal so sehen – einen wichtigen Impuls gegeben. Seien wir ihnen dankbar dafür, anstatt sie in blindem zentralistischen Eifer dafür zu verfluchen. Es muss uns allen, und ganz besonders den Köpfen der EU, zu denken geben, wenn eine im Kern rationale Nation gegen die EU stimmt. Und vor allem: Lassen Sie uns nun doch bitte alle gemeinsam uns eine gewisse Gelassenheit angesichts solcher Ereignisse auferlegen.

Es hängt nicht der Fortbestand des Planeten und ganz gewiss auch nicht der Europas davon ab. Es wird auch in Zukunft eine Zusammenarbeit des Vereinigten Königreichs mit den verbleibenden 27 Mitgliedsstaaten geben. Wir dürfen getrost davon ausgehen, dass diese höchst pragmatisch und zum wechselseitigen Vorteil gestaltet werden wird.

Der Europäische Binnenmarkt etwa, als das eine ökonomische Großprojekt, ist eine Errungenschaft der Kooperation, auf die die Briten – da bin ich mir sicher – auch künftig kaum werden verzichten wollen. Nur sehen sie offenbar nicht mehr ein – das ist das, was Sie Rosinenpickerei nennen; ich halte das für falsch –, diesen fraglosen Vorteil in Zukunft mit undurchsichtigen Strukturen, einem geradezu idiotischen Paternalismus und der Mitfinanzierung aberwitziger, sinnloser Sub-

ventionen bezahlen zu müssen. Dagegen wehren sich die Briten, und sie tun das mit Recht.

(Beifall bei der AfD – Abg. Sabine Kurtz CDU: Europa ist doch mehr als Macht!)

Wenn es im Titel der Aktuellen Debatte heißt – ich halte das für eine gute Formulierung, die Sie da gewählt haben –: „Mit neuer Kraft für die europäische Idee eintreten“, dann fragen wir: Für welche Idee denn konkret? Und da sind wir gewiss nicht für die europäische Idee einer kafkaesken Bürokratur, nicht für einen schleichenden Weg in den Sozialismus, und wir sind auch nicht für die Vision einer Aufgabe der Nationalstaaten und von deren Übergang in die Vereinigten Staaten von Europa,

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

wie sie die sogenannten europäischen Eliten offenkundig anstreben, ohne die Bürger der Union dabei mitzunehmen oder auch nur zu fragen, was sie eigentlich wollen.

(Beifall bei der AfD – Zuruf: Richtig!)

Jetzt wissen Sie, was wir nicht wollen. Unsere Idee der EU ist die eines Staatenbündnisses der Nationalstaaten, die nur wenige wirkliche supranationale Aufgaben auf diese Ebene delegieren.

(Heiterkeit des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Aus einer dieser Idee folgenden EU wären die Briten niemals ausgetreten. Hier hätten sie kein „Take back control“ entgegengeschmettert. Denn das wollen sie; sie wollen die Kontrolle zurückhaben. Ich kann verstehen, was der Schlachtruf der „Brexit“-Befürworter war.

(Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Ja!)

Leider geben die ersten Signale, die aus Brüssel zu vernehmen sind, wenig Anlass zu der Hoffnung, dass man die Zeichen der Zeit bei diesem Referendum dort nun richtig zu deuten versteht. Martin Schulz stellte am Morgen nach dem Referendum in der BBC allen Ernstes fest: „Dies ist keine Krise für die EU.“

(Glocke der Präsidentin)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Dr. Meuthen, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abg. Lindlohr?

**Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD:** Ja.

**Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE:** Herr Meuthen, ich möchte Sie fragen, was Sie mit Ihrer Sprache bezwecken, und möchte jetzt gern aus Ihrer Rede zitieren: Sie haben gesagt: „Gestalten hinwegspülen“, „Subventionsjunkies“ – also der Vergleich mit Suchtkranken –; „pervers“ – Sie haben das Wort verwendet –; gerade eben haben Sie von „Schlachtruf“ gesprochen – also ein Wort, das im Krieg verwendet wird –, und Sie haben den Ausdruck „zur Strecke bringen“ gewählt, wenn auch in der Negierung „nicht zur Strecke bringen“. Ich möchte Sie fragen: Was bezwecken Sie mit dieser gewalttätigen Sprache

(Unruhe bei der AfD)

(Andrea Lindlohr)

in diesem Haus, und was ist Ihre Botschaft an die Bürgerinnen und Bürger?

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD)

**Abg. Dr. Jörg Meuthen** AfD: Liebe Frau Lindlohr, diese Frage verblüfft mich wirklich ein bisschen. Ich betrachte diese Sprache nicht als gewalttätig, und zwar ganz und gar nicht.

(Unruhe)

Ich betrachte sie als einen völlig normalen Sprachgebrauch. Und wenn ich das Wort –

(Anhaltende Unruhe)

– Sie müssen mich dann auch antworten lassen.

(Zurufe)

Ich habe die Frage zugelassen, nun lassen Sie mich bitte antworten; diese Höflichkeit stünde Ihnen gut an.

Wenn ich das Wort „Subventionsjunkie“ verwende, dann meine ich damit – ich habe eben schon versucht, das deutlich zu machen –, dass man Bauern – das ist ein Sprachbild – an Subventionen hängt, wie Junkies an der Nadel hängen,

(Zurufe: Was? – Hä?)

Bauern, die das im Prinzip überhaupt nicht brauchen. Über Jahrzehnte hat die EU das gemacht. Bis zu 70 % des EU-Haushalts sind in den vergangenen Jahrzehnten für Agrarsubventionen draufgegangen – bis zu 70 %! –, und zwar völlig sinnloserweise, weil es dessen in keiner Weise bedarf.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Sinnloserweise? – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Haben Sie sich mal mit der Landwirtschaft auseinandergesetzt? – Abg. Winfried Mack CDU: Sie haben keine Ahnung! Keine Ahnung haben Sie! – Weitere Zurufe)

Die Bauern sind leistungsfähige Zeitgenossen, die dieser Subvention nicht bedürften. Landwirtschaft geht ohne Subvention.

(Beifall bei der AfD – Abg. Winfried Mack CDU: Schande! – Weitere Zurufe)

Man muss dann eben die Regeln des Marktes einmal akzeptieren und zulassen. Wir haben Aberwitzigkeiten der Extraklasse über Agrarsubventionen erlebt.

(Lebhafte Unruhe)

Überlegen Sie sich doch einmal, was es heißt, wenn die EU so etwas wie Flächenstilllegungsprämien bezahlt hat. Überlegen Sie sich einmal, was das Wort als solches heißt: Sie müssen prämiieren – und das sogar mit einer gewissen ökonomischen Vernunft –, etwas nicht mehr zu produzieren, vor lauter Überschussproduktion, die Sie mit Subventionen überhaupt erst generiert haben. Aberwitzig! Das nenne ich, mit Verlaub, tatsächlich pervers. Das ist pervers.

(Beifall bei der AfD – Zurufe)

Nun werde ich flugs fortfahren. Es ist auch nicht mehr viel.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Schön!)

Schulz sagte also: „Dies ist keine Krise für die EU.“ Jean-Claude Juncker – Sie wissen, der Juncker, der sagte: „Wenn es ernst wird, muss man lügen“ – meint gar, in dem Austritt die Chance zu einer weiteren, nun nicht mehr von den lästigen Briten gestörten Vertiefung und Intensivierung der Kooperation der verbleibenden Mitgliedsstaaten sehen zu müssen. Er will nun ernsthaft darauf die Antwort geben, ganz schnell alle anderen Staaten auch in den Euroraum hineinzu-zwingen. Das hat er die letzten Tage gesagt.

Statt des gebotenen Innehaltens, Reflektierens und einer entschiedenen Kurskorrektur scheint man in Brüsseler Technokratenkreisen mit einem „more of the same“ und vielleicht „even more intense“ reagieren zu wollen. Das wäre ein fatales Signal, das absehbar, in nicht allzu ferner Zukunft, weitere Staaten in eine Exit-Diskussion treiben dürfte. – Ich sage das nicht als Wunsch, sondern ich sehe das als eine ganz reale Befürchtung – damit Sie mich richtig verstehen.

Was nun allein hilft, um die Fortexistenz der EU im Ganzen und damit auch ihre unbestrittenen Segnungen für die Bürger der EU nicht eines Tages ganz zu verlieren, ist eine Rückbesinnung auf die eigentlichen Aufgaben der EU und eine Revision im Sinne der Urväter der Idee der europäischen Einigung. Das ist nicht die Idee eines schleichenden Sozialismus hin zu einer schrittweisen Auflösung der Mitgliedsstaaten zu einem einzigen Staatsgebilde, den Vereinigten Staaten von Europa. Vielmehr ist es die Idee eines Europas der Vaterländer, die sinnvoll und friedlich miteinander kooperieren, wo eine gemeinsame Aufgabenwahrnehmung allen Beteiligten zum Vorteil gereicht.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Kommen Sie zum Schluss.

**Abg. Dr. Jörg Meuthen** AfD: Zehn Sekunden. – Wir werden nicht umhinkommen, dazu die derzeit führenden Köpfe auszutauschen. Denn die verstehen die Zeichen der Zeit nicht. Diese gefährliche Ignoranz kann sich die EU nach dem britischen Votum nun wirklich nicht mehr länger leisten.

Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der AfD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzendem Dr. Rülke.

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Ministerpräsident – von dem ich annehme, dass er gleich wiederkommt – hat Europa und die europäische Integration als Staatsräson des Landes Baden-Württemberg bezeichnet. In der Tat, diese Auffassung teilen wir aus den Gründen, die am heutigen Tag schon genannt wurden: 70 Jahre Frieden in der Mitte Europas.

Ich glaube, die familiären Entwicklungen der Generationen, die der Kollege Reinhart beschrieben hat, finden sich in vielen Familien der Abgeordneten dieses Hauses wieder. 70 Jahre Frieden, das ist ein Wert an sich. Ich glaube, dass niemand,

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

der guten Willens ist, bestreiten kann, dass das mit der europäischen Integration zu tun hat.

Ich glaube auch, dass Wohlstand, Freihandel und Kooperation, die aus der europäischen Zusammenarbeit entstanden sind, nicht zuletzt ursächlich sind für die Tatsache, dass es dem Land Baden-Württemberg und seinen Menschen wirtschaftlich so gut geht. Auch das ist ein Wert an sich, und auch das wäre ohne die europäische Integration nicht möglich.

Auch das politische Gewicht Baden-Württembergs, Deutschlands insgesamt, hat mit der Europäischen Union zu tun. Mittlerweile sind nur noch 1 % der Weltbevölkerung Deutsche, und diese werden ohne diesen Zusammenhang nicht in der Lage sein, im internationalen Konzert im Vergleich zu den Vereinigten Staaten von Amerika oder im Vergleich zum asiatischen Raum wirklich nachhaltig die eigenen Interessen zu vertreten.

Deshalb, Herr Meuthen, muss man beide Seiten sehen. Selbstverständlich gibt es Opfer, die man für die europäische Integration zu bringen hat. Auf der anderen Seite gibt es aber Vorteile. Beides muss man abwägen, und dabei kommen wir, meine Damen und Herren, zu dem Ergebnis, dass nach wie vor die Vorteile überwiegen und dass es richtig ist, die Europäische Union als Staatsräson des Landes Baden-Württemberg zu begreifen.

(Beifall bei der FDP/DVP, den Grünen, der CDU und der SPD)

Insofern ist der „Brexit“ eine schlechte Nachricht, eine schlechte Nachricht für Europa und eine schlechte Nachricht für das Land Baden-Württemberg. Denn es trifft zu, was der Ministerpräsident gesagt hat: dass wir in Baden-Württemberg im Jahr 2015 Exporte mit einem Volumen von mehr als 12 Milliarden € nach Großbritannien hatten. Das hat damit zu tun, dass wir in der Europäischen Union Freihandel haben. Insofern ist der „Brexit“ eine schlechte Nachricht für Baden-Württemberg.

Aber er ist auch eine schlechte Nachricht für Großbritannien. Es gibt doch wohl kaum einen Wirtschaftsexperten, der bezweifelt, dass das Vereinigte Königreich das Ganze mit Wohlstandsverlusten zu bezahlen hat. Es zeichnet sich doch jetzt schon ab, dass dieses Vereinigte Königreich in absehbarer Zeit Vergangenheit sein wird. Die Schotten haben praktisch schon beschlossen, dass sie ein zweites Unabhängigkeitsreferendum abhalten. Man braucht, glaube ich, kein Prophet zu sein, um absehen zu können, wie dieses zweite Unabhängigkeitsreferendum ausgehen wird. Dasselbe gilt für Nordirland. Deshalb war es eben keine kluge Entscheidung, die eine knappe Mehrheit der Briten da getroffen hat.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Deshalb ist es, glaube ich, auch notwendig, dass wir uns überlegen: Wie können wir daran arbeiten, diese Europäische Union zusammenzuhalten? Aber wir müssen uns natürlich auch die Frage stellen: Was können wir tun, um diese Europäische Union zu verbessern?

Wir brauchen eine Analyse. Diese Analyse kann sich nicht darin erschöpfen, zu sagen, das liege alles an der Bösartigkeit

von Populisten vom Schlage Le Pen, Wilders oder Farage, oder vielleicht gar an deren intellektueller Brillanz – die nun wirklich nicht zu erkennen ist. Nein, das liegt weder an deren Bosheit noch an deren Brillanz, sondern es liegt schlicht daran, dass innerhalb der Europäischen Union einiges schief läuft.

(Zuruf von der AfD: Was läuft schief?)

– Ich komme schon auf das, was schief läuft.

Herr Ministerpräsident, wenn Sie in Ihrer Regierungserklärung sagen, Europa werde schlechtgeredet, man dürfe Europa nicht schlechtreden, dann ist das bestenfalls die Hälfte der Erklärung dessen, was da abläuft. Ich glaube eben nicht, dass Europa schlechtgeredet wird. Ich glaube auch, dass vieles, was heute in dieser Debatte bisher gesagt worden ist, zu abstrakt ist. Wir müssen uns schon die Frage stellen: Welche Fehler werden auf europäischer und nationaler Ebene gemacht?

Sie haben in Ihrer Regierungserklärung gesagt, Herr Ministerpräsident, es dürfe nicht so sein, dass für das Gute die nationale Ebene zuständig sei und für die Fehler, für das Schlechte Brüssel. Aber ich glaube, wenn man sich das anschaut, dann kommt man zu dem Ergebnis, dass sowohl auf nationaler Ebene als auch in Brüssel Fehler gemacht werden, meine Damen und Herren. Da genügt es nicht, Herr Meuthen, Politiker der Europäischen Union pauschal zu beschimpfen und zu sagen, die müssten weggespült werden, sondern man muss sich schon konkret mit dem auseinandersetzen, was da an Fehlern gemacht wird.

Da komme ich in der Tat auf drei europäische Gestalten. Die eine ist Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker,

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

die zweite ist Mario Draghi, der Präsident der Europäischen Zentralbank, und die dritte ist unsere geschätzte Bundeskanzlerin.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Aber mit denen muss man sich dann schon konkret auseinandersetzen, beispielsweise mit Herrn Juncker.

Sie haben ja an einer Stelle, Herr Ministerpräsident, die Kommission für gute Vorschläge in der Flüchtlingspolitik gelobt. Ich bin mir nicht ganz sicher, ob man diese Kommission insgesamt loben sollte. Denn diese Kommission steht schon für einen gewissen Zentralismus, auch für Vorschläge, wie sie am heutigen Tag hier genannt worden sind, beispielsweise zu Glühbirnen und Gurken. Zum geflügelten Wort geworden ist die Gurkenkrümmung – ob das tatsächlich ein Vorschlag war oder nicht, es gibt Vorschläge in diese Richtung.

Man muss auch einmal deutlich sagen, dass das Europäische Parlament eine ganze Reihe von unsinnigen Vorschlägen der Kommission auch schon abgeräumt hat. Aber diese unsinnigen Vorschläge kommen nun einmal aus der Kommission.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Hans Peter Stauch AfD)

Ich glaube auch nicht, dass es Europa genutzt hat, dass Herr Juncker bei der Europawahl eine Spitzenkandidatur für die

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

konservativen Parteien beansprucht hat und dann hinterher erklärt hat, er müsse jetzt sozusagen der europäische Superregierungschef werden, weil er der Spitzenkandidat der konservativen Parteien gewesen ist. Nicht ein zentralistischer Führungsanspruch ist das, was Europa braucht, sondern in der Tat mehr Subsidiarität. Aber zu Subsidiarität gehört eben auch, dass Entscheidungen in den Regionen und in den Nationalstaaten getroffen werden, und nicht, dass Herr Juncker der Auffassung ist, er sei jetzt die europäische Führungspersönlichkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Herr Schwarz, Sie haben vorhin CETA erwähnt. Sie haben gesagt, die EU hätte erklärt, die nationalen Parlamente dürften nicht über CETA abstimmen.

(Zuruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

– Ja, Sie haben aber gesagt, es wäre die EU gewesen. Es war nicht die EU, sondern es war Herr Juncker.

Was ist denn das für ein arroganter Herrschaftsanspruch, wenn ein Kommissionspräsident erklärt, die nationalen Parlamente hätten nicht über eine bestimmte Angelegenheit abzustimmen?

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der AfD  
– Zuruf von der AfD: Jawohl!)

Herr Ministerpräsident, Sie haben in Ihrer Regierungserklärung gesagt, es sei notwendig, bestehende Regelungen auf europäischer Ebene einzuhalten. Darin sollten wir uns einig sein: Es ist notwendig, bestehende Regelungen einzuhalten. Aber wenn besagter europäischer Superregierungschef das Gegenteil tut, dann braucht man sich nicht darüber zu wundern, wenn die europäische Idee Schaden leidet.

Ich zitiere aus der aktuellen Ausgabe der „Wirtschaftswoche“:

*Haben die Vorgaben für das Funktionieren des Euro überhaupt noch eine Bedeutung? Zuletzt hat die EU-Kommission mit an Beliebigkeit grenzender Flexibilität den Eindruck erweckt, dem sei nicht mehr so. „Am Ende drücken wir überall ein Auge zu und haben eine blinde Währungsunion“, empörte sich*

– nicht irgendein Europaskeptiker –

*Jeroen Dijsselbloem, Chef der Eurogruppe, über Juncker.*

Das steht in der „Wirtschaftswoche“.

Der versteht sich in der Tat eher als Chef einer politischen Kommission, die bei Bedarf Gefälligkeiten verteilt. Anfang Juni etwa begründete Juncker besondere Milde gegenüber den Franzosen, ganz einfach „weil es Frankreich ist“. Er erweckt damit den Eindruck, dass große Mitgliedsstaaten gleicher sind als andere.

(Zuruf: So ist es!)

„Mit diesen Flapsigkeiten zementiert er das Bild vom Hinterzimmer-Europa“

(Beifall des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD)

– das sagt nicht ein Rechtspopulist, sondern der grüne Europaabgeordnete Sven Giegold.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD  
– Zuruf von der FDP/DVP: Hört, hört, hört!)

Noch deutlicher werden deutsche Regierungsvertreter, die Junckers Auftritt „hirnrissig“ nennen.

(Lachen bei Abgeordneten der AfD – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD: Gewalttätige Sprache!)

Mehr braucht man an dieser Stelle, glaube ich, nicht zu sagen. – Es war nicht meine Formulierung, sondern ausweislich der „Wirtschaftswoche“ die Formulierung deutscher Regierungsvertreter.

Machen wir weiter mit Mario Draghi: eine rücksichtslose Finanz- und Währungspolitik. Dies ist schon seit Jahren eine Repressionspolitik zulasten der deutschen Sparer und derjenigen, die sich ihre Altersvorsorge zusammensparen möchten.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Es gibt ja Menschen, denen schon vor 30 Jahren gesagt wurde: Die Rente reicht nicht mehr. Sie haben schon damals nicht mehr geglaubt, was Norbert Blüm gesagt hat, nämlich: „Die Rente ist sicher.“ Man hat ihnen gesagt: „Macht eine private Altersvorsorge. Ihr bekommt dann mit Mitte 60 90 000 €.“ Diese Menschen bekommen heute von der Versicherung Post mit dem Tenor: „Es tut uns leid. Es liegt an den Niedrigzinsen. Sie bekommen nicht 90 000 €, sondern nur 60 000 €.“ Das ist eine Politik, die gezielt gemacht wird mit der Begründung, man wolle die Konjunktur fördern. Aber in Wahrheit geht es nur darum, die Haushalte von überschuldeten Staaten zu entlasten. Das ist eine völlig falsche Politik.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Der Deutsche Bundestag hat die Transferpolitik – Stichwort Eurobonds – abgelehnt. Mario Draghi macht es mit seiner expansiven Finanz- und Geldpolitik durch die Hintertür; auch das muss man in aller Deutlichkeit sagen. Auch das führt letztlich dazu, dass die Akzeptanz der europäischen Institutionen leidet. Man muss es sehr deutlich sagen: Die Politik à la Juncker, die Politik à la Draghi ist mit ursächlich dafür, dass die Europäische Union in eine Krise geraten ist.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der CDU und der AfD)

In diesem Zusammenhang kann man auch die Bundeskanzlerin nicht verschonen. Herr Schwarz, von Ihnen kam die Begrifflichkeit „Hinterzimmerentscheidungen“. Aber diese Hinterzimmerentscheidungen sind doch Entscheidungen, an denen die deutsche Bundesregierung maßgeblich beteiligt ist, insbesondere die Bundeskanzlerin, die nach Brüssel fliegt und in irgendwelchen Hinterzimmern Entscheidungen trifft, die dann am nächsten Morgen bekannt gegeben werden.

Nehmen wir die Eurorettungspolitik. Da haben wir eine Entparlamentarisierung.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ich habe Voßkuhle zitiert!)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Davon sprachen Sie und haben Herrn Voßkuhle, den Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, zitiert, der hier an diesem Rednerpult gesagt hat, es gebe eine Entparlamentarisierung auf Länderebene.

Aber wir haben diese Entparlamentarisierung doch auch auf nationaler Ebene. Die Kanzlerin kommt aus Brüssel, erklärt dem Deutschen Bundestag: Das haben wir jetzt im Hinterzimmer beschlossen, und ihr – Vogel, friss oder stirb! – habt das abzusehnen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Auch das führt dazu, dass die Akzeptanz der europäischen Institutionen leidet, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der AfD)

Hinzu kommt eine ökonomisch falsche Griechenlandpolitik, eine Rettungspolitik, bei der man den Griechen sagt: „Ihr müsst jetzt die Mehrwertsteuer erhöhen.“ Diese Mehrwertsteuererhöhung macht noch das Letzte kaputt, was in Griechenland funktioniert, nämlich den Tourismus. Gleichzeitig werden die wahren Probleme, eine ineffiziente Verwaltungsstruktur, in Griechenland nicht angegangen. Auch das schadet den europäischen Institutionen. Und dem deutschen Steuerzahler wird immer erklärt, das Ganze sei alternativlos.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der AfD)

Das Gleiche gilt für die Flüchtlingspolitik. Die Kanzlerin war in Brüssel, um einen Klub der Willigen zu gründen. Sie hat dann festgestellt, dieser Klub existiert, aber sie ist das einzige Mitglied.

(Heiterkeit bei der FDP/DVP – Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Denn sie hat eine Flüchtlingspolitik an allen Institutionen vorbei betrieben. Sie hat nicht einmal ihre Koalitionspartner gefragt. Sie hat den Deutschen Bundestag nicht gefragt. Sie hat die europäischen Partner nicht gefragt. Sie hat vielmehr einsam entschieden. Hinterher hat sie festgestellt, sie bekommt für diese Flüchtlingspolitik keine Akzeptanz auf der europäischen Ebene. Und sie erklärt das Ganze nicht. Es wurde vielfach angemahnt: Wir brauchen mehr Transparenz auf der europäischen Ebene. Es gibt aber keine Transparenz auf der bundesstaatlichen Ebene, sondern die Kanzlerin sagt immer nur, das Ganze sei alternativlos, oder: „Wir schaffen das!“ Das ist zu wenig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Das Einzige, was in Zeiten der Flüchtlingskrise wirksam gewesen ist, war die Schließung der Balkanroute. Die Kanzlerin war dagegen.

(Heiterkeit bei der AfD)

Stattdessen setzt sie auf Herrn Erdogan mit all seinen despotischen Anwandlungen und sieht die Lösung der Flüchtlingskrise in einer Politik zusammen mit Herrn Erdogan.

Und wenn von den europäischen Werten die Rede ist, Herr Ministerpräsident, so sagen sich die Worte „europäische Wer-

te“ an dieser Stelle natürlich leicht. Glauben Sie im Ernst, die europäischen Werte lassen sich gemeinsam mit Herrn Erdogan durchsetzen? Da muss man doch einmal deutlich sagen: So geht das nicht.

(Beifall bei der FDP/DVP, der AfD und des Abg. Peter Hofelich SPD)

Sie, Herr Ministerpräsident Kretschmann, haben im Wahlkampf verschiedentlich geäußert, sie beteten für die Bundeskanzlerin. Ich hoffe, dass Sie angesichts dieser Politik zumindest diese Gebete inzwischen eingestellt haben.

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD)

Nun stellt sich die Frage nach den Lösungen, meine Damen und Herren. Vielfach wurde gesagt: Wir brauchen mehr Subsidiarität. Aber was heißt „mehr Subsidiarität“? „Mehr Subsidiarität“ heißt natürlich: mehr Stuttgart und weniger Brüssel.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der AfD)

Es war die Rede davon: Wir brauchen mehr Transparenz. In der Tat: Transparenz heißt, man muss Politik erklären. Es reicht nicht, Sonntagsreden zu halten. Es reicht nicht, vor dem Deutschen Bundestag zu sagen: „Wir schaffen das“, oder: „Alles ist alternativlos.“

Wir brauchen auch mehr Demokratie. Das heißt, die Parlamente müssen entscheiden und nicht die Kommission. Es kann nicht sein, dass ein Kommissionspräsident den Parlamenten sagt: „Ihr dürft nicht entscheiden.“

(Beifall bei der FDP/DVP und der AfD)

Insofern, Herr Ministerpräsident, sind wir in der Theorie derselben Auffassung. Wir brauchen mehr Subsidiarität, ja. Brüssel soll sich gefälligst aus unserem Sparkassenwesen heraushalten. Aber wir brauchen die europäische Ebene für die Lösung der Flüchtlingskrise, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Wir sind bereit, unseren Beitrag für einen subsidiären Prozess zu leisten. Sie haben die Ankündigung in Ihrer Regierungserklärung gemacht und auch vorab die Frage formuliert, wer sich vorstellen kann, sich an diesem Prozess zu beteiligen, in einen Dialog mit der Bürgergesellschaft einzutreten, in einen Dialog mit den Kommunen einzutreten, in diesem Land Baden-Württemberg die Frage zu stellen: Wie können wir Europa besser machen?

Wir müssen Europa besser machen. Europa ist Teil unserer Staatsräson. Dazu sind wir bereit, dazu reichen wir Ihnen die Hand. Aber klar ist, Herr Ministerpräsident, dass in diesem Zusammenhang dann auch die Probleme und das Versagen benannt werden können. Es darf nicht dabei bleiben, Sonntagsreden zu halten, sondern man muss klar benennen, was die Fehlentwicklungen in der Europäischen Union sind –

(Beifall des Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP)

um Europa zu erhalten, nicht um die Europäische Union kaputt zu machen. Dazu reichen wir Ihnen die Hand.

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Es geht um die Wahrung der Interessen der Bürger, Stichwort Mario Draghi. Es geht darum, Lösungen für die Menschen in Europa zu finden. Dann hat Europa eine Zukunft – als demokratisches, subsidiäres und transparentes Europa der Regionen, aber nicht als Brüsseler Hinterzimmerveranstaltung der Merkels, Junckers und Draghis. Letzteres ist das wahre Konjunkturprogramm für die Rechten, und das wollen wir nicht. Deshalb geben wir Erwin Teufel recht, wenn er sagt: „Wir müssen Europa auf die Füße stellen.“ Das müssen wir anpacken, meine Damen und Herren. Dazu reichen wir die Hand.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der CDU und der AfD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die Regierung erteile ich das Wort Herrn Minister Wolf.

(Zuruf des Abg. Andreas Stoch SPD)

**Minister der Justiz und für Europa Guido Wolf:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Erst einmal erlaube ich mir, darauf hinzuweisen, dass es, wie ich finde, eine wichtige und richtige Idee war, Herr Ministerpräsident, den „Brexit“ auch hier zum Gegenstand einer Regierungserklärung zu machen und in Baden-Württemberg als einem Land im Herzen Europas diesen Tag nicht einfach stehen zu lassen, sondern gerade hier in Baden-Württemberg die Auswirkungen des „Brexits“ auch zum Gegenstand einer Debatte im Landtag zu machen.

Blenden wir einmal einige Diskussionsbeiträge aus, die es angesichts der Seriosität der Auseinandersetzung vielleicht nicht zwingend gebraucht hätte, so finde ich: Es war eine gute und wichtige Diskussion für den Landtag von Baden-Württemberg, für Baden-Württemberg im Herzen Europas. Allen, die sich an dieser guten Diskussion gewinnbringend beteiligt haben, ein herzliches Dankeschön.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der CDU und der AfD)

Lieber Herr Kollege Stoch, ich glaube, Sie haben sich gar nicht wirklich versprochen, als Sie einmal mit den „Genossen“ argumentiert haben.

(Zuruf des Abg. Andreas Stoch SPD)

Herr Stoch wollte zu einer großen europäischen Genossenschaft aufrufen.

(Zurufe von der SPD)

Gemeinsam seine Ziele besser zu erreichen als im Alleingang, das ist der Grundgedanke einer jeden Genossenschaft. Insofern war das durchaus visionär, lieber Kollege Stoch.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Debatte hat natürlich auch zum Ausdruck gebracht, dass manche Analyse der letzten Tage möglicherweise etwas zu schnell, etwas verkürzt oder etwas verfrüht war. Wer geglaubt hat, den „Bre-

xit“ ausschließlich zu einem britischen Problem zu machen, ihn auf ein britisches Problem reduzieren zu können, der hat die Dimension der Euroskepsis nicht hinreichend erkannt. Wer geglaubt hat, den „Brexit“ ausschließlich zur Folge rechtspopulistischer Parteien zu machen, der hat möglicherweise Ursache und Wirkung verkannt.

Ich glaube, in diesem „Brexit“ liegt auch eine Chance, nämlich die Chance, manche europäische Schiefelage aufzugreifen, dieses Europa zu reformieren, zu einem Europa der Menschen werden zu lassen.

Jetzt muss ich fast aufpassen, dass ich selbst Erwin Teufel mindestens so oft zitiere, wie ihn Kolleginnen und Kollegen aller anderen Fraktionen – auch der Herr Ministerpräsident und Herr Schwarz – zitiert haben. Das schaffe ich gar nicht. Ja, Erwin Teufel müssen heute die Ohren geklingelt haben, indem sein Eintreten für dieses geeinte Europa richtiger denn je und aktueller denn je geworden ist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Der „Brexit“ – das ist im Verlauf dieser Debatte deutlich geworden – betrifft nicht nur die Menschen in Großbritannien, sondern er betrifft die Menschen in ganz Europa und auch bei uns hier in Baden-Württemberg. Man hat seit dem vergangenen Donnerstag fast den Eindruck, am Morgen nach der Abstimmung sind die Menschen überall in Europa mit ungläubigem Staunen aufgewacht. Auch bei den „Brexit“-Befürwortern in Großbritannien, die ihren Sieg lautstark gefeiert haben, ist der Kater inzwischen mitunter groß. Das liegt vor allem daran, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass es unter denjenigen, die mit ihrer populistischen Kampagne für den Ausstieg aus der EU geworben haben, keinen Plan für den Tag danach gab. Die „Brexit“-Befürworter scheinen geradezu in den „Brexit“ hineinzustolpern, und das restliche Europa muss die Sache mit ausbaden.

Man muss es sich einmal vorstellen: Da werden Grundprinzipien des Binnenmarkts wie die Personenfreizügigkeit heftig bekämpft, und dann, nachdem der „Brexit“ beschlossen ist, heißt es, den Binnenmarkt wolle man natürlich behalten. Es sieht fast so aus, als ob die „Brexit“-Befürworter in Wahrheit nur so „ein bisschen ‚Brexit‘“ gewollt hätten. Aber so wenig, wie es „ein bisschen europäisch“ gibt, so wenig gibt es auch „ein bisschen ‚Brexit‘“, liebe Kolleginnen und Kollegen. Auch das muss die Botschaft an unsere Freunde in Großbritannien nach dieser Entscheidung sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der Grünen und der SPD)

Als ob sie jetzt erst merken, dass sich „Brexit“ und Binnenmarkt ausschließen – schon allein diese Planlosigkeit sollte all denjenigen eine Warnung sein, die auch bei uns mit dem Feuer eines EU-Austritts spielen, die geschichtsvergessen und populistisch Europa an den Pranger stellen.

Herr Professor Meuthen, ich will wirklich den Versuch unternehmen, mich auch differenziert mit dem auseinanderzusetzen, was Sie gesagt haben, auch wenn es gelegentlich schwerfällt. Aber was ich beklage und wo ich Sie ermuntern und an Sie appellieren will: Ändern Sie Ihre Rhetorik, wenn es Ihnen im Ergebnis tatsächlich darum geht, Europa nicht zu spalten,

(Minister Guido Wolf)

sondern zusammenzuführen. Wer sich einer Rhetorik bedient, wie Sie es heute hier in diesem Haus gemacht haben, der spaltet Europa und führt es nicht zusammen. Bitte, denken Sie selbst darüber nach.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Viele vergessen, dass uns die Europäische Union die längste Phase des Friedens in der jüngeren deutschen Geschichte gebracht hat. Ich beklage und sehe mit Sorge, dass gerade die junge Generation diese großen Errungenschaften von Frieden und Freiheit aus dem Blick verloren hat. Kollege Reinhart hat es so ausgedrückt: Es reicht offenbar nicht mehr aus, für Frieden und Freiheit zu stehen. Das ist offenbar zu wenig geworden für das europäische Fundament.

Deswegen ist es eine unserer wichtigsten Herausforderungen, diese große europäische Errungenschaft, die über allem steht, Europa als eine Werte- und Friedensgemeinschaft, in das Herz, in die Seele, in das Bewusstsein der Menschen zu bringen. Das ist unsere Aufgabe als gewählte Abgeordnete und als Mitglieder dieser Regierung, und das muss auch das Ziel dieser leidenschaftlich geführten Debatte am heutigen Tag hier im Hause sein.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Gerade für uns Deutsche sind inzwischen über 70 Jahre Frieden, Freiheit und Wohlstand eben keine Selbstverständlichkeit. Sie sind vielmehr das deutliche Zeichen eines im Grunde funktionierenden Europas.

Kollege Schwarz, Sie haben – ein bisschen in Andeutung an einen historischen Ausspruch – gesagt: Ich bin ein Europäer. Das müssen die Leute wieder mit Leidenschaft von sich behaupten, und dazu müssen sie stehen: ein Europa, in dem wir Deutschen unseren Platz gefunden haben, ein Europa, das gerade unseren wirtschaftlichen Erfolg erst möglich gemacht hat. Gerade Baden-Württemberg profitiert als exportorientiertes Land vom Europäischen Binnenmarkt in erheblichem Maß.

Europa gefährdet keine Jobs im Land, sondern Europa ermöglicht Arbeit und Wohlstand, auch bei uns. Der „Brexit“ und die Schwächung Europas sind deswegen ganz grundsätzlich ein Rückschlag für uns alle, aber auch ganz konkret, wenn es darum geht, unsere wirtschafts- und ordnungspolitischen Grundsätze und damit eine Rahmenbedingung für unseren wirtschaftlichen Erfolg zu verteidigen.

Denn die britische Volkswirtschaft ist stark und wettbewerbsfähig. Großbritannien ist ein Stabilitätsfaktor in Zeiten, in denen andere Mitgliedsstaaten mit wirtschaftlichen und finanziellen Problemen zu kämpfen haben. Wirtschaftsstarke Regionen wie Baden-Württemberg werden einen wichtigen Partner und Fürsprecher innerhalb der EU verlieren. Großbritannien war in der EU oft Impulsgeber, wenn es um die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und um Deregulierung und Entbürokratisierung ging.

Vor allem ist das marktorientierte Großbritannien immer ein Gegengewicht zu den Staaten vor allem im Süden Europas gewesen, die weniger auf Leistung und mehr auf Umverteilung setzen wollen. Schon jetzt ertönen verhängnisvoll die ersten Forderungen nach mehr EU-Programmen, nach einem

Schritt in Richtung Transferunion, ja, nach einem Schritt in Richtung Europa, das noch mehr Kompetenzen an sich zieht. Um es klar zu sagen: Das wären die falschen Antworten auf den „Brexit“.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der FDP/DVP)

Der Reflex, jetzt immer noch mehr Europa zu fordern, könnte Europa erst recht in die Krise stürzen, könnte Anlass für Ausstiegskampagnen auch in anderen Ländern sein.

Stattdessen gilt es, nicht nur auf die unbestreitbaren Erfolge Europas zu blicken, sondern auch differenziert die Probleme zu benennen. Nicht jede Problemdiskussion – Kollege Dr. Rülke hat es gesagt – ist ein Schlechtreden von Europa. Europa muss es uns erlauben und ermöglichen, kritische Punkte auch beim Namen zu nennen; denn die Ursachen der europaskeptischen Stimmungen liegen nicht nur in der fehlenden Begeisterung für das Projekt Europa, sondern sie liegen auch im gegenwärtigen Zustand der Europäischen Union.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Bürgerferne, Zentralismus und mangelnde Problemlösungskompetenz sorgen nicht gerade für Europaeuphorie bei den Bürgern. Kollege Reinhart hat es gesagt: Nicht Gängelungsmaschine, sondern Problemlösungszentren; ein Europa der Ermöglichung, das muss die Botschaft sein.

Die völlig unverständliche Ankündigung der EU-Kommission – Kollege Dr. Rülke – vom gestrigen Abend, das Freihandelsabkommen mit Kanada ohne Beteiligung der nationalen Parlamente abschließen zu wollen, zeigt eindrucksvoll, dass Brüssel diese Entwicklung offenbar noch immer nicht ernst genug nimmt. Transparenz ist das Gebot der Stunde, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der AfD und der FDP/DVP)

Wer das Gebot der Transparenz nachhaltig missachtet, muss sich nicht wundern, wenn Entfremdung und Distanz, im schlimmsten Fall Ablehnung entstehen.

Die Antwort auf die beschriebenen Probleme kann dabei kein einfaches „Weiter so!“ – dies ist von allen so benannt worden – sein. Das hat auch der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung anklingen lassen. Europa droht – Kollege Reinhart hat es gesagt – eine Erosion von innen.

Jeder, der wie die meisten Kollegen hier und auch wie ich die Bedeutung Europas als großes Projekt für Frieden, Freiheit und Wohlstand sieht, muss jetzt auch bereit sein, Reformen anzustoßen. Aus dem abstrakten Bekenntnis zu Europa muss ganz konkreter Reformwille werden. Die letzte Reformrunde, der im Jahr 2002 gestartete Verfassungskonvent, hatte den Hauptauftrag, mehr Bürgernähe, mehr Subsidiarität und eine demokratische Stärkung herbeizuführen. Europa sollte – wir haben es schon mehrfach gehört: so sagte es Ministerpräsident Teufel damals – wieder vom Kopf auf die Füße gestellt werden.

Genau das muss auch jetzt die Diskussionsgrundlage sein. Europa darf und muss sich nicht um alles kümmern, aber Euro-

*(Minister Guido Wolf)*

pa muss sich um die richtigen Angelegenheiten kümmern. Verhängnisvoll ist es, wenn die Menschen den Eindruck gewinnen, dass Europa nicht die Kraft hat, die wirklichen europäischen Probleme zu lösen, dafür aber von Tag zu Tag mehr Euphorie entwickelt, in den Alltag der Menschen hineinzuregulieren, hineinzudirigieren. Das schafft Frust über Europa. Daran muss gearbeitet werden, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der FDP/DVP)

Diesen Kern können auch die Länder auf dem Weg über den Bundesrat, über die Subsidiaritätsrüge und die Subsidiaritätsklage für nationale Parlamente bewahren helfen. Die Debatte darüber, wofür Europa zuständig sein soll, ist deswegen in der Tat eine Debatte, die auch uns Landespolitiker angeht, die auch die Parlamente angeht.

Frau Präsidentin, aus meiner Erfahrung als Landtagspräsident möchte ich Sie ausdrücklich ermuntern: Auch die Parlamente müssen in diesem europäischen Prozess eine wichtigere Rolle spielen. Europa braucht die regionalen Parlamente, um den europäischen Gedanken an die Menschen heranzutragen.

(Beifall des Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU)

Es kann nicht sein, dass die regionalen Parlamente bei Föderalismuskommissionen am Katzentisch sitzen. Frau Präsidentin, vertreten Sie selbstbewusst dieses Parlament, auch auf dem Weg zu Europa!

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP)

Das ist eine Debatte, die wieder Spielräume eröffnen könnte für bürgernahe Lösungen vor Ort. Ich will den Ministerpräsidenten darin unterstützen, dass wir auch im Land eine Debatte über Europa führen sollten – eine Debatte nicht nur über Strukturen, sondern eine Debatte darüber, wie Europa in der Seele, in den Herzen der Menschen ankommt, eine Debatte nicht aus politischer Notwendigkeit, sondern eine Debatte, die wir aus Leidenschaft führen.

Diese Debatte muss – das sage ich auch als Europaminister und als überzeugter Föderalist – das Subsidiaritätsprinzip wieder zum Maßstab in der EU machen. Diese Debatte – lassen Sie mich das auch als Justizminister sagen – muss die EU auch als Rechtsgemeinschaft wieder stärken, damit klar wird, dass auch die Mitgliedsstaaten ihre Verpflichtungen einhalten müssen, und damit klar wird, dass es europäische Alleingänge nicht geben kann. Denn auch die Mitgliedsstaaten haben ihren Anteil, insbesondere wenn der EU fehlende Problemlösungskompetenz vorgeworfen wird.

Auch derzeit erleben wir, dass viele Mitgliedsstaaten europäisches Recht nicht einhalten. Immer wieder wird die Defizitmarke des Stabilitäts- und Wachstumspakts gerissen. Rechtliche Verpflichtungen der Mitgliedsstaaten im Rahmen des Umsiedlungsprogramms für Flüchtlinge aus Griechenland und Italien werden gar nicht oder extrem schleppend umgesetzt. Damit geben wir nicht nur ein schlechtes Beispiel, sondern stellen auch eine Errungenschaft Europas infrage, um die wir überall auf der Welt beneidet werden: den funktionierenden Rechtsstaat als europäische Tradition.

Überhaupt ist Europa eine Rechtsgemeinschaft, eine Gemeinschaft, die auf einem gemeinsamen, historisch gewachsenen Verständnis von Grundrechten aufbaut, eine Gemeinschaft, die mit den Grundfreiheiten des Binnenmarkts Wohlstand und Stabilität gebracht hat, eine Gemeinschaft, deren Zukunft uns alle angeht.

Für Baden-Württemberg kann die Frage daher nicht heißen, ob wir uns zu Europa und der EU bekennen. Für uns kann die Frage nur heißen: Wie kann man Europa und die EU besser machen? Auf diesem Weg war die heutige Debatte ein Schritt in die richtige Richtung.

Ich bin ein Europäer. Wir sind Europäer. Lassen Sie uns das mit Herzblut und Leidenschaft aus diesem Plenarsaal hinaus tragen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP)

**Präsidentin Muhterem Aras:** In der zweiten Runde erhält für die Fraktion der SPD Herr Fraktionsvorsitzender Stoch das Wort. Sie haben zwei Minuten.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Aber bloß kurz! Nur kurz, bitte! „Liebe Genossinnen und Genossen“!)

**Abg. Andreas Stoch SPD:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte an einer Stelle meine Aussagen von vorhin präzisieren und insbesondere zu der Frage der Auswirkungen des Referendums in Großbritannien noch einige Worte sagen.

Es ist richtig, dass dieses Referendum, insbesondere das Ergebnis dieses Referendums nicht allein eine britische Entscheidung war und ist. Vielmehr reicht die Symbolwirkung dieser Entscheidung weit über das Vereinigte Königreich hinaus.

Herr Kollege Meuthen, unterstellen Sie bitte nichts Falsches, und zitieren Sie nicht falsch. Ich habe nicht das Referendum als Krise bezeichnet. Ich habe den Ausgang des Referendums als Gefahr für Europa und insbesondere auch als schweren Rückschlag für die Menschen in Großbritannien bezeichnet.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es halt!)

Wir alle – das ist in der Debatte deutlich geworden – haben guten Grund, uns über den heutigen Stand Europas und auch über unser Verhältnis zu Europa und seinen Institutionen klar zu werden. Natürlich haben wir in diesem Haus auch den Bedarf an Reformen der europäischen Institutionen klar beim Namen zu nennen.

Auch haben wir ganz klar zu sagen, dass im Kompetenzgefüge zwischen kommunaler Ebene, Landes-, Bundes- und Europaebene das Prinzip der Subsidiarität zu gelten hat. Aber – dieses Gefühl hatte ich im Rahmen der Aussprache – wir dürfen den Begriff „Subsidiarität“ nicht missbrauchen. Wir dürfen ihn dann nicht missbrauchen, wenn die Gefahr entsteht, dass mit dem vorgeschobenen Grund der Subsidiarität die einzelnen Mitgliedsstaaten nur danach entscheiden, ob Europa zuständig ist oder nicht, wenn man im Zusammenhang mit

(Andreas Stoch)

dem Nutzen, den man von der europäischen Ebene zieht, diese Entscheidung trifft oder nicht. Die Entscheidung, was der Subsidiaritätsgrundsatz uns sagt, muss doch allein themen- und problemspezifisch erfolgen und darf nicht aus dem Blickwinkel getroffen werden, ob uns die Entscheidung Europas gefällt oder nicht. Das ist ehrliche Subsidiarität, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU)

Eines gilt ganz sicher: Die Summe nationalstaatlicher Egoismen ist nicht automatisch ...

(Glocke der Präsidentin)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Stoch, kommen Sie bitte zum Schluss.

**Abg. Andreas Stoch SPD:** ... – ja – das vereinigte Europa, und die Summe der nationalstaatlichen Egoismen ist auch nicht gleichbedeutend mit dem Wohl der Menschen in Europa.

Ich zitiere jetzt einfach einmal die katholische Soziallehre. Dort ist die Subsidiarität ein wichtiger Grundsatz. Aber die Subsidiarität steht dort in engem Zusammenhang mit dem Prinzip der Solidarität. Subsidiarität ohne Solidarität und Personalität funktioniert nämlich nicht. Deswegen dürfen wir unsere Egoismen nicht hinter dem Grundsatz der Subsidiarität verstecken, sondern wir müssen bereit sein, im europäischen Haus auch Solidarität zu zeigen. Dann entsteht ein Europa, für das die Menschen und vor allem die jungen Menschen in Europa zu begeistern sind.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Bist du katholisch?)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzendem Schwarz das Wort.

**Abg. Andreas Schwarz GRÜNE:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die heutige Debatte hat es deutlich gemacht: Wir brauchen ein Mehr an Europa, wir brauchen einen neuen Impuls für die Weiterentwicklung der Europäischen Union. Wer am heutigen Tag wie Herr Meuthen zwischen Europa und der Europäischen Union trennt, der möchte spalten,

(Lachen bei Abgeordneten der AfD)

der möchte die EU nicht fortentwickeln, der möchte spalten.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Sagen Sie das einmal den Schweizern! Wo leben Sie denn eigentlich? Gehört die Schweiz nicht zu Europa? Das ist ja absurd, was Sie da vertreten!)

– Man kann es an Ihrer Aufgeregtheit, Herr Kollege, sehr deutlich sehen: Sie haben – –

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD: Das ist ja Brandstiftung, was Sie da machen! – Gegenruf: Wer ist hier der Brandstifter? – Weitere Zurufe – Glocke der Präsidentin)

– Man kann es an dem Zwischenruf des Abg. Fiechtner – –

(Glocke der Präsidentin – Abg. Nicole Razavi CDU zur AfD: Könnt ihr einmal abrüsten?)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Schwarz, Moment! – Meine Damen und Herren, es kann wirklich nicht sein, dass ich im Rahmen einer Debatte, einer Aussprache, alle paar Minuten um Ruhe bitten muss. Ich bitte Sie wirklich inständig, die Debatten sachlich zu führen. Man kann ja kontrovers diskutieren.

(Zuruf des Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD)

Aber bestimmte Gepflogenheiten gehören zum parlamentarischen Verhalten dazu.

(Beifall der Abg. Nicole Razavi CDU – Abg. Reinhold Gall SPD: Aber da sind auch bestimmte Zwischenrufe nicht akzeptabel, die dort gemacht werden! Das muss man auch einmal sagen! – Weitere Zurufe)

– Moment! Meine Damen und Herren, wenn es hier im Saal so laut ist, dann bekommt man die Zwischenrufe hier oben wirklich nicht mit. Daher nochmals meine Bitte: Bewahren Sie einfach Ruhe, auch wenn die Debatten kontrovers sein können.

Jetzt können Sie, Herr Abg. Schwarz, fortfahren.

**Abg. Andreas Schwarz GRÜNE:** Frau Präsidentin! In dieser Debatte ist noch einmal deutlich geworden, dass die AfD durch ihre Redner hier im Haus andere Menschen verunglimpft. Ich fordere Herrn Dr. Fiechtner auf, seinen Zuruf – Sie haben zu mir „Brandstifter“ gesagt, Herr Kollege – zurückzunehmen und sich dafür zu entschuldigen.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Abg. Reinhold Gall SPD: Genau! – Abg. Rainer Hinderer SPD: So ist es! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE zur AfD: So geht das hier!)

Die heutige Debatte behandelt das Thema „Impulse für eine europäische Idee“. Ich finde es ungeheuerlich, wie bestimmte Gruppen im Parlament verunglimpft werden, wie gesellschaftliche Gruppen wie die Landwirte verunglimpft werden.

(Lachen bei Abgeordneten der AfD – Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Das ist nicht zu fassen!)

Ich finde es ungeheuerlich, dass die Landwirte als „Subventionsjunkies“ bezeichnet werden, dass hier eine Neiddebatte über die Strukturförderung in der EU geführt wird.

(Zuruf der Abg. Carola Wolle AfD)

Das dient nicht dazu, die Ängste, die die Bevölkerung hat, die Sorgen, die die Bevölkerung hat, aufzunehmen. Lösungen und Antworten und nicht das Schüren von Ressentiments sind am heutigen Tag gefragt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der FDP/DVP)

Für meine Fraktion ist klar: Die Europäische Union muss jetzt einen Schritt in Richtung europäische Integration tun. Mit „Kein ‚Weiter wie bisher‘!“ greife ich das auf, was Herr Kol-

(Andreas Schwarz)

lege Dr. Rülke gesagt hat. Der Europaminister hat es angesprochen: Es muss um eine Fortentwicklung, eine Weiterentwicklung und mehr Transparenz der europäischen Institutionen gehen.

Ich bin dem Ministerpräsidenten sehr dankbar, dass er diesen Dialog, diese neue Plattform initiieren möchte. Ich bitte darum, in diesem Dialogforum, auf dieser Plattform insbesondere die junge Generation sehr stark einzubeziehen.

Nicht nur diejenigen, die heute 36 Jahre alt sind, sollen sagen können: „Europa ist für mich Freiheit. Europa ist für mich Identität.“ Ich habe die Hoffnung, dass auch in 20 Jahren diejenigen, die dann 56 sind, und diejenigen, die dann 36 sind, sagen können: „Europa ist für mich Identität. Europa ist für mich Zukunft. In diesem Europa möchte ich leben.“

Eine solche Plattform unter Beteiligung der jungen Generation kann eine Brücke nach Großbritannien oder, Herr Stoch, eine Brücke nach Südeuropa darstellen. Daran wollen wir arbeiten – mit Leidenschaft für ein neues Europa. Wir bringen uns hier gern ein.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Meine Damen und Herren, bevor wir weiterfahren und der Redner der FDP/DVP-Fraktion das Wort erhält, erteile ich Ihnen, Herr Abg. Dr. Fiechtner, einen Ordnungsruf.

(Beifall des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

– Moment, jetzt bin ich dran. – Vorhin haben Sie bereits den Zwischenruf „Kümmern Sie sich um Ihren eigenen Antisemitismus!“ getätigt; ich habe mir den Auszug aus dem Entwurf des Protokolls geben lassen. Jetzt haben Sie noch von „Brandstiftung“ gesprochen. Das waren jetzt zwei solche Begriffe in einer Debatte. Beim nächsten Ordnungsruf muss ich Sie des Saales verweisen.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Zu diesem Parlament gehört es, sich an bestimmte Gepflogenheiten zu halten. In diesem Parlament war es bisher Usus und wird es zum Glück auch weiterhin so sein: „Antisemitismus“ und solche Worte gehören nicht zu diesem Landtag. Ich bitte alle, sich daran zu halten.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der CDU und der SPD – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD: Kann ich mich dazu äußern? In eigener Sache! – Gegenruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Nein! – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Am Schluss der Debatte! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Eine persönliche Erklärung können Sie gern am Ende der Debatte abgeben.

Jetzt fahren wir fort. Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Schweickert.

**Abg. Dr. Erik Schweickert** FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! In Great Britain, dem großartigen Great Britain, das demnächst

vielleicht nur noch ein „Small Britain“ sein wird, hat die Generation Empire der Generation Erasmus die Zukunft genommen.

Ich denke, das spiegelt wider, was wir in der vergangenen Woche erlebt haben. Es liegt jetzt an uns, das Ganze politisch zu bewerten. Auch da tut uns nach meiner Meinung etwas Gelassenheit gut. Ich finde es schon interessant, dass gerade Sie, Herr Meuthen, zu Gelassenheit aufrufen.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Richtig!)

Das ist schon ein bisschen ein Treppenwitz angesichts dessen, was in Ihren Foren an Euphorie nach diesem „Brexit“ losgetreten worden ist. Wir sollten diesen als Demokraten akzeptieren, aber auch überlegen, wie es weitergeht.

Als Hochschulprofessor sehe ich dann, dass ein paar Stunden später schon die Hochschulrektorenkonferenz, Herr Hippler, in einer Pressemitteilung fordert – ich zitiere –:

*Wir werden alles tun, um die Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen in Großbritannien, Deutschland und der gesamten EU möglichst unvermindert fortzusetzen.*

Das ist für mich der falsche Weg. Wenn Großbritannien entschieden hat, rauszugehen, muss es auch raus. Das darf dann kein softer Weg sein, sondern muss mit klaren Einschränkungen verbunden sein, so hart es im Einzelfall auch ist. Es kann keine Mitgliedschaft geben, bei der man sagt: Wir nehmen im Sinne von Rosinenpickerei nur das mit, was wir gern hätten.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, es gehört noch etwas dazu – das habe ich jetzt vermisst, gerade bei den Regierungsfraktionen –: Wir können nicht nur in Sonntagsreden sagen, man müsse in der EU wieder die Herzen der Menschen gewinnen. Vielmehr gehört auch dazu, aufzuhören, permanent auf europäische Regelungen draufzusatteln. Doch das wurde in der Vergangenheit sowohl beim Bund als auch hier im Land in vielen Bereichen getan.

Herr Kollege Schwarz, Sie haben die Habitatrichtlinie gelobt. Ja, die kann man loben. Was man aber nicht loben kann, ist die Umsetzung. Denn die Umsetzung hat dazu geführt, dass gerade die baden-württembergischen Landwirte maximal benachteiligt wurden. Schauen Sie sich einmal die Allergenverordnung an. Diese wird in Deutschland seit dem 13. Dezember 2014 umgesetzt – viele Grüße an die Große Koalition in Berlin –, doch der elsässische Koch hatte von der Allergenverordnung bis Anfang dieses Jahres noch gar nichts gehört.

Das sind natürlich Punkte, bei denen wir, das Landesparlament, uns schon an die eigene Nase fassen müssen und nicht nur in Sonntagsreden sagen dürfen, hier müsse etwas getan werden und seien Änderungen notwendig, die wir einfordern. Nein, wir werden auch Sie von der Regierung in Zukunft daran messen, wo Sie auf europäische Regelungen etwas draufsatteln. Denn auch das führt dazu, dass Europa vielleicht im Kopf, aber nicht in den Herzen der Menschen ankommt.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Die Redezeit ist schon abgelaufen, wenn die Uhr nicht ganz kaputt ist.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Sie haben noch anderthalb Minuten Redezeit.

**Abg. Dr. Erik Schweickert** FDP/DVP: Denn da steht „– 2“. Okay.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Was?)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Das hat alles seine Richtigkeit. Die anderen Redner hatten „– 2:30“, also zweieinhalb Minuten. Deshalb bekommen Sie das natürlich auch.

**Abg. Dr. Erik Schweickert** FDP/DVP: Ich brauche die zweieinhalb Minuten definitiv nicht.

Wir müssen uns überlegen, wie wir damit umgehen. Ich befürchte, dass dieses Stimmungsbild, das wir jetzt in Großbritannien haben, auch in anderen Regionen Europas eine vorhandene Stimmung widerspiegelt.

Wenn sich Europa nicht auf eine Reformagenda einigt, werden wir dieses europäische Projekt nicht in dem Sinn weiterführen, wie wir es gern hätten. Dazu gehört, dass dieses Haus auch das Selbstbewusstsein hat, z. B. das Thema Subsidiaritätsrüge beim Thema „Audiovisuelle Medien“, die wir im Europaausschuss behandelt hatten, endlich einmal nach vorn zu bekommen. Ich freue mich auf die Auseinandersetzungen mit Ihnen zu diesem Thema, und ich freue mich darauf, dass wir kritisch, konstruktiv-kritisch, aber immer proeuropäisch die Vorteile und die Leistungen der EU in Zukunft besser herausstellen und dann die Menschen nicht nur im Verstand, sondern auch über die Herzen tatsächlich überzeugen.

Wenn sich dann auch noch die Brüsseler Bürokratie aus dem Alltag der Menschen heraushält und dafür die großen europäischen Aufgaben wie die Bewältigung der Flüchtlingskrise endlich in den Griff bekommt, werden wir – da bin ich mir sicher – auf der Basis dieser Grundachse proeuropäisch, aber konstruktiv-kritisch eine Zukunft der EU gestalten können. Denn ein „Weiter so!“ darf es nicht geben.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der Grünen)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Meine Damen und Herren, damit wären wir am Ende der Debatte und der Beratung.

Jetzt geht es darum, Herr Abg. Dr. Fiechtner: Eine persönliche Erklärung ist nach § 82 b der Geschäftsordnung nur möglich, wenn – – Ich lese § 82 b Absatz 2 vor:

*Persönliche Erklärungen dürfen nur die Zurückweisung eines persönlichen Angriffs oder die Berichtigung einer unrichtigen Wiedergabe von Ausführungen zum Gegenstand haben.*

Also: Sie können sich nur zu dem, was ich Ihnen vorgelesen habe – „Brandstiftung“ haben Sie in einem Zwischenruf gesagt; der zweite Zwischenruf lautete: „Kümmern Sie sich um den Antisemitismus in Ihren Reihen“ –, äußern. Das habe ich gerade vorgelesen. Nur dazu können Sie sich äußern.

(Zurufe)

Zu anderen Punkten ist eine persönliche Erklärung nicht möglich, weil es nach der Vorlage eben so war. Sie haben jetzt nur

die Möglichkeit, der Aufforderung, der Bitte von Herrn Schwarz nachzukommen und sich zu entschuldigen – mehr nicht.

(Zurufe)

**Abg. Dr. Heinrich Fiechtner** AfD: Sehr verehrte Frau Präsidentin! Sie haben vollkommen recht: Manche Diskussionen gehören nicht in dieses Parlament, und manche Umgangsformen sind wirklich verbesserungswürdig. Dazu rechne ich auch die Beschuldigung unserer Fraktion – –

(Abg. Nicole Razavi CDU: Das ist keine Entschuldigung! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Moment, Herr Dr. Fiechtner. Halt, stopp! Herr Abg. Dr. Fiechtner, das ist keine persönliche Erklärung. Damit entziehe ich Ihnen das Wort.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Das ist ja peinlich! – Zuruf: Unfassbar!)

Entweder Sie kommen der Bitte nach und entschuldigen sich, oder das Wort wird Ihnen sofort entzogen.

**Abg. Dr. Heinrich Fiechtner** AfD: Ich werde mich bei Herrn Schwarz, weil er uns des Schürens von Spaltung bezichtigt hat, ...

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Halt, stopp!

**Abg. Dr. Heinrich Fiechtner** AfD: ... auf keinen Fall entschuldigen.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Das ist keine Entschuldigung. Ich entziehe Ihnen das Wort, Herr Abg. Dr. Fiechtner.

(Anhaltende Unruhe – Zurufe)

– Nein.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende der Debatte. Ich bitte Sie wirklich alle darum, erstens die Geschäftsordnung noch einmal anzuschauen – diese ist kompliziert –,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Wir kennen sie!)

und zweitens: Persönliche Erklärungen gehen nur in der Weise, wie ich es eben vorgelesen habe. In diesem Fall war es nicht möglich. Eine Entschuldigung wäre die einzig richtige Möglichkeit gewesen, aber auch das ist nicht geschehen. Daher war der Wortentzug richtig.

Tagesordnungspunkt 1 ist damit beendet.

(Unruhe)

– Darf ich um etwas Ruhe bitten?

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

**Aktuelle Debatte – Lehren aus dem Verfassungsschutzbericht: Baden-Württemberg sicher machen gegen Terroristen und Islamisten – beantragt von der Fraktion der CDU**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtrededzeit von 50 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet.

(Präsidentin Muhterem Aras)

Für die Aussprache steht eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion zur Verfügung. Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

Schließlich darf ich auch auf § 60 Absatz 4 der Geschäftsordnung hinweisen, wonach im Rahmen der Aktuellen Debatte die Aussprache in freier Rede zu führen ist.

Für die Fraktion der CDU erhält Herr Abg. Blenke das Wort.

(Abg. Thomas Blenke CDU versucht, die Höhe des Redeputls zu verstellen.)

**Abg. Thomas Blenke** CDU: Wie geht denn das hier neuerdings?

(Zuruf: Das geht alles von der Redezeit ab!)

– Das Pult ist noch auf Herrn Schwarz eingestellt.

(Vereinzelt Heiterkeit)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Kollege Blenke, kommen Sie zu Ihrer Rede. Sie haben zehn Minuten Redezeit.

(Heiterkeit – Vereinzelt Beifall – Zurufe)

**Abg. Thomas Blenke** CDU: Danke für den Hinweis. – Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen!

(Abg. Nicole Razavi CDU: Ein bisschen höher stellen!)

– Nein, nein, es ist alles gut so.

(Zurufe)

– Lasst mich doch. Es ist so, wie ich es haben möchte.

(Zurufe)

– Ist es jetzt gut so?

(Abg. Nicole Razavi CDU: Ja! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Herr Kollege, Sie sind größer, als Sie denken! – Heiterkeit)

Es freut mich, dass wir nach dieser langen Debatte jetzt eine kleine Lockerungsübung einlegen konnten, aber es wird auch gleich wieder sehr ernst.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Terror erschüttert Europa. Gestern Abend gab es in Istanbul am Atatürk-Flughafen einen – Sie haben es verfolgt – schrecklichen Terroranschlag mit vielen, vielen Toten und vielen Verletzten.

Die Anschlagsserien in Paris im November 2015, in Brüssel in diesem Frühjahr, eine Messerattacke auf einen Polizeibeamten und dessen Frau in Frankreich und auch die misslungenen Terroranschläge in Deutschland haben deutlich gemacht: Europa steht im Fadenkreuz des islamistischen Terrorismus.

Wir befinden uns leider in einer Zeit, die stark geprägt ist von Gewalt, von Hass, von Menschenverachtung. Das Ziel der Terroristen ist klar: Sie wollen Leid, Angst und Schrecken unter uns tragen, Ablehnung provozieren und unsere Gesell-

schaft spalten. Aber genau das, liebe Kolleginnen und Kollegen, dürfen wir nicht zulassen.

Klar ist: Wir lassen uns vom Terrorismus nicht einschüchtern. Deutschland ist ein Land der Toleranz, der Offenheit und der Freiheit, und es ist ein Land, ein Hort der wehrhaften Demokratie. Der Schutz der Bürgerinnen und Bürger in unsrem Land vor terroristischen Attacken hat allerhöchsten Stellenwert. Wir müssen deshalb die richtigen Vorkehrungen treffen, um terroristische Netzwerke zu zerschlagen, ihre Strukturen, ihre Logistik, ihre Finanzströme aufdecken und ausschalten.

Unser Verfassungsschutz, unsere Sicherheitsbehörden müssen personell und sachlich in der Lage sein, terroristische Attacken bereits frühzeitig zu erkennen und auch zu verhindern.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der AfD)

Auf ebendiese Stärkung unserer Sicherheitsbehörden, insbesondere auch des Landesamts für Verfassungsschutz, hat sich die grün-schwarze Koalition geeinigt. Es ist Aufgabe des Verfassungsschutzes, umfassende Informationen über verfassungsfeindliche Bestrebungen zu sammeln, die Regierung, das Parlament, die Bürgerinnen und Bürger zu warnen und zu informieren. Der Verfassungsschutz ist das Frühwarnsystem der Demokratie. Er ist unverzichtbar. Schwerpunkte seiner Arbeit sind Islamismus, Ausländerterrorismus, Extremismus, aber auch politisch motivierter Extremismus von links wie von rechts. Wir sind auf keinem Auge blind.

Ich habe es eingangs beschrieben: Der islamistische Terrorismus bedroht unsere offene Gesellschaft. Der Verfassungsschutz in Baden-Württemberg beobachtet derzeit etwa 3 400 Islamisten. In Baden-Württemberg sind etwa 600 Salafisten aktiv. 120 von ihnen gehören dem gewaltorientierten Spektrum an.

Der Verfassungsschutz teilt uns mit, dass gerade aus der Sicht extremistischer Organisationen in Baden-Württemberg der Flüchtlingszustrom als gute Gelegenheit angesehen wird, unter dem Deckmantel der humanitären Hilfe die eigene Ideologie zu verbreiten. Wichtig ist deshalb auch eine gezielte Prävention.

Der Verfassungsschutz – bei uns das Landesamt – ist seit vielen Jahren auf verschiedenen Ebenen der Präventionsarbeit engagiert und hat sich als Ansprechpartner auch etabliert – mit Schulungen, mit Fachtagungen, mit Weiterbildungen, auch für die Polizei und die Justiz. Das Innenministerium hat ein Kompetenzzentrum zur Koordinierung des Präventionsnetzwerks gegen Extremismus in Baden-Württemberg eingerichtet. Dieses Netzwerk, dieses Kompetenzzentrum wollen wir – auch dies ist in der Koalition vereinbart – stärken und ausbauen.

Jüngst hat das Landesamt für Verfassungsschutz als Handreichung für Betreiber von Flüchtlingsunterkünften eine Broschüre „Extremismus erkennen“ herausgegeben. Nicht nur das; dort werden auch die mit den Flüchtlingen arbeitenden Menschen für das Auftreten gewaltbereiter Rechtsextremisten im Umfeld von Flüchtlingsunterkünften sensibilisiert.

Wir brauchen also eine gute Aufklärungs- und Präventionsarbeit. Der ganz überwiegende Teil der bei uns lebenden Muslime übt seine Religion friedlich aus. Diese Mitbürgerinnen

(Thomas Blenke)

und Mitbürger respektieren unsere Werteordnung, und sie schätzen die gewährte Sicherheit und Freiheit. Deshalb ist es ganz besonders wichtig, dass wir unser aller Freiheit gegenüber allen extremistischen Tendenzen verteidigen.

Wir müssen durch Integration, durch Fördern, durch Fordern besonders junge Menschen schützen und ihnen Angebote machen. Deswegen haben wir uns im Koalitionsvertrag auch darauf geeinigt, die bestehenden Aussteiger- und Präventionsprogramme weiterzuentwickeln.

Erschreckend ist auch der starke Anstieg des politisch motivierten Extremismus. Für die CDU ist klar: Straftaten, egal, aus welcher Motivation, müssen mit der ganzen Härte des Rechtsstaats geahndet werden.

(Beifall bei der CDU, den Grünen und der AfD sowie Abgeordneten der FDP/DVP)

Herr Innenminister, Sie haben vor wenigen Tagen den aktuellen Verfassungsschutzbericht vorgestellt und veröffentlicht. Das Fazit daraus ist eindeutig: Wir brauchen in Zeiten islamistischen Terrors einen gut aufgestellten Verfassungsschutz, wir brauchen gute Präventionsarbeit. Nur so können wir gerade die Jugendlichen vor radikalen Seelenfängern beschützen. Extremismus, egal, ob von links oder von rechts, ist inakzeptabel. Solche Straftaten können nicht geduldet werden.

Fazit daraus: Die grün-schwarze Koalition wird deshalb unsere Sicherheitsbehörden stärken. Wir werden nicht nur die Polizei personell deutlich stärken, sondern wir werden auch das Landesamt für Verfassungsschutz als unser Frühwarnsystem der Demokratie ausbauen und personell stärken.

Personal braucht aber auch Handlungsmöglichkeiten. Deshalb werden wir die Rechtsgrundlagen für unsere Sicherheitsbehörden weiter ausbauen, um den optimalen Schutz der Bevölkerung sicherzustellen. Das ist – so haben wir es in dem Koalitionsvertrag niedergeschrieben – insbesondere die Einführung der präventiv-polizeilichen Erhebung von Telekommunikationsverbindungsdaten – das klingt jetzt etwas technisch –, und auch die präventiv-polizeiliche Telekommunikationsüberwachung ist so vereinbart.

Außerdem sage ich hier ausdrücklich für die CDU: Wir sind entsprechend dem Koalitionsvertrag auch bereit, Polizei und Verfassungsschutz zur Terrorismusbekämpfung die Befugnis zur präventiven sogenannten Quellentelekommunikationsüberwachung und zur Onlinedurchsuchung zu geben. Der Rechtsstaat muss gegen seine Feinde wehrhaft sein, und dafür brauchen unsere Sicherheitsbehörden auch die entsprechenden Handlungsmöglichkeiten.

Meine Damen und Herren, all dies funktioniert aber nur mit guten Mitarbeitern, mit den Menschen, die dahinterstehen. Deswegen möchte ich mich abschließend im Namen der CDU-Fraktion bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unserer Sicherheitsbehörden, der Polizei, der Justiz, auch des Landesamts für Verfassungsschutz, die naturgemäß selten im Licht der Öffentlichkeit stehen, für ihre wertvolle tägliche Arbeit ganz herzlich bedanken. Es ist eine unverzichtbare Arbeit, die hier geleistet wird.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen, der AfD und der FDP/DVP)

Herr Minister, vielleicht können Sie diesen Dank an Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weitergeben.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen, der AfD und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort dem Kollegen Scerl.

**Abg. Hans-Ulrich Scerl** GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir stimmen in der Koalition überein, dass wir eine sehr stark veränderte Sicherheitslage in Europa haben. Das wurde heute Nacht im Flughafen in Istanbul mit mindestens 36 Toten und vielen Verletzten in erschreckender Weise zum wiederholten Male deutlich. Auch dieser Anschlag trägt ganz offensichtlich die Handschrift des sogenannten Islamischen Staates – so jedenfalls die Erkenntnisse der Sicherheitsbehörden. Die Anschläge von Paris und Brüssel tragen diese Handschrift. Es gab auch die entsprechenden Bekenntnisse dazu.

Diese Art von Anschlägen gegen zivile, sogenannte weiche Ziele menschlichen Zusammenlebens und menschlicher Infrastruktur hat eine neue Qualität. Sie sind von brutaler Entschlossenheit, militärischer Durchführung und hoher Entschlossenheit der Täter gekennzeichnet, und es sind Täter, die in der Regel die französische oder belgische Nationalität, was die beiden schweren Anschläge betrifft, tragen. Das Problem existiert mitten in unseren europäischen Ländern; es ist kein importiertes Problem. Das macht die Größe der Herausforderung nochmals deutlich.

Auch bei uns in Deutschland, in Baden-Württemberg – das müssen wir immer wieder betonen, auch den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land klarmachen – besteht eine hohe abstrakte Gefahr terroristischer Anschläge, auch wenn es in den letzten Monaten und Wochen zum Glück keine konkreten Hinweise auf unmittelbar bevorstehende Anschläge gegeben hat. Aber sicher sind wir davor keineswegs.

Deswegen müssen wir auch sagen: In einem freiheitlichen Staat gibt es keine hundertprozentige Sicherheit. Aber wir sind gefordert, alles dafür zu tun, möglichst viel Sicherheit zu gewährleisten. Das sind wir den Bürgerinnen und Bürgern schuldig. Auch darin stimmen wir, denke ich, alle überein.

Gleichzeitig gilt: Unsere Lebensweise, unsere Überzeugungen, unsere Freiheitsliebe dürfen wir von Terroristen nicht infrage stellen lassen. Auch Einschränkungen der Freiheit dürfen nicht die Folge des Terrors sein.

Aber man darf gleichzeitig nicht blauäugig sein. Angesichts der Herausforderungen sagen wir: Zur Verteidigung der Freiheit gehören auch in Baden-Württemberg mehr denn je schlagkräftige Sicherheitsbehörden. Kollege Blenke hat das angesprochen. Dazu gehört der Verfassungsschutz als Frühwarnsystem. Das ist eine wichtige Einrichtung im Kampf gegen den Terrorismus.

Ich will hier in aller Deutlichkeit für meine Fraktion sagen, dass wir uns da jetzt von Missverständnissen und mancher Diskussion der Vergangenheit verabschieden. Wir sind uns völlig einig darüber, dass insbesondere auch im Kampf gegen

(Hans-Ulrich Sckerl)

islamistischen Terrorismus der Verfassungsschutz als Frühwarnsystem eine wichtige Rolle spielt. Der Verfassungsschutz in unserem Land war auch in der Vergangenheit im bundesweiten Vergleich sehr gut aufgestellt. Das ist überhaupt keine Frage.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Kollege Sckerl, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Binder?

**Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE:** Ja, sehr gern.

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Kollege Binder, bitte.

**Abg. Sascha Binder SPD:** Herr Kollege Sckerl, Sie sprechen von einem Frühwarnsystem durch den Verfassungsschutz. Kollege Blenke hat in seiner Rede darauf hingewiesen: „Wir sind für eine Ausweitung der Einsichtnahme in Telekommunikationsdaten der Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg.“ Bezieht sich das „wir“ nur auf die CDU oder auf die grün-schwarze Koalition?

(Abg. Thomas Blenke CDU: Steht doch im Koalitionsvertrag!)

**Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE:** Herr Kollege Binder, das lässt sich im Koalitionsvertrag sehr leicht nachlesen.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Wer lesen kann, ist klar im Vorteil!)

Wir sind der Meinung, dass wir Ermächtigungsgrundlagen, die das Bundeskriminalamt im Übrigen seit Jahren hat, in Baden-Württemberg anwenden, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen sind; dann machen wir das selbst. Es ist für uns überhaupt nicht nachvollziehbar, dass z. B. in Fällen von Telekommunikationsüberwachung im unmittelbaren Vorfeld terroristischer Angriffe – – Darum geht es ja; es geht um einen ganz engen Zusammenhang zwischen einer konkret bestehenden Gefahr und einem Eingriffshandeln von Sicherheitsbehörden.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Präventiv!)

Wenn ein solcher Fall gegeben ist, dann müssen unsere Sicherheitsbehörden in der Lage sein, so vorzugehen, und dürfen nicht immer nur das Bundeskriminalamt zu Hilfe rufen. Das ist eine klare Erkenntnis unsererseits. Das haben wir so beschlossen und im Koalitionsvertrag niedergelegt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

Es ist klar: Das Ganze muss immer auf rechtsstaatlicher Grundlage passieren – da sind wir uns völlig einig –, und es muss den hohen Anforderungen auch der Rechtsprechung in diesem Zusammenhang genügen.

Es gibt – das hat Kollege Blenke auch angesprochen – andere Themen, bei denen wir uns darauf verständigt haben, zu untersuchen, ob das im Sinne dessen, was wir wollen – nämlich effektive rechtsstaatliche Terrorismusbekämpfung –, eine richtige Maßnahme ist.

Es besteht Bedarf, zu handeln. Bei den Ereignissen in Paris und Brüssel – das gehört auch zur Wahrheit – hat sich gezeigt, dass es über fast alle Attentäter polizeiliche Erkenntnisse gegeben hat. Sie wurden jedoch nicht effizient überwacht, sie waren keinem Verfolgungsdruck ausgesetzt, und sie konnten in ihren Anschlagsvorbereitungen nicht erkannt und auch nicht gestoppt werden.

Den Opfern – das sei in aller Bitterkeit dazugesagt – hat auch eine Vorratsdatenspeicherung in Frankreich nichts geholfen; sie hat nicht dazu beigetragen, die Täter zu identifizieren.

Daraus sind Konsequenzen zu ziehen: Die Zusammenarbeit von Ermittlungsbehörden bei Ermittlungen, Fahndungen und Observationen muss verbessert werden. Offensichtlich ist aber auch im internationalen Bereich mehr Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden erforderlich. Das gilt für den Verfassungsschutz als Frühwarnsystem – dazu ist das Notwendige gesagt worden –, das gilt aus unserer Sicht aber auch für die Polizei. Deswegen war es uns wichtig, in den Koalitionsverhandlungen den Aufbau einer polizeilichen Sondereinheit, die für die Bekämpfung dieses Terrorismus auch tatsächlich zuständig ist, zentral beim Landeskriminalamt einzubringen. Ich bin sicher, das wird gemacht. Das wird für die operativen Fähigkeiten unserer Polizei im Vergleich zum jetzigen Zustand einen Fortschritt bringen. So stellen wir uns auf.

Die Vorgängerregierung, die frühere grün-rote Koalition, hatte selbstverständlich mit den Antiterrorpaketen 1 und 2, mit den Stellen, mit den Geldern zur Verbesserung der Technik und der Ausrüstung die notwendigen, richtigen Konsequenzen aus den Angriffen gezogen.

Wichtig ist – Kollege Blenke hat das auch zu Recht gesagt –: Wir sind uns einig, den Bereich der Prävention durch ein ganzes Bündel von Maßnahmen zu stärken. Wir dürfen uns nichts vormachen: Die Bedrohung durch den Terrorismus ist, wenn es sie gibt, mitten in Baden-Württemberg erwachsen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Die Bedrohung durch den Terrorismus!)

Menschen mit Migrationshintergrund – wahrscheinlich sehr schlecht integriert oder sich unzureichend integriert fühlend –, die sich als Verlierer fühlen, sind ansprechbar für salafistische oder terroristische Bestrebungen. Viele reisen aus. Viele lassen sich aber auch hier rekrutieren.

Meine Damen und Herren, die Befassung mit dem Salafismus ist nicht nur eine Aufgabe des Verfassungsschutzes. Es muss auch eine gesellschaftliche Aufgabe sein, sich mit diesem Phänomen auseinanderzusetzen, seine Bedrohung für die Demokratie zu erkennen und diese Debatte überall zu führen. Da müssen wir etwas anders machen als in der Vergangenheit.

In der Summe heißt das für uns: Wir stellen uns dieser Aufgabe. Die Vereinbarungen zwischen Grünen und CDU machen das deutlich. Wir wollen, dass Baden-Württemberg das sicherste Bundesland bleibt. Dafür tun wir alles.

Unsere Sicherheitsbehörden machen alltäglich einen sehr guten Job – trotz extremer Belastung. Dafür sind wir ihnen dankbar. Wir müssen sie aber auch in Zukunft sachlich wie personell unterstützen.

(Hans-Ulrich Sckerl)

Zum Schluss, damit es da keine Missverständnisse gibt: Es gab alle möglichen Spekulationen, was die Grünen zu diesen Fragen denken könnten. Gleichzeitig gilt immer der Satz: Die Balance zwischen Freiheit und Sicherheit ist wichtig. Wir wollen alles dafür tun, sie zu gewährleisten. Dieses Versprechen gilt auch für die Zukunft.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen, Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP)

**Stelly. Präsident Wilfried Klenk:** Für die AfD-Fraktion erteile ich dem Fraktionsvorsitzenden Professor Dr. Meuthen das Wort.

**Abg. Dr. Jörg Meuthen** AfD: Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Das Thema dieser Aktuellen Debatte ist gut gewählt. Sagt man sonst der CDU nach, dass sie mittlerweile das Feld der inneren Sicherheit politisch weitgehend geräumt habe, beweist sie hier, dass doch noch ein letzter Rest an politischem Instinkt vorhanden ist.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU – Abg. Nicole Razavi CDU: Och! Bodenlos!)

Seit den Anschlägen von Paris und Brüssel leben die Menschen europaweit in Sorge – Sorgen, die viele Politiker nicht mehr nachvollziehen können, weil sie ihrer täglichen Arbeit oft in Hochsicherheitsbereichen nachgehen und als Spitzenpolitiker in der Regel bewaffnet beschützt werden.

Den Verfassungsschutzbericht habe ich, weil ich diese Sorge teile, mit Interesse studiert. Dabei fiel mir allerdings auf, dass es einmal mehr eine thematische Ungleichbehandlung zu beklagen gibt. So umfasst der Bericht zum Thema Rechtsextremismus 65 Seiten, während er zum Thema Linksextremismus nur 39 Seiten füllt.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD – Zuruf von der SPD: Ach was! – Zuruf des Abg. Daniel Andreas Le-de Abal GRÜNE)

Ich frage mich, wie es sein kann, dass man seitens des Verfassungsschutzes und auch seitens der Politik

(Zuruf)

– das wird auch so bleiben – immer noch nicht sehen mag, dass Links- und Rechtsextremismus für unser Land gleichermaßen gefährlich sind. Im Gegenteil, während beim Thema Rechtsextremismus quasi jeder Eierwurf auf eine Fassade im Verfassungsschutzbericht landet, wird die Randalie, die von Linksextremisten veranstaltet wird – auch gegen uns –, kaum erwähnt.

Meine Damen und Herren Abgeordneten, nicht um ein Aufrechnen soll es mir hier gehen, welche Taten denn die schlimmeren seien. Lassen Sie uns stattdessen bei diesem Thema gemeinsam so sachlich wie strikt bei einer Nulltoleranzlinie gegenüber jeder Form von Gewalt bleiben,

(Beifall bei der AfD)

ganz egal, aus welchem Denken heraus sie geschieht.

Wenn wir auch sonst in den meisten Politikfeldern – das wurde gerade heute hier im Haus wieder deutlich – wenig gemein haben mögen, in der Bekämpfung von Terror und Gewalt sollten wir alle zusammenstehen und diese üblen Phänomene entschlossen bekämpfen. Wenn es um das Thema „Gefährdung unserer Demokratie und Gewalt“ geht, müssen wir mit aller Härte gegen jeden vorgehen, egal, ob es sich um Rechtsextreme, Linksextreme oder Islamisten handelt. Diese Frage darf man nicht zum Gegenstand politischer Spielchen und wahltaktischer Machtspielchen machen. Diesbezüglich darf es auch in diesem Haus keinen Dissens geben.

Ich bitte deshalb alle Fraktionen, sich intensiv mit der derzeit größten Gefahr für die innere Sicherheit in unserem Land, dem islamistisch motivierten Terror, auseinanderzusetzen. Nahezu der gesamte Terror der jüngsten Vergangenheit auf europäischem Boden ist auf diese Motivation zurückzuführen; wir haben es gerade gestern wieder erlebt.

Entsprechend hat der Verfassungsschutz hier seine derzeit mit Abstand größte Aufgabe. Seien wir froh und dankbar, dass es hier bei uns in Baden-Württemberg bisher noch keine größeren Anschläge gegeben hat, und arbeiten wir mit höchster Wachsamkeit daran, dass dies auch in Zukunft so bleibt. Diese Sorge und diese große Aufgabe einen uns alle über alle Gegensätze hinweg.

Danke.

(Beifall bei der AfD)

**Stelly. Präsident Wilfried Klenk:** Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort dem Kollegen Binder.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Schöne Krawatte! – Abg. Thomas Blenke CDU: Schönes Hemd! Schöne Frisur!)

**Abg. Sascha Binder** SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Terroranschläge in Brüssel und Paris – die Kollegen haben sie angesprochen; der Kollege Blenke ist auch auf den schlimmen Terroranschlag gestern Abend in Istanbul eingegangen – haben gezeigt, dass der Terrorismus mitten in Europa gelandet ist und viele Menschen das Leben gekostet hat, zu vielen Verletzten geführt hat, viele Familien auseinandergerissen hat.

Bei all diesem Leid müssen wir, der Landtag von Baden-Württemberg und auch die Landesregierung, dafür sorgen, dass das Risiko eines solchen Terroranschlags in Baden-Württemberg so weit wie möglich reduziert wird, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ich sage dies deshalb, weil sich keiner von uns vor die Menschen stellen und sagen darf, mit den Maßnahmen, die wir ergreifen, könnten wir alles verhindern. Das werden wir nicht können. Ich glaube aber – die Kollegen Blenke und Sckerl haben darauf hingewiesen –, dass wir durch eine ordentliche und gut ausgebaute Prävention in allen Lebenslagen dafür sorgen müssen, dass die Bürgerinnen und Bürger, auch die Menschen, die zu uns kommen, einen Sinn in ihrem Leben finden, einen Sinn, der nicht darin besteht, mit Terroranschlägen andere Menschen aus dem Leben zu reißen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen sowie des Abg. Andreas Glück FDP/DVP)

(Sascha Binder)

Dazu gibt es unterschiedliche Maßnahmen, einerseits vom LfV selbst gemeinsam mit der Landeszentrale für politische Bildung. Aber es geht auch um die Jugend- und Sozialarbeit in unserem Land. Es geht um die notwendige gute Schulung all der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer in den Asylarbeitskreisen, und es geht darum, dass in den Schulen mehr politische Bildung gelehrt wird, als dies vielleicht derzeit der Fall ist.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Richtig!)

Denn eine gute politische Bildung in einem Land ist auch eine gute Prävention gegen Terrorismus und Extremismus, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der FDP/DVP)

Wenn man sich den Islamismus anschaut, ist ein besonderes Augenmerk auf die Rückkehrer zu richten,

(Abg. Thomas Blenke CDU: Ja!)

insbesondere dann, wenn sie sich weiter radikalisiert haben, im Umgang mit Waffen geschult wurden und sich bereits vorgenommen haben, in Deutschland und Europa gewalttätig vorzugehen. Diese Gefahr besteht, wie die Anschläge von Paris belegen. Einige der dortigen Attentäter hielten sich vorher in Syrien und im Irak auf.

Das heißt nicht, dass die Abertausende Menschen, die hier in unserem Land Zuflucht suchen, weil sie durch Krieg und Vertreibung aus ihrem Land vertrieben worden sind, alle Terroristen sind, mitnichten.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wer sagt denn so was?)

Deshalb müssen der Verfassungsschutz und die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer genau hinsehen. Denn auch dort sind Gefahren. Das zeigt der Verfassungsschutzbericht ganz deutlich. Das bedeutet, genau hinzusehen, ohne alle über einen Kamm zu scheren, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Deshalb war es richtig und wichtig, dass die vorherige Landesregierung mit zwei Antiterrorpaketen dafür gesorgt hat, den Verfassungsschutz mit 45 zusätzlichen Personalstellen und 1,25 Millionen € an Sachmitteln weiter zu stärken.

Wenn ich das sagen darf: Uli Sckerl hat sich hier gerade als großer Fan des Verfassungsschutzes dargestellt. Das war nicht immer so.

(Zurufe)

Auch die frühere Vorsitzende der Fraktion GRÜNE und jetzige Finanzministerin ist nicht unbedingt ein großer Fan des Verfassungsschutzes.

Sowohl Innenminister Strobl als auch Kollege Blenke kündigen hier im Parlament an: „Es besteht eine große Gefahr, und wir werden schnell Stellen beim Verfassungsschutz schaffen.“ Warum haben Sie das jetzt nicht entsprechend im Nachtragshaushalt eingebracht? Weil Sie wahrscheinlich schon gemerkt

haben, dass Frau Sitzmann in dieser Landesregierung eben doch nicht der größte Fan des Verfassungsschutzes ist, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP)

Kollege Meuthen, wenn Sie die Seiten in diesem Verfassungsschutzbericht zählen, dann soll das richtig sein. Aber wenn Sie weitere Zahlen gelesen hätten – er ist jetzt vielleicht hinausgegangen, um den Verfassungsschutzbericht genauer zu lesen – und sich die Zahl der gewaltorientierten Straftaten bei den Linksextremisten angeschaut hätten – die sind genauso verwerflich wie die aller anderen Extremisten; um das einmal klarzustellen –,

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

dann hätten Sie gesehen, dass die von 740 auf 780 gestiegen ist, während sich die Zahl der rechtsextremistisch motivierten Straftaten von 865 auf 1 484 erhöht hat – die Brandanschläge auf Asylbewerberheime eingeschlossen. Allein, wenn man sich die Zahlen anschaut, ergibt sich natürlich ein Schwerpunkt, um den sich der Verfassungsschutz kümmern muss, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Kollegen Dr. Kern das Wort.

**Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Aus Sicht der FDP/DVP-Landtagsfraktion ist es richtig und gut, dass die CDU das heutige Thema als Aktuelle Debatte eingebracht hat. Dabei hätten wir uns allerdings gewünscht, dass dies nicht infolge eines alten Reflexes aus Oppositionszeiten geschehen wäre, sondern die CDU in Regierungsverantwortung wirklich etwas zu bieten gehabt hätte. Leider aber waren die Ausführungen des von mir sonst sehr geschätzten Kollegen Blenke heute reichlich allgemein gehalten,

(Abg. Thomas Blenke CDU: Das falsche Manuskript mitgenommen!)

sodass unsere Hoffnungen, bei der inneren Sicherheit würde es in unserem Land nun zügig vorangehen, etwas gedämpft wurden.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Sehr geehrter Herr Innenminister Strobl, wir liefern Ihnen heute gern ein paar konkrete Vorschläge.

Zunächst aber zum eigentlichen Verfassungsschutzbericht. Er kann und darf uns auch nicht überraschen, denn er untermauert einen Trend, den wir seit einiger Zeit wahrnehmen. Sowohl beim Islamismus als auch beim Rechts- und Linksextremismus steigt die Bedrohung.

Stark angestiegen ist die Zahl der rechtsextremistisch motivierten Straf- und Gewalttaten. Landesweit wurden im vergangenen Jahr 1 484 rechtsextremistisch motivierte Straftaten registriert – ein drastischer Anstieg im Vergleich zum Vorjahr, in dem 865 Straftaten gezählt wurden. Ebenfalls angestiegen ist die Zahl linksextremistisch motivierter Straftaten,

(Dr. Timm Kern)

nämlich von 496 auf 522. Drastisch zugenommen hat die Zahl der linksextremistischen Gewalttaten. Sie ist von 78 im Jahr 2014 auf 135 im Jahr 2015 gestiegen.

Zu dieser besorgniserregenden Entwicklung passt leider auch eine immer aufgeheiztere Stimmung in der Öffentlichkeit. Erhebliche Sachbeschädigungen wie jüngst in Tübingen bei Brandanschlägen auf Luxuslimousinen oder gar Angriffe auf Personen wie bei Brandanschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte erscheinen einer größer werdenden Zahl von Menschen als gerechtfertigt und legitimiert. Demokraten sollten jedenfalls jeglichen gewaltsamen politischen Extremismus verabscheuen und verurteilen, egal, ob er von rechts oder von links kommt.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen und der AfD)

Dabei ist es aus meiner Sicht höchst gefährlich, wenn Politiker, die sich selbst als Demokraten bezeichnen, diese intoleranter werdende Stimmung auch noch bewusst anheizen, indem sie gezielt Stimmungsmache gegen unsere demokratische Verfasstheit betreiben.

Hierzu gehören für mich auch Äußerungen von Frauke Petry. Sie schrieb am 8. Dezember 2015 via Twitter – Zitat –:

*Liebe Freunde, schauen Sie, was in einem vom Parteienkartell beherrschten Land möglich ist ...*

Gemeint ist die Bundesrepublik Deutschland.

Dass Ihnen das nicht gefällt – Herr Meuthen ist immer noch nicht da, obwohl er vorhin dazu gesprochen hat –, kann ich gut verstehen. Aber Herr Meuthen selbst bläst in dasselbe Horn wie Frau Petry, wenn er sagt, die AfD wolle – Zitat – „weg vom links-rot-grün verseuchten 68er-Deutschland“ –

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD: Ja, recht hat er! Volltreffer!)

Bundesparteitag in Stuttgart. Damit heizt Ihre Fraktion, heizt Ihr Vorsitzender diese intolerante Stimmung in Teilen der Bevölkerung ganz bewusst an, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP, den Grünen, der CDU und der SPD)

Verantwortungsvolle Politik sieht anders aus. Sie darf sich hierfür nicht hergeben. Vielmehr muss verantwortungsvolle Politik diesem intoleranten Klima entgegensteuern – in Worten und Taten. Dabei hat sie sich eines besseren Umgangs und besserer Umgangsformen zu bedienen. Sie hat den Rechtsstaat wehrhaft zu halten, nicht nur in der Nachsorge, auch gerade in der Vorsorge.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gerade am heutigen Tag – wir haben es gehört –, nach dem schrecklichen Anschlag in der Türkei, muss uns der Islamismus besondere Sorgen bereiten. Der Salafismus hat im Vergleich zu 2014 mehr Anhänger im Land gefunden, und noch immer ziehen Menschen von Deutschland aus in den sogenannten Heiligen Krieg. Wir müssen uns dessen bewusst sein. Glücklicherweise kam es in Deutschland noch zu keinem größeren Anschlag.

Für uns Freie Demokraten ist die Verfassung unseres Landes eines unserer höchsten politischen Güter. Diese Verfassung

gilt es mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln zu bewahren und zu schützen.

Angesichts der zunehmenden Bedrohungen ist aus unserer Sicht eine nachhaltige Stärkung des Landesamts für Verfassungsschutz und der Polizei längst überfällig. Während wir seit Jahren konkrete Verbesserungen einfordern, blieb die alte, grün-rote Landesregierung weitgehend passiv. Ihr Amtsvorgänger, Herr Strobl, wollte die Beobachtung des Islamismus phasenweise sogar an den Bund abgeben.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist doch gar nicht wahr! – Zuruf von der SPD: Was? Woher haben Sie das?)

Nun hoffen wir, dass die CDU in Regierungsverantwortung mehr zustande bringt. Die Einrichtung eines Kompetenzzentrums zur Koordinierung des Präventionsnetzwerks gegen Extremismus geht da in die richtige Richtung. Zur Erinnerung: Die Landtagsfraktion der FDP/DVP forderte ein solches Zentrum bereits im Frühjahr 2015.

Was uns allerdings nicht reicht, ist der Verweis auf den Koalitionsvertrag. Papier ist geduldig und erträgt auch vage Vereinbarungen und Finanzierungsvorbehalte.

Wir Freien Demokraten wollen mehr. Um der Regierung auf die Beine zu helfen und den vagen Vereinbarungen im Koalitionsvertrag zeitnah Substanz zu geben, hat die FDP/DVP-Fraktion letzte Woche mit der Großen Anfrage Drucksache 16/171 die zukünftige Ausrichtung des Landesamts für Verfassungsschutz thematisiert. Wir hoffen sehr, dass die Regierung dies zum Anlass nimmt, die vorhandenen Defizite nun zügig abzubauen.

Herr Innenminister Strobl, deshalb möchte ich folgende Fragen an Sie richten – ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie gleich möglichst konkret darauf eingehen würden –: Wie stehen Sie zu der Forderung der FDP/DVP, mehr Fachleute zur Auswertung gewonnener Informationen und mehr Dolmetscher einzustellen? Auf zusätzliche Stellen in Ihren Ministerien haben Sie sich nun ja schnell einigen können. Wann wird das Landesamt über mehr Personal verfügen können? Wie stehen Sie zu unserer Forderung, das Landeskriminalamt in den Bereichen Staatsschutz und organisierte Kriminalität durch Ermittlungsgruppen zu stärken? Wann, Herr Minister, wollen Sie dies umsetzen? Wann werden Sie bei den Aussteiger- und Deradikalisierungsprogrammen aktiv? Werden Sie dazu auch die Initiative „Polizei und Moscheevereine“ und den runden Tisch „Islam“ nutzen?

Aus Sicht der FDP/DVP – ich möchte das an dieser Stelle noch einmal betonen – brauchen wir dringend einen möglichst flächendeckenden Islamunterricht im Land, um fundamentalistischen Hasspredigern nachhaltig den fruchtbaren Boden zu entziehen. Herr Minister, unterstützen Sie diese Forderung der FDP/DVP?

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Wilhelm Halder GRÜNE)

Herr Minister Strobl, sind Sie nicht auch der Meinung, dass der Gemeinschaftskundeunterricht im Grunde weiter gestärkt werden müsste, um die politische Bildung in unserem Land zu stärken und die Schülerinnen und Schüler bei uns möglichst

(Dr. Timm Kern)

immun zu machen gegen politische Hassprediger? Schließlich entfaltet aus Sicht der FDP/DVP auch die konsequente Rechtsdurchsetzung bis hin zur Abschiebung straffälliger Bleibeberechtigter eine Präventionswirkung, die es zu nutzen gilt.

Es darf in Deutschland nirgendwo rechtsfreie Räume geben. Hierfür brauchen wir mehr Polizei auf der Straße. Die Vorschläge sind vorhanden; sie liegen auf dem Tisch. Es sind genügend. Jetzt müssen sie nur umgesetzt werden. Ich bin auf Ihre Antworten gespannt, Herr Minister Strobl.

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die Landesregierung erteile ich Herrn Innenminister Strobl das Wort.

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Anknüpfend an die Europadebatte heute Vormittag in diesem Hause möchte ich sagen: Wir haben etwas zu verlieren.

(Zuruf von der CDU: Das ist richtig!)

Wir haben nicht nur unseren Wohlstand, nicht nur Euro und Cent zu verlieren, sondern etwas, was mit unseren Werten zu tun hat: unsere Freiheit, unsere Demokratie, den Parlamentarismus, den Frieden.

Unsere Freiheit ist bedroht. Es gibt sie, die Feinde unserer Freiheit, und es sind nicht wenige. Es gibt auf diesem Planeten eine beachtliche Anzahl von Menschen, die genau die Art, wie wir leben, verachten. Nicht wenige sind bereit, diese Art, wie wir leben, zu bekämpfen. Manche sind bereit, dafür in einen bewaffneten Krieg zu ziehen, auch bei uns –

(Zuruf von der AfD: Ja!)

in Europa, in Deutschland, in Baden-Württemberg.

Deswegen ist es wichtig, dass uns unsere Freiheit etwas wert ist und dass wir sie schützen. Deswegen bin ich dankbar, dass es bei allen Rednerinnen und Rednern den Konsens gegeben hat, diese Freiheit schützen zu wollen.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der AfD)

Die Herausforderungen – das zeigt der Bericht des Landesamts für Verfassungsschutz deutlich – liegen in den Bedrohungen durch den internationalen islamistischen Terrorismus, und sie liegen in den Bedrohungslagen durch Rechtsextremismus und Linksextremismus. Wenn Herr Professor Meuthen seine Expertise und Philosophie der extremistischen Bedrohungen in unserem Land aus dem Abzählen von Seiten im Bericht des Landesamts zieht,

(Lachen des Abg. Wilhelm Halder GRÜNE)

dann muss ich sagen – – Im Übrigen ist es ein schöner parlamentarischer Brauch, während einer Debatte auch anwesend zu sein, wenn man sich daran beteiligt hat und dabei andere angegriffen hat.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Abg. Nicole Razavi CDU: Er gibt lieber Interviews! – Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD)

– Lieber Herr Dr. Fiechtner, jeder muss einmal hinaus, das ist doch gar keine Frage. Es hat aber etwas mit Respekt vor diesem Haus, vor den Kolleginnen und Kollegen und dem Parlament zu tun, dass man, wenn man sich selbst beteiligt und andere angreift, wenigstens anwesend ist, wenn diejenigen darauf antworten. Das ist der Punkt.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Zuruf von der SPD)

Schön wäre, wenn Sie sich vielleicht nicht nur mit dem Zählen der Seiten des Verfassungsschutzberichts beschäftigen würden,

(Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch: Inhalte!)

sondern auch mit den Inhalten. Das wäre gut.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Dann würden Sie feststellen können: In den Ausführungen des baden-württembergischen Landesamts für Verfassungsschutz ist auch über Linksextremismus einiges zu finden. Ich werde darauf zu sprechen kommen. Dieses Amt in Baden-Württemberg hat einen 180-Grad-Blick und ist auf keinem Auge blind. Diesen Vorwurf weise ich entschieden zurück.

(Beifall bei der CDU sowie der Abg. Dr. Heinrich Fiechtner und Emil Sänze AfD – Zuruf von der SPD: 180 Grad? 360 Grad!)

Im Übrigen sind Sie der Meinung und finden dies nicht gut, dass sich das Amt auch ausführlich mit Rechtsextremismus beschäftigt. Überlegen Sie sich, zu wessen Anwalt Sie sich machen. Diesen Rat will ich Ihnen geben.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Dr. Baum?

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Ja, natürlich.

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Bitte schön, Frau Abg. Dr. Baum.

**Abg. Dr. Christina Baum AfD:** Ist es richtig, dass auch Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Nationalitäten in den Asylantenheimen zu rechtsextremistischen Taten zählen?

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Nein! – Weitere Zurufe)

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Mir ist bekannt, dass es Angriffe auf Asylantenwohnheime gibt, Angriffe, die einen rechtsextremistischen Hintergrund haben. Mir ist nicht bekannt, dass es innerhalb von Asylantenwohnheimen Auseinandersetzungen gibt, die einen solchen Hintergrund haben.

Allerdings: In einem Fall gab es einen Angriff auf ein Flüchtlingswohnheim, dem manche – nicht ich im Übrigen – zunächst einmal einen rechtsextremen Hintergrund zugerechnet hatten und bei dem sich schließlich herausgestellt hat, dass der Angriff einen anderen Hintergrund hatte, nämlich den,

(Minister Thomas Strobl)

dass zwei Sicherheitsfirmen in Konkurrenz zueinander standen. Vielleicht ist das der Fall, den Sie meinten.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Herr Minister, gestatten Sie weiter eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Rottmann?

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Ja, wenn ich ihn sehe, bitte sehr.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das ist der mit dem T-Shirt!)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Herr Abg. Rottmann, bitte schön.

**Abg. Daniel Rottmann** AfD: Herr Strobl, ich wollte Sie fragen, ob ein 180-Grad-Blick reicht, um nicht auf einem Auge blind zu sein.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Wenn man nach vorn guckt, ja! – Abg. Winfried Mack CDU: Brauchst du nicht zu beantworten!)

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Herr Kollege, das Thema hat einfach eine gewisse Ernsthaftigkeit. Der entscheidende Punkt ist: Sie müssen sich schon überlegen, was Sie sagen. Sie werfen dem Landesamt für Verfassungsschutz in Baden-Württemberg im Grunde genommen vor, auf dem linken Auge blind zu sein. Diesen Vorwurf – darum geht es –

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD betritt den Plenarsaal.)

– ach, schön, Herr Meuthen, dass Sie sich auch wieder zu uns gesellen –, den Herr Meuthen erhoben hat – Sie können es ja im Protokoll nachlesen, dass ich ihn zurückweisen musste –, weise ich auch im Namen der Beamtinnen und Beamten, derer, die dort ihren Dienst für unsere Freiheit tun, mit Entschiedenheit zurück.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Die größte Bedrohungslage haben wir durch den internationalen islamistischen Terrorismus. Das ist und bleibt so. Das sind die Anschläge von Paris im November des vergangenen Jahres, das sind die Anschläge in Brüssel am 22. März dieses Jahres, und das ist – gestern Abend; meine Vorredner haben zu Recht darauf hingewiesen – der jüngste widerwärtige Anschlag in Istanbul mit – nach meinem letzten Stand – 36 Toten und knapp 150 Verletzten. Vieles spricht dafür – die Art und Weise der Tatbegehung war ähnlich wie in Brüssel –, dass es wiederum einen islamistischen, terroristischen Hintergrund gibt.

Das ist der vierte schwere Terrorangriff in der Türkei in diesem Jahr. Was ich als schlimm empfinde, ist, dass man dabei ist – verstehen Sie das nicht falsch –, sich daran zu gewöhnen, dass es in Istanbul sozusagen ständig solche Terrorangriffe gibt. Viele von uns, viele Deutsche waren schon an diesem großen internationalen Flughafen, sind durchgereist. Er ist sozusagen das Tor in die Türkei.

Deswegen: Unsere Gedanken sind bei den Opfern, ihren Familien, bei den unschuldigen Menschen, die umgebracht worden sind, bei denen, die schwer verletzt worden sind.

Das zeigt uns erneut, dass diese Bedrohungslage nicht sehr, sehr weit weg ist. Vielmehr ist es eine Bedrohungslage, die sehr nahe bei uns ist, eine Lage, die die Bevölkerung in Baden-Württemberg, die die Menschen in diesem Land, wenn sie auf Reisen sind oder wenn sie hier leben, bedroht.

Wir haben eine Terrorlage – nicht nur in Istanbul, in Brüssel, in Paris, sondern auch in Deutschland, auch in unserem Bundesland, hier in Stuttgart und anderswo.

Die Wahrheit ist: Dass in Deutschland bislang niemand Opfer eines Terroranschlags geworden ist, hat viele Gründe. Vielleicht ist der Hauptgrund der, dass wir verdammt viel Glück gehabt haben. Aber ganz sicher ist auch ein Grund dafür, dass noch kein Anschlag in Deutschland ausgeführt werden konnte, dass die Sicherheitsbehörden, die Polizei eine erstklassige Arbeit leisten.

Denken Sie an die Sauerlandtäter, die für viele Jahre im Gefängnis sitzen, die schreckliche Attentate in Deutschland geplant hatten. Das zu verhindern war eine hervorragende Arbeit des LKA Baden-Württemberg und eine gute Arbeit unserer Dienste, der befreundeten Dienste im internationalen Bereich und unserer eigenen Dienste.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Die Wahrheit ist, dass nach meiner Kenntnis in Deutschland kein einziges Attentat verhindert werden konnte, ohne dass es nicht einen Hinweis aus einem Dienst gegeben hätte.

Das heißt, viele Deutsche – im Inland und im Ausland – verdanken der Arbeit der Dienste ihr Leben. Das ist die Wahrheit. Deswegen haben wir allen Grund, die Dienste nicht zu diskreditieren, sondern den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die ihre Arbeit erledigen, dankbar zu sein und sie zu respektieren.

(Beifall bei der CDU)

Ich war im Übrigen vor einigen Tagen für mehrere Stunden beim Landesamt für Verfassungsschutz und habe mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie der Präsidentin gesprochen. Ich habe den Eindruck – das dürfte für Sie als Parlamentarier wichtig und interessant sein –, dass es dort sehr viel Expertise gibt, dass ein sehr hohes Engagement vorhanden ist, dass dort eine erstklassige Arbeit geleistet wird und dass dieses Amt unser aller Unterstützung und auch die Unterstützung dieses Hohen Hauses in der Tat und wirklich verdient. Herr Kollege Blenke, das, was Sie gesagt haben, ist wohlthuend; das werde ich gern weitergeben.

(Beifall bei der CDU – Abg. Winfried Mack CDU zu Abg. Thomas Blenke CDU: Das war wohlthuend!)

Dieses Amt – Sie können in den Bericht schauen – beschäftigt sich vor allem auch mit den Ursachen islamistischer Gewalt und islamistischen Terrors. Dazu gehört ganz sicher die Erscheinung des Salafismus. Das ist die religiöse Bewegung, die im Augenblick in Deutschland – die Zahlen explodieren nahezu – den meisten Zulauf hat. In Baden-Württemberg ist dieser Zulauf nicht ganz so stark, aber die Mitgliederzahlen sind innerhalb eines Jahres immerhin um 10 % gestiegen. Ungefähr ein Fünftel der Salafisten in Baden-Württemberg sind schon gewaltbereit.

(Minister Thomas Strobl)

Um ein klares Wort zu sagen: Nicht jeder Bartträger, der fremdländisch aussieht, ist ein Islamist. Nicht jeder Islamist ist ein Salafist. Nicht aus jedem Salafisten wird ein Terrorist. Allerdings hat – das zeigt die Arbeit der Ämter und des Landesamts für Verfassungsschutz; sie schauen sich auch die Lebensläufe von Rückkehrern aus dem Dschihad sehr genau an – jeder gewalttätige islamistische Terrorist einen salafistischen Hintergrund. Deswegen ist es wichtig, dass wir die Salafisten-szene in Deutschland, auch in Baden-Württemberg, sehr genau im Auge behalten.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der AfD)

Daher kommen diejenigen, die sich radikalieren, die in den nördlichen Irak, nach Syrien reisen, die sich dort an schweren Kriegsgeräten üben, den Sprengstoffeinsatz üben, das Töten üben und zu einem Teil wieder hierher zurückkehren und –

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Palka?

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Wenn ich den Satz noch hätte beenden können?

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Gern.

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Bitte sehr, Herr Kollege.

**Abg. Thomas Axel Palka** AfD: Herr Minister Strobl, ich habe einmal eine Frage. Wenn man doch weiß, wer die gefährlichen Attentäter sind, warum weist man sie dann eigentlich nicht sofort aus, sondern hält sie hier im Land und hat dann eine große Gefährdung? Das ist meine Frage an Sie.

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Da würde ich Ihnen für einen Teil der Täter eine Antwort geben, die für Sie vielleicht besonders nachvollziehbar ist: Bei einem Teil dieser hochgefährlichen Personen handelt es sich um Deutsche, um Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit. Ich bin einmal gespannt – Sie haben ja jetzt die Möglichkeit, an der Gesetzgebung mitzuwirken – auf Ihren mit der Verfassung zu vereinbarenden Gesetzentwurf, auf dessen Grundlage wir Deutsche aus Deutschland ausweisen, egal, was sie tun.

Das ist ein nicht unerheblicher Teil des Problems, und das ist im Übrigen der Grund – um Ihnen das zu sagen – – Weil wir Deutsche nicht an der Einreise nach Deutschland hindern können und weil wir sie nicht ausweisen können, wollen wir gar nicht, dass Deutsche sich radikalieren und in den Nordirak und nach Syrien fahren, um dort noch gefährlicher zu werden, um dann wieder zurückzukommen, ohne dass sie an der Grenze von uns aufgehalten werden können und ohne dass sie – wegen der deutschen Staatsangehörigkeit – ausgewiesen werden können. Dass diese Prozesse erst gar nicht eintreten ist ja mit ein Teil unserer Bemühungen. Also, ganz so einfach ist es manchmal nicht,

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

sondern das ist der Grund, warum wir diesen Weg gehen.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage der Frau Abg. Wolle?

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Wenn Sie das nicht von meiner Redezeit wegnehmen, dann ja.

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Frau Abg. Wolle, bitte.

(Zuruf)

**Abg. Carola Wolle** AfD: Genau. – Was ist mit der anderen Hälfte? Warum weist man die nicht aus?

Und können Sie mir bitte sagen, welchen Hintergrund diese sogenannten Deutschen haben?

Danke schön.

(Zuruf: Was? Was heißt jetzt „sogenannte Deutsche“?  
– Unruhe)

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Zum ersten Teil Ihrer Nachfrage: Selbstverständlich werden Menschen, die Straftaten begehen und bei denen entsprechende Ausweisungstatbestände vorliegen, auch ausgewiesen. Das ist gar keine Frage. Manche – wenn ich das einmal in aller Vorsicht und Zurückhaltung sagen darf – sind so gefährlich, dass wir sie nicht ausweisen, weil wir sie lieber unter Beobachtung halten. Dadurch ergibt sich die Gelegenheit, die von ihnen ausgehende Gefahr für die Allgemeinheit zu beseitigen. Denn wenn sie ausgewiesen sind, kann es sein, dass sie sehr schnell wieder da sind und eine noch größere Gefahr darstellen, als sie sie darstellen, wenn wir sie unter einer strikten Beobachtung oder irgendwann auch in der Haft haben.

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Herr Minister, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage? – Herr Abg. Berg, bitte.

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Das Problem ist: Ich komme halt nicht auf den Linksterrorismus zu sprechen.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Herr Abg. Berg, bitte.

**Abg. Lars Patrick Berg** AfD: Herr Minister, zunächst einmal herzlichen Dank für Ihre Geduld.

Eine ganz allgemeine Feststellung: Ich bin mir sehr sicher, dass die AfD-Fraktion die Arbeit des LfV, des LKA und der Polizeibehörden sehr wertschätzt.

Nun zu meiner Frage: Teilen Sie die Ansicht des Kollegen Binder, dass mit der Aufstockung von Personal im LfV und mit einigen zusätzlichen politischen Seminaren tatsächlich einige Hundert Gefährder in Baden-Württemberg in Schach gehalten werden können?

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Zunächst einmal: Es ist schön, dass Sie einen gewissen Respekt gegenüber dem Landesamt für Verfassungsschutz erkennen lassen. Bei Ihrem Fraktionsvorsitzenden hat sich das nicht ganz so angehört, aber das können Sie ja innerfraktionell durchaus klären.

(Minister Thomas Strobl)

Zum Zweiten: Ich habe weder den Kollegen Binder noch den Kollegen Dr. Kern so verstanden, dass es da irgendwie um Chichi geht, sondern beide haben gesagt – das ist gut und wichtig –, dass sie sich angesichts der Terrorlage – insbesondere der, die wir in diesem Land haben – für eine personelle Verstärkung des Landesamts für Verfassungsschutz aussprechen. Da das natürlich etwas ist, was mit Stellen und mit Personal zu tun hat, bin ich für diese Aussagen, die gemacht worden sind, außerordentlich dankbar.

Ja, wir werden das Landesamt für Verfassungsschutz aus gutem Grund stärken: personell, mit Sachmitteln und mit Möglichkeiten. Wir werden natürlich auf den Landtag von Baden-Württemberg zugehen und Sie beim Personal, bei den Sachmitteln und den Möglichkeiten für das Landesamt um Ihre freundliche Unterstützung bitten – gerade auch Sie in der Opposition.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Sie haben mich richtig verstanden!)

– Ich habe Sie richtig verstanden; dafür bin ich sehr dankbar. Ich habe auch sehr genau zugehört.

Lassen Sie mich noch einige Sätze zum Thema Rechtsextremismus sagen und hierbei auch noch ein Wort an den Vorsitzenden der AfD-Fraktion richten: Ich fand Ihre Äußerungen zum Rechtsextremismus ein bisschen mit leichter Hand getroffen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das ist halt so!)

Ich finde dieses Thema gerade in Baden-Württemberg wichtig. Das gilt möglicherweise gerade in meiner Heimatstadt Heilbronn, in der eine Polizistin ermordet wurde, wobei vieles dafür spricht, dass die Ermordung dieser Polizistin einen rechtsterroristischen Hintergrund hat.

Der Rechtsterrorismus hat in der Bundesrepublik eine Blutspur von zehn Morden hinterlassen. Diese besitzen klare Bezüge in das Bundesland Baden-Württemberg. Ich fand, Sie machen es sich schon sehr leicht, wie Sie dem Landesamt für Verfassungsschutz vorwerfen, sich mit dem Rechtsextremismus zu beschäftigen. Das ist angesichts dessen, was in Deutschland geschehen ist, unter keinem Gesichtspunkt zu verantworten, lieber Herr Meuthen.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Es ist im Übrigen auch unter dem Gesichtspunkt – daher stehe ich hinter dem Landesamt für Verfassungsschutz – seiner Tätigkeit in Bezug auf den rechtsextremistischen Bereich nicht zu verantworten. Die Zahl der Rechtsextremisten in diesem Land ist zwar mit knapp 2 000 konstant geblieben, aber die Zahl der rechtsextremistisch motivierten Straf- und Gewalttaten hat sich sehr deutlich gesteigert. Das kann ein Amt nicht ignorieren.

Die Zahl der rechtsextremistisch motivierten Straf- und Gewalttaten hat sich von 865 auf 1 484 erhöht; die Zahl der Straftaten gegen Asylunterkünfte hat sich im Jahr 2015 bundesweit verfünffacht. In Baden-Württemberg wurden im vergangenen Jahr 70 Straftaten gegen Asylunterkünfte – darunter neun Gewalttaten – begangen. Straftaten gegen Asylunterkünfte sind

für die Polizei und auch den Dienst schwer zu erfassen, weil sie häufig keine tiefe ideologische Verwurzelung haben. Es handelt sich vielmehr um Taten im Zusammenhang mit dem Entstehen eines Flüchtlingswohnheims in der Nachbarschaft oder im Dorf.

Gleichwohl müssen wir befürchten, dass sich diese Entwicklung fortsetzen wird. Das hat natürlich auch etwas mit der aggressiven Agitation bestimmter Kreise gegen Flüchtlinge zu tun. Das ist der Konsens des gesamten rechtsextremistischen Lagers, das an und für sich sehr heterogen ist. Sie sind sich alle in der Hetze gegen das Fremde und gegen Flüchtlinge einig.

Rattenfänger aus dem rechtsextremistischen Lager werden auch in der Zukunft in ihren Anstrengungen nicht nachlassen, gegen Migranten zu hetzen und Ablehnung zu schüren. Natürlich haben diese Agitation und diese Aggression etwas mit fremdenfeindlichen Straftaten gegen Ausländer, Migranten, Asylbewerber und Flüchtlingsheime zu tun. Aus gutem Grund wird das Landesamt für Verfassungsschutz dies auch in Zukunft im Auge haben.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der SPD und der Abg. Gabriele Reich-Gutjahr FDP/DVP – Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Hoffentlich! Das wünschen wir!)

Wir wollen solche Straftaten in Baden-Württemberg nicht haben.

Herr Professor Meuthen, wenn Sie nicht nur die Seiten gezählt haben, sondern auch auf den Inhalt geschaut haben, konnten Sie lesen, dass das Landesamt für Verfassungsschutz feststellt, dass die Zahl der Straftaten im linksextremistisch motivierten Bereich erheblich gestiegen ist – das können Sie dort nachlesen –, nämlich von 496 im Jahr 2014 auf 522 im vergangenen Jahr. Noch stärker ist die Zahl linksextremistischer Gewalttaten gestiegen, und zwar von 78 auf 135.

Ich füge persönlich etwas hinzu: Sehr häufig sind die Gewalttaten aus dem linksextremistischen Bereich Gewalttaten gegen Polizistinnen und Polizisten. Diese Polizistinnen und Polizisten sind für uns alle im Einsatz. Sie arbeiten für unsere Freiheit und für unsere körperliche Unversehrtheit. Deswegen ist ein Angriff gegen eine Polizeibeamtin oder einen Polizeibeamten immer ein Angriff gegen die gesamte Gesellschaft. Deswegen ist es wichtig, dass wir ein besonderes Auge darauf haben, und genau das macht das Amt.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen, der AfD, der SPD und der FDP/DVP)

Es ist im Übrigen wichtig, dass wir den Linksextremismus und den Rechtsextremismus wie den Islamismus gleichermaßen im Auge behalten, weil wir natürlich befürchten müssen, dass diese unterschiedlichen extremistischen Lager sich in der Auseinandersetzung auch hochschaukeln können. Deswegen wollen wir gar nicht, dass eine solche Spirale entsteht, bzw. wollen sie, wo es sie gibt, durch ein wirkungsvolles und entschlossenes Handeln durchbrechen.

(Beifall des Abg. Daniel Rottmann AfD)

Dazu gehört die Arbeit des Landesamts für Verfassungsschutz als ein – das ist von meinen Vorrednern gesagt worden – Früh-

(Minister Thomas Strobl)

warnsystem unserer Demokratie. Deswegen ist es notwendig, dass wir das Landesamt für Verfassungsschutz angesichts der gestiegenen Bedrohung – das hat, wie ich finde, der Kollege Sckerl nachvollziehbar und richtig – –

(Zurufe von der SPD: Ui!)

– Ja klar, wenn sich die Welt verändert, insbesondere wenn sich die Bedrohungslage verändert,

(Zurufe von der SPD: Ui!)

dann fände ich es – – Schade, Herr Drexler, dass Sie sich gar nicht mehr verändern.

(Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von der SPD: Ein Hin und Her wegen des „Ui“!  
– Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ich habe Ihnen zugehört! – Glocke des Präsidenten)

– Nein, Sie haben jedenfalls nicht nur zugehört, sondern Sie haben auch dazwischengerufen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nein, bei Ihnen gerade noch nicht! – Abg. Thomas Blenke CDU: Das ist so ähnlich, wie wenn Herr Zimmermann dazwischenruft! – Weitere Zurufe, u. a.: Das ist ein Grundrauschen!)

Lieber Herr Drexler, ich kenne Sie an und für sich als jemanden, der wirklich immer hinreichend geistige Flexibilität aufgewiesen hat,

(Heiterkeit)

und im jugendlichen Alter geht das ja weiter. Deswegen werden auch Sie erkennen, dass sich die Welt verändert,

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

dass die Bedrohung zunimmt. Und wenn die Bedrohung zunimmt, dann müssen wir unsere Sicherheitsbehörden stärken, dann müssen wir auch das Landesamt für Verfassungsschutz stärken –

(Abg. Sascha Binder SPD: Wir haben damit kein Problem!)

personell, in seinen sächlichen Mitteln und in den Möglichkeiten, die dieses Amt hat.

(Unruhe)

Ich freue mich auf Ihre Unterstützung, wenn wir demnächst mit konkreten Maßnahmen auf den Landtag von Baden-Württemberg zukommen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. Trotz der Ernsthaftigkeit des Themas – dies war ja meine erste Debatte im Landtag von Baden-Württemberg – bedanke ich mich auch für die Lebhaftigkeit. Im Deutschen Bundestag ist es so: Wenn einer das erste Mal redet, dann gibt es einen Konsens, dass man keine Zwischenrufe macht,

(Zurufe)

um den Redner nicht durcheinanderzubringen. Das war bei mir nicht nötig, sondern ich fand es sehr erfrischend, dass die

Debatte, obwohl wir ein ernstes Thema hatten, so lebhaft gewesen ist.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der AfD, der SPD und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** In der zweiten Runde erteile ich für die CDU-Fraktion das Wort dem Kollegen Blenke.

(Unruhe)

**Abg. Thomas Blenke** CDU: Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich schaue jetzt einmal auf die beiden Fraktionen der SPD und der FDP/DVP. Ich finde es sehr erfreulich, dass wir uns im Tenor und in den Grundlagen offensichtlich absolut einig sind.

Ich musste in den letzten Wochen immer etwas schmunzeln, dass Sie beide offensichtlich etwas erstaunt darüber sind, was GRÜNE und CDU im Koalitionsvertrag im Bereich der inneren Sicherheit vereinbaren konnten.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das hat uns erstaunt!)

– Ja, das hat Sie erstaunt. Sie versuchen, Ihr Erstaunen darüber etwas zu kaschieren oder zu verdecken, indem Sie sagen, das sei alles nicht konkret genug.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Genau das hat uns erstaunt!)

Wer lesen kann, ist klar im Vorteil, lieber Kollege Rülke.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: „Prüfauftrag“ können wir lesen! „Evaluieren“!)

Der von mir – das beruht auf Gegenseitigkeit – sehr geschätzte Kollege Timm Kern hat das ja vorhin auch etwas zu relativieren versucht. In unserem Koalitionsvertrag steht: Wir werden 1 500 zusätzliche Stellen bei der Polizei schaffen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Mit Finanzierungsvorbehalt!)

– Jeder Koalitionsvertrag steht unter Finanzierungsvorbehalt; das war schon immer so.

Wir werden 1 500 zusätzliche Stellen bei der Polizei schaffen. Wir werden – Zitat – „das Landesamt für Verfassungsschutz personell stärken“. Ist Ihnen „1 500 zusätzliche Stellen“ zu vage?

(Abg. Sascha Binder SPD: Landesamt?)

– Nein, Polizei. Und wir werden das Landesamt personell stärken. Ist Ihnen das zu vage?

(Abg. Sascha Binder SPD: Das ist sehr unkonkret!)

Und jetzt, hochgeschätzte Kollegen von der FDP/DVP ...

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Lieber Kollege, denken Sie daran, dass Ihre Redezeit zu Ende ist.

**Abg. Thomas Blenke** CDU: ... – ja, ich bin gleich so weit; wenn die mich ausreden lassen würden, ginge das –, zitiere ich aus dem Koalitionsvertrag:

*... schaffen wir Ermächtigungsgrundlagen zur jeweils präventiv-polizeilichen Erhebung von Kommunikationsverbindungsdaten und der Ermöglichung der präventiven Telekommunikationsüberwachung (TKÜ). Es ist zu überlegen,*

– wir sind da in der Überlegung vielleicht ein Stückchen weiter, aber das ist völlig in Ordnung zwischen den Koalitionsparteien –

*ob die Landespolizei und das Landesamt für Verfassungsschutz zum Zweck der Terrorismusbekämpfung die Befugnis zur Durchführung von Quellen-TKÜ und Online-Durchsuchung erhalten soll.*

Frage an die Kollegen von der FDP/DVP: Wäre das mit Ihnen möglich?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Darüber nachdenken kann man!)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort – Kollege Sckerl, doch? – Bitte, Sie sind zuerst dran. Aber Sie wollten erst nicht. Sie haben noch 18 Sekunden.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Auf die Plätze, fertig, los! – Zuruf von der CDU: Schon rum!)

**Abg. Hans-Ulrich Sckerl** GRÜNE: 18 Sekunden, Herr Präsident, müssen reichen, um nochmals für uns klarzustellen: Beenden wir doch die Schlachten der Vergangenheit, meine Damen und Herren. Wir haben eine veränderte Lage auf der Welt, eine veränderte Sicherheitslage und neue Herausforderungen. Deswegen geht es darum, diese Aufgaben zu organisieren, sich richtig aufzustellen, Sicherheit für die Bürger in unserem Land zu organisieren

(Abg. Winfried Mack CDU: Sckerl hat sich neu erfunden!)

und uns nicht gegenseitig die Positionen der Jahre 2013, 2009 usw. vorzuhalten. Das haben wir bei Ihnen auch nicht gemacht, verehrte Kollegen von der SPD. Dazu gäbe es genug Anlass.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Ah! Was denn?)

Aber wichtig ist, sich nach vorn zu orientieren und jetzt Sicherheit zu gewährleisten, ohne Freiheiten für die Bürgerinnen und Bürger unnötig zu gefährden. Das ist unsere Aufgabe, und der kommen wir nach.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Fiechtner.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Jetzt kann die Entschuldigung kommen!)

**Abg. Dr. Heinrich Fiechtner** AfD: „Dunkeldeutschland“, „Mob“, „Dumpfbacken“ – das ist das Vokabular der Parteien, die hier im Parlament sitzen und über die AfD reden,

(Zuruf des Ministers Peter Hauk)

oder von Herrn Stoch in diesem Raum, der Herrn Professor Meuthen als „Brandstifter“ bezeichnete,

(Abg. Thomas Blenke CDU: Zunächst grüßt man den Präsidenten!)

ohne dass das Präsidium dies zur Kenntnis genommen hat.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Reden Sie wieder in eigener Sache?)

Sehr verehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

*Wir müssen gemeinsam gegen die Ungerechtigkeit Muslimen gegenüber weltweit eintreten. Es ist unsere Pflicht, den Krieg gegen den Islam zu stoppen. Nur gemeinsam können wir es schaffen. Es kann nicht sein, dass das muslimische Volk weiter unterdrückt wird und in sinnlosen Kriegen das Blut unschuldiger Frauen und Kinder vergossen wird.*

(Beifall eines Abgeordneten der AfD – Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Ist das ein Zitat?)

Genau mit diesen Worten werden tagtäglich junge Menschen für den Kampf und für Terror gewonnen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sie hätten vorher sagen sollen, dass das ein Zitat ist! Da hinten hat einer geklatscht! – Heiterkeit)

– Herr Rülke, können Sie Ihre Frage wiederholen?

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sie hätten vorher sagen sollen, dass das ein Zitat ist! Da hinten hat einer geklatscht!)

– Bevor Sie sich aufplustern, Herr Rülke, denken Sie an Herrn Möllemann und Ihr eigenes Problem, bevor Sie hier mit dem Finger auf andere zeigen. Das könnte ich anderen in diesem Raum auch sagen.

Terroristen – ein Wort, das sich so leicht sagt und doch so schwer zu greifen ist. Allein für islamistische Terroristen, welche nach Syrien auswandern, gibt es mittlerweile 450 verschiedene Profile. Auf den ersten Augenschein haben sie alle eines gemeinsam: eine Kindheit, in der sie keine Liebe erfahren haben und nicht als individuelle, wichtige Person wahrgenommen wurden. Auf der Suche nach einer neuen Heimat und einer Identität gerät man schnell in die falschen Hände, in die Hände von Extremisten. Die fehlende Identität weicht der großen Idee.

Die Frage ist: Warum fühlen sich diese Menschen hier nicht zu Hause, sind es doch meist Migranten der dritten Generation? Die Antwort ist ganz einfach: Wir haben versagt – die Gesellschaft, aber allen voran die Regierung.

(Dr. Heinrich Fiechter)

(Lachen der Abg. Beate Böhlen GRÜNE – Abg. Nicole Razavi CDU: Welche?)

Ein Blick auf die Zahlen reicht, um zu wissen, dass Deutschland eines der größten Terrorcamps in Europa ist.

(Zurufe: Was?)

Deutschland ist das Land in Europa, aus dem ein Großteil der ausländischen IS-Soldaten in den Heiligen Krieg zieht.

(Zuruf: Stimmt doch gar nicht!)

Gettoisierung, Flüchtlingslager und schlechte Integrationsmaßnahmen bilden den Nährboden für zukünftige Terroristen. – Sie schütteln den Kopf. Lesen Sie den Verfassungsschutzbericht doch einmal durch; darin steht das nämlich.

Frankreich und Brüssel – der Terror hat Europa erreicht.

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Doch stimmt das wirklich? Kugelhagel und Bomben in Deutschland kosteten vor nicht allzu langer Zeit 33 Menschen das Leben; hinzu kommen Hunderte von Verletzten. Die RAF brachte die Herrschaft des Terrors in unser Land, und der Terror von rechts hinterließ ebenfalls eine breite Blutspur. Deswegen sind wir – Herr Professor Meuthen hat völlig recht – absolut dafür, dass Terrorismus jeder Orientierung – 360 Grad ist unser Blick – erkannt und bekämpft wird.

(Beifall bei der AfD)

Das alles nur, weil Menschen für etwas standen, was ihre Feinde für widerwärtig hielten. Doch ist die RAF mit Islamismus zu vergleichen? Wer genauer hinschaut, findet schnell erste Übereinstimmungen, seien es die blinde Entschlossenheit der Täter, die Erbarmungslosigkeit oder das skrupellose Vorgehen. Was früher Che Guevara war, ist heute Osama bin Laden.

(Abg. Winfried Mack CDU: Ach komm! So ein Schmarrn! Wirklich! – Weitere Zurufe)

Salafismus ist zum Teil eine neue Jugendrevolte,

(Lachen der Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP und Nicole Razavi CDU)

eine Jugendrevolte, die es mit allen Mitteln zu bekämpfen gilt. Oder sind Sie nicht der Meinung, dass man diese Art der Jugendrevolte bekämpfen sollte? – Vielen Dank.

(Zurufe)

Auch wenn man das im ersten Moment vielleicht glauben mag: Islamistische Terroristen sind weder verrückt, noch wurden sie einer Gehirnwäsche unterzogen. Was mindestens genauso interessant ist: Sie sind religiös eher ungebildet.

Auch die Annahme, dass das Internet bei der Radikalisierung die Hauptrolle spielt, ist falsch. Das Internet ist lediglich ein wichtiges Hilfsmittel. Letztlich fand die Radikalisierung jedoch immer über einen Rekrutierer statt, etwa einen Bekannten oder ein Familienmitglied, und mittlerweile geschieht dies nur noch selten durch radikale Imame. Darum müssen wir umdenken.

Wir sind so konzentriert darauf, uns Gedanken zu machen, wie wir Terroristen bestrafen, dass wir ganz vergessen, das Problem an der Wurzel zu bekämpfen.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Erst seit letztem Jahr gibt es die zentrale Koordinierungsstelle zum Aufbau und zur nachhaltigen Etablierung eines Präventionsnetzwerks gegen islamistischen Extremismus in Baden-Württemberg. Unsere sicherheitspolitischen Maßnahmen und Präventionsprojekte sind zum Scheitern verurteilt, wenn wir das Problem nicht an der Wurzel angehen. Die orthodoxen Lehren des Islam von Ibn Taimiya müssen endlich abgelegt werden. Eine humanistische Auslegung des Islam ist unabdingbar, wenn wir den Terror bekämpfen wollen. Doch eine Relativierung dieses gewaltsamen Islam lehnt der Mainstream-Islam in Europa ab. Stattdessen bevorzugt er die Rechtfertigung und betont lieber, dass die Gewalt als unislamisch abzulehnen sei. Das ist aber nicht glaubwürdig, solange Gelehrte wie Ibn Taimiya eine derart zentrale Rolle einnehmen.

Außerdem wird nach solchen Terroranschlägen wie gestern regelmäßig diskutiert, dass die Benachteiligung von muslimischen Migranten die Ursache für ihre Radikalisierung sei. Sicherlich ist es wichtig, Diskriminierung zu bekämpfen. Allerdings werden auch andere soziale Gruppen in Deutschland und in Europa diskriminiert, die nicht zum willkürlichen Terror greifen.

Eine besondere Herausforderung im Kampf gegen den Islamismus sind die Flüchtlinge. Gerade bei den Flüchtlingen fällt es besonders schwer, den Radikalisierungsprozess zu erkennen. Umso erstaunlicher ist es, dass in einem Land, das einen so großen Wert auf Ordnung legt, mindestens 500 000 Flüchtlinge leben, die nicht registriert sind –

(Zurufe von den Grünen und der SPD)

mindestens 500 000 Menschen, von denen wir nichts wissen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Freie Erfindung!)

Für mich ist das Staatsversagen.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Freie Erfindung! – Weitere Zurufe – Glocke des Präsidenten)

Das sind alles Zahlen, die Sie –

(Anhaltende Zurufe)

Für mich ist das Staatsversagen.

Wir sind es den Bürgern schuldig

(Zurufe – Glocke des Präsidenten)

– ich bringe Ihnen die Dokumente gern –, Sicherheit und Ordnung in diesem Land zu wahren.

Drei große Herausforderungen im Flüchtlingsbereich in Bezug auf den Islamismus liegen klar auf der Hand:

Erstens: Wir können nicht ausschließen, dass Terroristen über Flüchtlingsrouten nach Deutschland kommen.

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Herr Kollege Dr. Fiechtner, haben Sie mit Ihren Blättern die Redezeitanzeige abgedeckt? Die Redezeit ist beendet. Bitte kommen Sie zum Schluss.

**Abg. Dr. Heinrich Fiechtner** AfD: Okay. – Zweitens: Flüchtlinge können sich in Unterkünften radikalisieren.

Drittens: Islamisten sprechen gezielt Flüchtlinge in missionarischer Absicht an – unter dem Deckmantel humanitärer Hilfe.

Für mich ist es unverständlich, dass es diese Regierung zulässt, dass islamistische Netzwerke aktiv Flüchtlingshilfe leisten. Dabei wird die angestrebte Integration verhindert und der Nährboden für Radikalisierung geschaffen. Ich fordere eine Registrierung sämtlicher Flüchtlinge, eine bessere Grenzüberwachung, eine Erweiterung der Präventionsmaßnahmen. Wir müssen auch die Vernetzung der Polizei und des Verfassungsschutzes vorantreiben, damit Polizisten bei Einsätzen über potenzielle Gefährder besser Bescheid wissen. Ein einfaches Integrationsgesetz reicht nicht. Wir brauchen auch dringend –

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Herr Kollege!

**Abg. Dr. Heinrich Fiechtner** AfD: Ich habe noch drei Sätze, dann bin ich fertig.

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Einen!

**Abg. Dr. Heinrich Fiechtner** AfD: Wir müssen aktiv gegen islamistische Plattformen wie z. B. Bücherstände vorgehen, Hassprediger möglichst ausweisen und einen religionswissenschaftlichen Unterricht

(Abg. Winfried Mack CDU: Religionswissenschaftlicher Unterricht?)

in den Schulen etablieren.

(Zuruf von der SPD: Punkt! Punkt!)

Im Übrigen würde ich mir wünschen, dass der Verfassungsschutz in Baden-Württemberg erreichbar ist,

(Zuruf von der SPD: Es gibt hier Regeln!)

auch telefonisch, ...

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Herr Kollege!

**Abg. Dr. Heinrich Fiechtner** AfD: ... und es nicht heißt: „Sie rufen leider außerhalb der üblichen Sprechzeiten an.“

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: 500 000!)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die SPD-Fraktion erteile ich dem Kollegen Binder das Wort.

**Abg. Sascha Binder** SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Herr Innenminister Strobl, ich habe mir extra noch vier Minuten Redezeit übrig gelassen,

(Zuruf: So viel?)

weil ich gedacht habe, dass Sie – neben Ihren Äußerungen und neben Ihrer Beantwortung der Fragen aus den Reihen der AfD, die Sie aus meiner Sicht richtig beantwortet haben – auch noch etwas zu Ihren Taten sagen. Aber leider bleibt, wenn man die Überschrift der heutigen Aktuellen Debatte liest, nämlich „Lehren aus dem Verfassungsschutzbericht“, unklar: Was macht diese Landesregierung konkret in den kommenden Monaten im Nachtragshaushalt? Was soll aufeinander folgen? Herr Blenke, Sie sagen: „1 500 Polizeistellen“.

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Das geht schon seit drei Monaten so. Wir wissen nicht: Wie viele davon sind Vollzugsstellen und wie viele nicht? Wie sind sie eingruppiert? In welchen Jahren werden sie kommen? Wie wird ausgebildet? Reicht die vorhandene Ausbildungskapazität? Zu all diesen Fragen gab es heute keine Antwort, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion.

(Beifall bei der SPD, Abgeordneten der AfD und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Innenminister Strobl sagt: „Die 1 500 Stellen stehen nicht unter Finanzierungsvorbehalt.“ Sie sagen: „Es steht immer noch alles unter Finanzierungsvorbehalt.“ Vielleicht sollten Sie sich einmal zusammensetzen, damit Sie sich einig werden, wo es bei der inneren Sicherheit in Baden-Württemberg zukünftig langgeht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der AfD sowie des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Herr Minister Strobl, Sie können mir aber entgegen, Sie hätten natürlich etwas getan und beispielsweise heute verkündet, Sie würden die Erschwerniszulage für die Spezialeinheiten um einen erklecklichen Betrag erhöhen.

(Minister Thomas Strobl: Ist beschlossen!)

– Ist beschlossen – richtig, Herr Strobl –, aber bereits im November 2015 in einem Kabinettsbeschluss von der grün-roten Landesregierung, von diesen beiden Fraktionen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist keine neue Idee, sondern dies war bereits vor der Landtagswahl beschlossene Sache. Vielleicht haben Sie es deshalb heute nicht erneut erwähnt.

Kollege Sckerl, ich finde es gut, dass zumindest der Innenminister versteht, warum es bei den Grünen zu einem radikalen Wandel in der Sicherheitspolitik in Baden-Württemberg kommt.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das ist kein radikaler Wandel, Herr Kollege! So ein Quatsch!)

– Ich glaube schon, dass es ein Wandel ist. – Sie sagen, dass wir in die Zukunft schauen müssen

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Genau!)

und nicht mehr in die Vergangenheit blicken sollten. Sie müssen aber nicht uns, sondern Ihrer eigenen Klientel erklären, warum Sie bei der Abwägung zwischen Freiheit und Sicherheit jetzt plötzlich eine andere Wertigkeit ansetzen, als Sie das

(Sascha Binder)

noch vor ein paar Monaten oder Jahren getan haben. Und ich dachte immer, der Paradigmenwechsel in der Sicherheitspolitik in Europa und auch in Deutschland kam mit dem 11. September 2001. Ich kann mich an viele Debatten erinnern, bei denen die Abwägung zwischen Freiheit und Sicherheit in Ihrer Partei zu einer anderen Antwort geführt hat, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Daniel Rottmann  
AfD – Zuruf: Bravo!)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Kern.

**Abg. Dr. Timm Kern** FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister Strobl, ich habe mich zunächst gefreut, weil Sie gesagt haben, Sie hätten mir sehr gut zugehört. Auch ich habe Ihnen sehr gut zugehört. Sie haben gesagt: „Wir wollen das Landesamt für Verfassungsschutz stärken.“ Gut, richtig, unterstützen wir. Sie haben gesagt: „Wir wollen die Polizei stärken.“ Ebenso gut, auch richtig, unterstützen wir. Aber das sind natürlich Aussagen, hinter die sich alle hier im Haus stellen können. Uns hätte heute interessiert: Welches konkrete Konzept haben Sie denn, um diese Aussagen auch tatsächlich zu hinterlegen?

Ich habe Ihnen die Chance gegeben, konkret auf meine Fragen zu antworten. Ich habe Ihnen fünf Fragen gestellt. Im Grunde sind Sie auf keine einzige eingegangen. Das bedaure ich, das finde ich schade.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP zu Minister  
Thomas Strobl: Sechs, setzen! – Zuruf des Abg. Hans-  
Ulrich Scerl GRÜNE)

Sie können ja nach mir noch einmal ans Redepult gehen und versuchen, wenigstens eine Frage zu beantworten, nämlich die Frage: Wie stehen Sie zur Forderung der FDP/DVP nach einem flächendeckenden muslimischen Religionsunterricht an baden-württembergischen Schulen? Da besteht ein grundlegender Unterschied zu dem, was Sie von der AfD gerade eben gesagt haben. Sie haben von einem Religionskundeunterricht gesprochen. Nein, genau das ist nicht gemeint.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD: Religionswissen-  
schaften!)

Wir wollen einen muslimischen Religionsunterricht, genauso wie es den christlichen Konfessionsunterricht gibt. Denn von muslimischen Schülern wird der Religionskundelehrer überhaupt nicht ernst genommen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Von denen werden nur in Deutschland ausgebildete muslimische Religionslehrer ernst genommen. Wir sollten uns diese nicht von woanders holen, sondern wir brauchen einen Islamunterricht in Deutschland. Das ist das Mittel, um dem Salafismus – Sie haben zu Recht gesagt, Herr Minister, das sei unser Hauptproblem – den Nachwuchs abzuschneiden, damit die Hetzparolen des Salafismus eben nicht auf fruchtbaren Boden bei denjenigen Schülerinnen und Schülern fallen, die im Grunde keine Ahnung von ihrer eigenen Religion haben.

Das ist aus Sicht der FDP/DVP der richtige Weg. Wir brauchen natürlich die Stärkung der Dienste. Aber wir brauchen auch ein Präventionsprogramm. Nur so wird ein Schuh daraus.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der  
CDU – Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Minister Thomas Strobl meldet sich.)

– Herr Minister, möchten Sie noch einmal das Wort? –

(Zurufe: Nein!)

Bitte.

(Oh-Rufe von der SPD)

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Ausgerechnet aus der Fraktion, aus der die Fragen gestellt werden, kommen Oh-Rufe. Herr Binder, sorgen Sie einmal für Ordnung.

(Zurufe von der SPD)

– Keinen Streit, Freunde!

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aber jetzt  
darf man Zwischenrufe machen, oder?)

Ich will einfach kurz antworten.

Herr Kollege Binder, die Stärkung der Spezialkräfte haben Sie lange angekündigt; das ist wahr. Wir haben es halt jetzt beschlossen. Das ist der Unterschied.

(Abg. Sascha Binder SPD: Nein! – Abg. Reinhold  
Gall SPD: Das hat das Kabinett im November be-  
schlossen! – Zuruf von der SPD: Das hat das Kabi-  
nett am 11.11.2015 beschlossen!)

– Es ist gestern im Kabinett beschlossen worden.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP zur SPD: Die  
haben es noch mal bekräftigt!)

Herr Gall, dass Sie das vorbereitet haben, das steht ja außer Frage. Nicht alles, was Sie gemacht haben, ist falsch gewesen, um Gottes willen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das sehe ich auch so!)

Es war durchaus auch Richtiges dabei.

Zweitens: Herr Kollege Binder, Sie mahnen konkrete Vorschläge an, was Personal angeht, was Möglichkeiten angeht, was sächliche Ausstattung angeht. Dafür gibt es die Haushaltsberatungen. Da werden wir dem Parlament sehr konkrete Vorschläge machen. Da freue ich mich auf Ihre Unterstützung.

Dass Sie jetzt in der Opposition beklagen, dass nicht alles schnell genug gehe usw., dafür habe ich wirklich ganz großes

(Minister Thomas Strobl)

Verständnis. Dass etwas nicht schnell genug gehe, ist immer das Letzte, was einer Opposition noch zu sagen bleibt.

(Lachen des Abg. Andreas Kenner SPD)

Ich freue mich, dass Sie dem Grunde nach offensichtlich ganz einverstanden sind mit dem, was wir machen wollen, und das ist schon einmal ziemlich gut. Wenn es dann konkret wird, also wenn es um die konkreten Stellen geht, wenn es um die sächliche Ausstattung geht – Bleiben wir einmal beim Landesamt für Verfassungsschutz, wo wir, gerade was das Thema „Beobachtung im Internet“ usw. angeht, auch die Sachmittel deutlich erhöhen müssen und auch beim Personal, was Spezialisten angeht und anderes mehr, einiges vorhaben.

Ich finde, wenn wir hier den Konsens in der Sache haben, ist das schon einmal ganz gut. Ich freue mich über die Unterstützung, wenn es konkret wird, und es wird konkret werden, gerade bei den Stellen. Dabei darf ich Ihnen gleich sagen: Wir beabsichtigen ja, fünf Jahre zu regieren. Wir werden auch nicht im ersten Haushalt all das, was Sie und der Innenminister dieses Landes sich wünschen, umsetzen können.

Herr Kollege Dr. Kern, ich will noch einmal auf die eine Frage eingehen, die Ihnen besonders wichtig erscheint. Das ist auch richtig so, weil das eine wichtige Frage ist.

Ich habe zum Thema „Salafismus und Prävention“ einiges gesagt. Sie haben recht mit Ihrer Forderung, dass es natürlich gut wäre, wenn wir im Idealfall einen flächendeckenden islamischen Religionsunterricht an den baden-württembergischen Schulen hätten. Das hat etwas mit Prävention zu tun, ist aber in der Umsetzung so ganz trivial nicht. Sie brauchen nämlich jemanden, der diesen Unterricht auch gibt, und zwar in einer Art und Weise, wie wir beide uns das vorstellen. Dafür brauchen Sie Ansprechpartner. Das ist in der praktischen Umsetzung ein Problem.

Ich finde, Baden-Württemberg ist die Avantgarde gewesen. Und es war eine der Vorgängerregierungen, an der Sie, wenn ich mich richtig erinnere, sogar beteiligt waren, die bei den islamischen Lehrstühlen in der Bundesrepublik Deutschland Avantgarde gewesen ist. Baden-Württemberg hat als erstes Bundesland in Deutschland islamwissenschaftliche Lehrstühle geschaffen, was damals sehr umstritten gewesen ist. Das war richtig so, weil dieser wissenschaftliche Bereich und der Kultusbereich natürlich auch immer ein Stück weit zusammenhängen.

Da, wo Baden-Württemberg in der Vergangenheit Avantgarde war, wollen wir gern auch in der Zukunft Avantgarde sein, und zwar so, wie ich es einmal formuliert habe: Baden-Württemberg will bei der Bekämpfung von Islamismus und Rechts extremismus das Bundesland sein, das das am besten macht. Aber die andere Seite dieser Medaille ist natürlich die Integration, und die kann nicht früh genug, nämlich bei den ganz Kleinen, anfangen. Dazu gehört ganz sicher das von Ihnen angesprochene Thema. Wir sind uns auch hier im Grunde genommen einig.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Herr Minister, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Kern?

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Ja, natürlich.

**Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP:** Herr Minister, ich bin Ihnen nicht nur dankbar, dass Sie die Zwischenfrage zulassen, sondern auch, dass wir uns im Grunde im Thema einig sind. Aber wissen Sie, dass im Zentrum für Islamische Theologie in Tübingen die ersten Absolventen fertig sind und diese, wenn das Land Baden-Württemberg jetzt nicht die entsprechenden Stellen schafft, in andere Bundesländer gehen?

(Abg. Gabi Rolland SPD: Und die nehmen sie mit Handkuss!)

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Ich vermute einmal, dass die Frau Kultusministerin das mit großer Freude gehört hat. Herr Ministerpräsident, wir werden dann mit der Frau Finanzministerin über diese Stellen sprechen – und mit dem Parlament natürlich auch.

Wenn wir dieses tatsächliche Problem – es ist schon ernst, wie ich meine –, das ich hinsichtlich der Umsetzung geschildert habe, lösen können, wenn wir entsprechendes Personal haben, dann brauchen wir noch entsprechende Stellen dazu. Dann lassen Sie uns die doch gemeinsam – –

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Dann sollte man solche Stellen schaffen!)

– Herr Kollege Dr. Rülke, die einen wie die anderen. Wir brauchen im Grunde genommen in der Prävention und in der Integration solche Stellen, wir brauchen aber auch in der Bekämpfung und in der Abwehr islamistischer Gefahren solche Stellen. Beides brauchen wir.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aber nicht so viele wie in den Ministerien!)

– Wir brauchen auch gute und funktionierende Ministerien, damit dieses Land gut regiert werden kann und der Landtag voll des Lobes ist, was diese gute Regierung alles macht.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet und Punkt 2 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

**Aktuelle Debatte – Einstufung der Maghreb-Staaten als sichere Herkunftsländer – beantragt von der Fraktion der AfD**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtrededzeit von 50 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die Aussprache steht eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion zur Verfügung, die nicht ausgeschöpft werden muss. Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

Das Wort für die AfD-Fraktion erhält der Fraktionsvorsitzende Professor Dr. Meuthen.

**Abg. Dr. Jörg Meuthen** AfD: Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Wenn Sie beginnen, ein Suchwort bei Google einzutippen, generiert die Suchmaschine automatisch Suchvorschläge für den Nutzer. Als erster und damit populärster Suchvorschlag wird Ihnen für den Begriff „Silvester“ dann „Silvester Köln“ angezeigt.

Bei diesem Ereignis – Sie kennen das alle – kamen in der letzten Silvesternacht in Köln viele junge und jung gebliebene Menschen zusammen, um gemeinsam fröhlich und hoffnungsvoll ins neue Jahr zu starten. Es gab dort an diesem Abend aber auch nicht eben wenige Gäste, die ganz andere Hoffnungen hegten. Diesen Gästen widmet sich das erste Suchergebnis bei Google zum Thema „Silvester Köln“, nämlich ein Wikipedia-Eintrag zum Thema „Sexuelle Übergriffe in der Silvesternacht 2015/16“. Zu diesen Übergriffen kam es an diesem Abend nicht nur in Köln, sondern auch in einigen weiteren Städten – auch in einigen hier in Baden-Württemberg.

Nachdem sich die Informationen über diese Vorkommnisse erst über die sozialen Netzwerke verbreiteten, sodass man das seitens der Massenmedien irgendwann dann doch nicht mehr unter den Tisch fallen lassen konnte – das dauerte einige Tage –, wurde in der Berichterstattung zunächst wieder nichts unversucht gelassen, das Wort „Flüchtlinge“ für die Täter zu vermeiden und ihre Herkunft nach Möglichkeit gar nicht erst zu thematisieren. Mittlerweile sind wir da ein ganzes Stück weiter, und die Ereignisse sind doch halbwegs präzise bekannt geworden.

Nachdem die innere Sicherheit in diesem Land eindeutig weniger gewährleistet ist als noch vor zwei Jahren, nachdem Vertreter der Sicherheitsbehörden genau darauf immer und immer wieder hingewiesen haben – wir hatten das Thema ja gerade auch –, nachdem Frauen und Mädchen mittlerweile lieber eine Armlänge Abstand zum anderen Geschlecht halten, nachdem überall Pfeffersprays ausverkauft waren und kleine Waffenscheine beantragt wurden, nachdem zwei der Attentäter der Anschläge von Paris nachweislich als Flüchtlinge eingereist waren – und zwar hier –, nach all dem bemerkte auch die Bundesregierung in Berlin endlich, dass die Flüchtlingswelle tatsächlich zu Sicherheitsproblemen führt.

Nach Angaben der Staatsanwaltschaft Köln gab es mit Stand 16. Juni 2016 durch die Vorfälle in der Silvesternacht insgesamt 1 276 mutmaßliche Opfer. In Köln lagen 1 182 Anzeigen zur Silvesternacht vor, 497 davon wegen sexueller Übergriffe, die 648 Opfer betrafen. Von den 183 Beschuldigten galten 55 als Marokkaner, 53 als Algerier, 22 als Iraker, 14 als Syrer und 14 als Deutsche. Bei den übrigen war der Status ungeklärt.

In der seitens der Regierung in Berlin und der Regierungen in den Ländern auch angesichts weiterer derartiger Zahlen mit besonders großem Elan vorangetriebenen Ursachenforschung trat u. a. zutage, dass es vor allem Zugereiste aus den Maghreb-Staaten waren und sind, die besonders im Zusammenhang mit Eigentums- und Gewaltdelikten sowie auch Sexualdelikten in Erscheinung treten. Das ist, wie man es auch dreht und wendet, hochgradig besorgniserregend.

Zugleich sind die Maghreb-Staaten zwar, wie wir wissen, allesamt keine demokratischen Rechtsstaaten nach unseren Maßstäben. Auch sind es Staaten mit einem deutlich geringeren

materiellen Versorgungsniveau als dem in unseren Breiten graden üblichen. Sie sind aber eben auch keine Staaten, in denen die Menschen aufgrund besonderer Persönlichkeitsmerkmale an Leib und Leben bedroht sind. Dies sind drei Länder. Alle drei sind keine Failed States, in denen die Menschen offener Anarchie oder rechtloser Willkürherrschaft ausgesetzt wären.

Deshalb sind wir, die AfD, natürlich dafür, dass die Maghreb-Staaten – Marokko, Algerien und Tunesien – schnellstmöglich zur Liste der sicheren Herkunftsländer hinzugefügt werden.

(Beifall bei der AfD)

Wir treten eben auch dafür ein, sehr deutlich restriktiver mit Aufenthaltsrechten für Menschen aus diesen Ländern umzugehen, als das noch heute der Fall ist. Doch selbst wenn diese Klassifizierung nun endlich kommen sollte – unsere Hoffnung auf ein entsprechendes Abstimmungsverhalten der Koalitionsparteien im Bundesrat wird ja hoffentlich nicht enttäuscht werden; wir sehen Sie da im Wort, Herr Ministerpräsident –, ist das jetzt auch nicht der große Wurf, als den die Bundesregierung das gern verkaufen möchte.

Zunächst ändert das nämlich noch immer rein gar nichts daran, dass man in diesem Land immer noch nicht willens und in der Lage ist, unsere Grenzen wirksam zu schützen. Da zeigt man lieber vom hohen moralischen Ross auf die südöstlichen Nachbarländer, die genug Verstand aufbringen, um auf die akute Bedrohung ihrer inneren Sicherheit zu reagieren und ihre Grenzen zu schließen. Dafür übrigens meinen Dank an diese Staaten.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Des Weiteren ändert diese Einstufung auch rein gar nichts daran, dass man immer noch – ganz egal, woher man kommt – seinen Pass „verlieren“ und vergleichsweise leicht einen syrischen Pass erwerben kann, um dann in Deutschland Asyl zu beantragen. Das ändert auch nichts daran, dass unser geltendes Asylrecht ohne wirksamen Grenzschutz überhaupt nicht funktioniert.

Es ändert nichts an der nach wie vor hoffnungslosen Überlastung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge. Es ändert nichts daran, dass es bei einer Zahl von mehr als 476 000 Asylanträgen im Jahr 2015 nicht mehr zu einer genauen Einzelfallprüfung kommt und angesichts dieser Zahlen auch nicht kommen kann. Es ändert nichts daran, dass wir nicht verhindern können, dass die wirklich Schutzbedürftigen unsere Hilfe nicht bekommen, während einige von jenen, die sich an Silvesteraktivitäten wie denen in Köln beteiligten, sogar eine Aufenthaltserlaubnis hatten oder erhalten.

Wir teilen grundsätzlich sogar einmal die Sorgen eines Grünen-Politikers: Oliver Hildenbrand war von dem Kuhhandel, den Herr Kretschmann mit der Kanzlerin geschlossen hat, wenig begeistert. Die Bundesregierung habe Herrn Kretschmann nämlich zugesagt – so lesen wir –, dass bestimmte Gruppen von Flüchtlingen aus den Maghreb-Staaten so behandelt würden wie bisher. Dazu würden wir hier sehr gern Näheres und auch Präziseres erfahren, Herr Ministerpräsident. Das wüssten wir gern etwas genauer.

(Dr. Jörg Meuthen)

Zum einen kann ich die Notwendigkeit für eine solche Zusage schon rein inhaltlich nicht nachvollziehen, denn Artikel 16 a Absatz 3 Satz 2 des Grundgesetzes sagt doch schon eindeutig, dass bei Ausländern aus sicheren Herkunftsländern zwar vermutet wird, dass sie nicht verfolgt werden, dies aber nur so lange vermutet wird, wie sie nicht Tatsachen vortragen, die die Annahme begründen, dass sie entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt werden. Damit dürfte doch schon durch das Grundgesetz und durch die dieses konkretisierenden einfachgesetzlichen Regelungen sichergestellt sein, dass auch Menschen, die etwa aufgrund ihrer sexuellen Identität in den Maghreb-Staaten ihres Lebens nicht sicher sein können, bei uns nach wie vor Schutz finden.

Zum anderen beunruhigt mich der Satz, dass einige dieser Flüchtlinge so behandelt würden wie bisher – so steht es da. Nur zur Erinnerung: Dieses „wie bisher“ in der sogenannten Flüchtlingspolitik, die wir Migrationspolitik nennen, war bislang gekennzeichnet von einer Reihe von Rechtsbrüchen und Anmaßungen dieser Bundesregierung, wie es sie in der jüngeren deutschen Geschichte lange nicht gegeben hat, und eines diese Zustände übrigens unterstützenden Ministerpräsidenten Kretschmann. Darum meinen wir, es kann und darf unter diesen Umständen eben kein „Weitermachen wie bisher“ in dieser Angelegenheit mehr geben.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich dem Kollegen Lede Abal das Wort.

**Abg. Daniel Andreas Lede Abal** GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Recht auf Asyl für Personen im Sinne des Grundgesetzes und der Genfer Flüchtlingskonvention ist kein Gnadenakt, sondern ein Grundrecht und eine humanitäre Verpflichtung, und daran halten wir, die grüne Landtagsfraktion in Baden-Württemberg, auch unbedingt fest.

Wir sind allerdings der Auffassung, dass Asylverfahren weiter beschleunigt werden müssen und beschleunigt werden sollen, auch im Interesse der Antragstellerinnen und Antragsteller. Wir sehen an dieser Stelle insbesondere das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sowie die Bundesregierung in der Pflicht, die Zusagen, die sie gegeben haben, auch einzuhalten.

Vor allem aber müssen wir jenen mit einer guten Bleibeperspektive schneller eine Anerkennung oder zumindest schnelleren tatsächlichen Zugang zu Integrationsleistungen ermöglichen. Bei denjenigen, die Regelüberschreitungen begehen, werden wir diese Verstöße entsprechend den Gesetzen dieses Landes auch ahnden.

(Beifall des Abg. Daniel Rottmann AfD)

Auch dafür steht diese Landesregierung.

Wir müssen schauen, dass wir den Menschen möglichst schnell Integrationsangebote machen, dass wir so schnell wie möglich mit der Integration beginnen. Wir dürfen an dieser Stelle keine Zeit verlieren.

Im Gegenzug, wenn die Verfahren negativ entschieden werden und die Rechtsmittel erschöpft sind, müssen wir auch mitteilen, dass Menschen das Land verlassen müssen. Auch wenn wir der freiwilligen Rückkehr den Vorrang einräumen, werden wir auch zwangsweise Rückführungen durchführen müssen.

Für die Beschleunigung der Verfahren ist es allerdings irrelevant, ob Staaten als sichere Herkunftsstaaten eingestuft werden, weil das Problem nicht in der Einstufung liegt, die eine relativ geringe Verfahrensverkürzung mit sich bringt, sondern in den Organisations- und Ausstattungsdefiziten, die es beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge nach wie vor gibt.

Trotzdem ist ein zentraler Bestandteil der Diskussion ebendiese angebliche Verfahrensverkürzung, weil es offensichtlich leichter ist, ein Land als sicheren Herkunftsstaat einzustufen, als die Personalstellen beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge nachhaltig zu besetzen, die Prozesse zu verbessern und taugliche völkerrechtliche Verträge für Rücknahmeabkommen mit den entsprechenden Herkunftsländern einzuführen.

Das Konstrukt der sicheren Herkunftsländer existiert in unserer Verfassung. Deshalb lassen wir uns, obwohl wir es eigentlich für unsinnig halten, auf die inhaltliche Auseinandersetzung über die Frage ein, ob ein Herkunftsstaat sicher sein kann. Dafür ist für uns die Maßgabe entscheidend, ob es gelingt, dies auch den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts entsprechend zu gestalten. Mit Blick auf die Maghreb-Staaten haben wir an dieser Stelle Bedenken.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Es ist beispielsweise unbestritten, dass dort Homosexuelle sowie Pressemitarbeiterinnen und Pressemitarbeiter Gefahren ausgesetzt sind. Auch ist die Situation in diesen Staaten nicht einheitlich. Die Anerkennungsquote Marokkos beispielsweise ist in der Tat gering. Aber es gibt eben doch Anerkennung, es gibt also auch Fälle, bei denen auf individuellem Weg entschieden wird, dass Verfolgung vorliegt. Wir erachten es als unbedingt notwendig, dass in diesen Fällen gewährleistet sein muss, dass die betreffenden Personen bei uns Schutz finden und nicht wegen erhöhter Darlegungspflichten in Länder zurückkehren müssen, in denen sie bedroht sind.

(Beifall bei den Grünen)

Die Bundesregierung muss dies gewährleisten, um den hohen verfassungsrechtlichen Hürden bei der Einstufung als sicherer Herkunftsstaat zu entsprechen. Die grün-schwarze Landesregierung hat deshalb mit der Bundesregierung erfolgreich eine verbindliche Vereinbarung getroffen. Danach soll für besonders schutzbedürftige Personen weiterhin keine erhöhte Darlegungslast vorliegen.

Sollte der Ministerpräsident oder sollten die Vertreter der Landesregierung im Bundesrat unter dieser Maßgabe zustimmen, unterstützen wir ihn und sie bei dieser Entscheidung, die wir tatsächlich als sehr schwer erachten.

Perspektivisch sehen wir das Modell der sicheren Herkunftsländer kritisch. Wir glauben auch, dass es eigentlich keine Antworten auf die Herausforderung bietet, die wir im Moment in der Flüchtlingspolitik, in der Sicherheitspolitik haben, auch

(Daniel Andreas Lede Abal)

was die Signale betrifft, die wir an dieser Stelle in bestimmte Länder hinein – auch an bestimmte Regierungen dieser Staaten – senden. Deshalb unterstützen wir auch das Vorhaben der Landesregierung, eine Initiative im Bundesrat einzubringen, das aktuelle Modell der sicheren Herkunftsstaaten durch ein pragmatisches Modell zu ersetzen. Dafür sagen wir unsere ausdrückliche Unterstützung zu.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die CDU-Fraktion erhält Herr Abg. Mack das Wort.

**Abg. Winfried Mack** CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir stehen zum Menschenrecht auf Asyl. Unsere Richtschnur ist das christliche Menschenbild. Das heißt, wir helfen, wo Not ist. Wir sagen aber auch ganz klar mit Kardinal Marx aus München: Wir können nicht alle Notleidenden der Welt in Deutschland aufnehmen.

Deshalb haben wir in Artikel 16 a des Grundgesetzes in den Neunzigerjahren gemeinsam mit der SPD das Prinzip der sicheren Herkunftsstaaten durchgesetzt. Die Einstufung als sicherer Herkunftsstaat hat zur Folge, dass für einen Asylbewerber aus diesem Staat eine gesetzliche Vermutung der Nichtverfolgung besteht, die jedoch – das ist auch wesentlich – im Einzelfall widerlegbar ist. Dies bedeutet, dass der Asylantrag eines Ausländers aus einem sicheren Herkunftsstaat grundsätzlich als offensichtlich unbegründet abgelehnt wird, es sei denn, der Ausländer kann nachvollziehbar begründen, dass ihm in seinem konkreten Einzelfall abweichend von der allgemeinen Lage im Herkunftsstaat asyl- und flüchtlingsrelevante Verfolgung droht.

Genau darum geht es auch hier. Es besteht einerseits die Vermutung, andererseits ist es nicht so, dass alles über einen Leisten geschlagen würde. Vielmehr wird im Einzelfall nachgeprüft. Wenn jemand beispielsweise vorträgt, dass er aufgrund seiner sexuellen Orientierung oder aufgrund seiner journalistischen Tätigkeit verfolgt wird, dann muss das im Asylverfahren selbstverständlich geprüft werden, auch wenn die betreffende Person aus einem sicheren Herkunftsstaat kommt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir stehen also zum Grundrecht auf Asyl. Wir sehen, dass das Instrument, Staaten zu sicheren Herkunftsländern zu erklären, Erfolg hatte. Die Zahlen aus dem Westbalkan sind dadurch beispielsweise deutlich zurückgegangen. Im Juni 2015 kamen 1 704 Personen aus dem Westbalkan nach Baden-Württemberg. Im Mai 2016 waren es nur noch 227 Personen. Allein von Oktober auf November 2015 – nachdem wir Albanien, das Kosovo und Montenegro zu sicheren Herkunftsländern erklärt haben – sind die Zahlen von 1 060 auf 386 zurückgegangen. Das heißt, dieses Instrument wirkt.

Wir haben gesehen, dass es plötzlich eine Zunahme des Zuzugs von Menschen aus Tunesien, Algerien und Marokko um 250 % und gleichzeitig eine sehr geringe Anerkennungsquote gibt. Deswegen sind wir zu der Überzeugung gekommen, dass wir prüfen müssen, ob hier gehandelt werden muss.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der AfD)

Deshalb haben wir im Koalitionsvertrag eine entsprechende Vereinbarung getroffen. Der Ministerpräsident hat erklärt, dass er in dieser Sache im Bundesrat zustimmen wird. Die Bundesregierung hat sorgfältig geprüft. Es gibt einen Lagebericht des Auswärtigen Amtes. Bei der Erarbeitung dieses Berichts wurden die Erfahrungen und Berichte von Menschenrechtsorganisationen und NGOs hinzugezogen. Es geht uns also darum, hier eine sachgerechte Abwägung zu treffen.

Herr Meuthen – er ist gerade wieder nicht anwesend; doch, er ist da –, die Ereignisse von Köln Anfang des Jahres sind bedauerlich. Die Ereignisse von Köln müssen aufgearbeitet werden. Auf Antrag der CDU-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen wurde hierzu ein Untersuchungsausschuss eingerichtet.

Tatsache ist, dass viele Personen aus den Maghreb-Staaten verdächtig sind, die bekannten Straftaten auf der Kölner Domplatte begangen zu haben. Aber auch das, Herr Meuthen, darf nicht dazu führen, einen Generalverdacht gegenüber allen Personen aus diesen Staaten auszusprechen.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Deswegen muss es eine vernünftige Prüfung geben. Diese Prüfung wurde von der Bundesregierung mittlerweile durchgeführt. Wir in der Koalition und in diesem Hohen Haus sind uns darin einig, dass wir vertreten können, die genannten Staaten zu sicheren Herkunftsstaaten zu erklären.

Jetzt liegt der Ball beim Bundesrat. Der Bundesrat muss diesen Punkt auf die Tagesordnung nehmen. Ich hoffe, dass es hierzu in der Sitzung des Bundesrats am 8. Juli zu einer Mehrheit und damit zu einer guten Entscheidung kommt.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die SPD-Fraktion erhält Herr Abg. Hinderer das Wort.

**Abg. Rainer Hinderer** SPD: Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Wir sind darüber verwundert, dass die AfD diese Aktuelle Debatte angeregt hat und dass ausgerechnet Sie von der AfD sich um Kriterien sorgen, nach denen die Landesregierung ihre Entscheidungen in Sachen „sichere Herkunftsländer“ trifft.

Bisher sind Sie eher dadurch aufgefallen, dass Sie die Einwanderung mit allen Mitteln begrenzen wollen, unabhängig davon, ob die Menschen aus sicheren oder unsicheren Herkunftsländern kommen.

In Ihrem Wortbeitrag, Herr Abg. Meuthen, haben Sie noch einmal auf die Ereignisse in Köln hingewiesen. Unter den Tätern befanden sich sowohl Marokkaner als auch Syrer – diese Menschen kommen sicher nicht aus sicheren Herkunftsländern –, aber auch Deutsche.

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: 14!)

Sie, die AfD, haben in der Vergangenheit aus unserer Sicht noch keinen einzigen konstruktiven politischen Vorschlag zur Lösung der Flüchtlingsproblematik gemacht, im Gegenteil.

(Rainer Hinderer)

(Beifall bei der SPD, den Grünen, der CDU und des Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP – Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Dann lesen Sie mal!)

Sie polemisieren. Sie hetzen gegen Flüchtlinge. Gerade haben Sie auch wieder darauf hingewiesen: Es geht Ihnen letztendlich darum, dass wir unsere Grenzen wirksam schützen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Ihre Bundesvorsitzende hat gesagt, wie es ihrer Auffassung nach zu machen ist. Sie hat von einem Schießbefehl gesprochen. Sie haben auf Ihrem Parteitag davon gesprochen, dass Sie sich – Zitat –

*gegen Massenzuwanderung, durch die wir das Land nicht mehr wiedererkennen können,*

wehren.

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Genau!)

In Ihrem Wahlprogramm zur Landtagswahl schreiben Sie von schrankenlosem Einwanderungswahn. Sie schreiben von einer Willkommensdiktatur der Altparteien. Sie schreiben, dass die AfD Klartext spricht:

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Genau!)

*Fast alle Ankommenden, die auf Dauer zu bleiben gedenken, sind keine „Flüchtlinge“.*

Alle Ankommenden sind keine Flüchtlinge.

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Danke fürs Vorlesen!)

*Sie sind in der weit überwiegenden Mehrzahl minder- oder unqualifiziert.*

Sie widersprechen nicht. Insofern bestätigen Sie auch, dass Sie nicht für sichere Herkunftsländer plädieren, sondern gegen Einwanderung prinzipiell sind.

Oder sprechen wir einmal nicht von Köln, sondern sprechen wir von Heilbronn. Da hinten sitzt Herr Abg. Podeswa. Im Mai hetzt er gegen ein geplantes Flüchtlingsheim mit einem Flugblatt und einer Anzeige – die Überschrift „Profitabler als ein Bordell“ ist hier bekannt –, er verunglimpft einen Heilbronner Stadtrat. Eine einstweilige Verfügung bewirkt, dass er diesen Vorwurf zurücknehmen muss. Er hat sich auch entschuldigt.

Aber hat er auch etwas gelernt? Keinesfalls. Ich verweise auf einen ganz aktuellen Eintrag in „Facebook“. Ich zitiere den Eintrag des Abg. Podeswa auf „Facebook“:

*Die Anzahl der sexuellen Belästigungen und Vergewaltigungen in der Heilbronner Innenstadt durch ... nordafrikanische Männer sind in den letzten Monaten dramatisch gestiegen.*

Diesen Eintrag hat er verfasst, ohne dass er Daten gehabt hätte. Die Polizei hat sofort dementiert. Es gibt überhaupt keine Anzeichen dafür, dass die Zahl der Vergewaltigungen gestiegen wäre. Herr Podeswa hat das auch eingeräumt, aber er bleibt dabei, weil das halt so sein Gefühl ist. So argumentie-

ren Sie von der AfD, und wer so polemisiert und so hetzt, dem nehme ich nicht ab, das Thema „Sichere Herkunftsländer“ hier seriös behandeln zu wollen. Ihnen geht es um Stimmungsmache. Sie bedienen fremdenfeindliche Ressentiments.

(Beifall bei der SPD und den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD meldet sich.)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Moment. – Herr Kollege, haben Sie eine Zwischenfrage?

**Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD:** Ich beantrage einen Ordnungsruf.

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Bei Ordnungsrufen entscheide ich, wann ich sie erteile.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Den kann er nicht beantragen!)

Kollege Hinderer, fahren Sie fort.

(Unruhe)

**Abg. Rainer Hinderer SPD:** Herr Abgeordneter, ich bin in meinem Beitrag mit der AfD jetzt fertig. – Auch die Landesregierung und die Koalition haben sich in der bisherigen Debatte zum Thema „Sichere Herkunftsstaaten“ nicht gerade mit Ruhm bekleckert. Herr Ministerpräsident, wir erwarten jetzt in der Tat, dass Sie in der nächsten Woche im Bundesrat der Sichere-Herkunftsstaaten-Regelung zustimmen und Ihrer Verantwortung gerecht werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Emil Sänze AfD)

Denn zwei Dinge tun not: erstens dass die Asylverfahren für die Menschen, die so gut wie keine Bleibeperspektive haben und nicht unter das Asylrecht fallen, deutlich beschleunigt werden und zweitens – das gehört schon auch dazu – dass die Ansage „sichere Herkunftsstaaten“ in Algerien, in Marokko und in Tunesien ankommt und dort auch Gehör findet und sich die Menschen deshalb schon gar nicht auf den lebensgefährlichen Weg über das Mittelmeer machen.

Allerdings muss man auch sagen: Die geringe Zahl von Menschen aus den Maghreb-Staaten, die noch im ersten Halbjahr zu uns nach Baden-Württemberg gekommen sind, lässt schon hinterfragen, ob der Streit in der grün-schwarzen Landesregierung gerechtfertigt ist oder ob diese Energie, die für diesen Konflikt aufgewandt wird, nicht eher in andere Herausforderungen gesteckt werden sollte, z. B.: Wie kann Integration der anerkannten Flüchtlinge in unseren Kommunen noch besser gelingen? Ich denke, das sind die tatsächlichen Herausforderungen.

Herr Ministerpräsident, wir sind ganz bei Ihnen. Keine Frage: Das Asylrecht ist ein hohes Gut, und die Menschenrechte müssen gewahrt werden, ohne Wenn und Aber.

Trotzdem: Die Verhandlungstaktik, die dann auch zu der Verzögerung im Bundesrat geführt hat, ist schon erklärungsbedürftig. Denn wenn Sie, Herr Ministerpräsident, sagen, dass sichergestellt sein muss, dass vulnerable Gruppen wie Homo-

(Rainer Hinderer)

sexuelle, politische Akteure und Journalisten weiterhin Anspruch auf eine genaue Prüfung haben, dann sagen wir: Das ist doch bereits Gegenstand des Asylrechts – es wurde darauf hingewiesen: Artikel 16 a Absatz 3 des Grundgesetzes –, und das gilt auch für Flüchtlinge aus sicheren Herkunftsländern.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das stimmt leider nicht, Herr Kollege!)

Selbstverständlich muss bei ihnen, wenn besondere Asylgründe vorgetragen werden, eine Einzelfallprüfung mit Anhörung erfolgen, und wenn jemand aus den Maghreb-Staaten kommt und aufgrund seiner sexuellen Orientierung, seiner politischen Aktivitäten oder auch deshalb, weil er dort z. B. als Christ einer religiösen Minderheit angehört, verfolgt wird und deshalb von Gewalt bedroht ist, dann muss selbstverständlich auch diesen Menschen Asyl gewährt werden, ohne Wenn und Aber.

Deshalb sind wir schon gespannt auf die Initiative der Landesregierung, die im Bundesrat ein Konzept vorlegen will, das die Einstufung als sicheres Herkunftsland transparenter machen soll.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Kollege Hinderer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. Dr. Fiechtner?

(Abg. Winfried Mack CDU: Nein!)

**Abg. Rainer Hinderer SPD:** Nein.

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Nein, Herr Kollege.

**Abg. Rainer Hinderer SPD:** Wir erwarten Antworten darauf, wie der genaue Schutz der genannten Personengruppen über die bereits gängige Praxis hinaus funktionieren soll. Wir sind auch gespannt, ob nach Abschluss der Verhandlungen mehr herauskommt als eine Protokollnotiz bei Kanzleramtsminister Altmaier oder ob es doch nur um ein Placebo für die grüne Basis geht, um den Widerstand im Zaum zu halten.

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Zur CDU: Wir haben deutlich gesagt, dass wir uns nicht verschließen, die Maghreb-Staaten als sichere Herkunftsländer einzustufen. Dies ist für die SPD allerdings kein Herzenthema und vor allem auch kein Allheilmittel.

(Abg. Winfried Mack CDU: Das hat sich eben aber anders angehört!)

Man muss sich schon fragen, ob die Diskussion zur Einstufung der Maghreb-Staaten vielleicht auch von etwas anderem ablenken soll, nämlich von dem in der Flüchtlingsfrage derzeit offensichtlich ziemlich überforderten Innenminister de Maizière. Dass er nicht mehr ganz Herr der Lage ist, wird dadurch deutlich, dass er in der Öffentlichkeit leider auch mit falschen Zahlen hantiert; ich verweise auf die Diskussion um die Atteste. Er spricht von Taxi fahrenden Flüchtlingen, von falschen Syern und Integrationsverweigerern.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die gibt es auch!)

Solche Aussagen schüren auch fremdenfeindliche Ressentiments und vergiften das soziale Klima.

Herr Innenminister Strobl, Sie haben ja noch einen guten Kontakt zum Bundesinnenminister. Sprechen Sie einmal mit ihm. Statt sich sehr lange über sichere Herkunftsländer zu streiten, könnte er auch das BAMF anweisen, die Anträge von Asylbewerbern aus diesen Ländern vorrangig zu bearbeiten, so dass die Asylbewerber schneller wissen, ob sie bleiben können oder gehen müssen. Er könnte auch dafür sorgen, dass die bestehenden Rückkehrabkommen mit Algerien und Marokko besser umgesetzt werden. Allein in Nordrhein-Westfalen gibt es 1 300 ausreisepflichtige Marokkaner, die nicht zurückgenommen werden, und da hilft dann auch das Konstrukt „sichere Herkunftsländer“ nicht weiter.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Da gibt es aber auch einen Außenminister, der dafür zuständig ist!)

Nochmals: Die SPD steht für die Zustimmung im Bundesrat. Wunder erwarten wir von der Einstufung als „sichere Herkunftsstaaten“ jedoch nicht. Die echten Herausforderungen liegen in der Flüchtlingsfrage auf einem anderen Gebiet – dort ist unser Sozial- und Integrationsminister zuständig –: Wir müssen uns vorrangig um eine gelingende Integration der Menschen, die aus nicht sicheren Herkunftsländern kommen – Wohnen, Bildung, Arbeit und soziale Teilhabe –, kümmern.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Kollegen Dr. Goll.

**Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Frage, ob irgendein Land ein sicheres Herkunftsland ist – – Wobei ich an dieser Stelle einfügen muss: Wir betrachten das Konzept der sicheren Herkunftsländer zwar nicht als Wundermittel – das gibt es nicht –, aber durchaus als schlüssig, hilfreich und notwendig. Auch wir sind gespannt, ob Ihnen etwas Besseres einfällt. Hierzu haben wir ja eine Anfrage gestellt.

Wenn nun diese Frage, ob irgendein Land ein sicheres Herkunftsland ist, geklärt werden muss, kann dies nur nach einem ganzen Katalog von objektiv überprüfbaren Kriterien geschehen. Das muss auch an einer Stelle geschehen, die am besten Bescheid weiß, ob diese Kriterien erfüllt sind, und diese Stelle – das muss ich jetzt einmal sagen – ist für mich der Bund.

Als Vergleich fällt mir hierzu ein: Wenn das Auswärtige Amt vor Reisen nach Ägypten warnt, dann habe ich bisher noch nicht erlebt, dass auch nur ein einziges Land in Deutschland erklärt hätte: Ägypten ist eigentlich doch sicher. Denn die Länder wissen eigentlich genau, dass der Bund die nächsten und besten Informationen zu diesem Thema hat.

Jetzt kann man nicht übersehen, dass im Fall der Maghreb-Staaten entschieden wurde, und zwar nach einem ganz aufwendigen Prüfungsverfahren, unter Beachtung sämtlicher Kriterien, die auch in der Debatte schon angesprochen wurden.

Es ist sorgfältig geprüft worden, ob dort Verfolgung, Folter, unmenschliche, erniedrigende Bestrafung usw. drohen. Dabei sind die europäischen Vorschriften eingehalten worden. Dabei ist auch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts berücksichtigt worden. Dann ist man auf Bundesseite

(Dr. Ulrich Goll)

zu dem Schluss gekommen, dass die Maghreb-Staaten sichere Herkunftsländer sind, wobei zu Recht mehrfach betont worden ist, dass dies nicht heißt, dass es in keinem Fall mehr Asyl geben würde. Man drückt es so aus:

*Vereinzelte Schutzgewährungen stehen einer Einstufung der genannten Staaten als sichere Herkunftstaaten auch deshalb nicht entgegen, weil die damit verbundene Vermutung der Verfolgungssicherheit widerlegbar ist.*

Da kann man nicht meckern, da kann man eigentlich nur zustimmen. Warum eigentlich nicht? Wo sind die Gründe?

Ministerpräsident Kretschmann hatte bei einem vorangegangenen Vorgang ja noch einen Handel versucht, bei dem von unserer Seite dann zu Recht angemerkt wurde, dass man die Frage, ob ein Herkunftsland sicher ist, wahrscheinlich nicht im Wege eines politischen Deals entscheiden kann. Vielmehr ist ein solches Land sicher, oder es ist nicht sicher. Nach Bundeseinstufung sind diese Länder sicher, und insoweit folgerichtig hat Ministerpräsident Kretschmann nach einigem Zögern auch angekündigt, er wolle zustimmen.

Womit wir wieder einmal die Situation haben, dass Ministerpräsident Kretschmann A sagt, und die Grünen sagen und machen B. Hier in Baden-Württemberg haben Sie ja wenigstens noch halbherzige Unterstützung bekommen, aber Sie wissen genau, dass die Grünen außerhalb Baden-Württembergs – auch Teile der SPD, aber vor allem natürlich die von den Grünen mitregierten Länder – nicht beabsichtigen zuzustimmen und das schon deutlich gemacht haben.

Jetzt mögen manche dieses Spiel – so hätte ich beinahe gesagt – „Kretschmann sagt A, die Grünen sagen B“ immer noch als einen Ausdruck persönlicher Unabhängigkeit wahrnehmen. Aber ich muss gestehen, für mich stellt sich allmählich natürlich auch die Frage, ob das nicht auch Fragen nach persönlicher Glaubwürdigkeit aufwirft.

(Lachen des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Bei Ihnen!)

Wenn ich weiß, dass meine Partei sowieso anders will, dann habe ich einerseits eine Menge Handlungsmöglichkeiten, andererseits weiß ich aber auch, dass ich keinen Einfluss habe. Man muss den Leuten eigentlich dann auch deutlich sagen, dass man keinen Einfluss hat, dass man als baden-württembergischer Ministerpräsident an dieser Stelle in seiner Partei nichts zu sagen hat. Das muss man den Leuten dann auch deutlich sagen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Aus umgekehrter Perspektive sagen Ihre grünen Freunde aktuell: „Mach ruhig, was du willst, du kannst in Stuttgart dein Publikum unterhalten, wir brauchen dich sowieso nicht für unsere Mehrheit.“ Das könnte man, meine Damen und Herren, auch als Narrenfreiheit bezeichnen. Aber Narrenfreiheit haben bekanntlich nur Narren und nicht die, die etwas zu sagen haben. Narrenfreiheit bei den Grünen, Herr Kretschmann, ist mir persönlich für einen baden-württembergischen Ministerpräsidenten etwas zu wenig.

Was die CDU angeht, hat sie natürlich wieder einmal einen Scheinerfolg erzielt; denn mit dem Zugeständnis der Zu-

stimmung, wenn sie kommt, bekommt sie von Ministerpräsident Kretschmann ein letztlich wertloses Geschenk. Das wissen auch alle Beteiligten.

Insgesamt bleibt für mich der Eindruck zurück, dass das Land mit dieser Koalition offensichtlich kein sonderliches Gewicht im Bund entfaltet. Das ist nicht gut. Das muss man hier leider festhalten.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Innenminister Strobl.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Jetzt mal zum Gewicht des Landes, Herr Minister!)

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Landesregierung von Baden-Württemberg hat sich in den letzten Wochen ganz intensiv mit der Frage beschäftigt, ob die nordafrikanischen Länder Algerien, Marokko und Tunesien zu sogenannten sicheren Herkunftstaaten erklärt werden sollen – im Übrigen nicht nur im Vorfeld der Bundesratssitzung vom 17. Juni, sondern innerhalb der Koalition bereits intensiv während der Koalitionsverhandlungen.

Dieser Verabredung folgend hat die Landesregierung auch entschieden, dass wir einer solchen Einstufung zustimmen werden. Rasche Asylverfahren und zeitnahe Aufenthaltsbeendigungen dürfen insbesondere auch die Kommunen in Baden-Württemberg erwarten. Sie sind diejenigen, die für die Versorgung und Unterbringung von Asylsuchenden die Kosten tragen und die vor Ort die Integration vorantreiben müssen. Deswegen hat sich der Deutsche Städte- und Gemeindebund dementsprechend für die Einstufung der Maghreb-Staaten zu sicheren Herkunftstaaten ausgesprochen. Das ist im kommunalen Interesse richtig so. Deswegen ist auch die Entscheidung der Landesregierung richtig und sinnvoll.

Die Zahl der Menschen aus Algerien, Marokko und Tunesien, die in Deutschland einen Asylantrag gestellt haben, ist in den letzten Jahren stark gestiegen, um nicht zu sagen: sehr stark gestiegen. 2012 waren es noch rund 1 500 Asylantragsteller, 2015 schon knapp 5 000. Das ist eine Zunahme um 250 %. Diese Tendenz setzt sich im Grunde genommen auch in diesem Jahr fort. Bis Ende Mai haben bereits knapp 3 200 Menschen aus diesen drei Staaten einen Asylantrag in Deutschland gestellt. Diese Entwicklung kann im Übrigen auch nicht auf eine veränderte politische Situation oder auf kriegsähnliche Zustände wie etwa in Syrien zurückgeführt werden. Die Schutzquote in diesen Ländern ist sehr niedrig. Sie liegt bundesweit im laufenden Jahr zwischen 0,5 und 2,2 %. Das heißt, die Asylantragsteller aus diesen Staaten kommen fast ausnahmslos aus asylfremden Gründen.

(Beifall des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD)

Angesichts dieser Zahlen ist es notwendig und fair, den Menschen in den Maghreb-Staaten zu verdeutlichen, dass unser Asylsystem nur für wirklich Schutzbedürftige zugänglich ist.

(Beifall der Abg. Dr. Heinrich Fiechtner und Hans Peter Stauch AfD)

(Minister Thomas Strobl)

Wir alle wissen, die Situation in Algerien, Marokko und Tunesien ist schwierig, und vielen, insbesondere jungen Menschen fehlt dort die Perspektive. Aber über das Asylrecht – darauf hat der Kollege Mack zu Recht hingewiesen – können wir das Elend und die Not in dieser Welt nicht bekämpfen.

(Beifall des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD)

Hierfür benötigen wir andere Instrumente, und hierfür gibt es andere Instrumente.

Mit der Botschaft, dass ein Asylantrag in Deutschland keine Aussicht auf Erfolg hat, mit der Botschaft, dass die Verfahren in Deutschland sehr schnell erledigt werden, mit der Botschaft, dass man sehr schnell wieder zurückgeführt wird, ersparen wir diesen Personen die Illusion, dass sie sich mit beachtlichen Aufwendungen, zum Teil unter dem Risiko des Verlusts ihres eigenen Lebens, ohne wahre Perspektive auf den Weg nach Deutschland machen.

(Beifall des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD: So ist es! Jawohl!)

Das ist auch tieferer Sinn, sichere Herkunftsstaaten zu haben, dass es nämlich ein Signal gibt an diejenigen, die keinen Asylgrund haben, sondern aus asylfremden Gründen nach Deutschland kommen wollen: Macht euch nicht auf den Weg,

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD: Sehr gut!)

bezahlt nicht mit dem letzten Geld, das ihr habt, euren Schleuser und euren Schlepper. Ihr werdet schnell wieder da sein, wo ihr hergekommen seid,

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD: So ist es!)

und ihr seid dann noch ärmer, als ihr zuvor schon wart.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der AfD)

Es ist deswegen auch im Interesse dieser Menschen, dass wir solche Länder zu sicheren Herkunftsstaaten erklären.

Der Flüchtlingsschutz umfasst nicht die Flucht aus asylfremden Gründen. Das gilt für unser Grundgesetz, und das gilt für die Genfer Flüchtlingskonvention. Wer ein besseres Leben sucht, ohne in seiner Existenz etwa an Leib und Leben bedroht zu sein, kann keine Asylgründe für sich in Anspruch nehmen. Dafür gibt es andere Wege. Wir sind es im Übrigen auch denen, die wirklich an Leib und Leben bedroht sind, die wirklich politisch verfolgt sind, schuldig, dass wir das nicht vermengen.

(Beifall des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD: Absolut!)

Deswegen ist die Unterscheidung wichtig. Wer tatsächlich humanitär schutzbedürftig ist, wer hierher geflohen ist vor Krieg, Vergewaltigung, Tod, für den haben wir auch in Zukunft eine offene Tür und ein offenes Herz. Wer aus anderen Gründen kommt, beispielsweise aus nachvollziehbaren wirtschaftlichen Gründen, kann das im Rahmen der allgemeinen aufenthaltsrechtlichen und ausländerrechtlichen Bestimmungen tun – dort gibt es im Übrigen Möglichkeiten –, aber eben nicht unter dem Gesichtspunkt des Asylrechts.

(Beifall der Abg. Dr. Heinrich Fiechtner und Udo Stein AfD)

Deswegen möchte ich auch in aller Deutlichkeit klarstellen: Die Erklärung zu einem sicheren Herkunftsstaat ist kein Freibrief für die pauschale Ablehnung von Asylanträgen. Das Asylverfahren ist individuell für jeden Asylbewerber offen. Die Verfahren werden zwar beschleunigt, aber es gibt für jeden, der das möchte, ein individuelles Verfahren, sofern individuelle Asylgründe dargelegt werden. Den Betroffenen wird im Übrigen lediglich aufgegeben, solche Asylgründe glaubhaft zu machen. Das heißt, sie müssen sie nicht beweisen, sondern es muss ein schlüssiger Vortrag sein.

Dass die Bundesregierung noch einmal zugesichert hat, dass es für die sogenannten vulnerablen Gruppen selbstverständlich in jedem Einzelfall ein solches individuelles Asylverfahren gibt, hilft, entspricht im Übrigen aber auch der Rechtslage.

Insofern bleibt das Recht auf Asyl selbstverständlich gewahrt; es steht weiterhin jedem offen, der von Verfolgung betroffen ist. Der vorliegende Gesetzentwurf entspricht jedoch schlicht der Realität, indem er die Fakten einer kaum vorhandenen Anerkennungsquote in der praktischen Gesetzesanwendung anerkennt. Mit der Zustimmung zu diesem Gesetz ermöglichen wir einen sachgerechten Umgang mit den Tatsachen und Erfordernissen, ohne das Grundrecht auf Asyl zu beeinträchtigen.

Ich möchte es noch einmal betonen: Wer asylberechtigt ist, wer in diesem Land zu Recht Schutz sucht, wer vor Gewalt, wer vor Vergewaltigung, wer vor Tod, wer vor politischer Verfolgung flieht, für den muss es in Deutschland und vor allem auch im reichen Baden-Württemberg einen Platz geben.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der CDU, der AfD und der SPD)

Das hat etwas mit christlicher Verantwortung, das hat etwas mit historischer Verantwortung, das hat – vor allem anderen wie etwa unserem deutschen Asylrecht oder der Genfer Flüchtlingskonvention – etwas mit dem christlichen Bild vom Menschen zu tun. Das hat, wenn Sie so wollen, im Kern etwas mit unserer deutschen und europäischen Kultur zu tun, die auf das christliche Bild des Menschen zurückzuführen ist.

Deswegen ist die Tür in Baden-Württemberg und in Deutschland offen für all diejenigen, die tatsächlich an Leib und Leben bedroht und politisch verfolgt sind. Daran ändert die Zustimmung zu diesem Bundesgesetz nichts. Nein, es ist in Wahrheit im Interesse derer, die unter politischer Verfolgung leiden. Deswegen ist es richtig, dass die baden-württembergische Landesregierung, so es denn am 8. Juli auf der Tagesordnung des Bundesrats stehen wird, diesem Gesetz ihre Zustimmung erteilt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Vereinzelt Beifall bei der AfD)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** In der zweiten Runde erteile ich für die AfD-Fraktion Herrn Fraktionsvorsitzendem Professor Dr. Meuthen das Wort.

**Abg. Dr. Jörg Meuthen** AfD: Ich mache es ganz kurz; ich habe auch nicht mehr viel Redezeit. – Ich finde diese Debatte erfreulich sachlich und konstruktiv. Eine Ausnahme sind die Ausführungen des Abg. Hinderer, den ich schon fragen möchte, was das soll. Halten Sie es denn wirklich für angemessen, uns den immer wieder wiederholten Vorwurf der Fremdenfeindlichkeit zu machen?

(Vereinzelt Beifall bei der AfD – Zuruf: Bis zum Beweis des Gegenteils! – Zuruf von der AfD: Das glaubt eh niemand mehr!)

Ich finde das einfach völlig schräg und will das hier einmal zur Kenntnis geben.

In den Reihen meiner Partei finden sich Menschen höchst unterschiedlicher Herkunft: Wir haben Schwarze, wir haben Menschen türkischer Herkunft, wir haben Menschen asiatischer Herkunft, wir haben Menschen unterschiedlicher religiöser Bekenntnisse und auch Menschen unterschiedlicher sexueller Orientierungen in unseren Reihen – wie alle anderen auch. Ich will das nur einmal zur Kenntnis geben, weil ich mich angesichts dessen frage: Was soll dieser Unfug? Müssen wir wirklich so miteinander umgehen? Versuchen Sie es doch einfach einmal mit Aufrichtigkeit

(Zurufe von der SPD)

statt mit billiger – bei der SPD leider häufiger vorkommender – Polemik.

(Beifall bei der AfD – Zurufe von der AfD: Jawohl!  
– Bravo!)

Ich sage Ihnen in der Sache dazu noch Folgendes: Wir sprechen uns keineswegs – um auch das einmal deutlich zu machen – gegen jedwede Form von Migration in unser Land hinein aus, sondern wir sagen – und das erkennen sehr viele Menschen in diesem Land als richtig an –, dass diese Art von unkontrollierter Massenmigration, die wir erleben, unser Land völlig überfordert, und zwar die hier lebenden Menschen, sowohl autochthone Deutsche wie auch die hier lebenden Migranten, die gut integriert unter uns leben und auch schlecht damit zurechtkommen, als auch die Menschen, die in unser Land einreisen.

Wir machen unser Land so – das ist unsere Sorge – sukzessive kaputt.

(Zuruf von der AfD)

Das treibt uns um, und dagegen wenden wir uns.

(Beifall bei der AfD)

Meine Damen und Herren, ich sage das ganz deutlich: Das ist nicht Fremdenfeindlichkeit; das liegt uns auch völlig fern. Was wir wollen, ist eine geordnete, rechtsstaatliche und klar begrenzte Migrationspolitik sowohl in Fragen der Zuwanderung als auch – das ist ein anderes Rechtsgebiet – in Fragen des Asylrechts. Das sollte im Interesse aller Menschen sein, der hier lebenden Deutschen wie der unter uns lebenden zugereisten Migranten, wie auch der Menschen, die hereinwollen und die wir in dieser Zahl nicht aufnehmen und angemessen integrieren können. Und in dieser Zahl wollen wir das auch nicht; ich mache das deutlich.

Meiner Partei geht es also um Maß und Vernunft und nicht um Stimmungsmache und Polemik.

(Zurufe)

Ich möchte Sie bitten, das endlich einmal zu begreifen. Mehr habe ich nicht zu sagen.

Danke schön.

(Beifall bei der AfD – Zurufe)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Kollegen Lede Abal das Wort.

**Abg. Daniel Andreas Lede Abal** GRÜNE: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Frage der sicheren Herkunftsstaaten ist in der Tat keine Schicksalsfrage; das geben die derzeitigen Zahlen nicht her. Allerdings gehört zu der Frage der sicheren Herkunftsstaaten natürlich auch die Frage der Rückführungen nach einem Asylentscheid. Auf diesem Gebiet haben wir, wie ich finde, auf Bundesebene noch ganz erhebliche Defizite, die noch aufgearbeitet werden müssen.

Dieser Tage hat sich beispielsweise der Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen, Herr Jäger, gemeldet und darauf hingewiesen, dass die Vereinbarungen insbesondere mit Marokko im Augenblick praxisuntauglich sind. Die Beschränkungen sind zu groß, um sie in dieser Form durchzuführen. Ich glaube, es ist wichtig, an dieser Stelle zu arbeiten, um diese Entwicklung besser voranzubringen.

Zum Zweiten ist nicht die Einstufung als sicheres Herkunftsland der eigentliche, der wesentliche Faktor, sondern die Bearbeitung beim Bundesamt. Da gibt es zwar nach wie vor die individuelle Prüfung aller Asylanträge – insofern gebe ich dem Kollege Hinderer recht –, aber wenn Sie sich einmal die Bearbeitungspraxis im BAMF anschauen, stellen sich einige Fragen an das Bundesamt. Wie es im BAMF aussieht, haben wir in den letzten Tagen gehört. Verschiedene Leute haben auf die Qualitätsmängel hingewiesen.

Angesichts dessen bin ich sogar froh, dass es diese verbindliche Vereinbarung oder Protokollnotiz – wie auch immer man es nennen möchte – gibt, weil sie für die Fälle, in denen ein Asylantrag wirklich seine Berechtigung hat, überhaupt erst die Voraussetzung schafft, ihn anständig zu bearbeiten. Deshalb glaube ich nicht, dass da der Vorwurf der Verzögerung greift, sondern es geht um die inhaltliche, materielle Qualität der Prüfung.

(Abg. Sascha Binder SPD meldet sich.)

– Nein, weil ich mit der Zeit ansonsten nicht hinkomme. Aber wir können Ihre Frage bilateral klären.

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Der nächste Punkt ist, dass die ständige Ausweitung der Zahl der sicheren Herkunftsländer uns nicht wirklich weiterhilft. Manche Parteien haben eine Liste mit den Ländern, die sie noch als sichere Herkunftsländer ausweisen wollen. Eine Partei hat eine Liste von 143 Staaten, die sie gern als sichere Herkunftsländer ausweisen würde. Es können auch 147 sein. All dies hilft uns nicht wirklich weiter.

(Daniel Andreas Lede Abal)

Herr Weil – wieder ein SPD-Politiker –, der Ministerpräsident des Landes Niedersachsen, hat gefordert, die Symboldebatte endlich zu beenden. Dazu sind verschiedene Vorschläge in der Diskussion. Der Ministerpräsident hat einen ins Spiel gebracht. Das hilft uns eher, als in dieser Frage weiterhin immer nur Einzelfallentscheidungen zu treffen.

Auch Ihre Aussage, Herr Goll, verstehe ich nicht ganz. Sie haben sich selbst widersprochen. Vielleicht überlegen Sie sich noch einmal, was Sie vorgetragen haben. Denn einerseits zu behaupten, Baden-Württemberg sei nicht relevant, und andererseits einzuräumen, dem Ministerpräsidenten sei ein großes Zugeständnis gemacht worden, ist für mich letztlich nicht stimmig. Sie haben jedoch, glaube ich, noch Redezeit, die Sie nutzen könnten, um das vielleicht noch klarzustellen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Sie müssen sich schon entscheiden, welchen Vorwurf Sie machen wollen.

Ich glaube auch, dass Ihr Vorwurf in dieser Hinsicht nicht wirklich konstruktiv und sinnvoll ist. Denn das, was in anderen Bundesländern entschieden wird, wie die anderen Landesregierungen entscheiden, wie sie sich im Bundesrat abstimmen, sollten wir hier nicht zum Gegenstand von Debatten machen. Da sollten wir die Eigenständigkeit anderer Landesregierungen, anderer Bundesländer respektieren und keine parteipolitischen Vorwürfe erheben.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die CDU-Fraktion erhält nochmals Kollege Mack das Wort.

**Abg. Winfried Mack** CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In einer so schwierigen, emotional aufgeladenen Debatte wie der Flüchtlingsdebatte, die wir vor allem im vergangenen Jahr und vor der Landtagswahl geführt haben und heute wieder führen, ist es wichtig, die Dinge auseinanderzuhalten. Herr Meuthen, wenn es um die Frage geht, wie wir die Menschen, die aus dem Maghreb zu uns kommen, behandeln, dann geht es um die Verhältnisse in diesen Staaten und eben nicht um die Ereignisse auf der Kölner Domplatte.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Das sind zwei Dinge, die Sie miteinander in Verbindung gebracht haben.

(Zuruf von der AfD: Nein, nein!)

Wenn Sie fragen: „Was habt ihr alle gegen uns?“, dann muss ich Ihnen vorwerfen: Sie vermischen bewusst Dinge, die getrennt behandelt werden müssen. Wir treten dafür ein, mit kühlem Kopf die Dinge auseinanderzuhalten und die Probleme nacheinander zu lösen.

Diese Dinge haben also nichts miteinander zu tun. Bei der Beurteilung, ob die Maghreb-Staaten zu sicheren Herkunftsländern erklärt werden sollen, geht es einfach darum, zu schauen, wie dort die Bedingungen sind und wie wir zu verantwortbaren Antworten kommen können, wie wir es schaffen können, die Zahl der Menschen, die von dort kommen, ohne ei-

nen Asylgrund zu haben, zu reduzieren, ohne diejenigen, die schutzbedürftig sind, vor der Tür stehen zu lassen. Darum geht es uns bei dieser Debatte, Herr Meuthen.

Das Zweite: Vermischt werden darf auch nicht das Thema der Rückführung in die Maghreb-Staaten mit der Frage der sicheren Herkunftsländer. Man sollte das eine tun und das andere nicht lassen. Wir wollen, dass die Maghreb-Staaten zu sicheren Herkunftsländern erklärt werden. Aber der Bundesinnenminister hat sich selbstverständlich auch darum bemüht, dass die abgelehnten Asylbewerber aus diesen Staaten wieder dorthin zurückgeführt werden. Auch diese Bemühungen müssen unterstützt werden.

Der dritte Punkt ist, dass das BAMF in den vergangenen Monaten mit der Bearbeitung der Verfahren nicht nachgekommen ist. Selbstverständlich müssen auch da Maßnahmen getroffen werden.

Ich glaube, wenn wir dieses Bündel von Maßnahmen ergreifen – BAMF, sichere Herkunftsländer, Rückführungsabkommen mit den einzelnen Ländern, Sicherung der europäischen Außengrenze –, dann kommen wir zu Antworten, die die Bevölkerung in der Flüchtlingsfrage von uns erwartet, und genau deshalb werden wir uns auch in Zukunft darum bemühen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen sowie des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Hinderer das Wort.

**Abg. Rainer Hinderer** SPD: Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Herr Innenminister Strobl, was mir an Ihren Ausführungen gut gefallen hat, war, dass Sie am Schluss noch einmal deutlich gemacht haben, warum die Menschenrechte bei uns so einen hohen Stellenwert – noch vor dem Asylrecht, noch vor der Genfer Flüchtlingskonvention – haben. Sie haben von unserer Kultur, von unseren christlichen Grundwerten gesprochen. Da bin ich auch ganz bei Ihnen; das wissen Sie.

Sie sollten aber bitte auch mit dem Bundesfinanzminister sprechen – ich habe vorhin schon gesagt, Sie sollten auch mit dem Bundesinnenminister sprechen –, der vorgestern, am Montagabend, in Künzelsau laut darüber nachgedacht hat, ein Abkommen mit nordafrikanischen Staaten, auch Libyen, zu schließen, um Bootsflüchtlinge ohne Prüfung sofort zurückzuführen. Das passt für mich nicht ganz zusammen. Da besteht Gesprächsbedarf.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Nun zu Ihnen, Herr Meuthen: Sie fragen mich, ob ich die Vorwürfe an die AfD für angemessen halte. Ja, ich halte sie für angemessen. Sie reden hier in dieser Debatte zugegebenermaßen einigermaßen moderat im Ton. Aber solange Sie stellvertretender Bundesvorsitzender

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Bundesvorsitzender, nicht Stellvertreter!)

– Bundesvorsitzender – einer Partei sind, die ganz andere Töne verbreitet, solange Sie mit einem Herrn Höcke am Kyffhäuser-Denkmal feiern und sich nicht von ihm distanzieren

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD)

(Rainer Hinderer)

und solange Sie Vorsitzender einer Fraktion sind, aus der Abgeordnete – jetzt komme ich noch einmal zu Herrn Podeswa – von „Analphabeten aus Steinzeitkulturen“ reden, wenn sie über Flüchtlinge sprechen, solange in der Heilbronner Innenstadt solche Flugblätter und Anzeigen verteilt werden –

(Der Redner hält ein Flugblatt mit der Überschrift „Profitabler als ein Bordell“ hoch.)

übrigens tritt da auch die AfD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg auf; das muss ja noch geklärt werden –

(Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

und solange in der Heilbronner Innenstadt ohne jeglichen Beleg von Vergewaltigungen durch nordafrikanische Männer geredet wird, so lange halte ich es für angemessen, Ihnen dies vorzuwerfen.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die FDP/DVP-Fraktion erhält jetzt Herr Abg. Professor Dr. Goll das Wort.

**Abg. Dr. Ulrich Goll** FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nur noch ganz wenige Sätze. Es war vielleicht ein Missverständnis. Ich versuche, mich jetzt noch einmal möglichst gewählt auszudrücken. Die grünen Parteifreunde von Herrn Kretschmann lassen ihn gern in Stuttgart gewähren, räumen ihm aber im Gegenzug, wenn es einmal zum Schwur kommt, offensichtlich denkbar wenig Einfluss auf die Meinungsbildung in der grünen Gesamtpartei ein. Das entnimmt jeder diesem Vorgang.

Ich habe mich aber auch deswegen gemeldet, weil mir der zweite Auftritt von Herrn Meuthen dann doch fast den Atem verschlagen hat, als er nämlich hier herkam und sagte, die AfD sei nicht fremdenfeindlich. Vor zwei Wochen durfte ich Sie ja darauf aufmerksam machen, dass sich ihr neuer Busenfreund Gauland darüber geäußert hat, dass man einen Boateng nicht gern als Nachbarn hätte. Ja, was ist das anderes als Fremdenfeindlichkeit?

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der SPD – Abg. Anton Baron AfD: Das ist so lächerlich! – Weitere Zurufe)

Herr Hinderer hat weitere Beispiele genannt,

(Zuruf von der AfD: Hoffentlich bessere!)

und die könnte man wahrscheinlich innerhalb von fünf Minuten auf ein Dutzend bringen. Aber ich will nicht alles noch einmal aufzählen. Denn allein dieser Vorgang, zu sagen, wer hätte schon gern einen Herrn Boateng als Nachbarn – –

Nun hat Jogi Löw zu Recht darauf hingewiesen, dass in der Abwehr der Nationalmannschaft jeder gern einen Boateng als Nachbarn hat, aber nicht nur dort und nicht nur am nächsten Samstag. Schon diese Äußerung zeigt, wie scheinheilig es ist, hier herzukommen und zu sagen, Sie seien nicht fremdenfeindlich.

(Beifall bei der FDP/DVP, den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU)

Ich sage jetzt nicht „Brandstifter“, weil ich nicht wieder einen Punkt in Flensburg bekommen will, aber, lieber Herr Meuthen, ein Biedermann sind Sie auch nicht.

(Beifall bei der FDP/DVP, den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor, aber die Bitte von Herrn Abg. Dr. Podeswa, eine persönliche Erklärung abgeben zu dürfen. – Bitte schön.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE zur AfD: Überlegt doch einmal vorher, was ihr sagt! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Sie haben das Wort, Herr Kollege.

**Abg. Dr. Rainer Podeswa** AfD: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Sie haben mir Hetze vorgeworfen. Tatsache ist, dass der Polizeipräsident von Heilbronn, Herr Grasmück, aufgeführt hat, dass Heilbronn der zweitstärkste Ort in Baden-Württemberg ist.

(Abg. Rainer Hinderer SPD: Ja!)

Sie werden sicherlich wissen, dass Herr Kollege Hinderer aus demselben Wahlkreis kommt wie ich.

(Abg. Sandra Boser GRÜNE: Was soll das jetzt für eine persönliche Erklärung sein?)

Der Herr Polizeipräsident hat aber auch ausgeführt, dass die Zahl der Vergewaltigungen ...

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Herr Kollege, ich darf Sie darauf hinweisen: Es geht hier nur um die Zurückweisung persönlicher Angriffe.

**Abg. Dr. Rainer Podeswa** AfD: ... um 30 % gestiegen ist.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das ist Erschleichen von Redezeit! Das ist keine persönliche Erklärung! – Abg. Nicole Razavi CDU: Das interessiert hier überhaupt nicht!)

Herr Hinderer möge doch am besten die vergewaltigten und belästigten Damen aus der Heilbronner Innenstadt anrufen und ihnen mitteilen,

(Glocke des Präsidenten)

dass das alles gar nicht so schlimm war.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Sandra Boser GRÜNE: Was war das für eine persönliche Erklärung? Kann die AfD sich einmal an die Geschäftsrundung halten? – Weitere Zurufe – Unruhe)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Meine Damen und Herren, nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, ist die Aktuelle Debatte beendet und Punkt 3 der Tagesordnung erledigt.

(Stellv. Präsident Wilfried Klenk)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Fraktionen sind über-  
eingekommen, die Mittagspause zu verkürzen. Damit wir im  
Zeitplan bleiben, setzen wir die Sitzung um 16:00 Uhr fort.

(Unterbrechung der Sitzung: 15:28 Uhr)

\*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 16:03 Uhr)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Meine Damen und Herren! Wir  
setzen die Sitzung des Landtags von Baden-Württemberg fort.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

### Regierungsbefragung

Das erste Thema wurde von der AfD-Fraktion angemeldet,  
und zwar das Thema

H o c h w a s s e r s c h a d e n   i n   S t u t t g a r t -  
H o f e n

Ich darf das Wort Herrn Abg. Dr. Fiechtner erteilen.

**Abg. Dr. Heinrich Fiechtner** AfD: Sehr geehrte Frau Präsi-  
dentin, sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren! „Keine  
neue Soforthilfe nach Wetterchaos“, so titelt DIE WELT. Herr  
Minister Strobl, ich habe mir selbst ein Bild von den Schäden  
gemacht, die in den letzten Wochen entstanden sind.

Am vergangenen Sonntag war ich bei der DLRG in Stuttgart-  
Hofen. Hier hat ein kaputtes Wehr zu einem Schaden in Mil-  
lionenhöhe geführt. Auch 15 weitere Häuser sind beschädigt  
worden. Das Haus der DLRG muss komplett saniert werden.  
Fast alle Fahrzeuge und ein Großteil der Ausrüstung sind de-  
fekt. Die Katastrophenschutzeinheit ist nicht mehr einsatzbe-  
reit und fällt auf unabsehbare Zeit aus.

Das bedeutet, dass wir in Baden-Württemberg ein Siebtel un-  
seres Katastrophenschutzteams verloren haben. Darum forde-  
re ich: Rettet die Retter! Es waren die Mitarbeiter der DLRG,  
die mit ihrem Einsatz und ihrem Material gerade in Brauns-  
bach und anderswo Menschen geholfen haben. Hier ist die  
Landesregierung gefordert. Hier gilt es, schnell Hilfe zu lei-  
sten, sodass die Einsatzbereitschaft wieder sichergestellt wird.

In diesem Zusammenhang ist mir auch wichtig, zu sagen –  
auch wenn wir in Sachen Bildung sicherlich weit auseinan-  
derliegen –: Wir müssen dringend wieder das Schwimmen in  
den Schulunterricht zurückbringen. So könnten wir viele To-  
desopfer, gerade auch unter Flüchtlingen, verhindern. Opfer  
zu vermeiden war 1913 auch gerade die Gründungsidee für  
die DLRG.

Vielen Dank.

(Abg. Dr. Bernd Grimmer AfD: Die Frage!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Wo ist Ihre Frage?

**Abg. Dr. Heinrich Fiechtner** AfD: Die Frage ist: Was ge-  
denkt die Landesregierung zu tun, um den Schaden an dieser  
Rettungswache möglichst rasch und unbürokratisch auszu-  
gleichen, um auch die Arbeitsfähigkeit des Katastrophenschut-  
zes hier in Baden-Württemberg sicherzustellen?

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die Landesregierung er-  
teile ich das Wort Herrn Minister Strobl.

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Tho-  
mas Strobl:** Herr Abg. Dr. Fiechtner, von dem Hochwasser  
betroffen und beschädigt wurden nach Angaben der Branddi-  
rektions Stuttgart rund 20 Gebäude und 26 Fahrzeuge. Perso-  
nen kamen Gott sei Dank nicht zu Schaden. Die Höhe des  
Sachschadens wird aktuell noch ermittelt.

In der Tat war das DLRG-Rettungszentrum Stuttgart-Hofen  
von den Überflutungen betroffen. In diesem Rettungszentrum  
ist bei 15 Fahrzeugen bzw. Anhängern ein großer Schaden ent-  
standen, der nach einer ersten groben Schätzung rund  
680 000 € umfasst. Bei den Fahrzeugen handelt es sich u. a.  
um fünf Fahrzeuge des Katastrophenschutzes: ein Landesfahr-  
zeug und vier Bundesfahrzeuge.

Alle diese Fahrzeuge sind nach Auskunft der Branddirektion  
Stuttgart – das ist die untere Katastrophenschutzbehörde –  
vollkaskoversichert. Nach Angaben der DLRG sind auch al-  
le organisationseigenen Fahrzeuge versichert.

Des Weiteren ist der DLRG ein Gebäudeschaden entstanden,  
der aktuell noch nicht beziffert werden kann, der aber eben-  
falls versichert ist.

Deswegen, Herr Kollege Dr. Fiechtner: Das klingt gut, „Ret-  
tet die Retter!“, aber bevor wir Steuergeld in die Hand neh-  
men, würde ich Ihnen den Vorschlag machen – dafür wurden  
ja auch Versicherungsbeiträge bezahlt –, dass wir schauen,  
was von den Versicherungen abgedeckt wird. Das dürfte der  
ganz, ganz große Teil des Schadens sein: alle Fahrzeuge und  
im Grunde genommen auch das Gebäude.

Wenn eine solche Versicherung vorhanden ist, dann sollten  
auch unter dem Gesichtspunkt der Subsidiarität zunächst ein-  
mal die Versicherungsleistungen in Anspruch genommen wer-  
den. Auch in solchen Lagen und bei aller Sympathie für un-  
sere Rettungsdienste haben wir die Verpflichtung, mit Steuer-  
geld sparsam umzugehen. Wie gesagt, eine solche Versiche-  
rung bzw. das Zahlen von Beiträgen hat ja auch nur Sinn,  
wenn wir in einem Schadensfall zunächst einmal die Versi-  
cherungsleistungen in Anspruch nehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der CDU und  
der FDP/DVP)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Gibt es weitere Fragen zu die-  
sem Themenkomplex? – Dem ist nicht so.

Dann kommen wir zum zweiten Themenkomplex der Regie-  
rungsbefragung:

A b s c h l u s s b e r i c h t   d e r   E n d l a g e r k o m -  
m i s s i o n

Gemeldet hat das Thema die Fraktion GRÜNE. Wem darf ich  
das Wort erteilen? – Frau Abg. Lisbach, bitte.

**Abg. Bettina Lisbach** GRÜNE: Herr Minister Untersteller,  
der Presse war zu entnehmen, dass die Endlagerkommission  
am vergangenen Montag abschließend getagt hat. Das ist auch  
für Baden-Württemberg ein wichtiges Thema. Ich möchte Sie  
deshalb fragen, auf welcher Arbeitsgrundlage die Kommissi-

(Bettina Lisbach)

on getagt hat, wie ihr Auftrag genau lautete und zu welchen Ergebnissen die Kommission gekommen ist, insbesondere hinsichtlich der Öffentlichkeitsarbeit und der Kriterien für die weitere Standortsuche sowie auch der Organisation des weiteren Prozesses.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die Landesregierung erlaube ich Herrn Minister Untersteller das Wort.

**Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller:** Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! Wenn Sie sich erinnern: Im Jahr 2011 haben der Deutsche Bundestag und anschließend auch der Bundesrat mit den Stimmen aller Länder den Ausstieg aus der Kernenergie in Deutschland beschlossen. Der damalige und heutige Ministerpräsident dieses Landes, Winfried Kretschmann, hat im Anschluss an diese Entscheidung den Vorschlag gemacht, zu versuchen, möglichst auch die letzte große Streitfrage in der deutschen Atomdebatte, die Frage der Endlagerung, im Konsens zu lösen.

Hintergrund waren die jahrzehntelange vehemente Diskussion um den Standort Gorleben, Diskussionen um seine rechtliche Durchsetzbarkeit, aber auch Diskussionen in der Fachwelt um die Frage der technischen Eignung dieses Standorts. Der Ministerpräsident hat seinerzeit den Vorschlag unterbreitet, ein auf wissenschaftlichen Kriterien basierendes Suchverfahren für den am besten geeigneten Standort für ein atomares Endlager für wärmeentwickelnde Abfälle zu entwickeln.

Grundlage hierfür sollte – so der Ministerpräsident damals – eine weiße Landkarte sein. Sprich: Keine Region in Deutschland sollte von vornherein ausgeschlossen werden. Auch Gorleben – das betone ich hier noch einmal – sollte und soll weiterhin Bestandteil dieser weißen Landkarte sein. Es ist nicht so, dass an dieser Stelle, in Gorleben, sozusagen ein rotes Kreuz gemacht und gesagt würde, dieser Standort könne es auf keinen Fall sein.

Ausgehend von einem von mir im Anschluss daran im Herbst 2011 vorgelegten Eckpunktepapier gab es über anderthalb Jahre hinweg einen intensiven Diskussionsprozess zwischen Bund und Ländern über die Frage der Gestaltung eines Standortauswahlgesetzes. Im Juli 2013 schließlich haben der Deutsche Bundestag wiederum mit den Stimmen von vier Fraktionen – die Linke hat nicht zugestimmt – und im Anschluss der Bundesrat mit den Stimmen aller Bundesländer das Standortauswahlgesetz beschlossen.

So weit zur Geschichte.

In § 4 dieses Standortauswahlgesetzes, das seinerzeit beschlossen wurde, ist festgelegt, dass eine Kommission zur Vorbereitung des Standortauswahlverfahrens für ein Endlager für hoch radioaktive Abfälle einen Bericht erarbeiten soll. In diesem Bericht soll sie sich mit entscheidungsrelevanten Fragen auseinandersetzen und das Gesetz selbst einer Evaluierung unterziehen.

Insbesondere sollte die Kommission – jetzt konkret zu Ihrer Frage – die Kriterien für die Standortauswahl – „Was sind Ausschlusskriterien, was sind Mindestanforderungen, was sind Abwägungskriterien?“ – klären.

Zweitens sollte eine mögliche Fehlerkorrektur diskutiert werden. Da ging es also um das Thema Rückholbarkeit, das Thema Bergbarkeit und mögliche Rücksprünge im Verfahren.

Schließlich sollten auch Vorschläge für die Anforderungen an die Organisation – sprich die Behördenstruktur des Verfahrens – entwickelt werden, und es sollten, um einen letzten Punkt zu nennen, auch im Hinblick auf die Frage Vorschläge entwickelt werden, wie die Öffentlichkeitsbeteiligung bei einem solchen Verfahren gestaltet werden sollte, das ja, sage ich einmal, nicht in wenigen Wochen oder Monaten abgeschlossen sein wird, sondern sich über viele, viele Jahre hinziehen wird.

Die von den beiden ehemaligen Staatssekretären im Bundesumweltministerium, Ulla Heinen-Esser und Michael Müller, geleitete Kommission setzte sich aus acht Vertreterinnen und Vertretern aus dem Bereich Wissenschaft und Forschung, aus acht Vertretern der Zivilgesellschaft – sprich Umweltverbände, Industrieverbände, Gewerkschaften und Religionsgemeinschaften – sowie aus acht Vertreterinnen und Vertretern des Deutschen Bundestags und acht Vertreterinnen und Vertretern der Länder, zu denen auch ich zählen durfte, zusammen.

Die Besonderheit war, dass die Vertreterinnen und Vertreter der Politik, also des Bundestags und des Bundesrats, bei der abschließenden Abstimmung über den Gesamtbericht kein Stimmrecht hatten. Sprich: Lediglich die Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft hatten hier Stimmrecht.

Am letzten Montag, tief in der Nacht, genauer gesagt nach Mitternacht, ist es gelungen, einen weitgehenden Konsens zu erzielen. In der abschließenden Abstimmung hat lediglich ein Vertreter gegen den Bericht gestimmt, nämlich der Vertreter, den der BUND entsandt hat. Alle anderen haben diesem Bericht zugestimmt. Wir werden den Bericht nun in der kommenden Woche, genauer gesagt am 5. Juli, dem Bundestagspräsidenten und meiner Kollegin Frau Dr. Hendricks, sprich der Bundesumweltministerin, überreichen. Dann wird der Deutsche Bundestag prüfen, welche Vorschläge aus diesem Bericht er möglichst zeitnah übernehmen wird. Manches von dem, was in dem Bericht steht, hat der Deutsche Bundestag in den letzten Monaten bereits zum Gegenstand von Gesetzgebungsverfahren gemacht.

Was ist die Arbeitsgrundlage gewesen? Die Standortauswahl steht unter der Prämisse der bestmöglichen Sicherheit. Sicherheitsaspekte haben bei dem, was wir diskutiert haben und was in den kommenden Jahren hoffentlich umgesetzt wird, absoluten Vorrang vor anderen Aspekten wie beispielsweise dem Thema „Raumplanerische Gesichtspunkte“ oder dem Thema Akzeptanz. Die Sicherheitsaspekte haben also absoluten Vorrang.

Gesucht wird ein Endlagerstandort – ich habe es bereits gesagt – nach dem Prinzip einer weißen Deutschlandkarte; kein Standort ist von vornherein ausgeschlossen.

(Zuruf der Abg. Gabi Rolland SPD)

Ich möchte noch ein paar Anmerkungen zu den Meilensteinen des Verfahrens machen. Das Verfahren ist in drei Phasen gegliedert: In Phase 1 werden die übertägig zu erkundenden Standorte festgelegt, in Phase 2 werden die untertägig zu er-

(Minister Franz Untersteller)

kundenden Standorte festgelegt, und nach Abschluss dieser Phase erfolgt in Phase 3 die Standortfestlegung.

So weit von meiner Seite zu dieser Frage.

(Beifall bei den Grünen)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Gibt es weitere Fragen zu diesem Themenkomplex? – Herr Abg. Renkonen.

**Abg. Daniel Renkonen GRÜNE:** Herr Minister, vielen Dank für Ihre Ausführungen. – In der Öffentlichkeit wurde sehr lange darüber spekuliert, wie der Zeitplan aussieht. Ist in der Endlagersuchkommission bereits über den weiteren Zeitplan diskutiert worden?

Zweite Frage: Halten Sie die Aussagen, die davon ausgehen, dass das Endlager möglicherweise erst zwischen 2050 und 2080 seinen Betrieb aufnehmen kann, für richtig?

**Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller:** Herzlichen Dank für diese Fragen. – Diese Fragen beantworten sich relativ einfach mit Blick in das bereits heute vorliegende Gesetz, das, wie gesagt, im Jahr 2013 vom Deutschen Bundestag und auch vom Bundesrat verabschiedet wurde. Wenn Sie im Gesetz lesen, stellen Sie fest, dass geplant ist, nach der Umsetzung des Verfahrens, das ich gerade geschildert habe, den Standort spätestens bis zum Jahr 2031 festzulegen. Wenn der Standort feststeht, bedarf es noch der Umsetzung. Ich nenne eine Hausnummer: Die Schweiz setzt für die Umsetzung in ihrem Land 23 Jahre an.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nur?)

Ich gehe nicht davon aus, dass wir zeigen wollen, besonders viel schneller sein zu können als die Schweiz. Wenn wir den Zeitraum, mit dem die Schweiz rechnet, als Anhaltspunkt nehmen, dann kommen wir irgendwo in den Fünfzigerjahren dieses Jahrhunderts heraus. Die Behälter, die sich derzeit in den Zwischenlagern in den verschiedenen Standorten in Deutschland – zwei davon sind in Baden-Württemberg, und zwar eines in Neckarwestheim und eines in Philippsburg – befinden, müssen dann über etliche Jahre hinweg zum – hoffentlich dann gebauten – Endlagerstandort gebracht werden. Es wird zu einem entsprechenden Umpacken des Materials in endlagerfähige Behälter kommen; diese müssen dann eingelagert werden. Auch dieser Prozess wird nicht in ein, zwei oder drei Jahren abgehandelt sein, sondern wird sich über mehrere Jahrzehnte hinziehen.

Hinzu kommt, dass die angedachte Dauer des Verfahrens, die ich eben genannt habe und die auch im Standortauswahlgesetz steht, in der Kommission nicht von allen geteilt wurde. Es gibt durchaus Stimmen, die sagen: „Die Wahrscheinlichkeit, dass das noch länger dauert, ist durchaus gegeben.“ Das hängt dann auch mit den Öffentlichkeitsbeteiligungsverfahren zusammen, die wir da auch entwickelt haben, die übrigens auch nicht umstritten sind.

Das heißt, ich gehe eher davon aus, dass der Zeitpunkt 2031, wie er im Gesetz steht – ich halte es auch für richtig, dass wir ihn auch seitens der Kommission nach wie vor als den Zeitpunkt nehmen, zu dem wir eigentlich sagen: er ist anzustreben –, sozusagen wirklich die Idealvorstellung ist.

Jetzt kommt ein weiteres Thema hinzu. Ich habe ja gesagt: Wir haben in Deutschland heute Zwischenlager an den Standorten, darunter die von mir eben genannten, nämlich Neckarwestheim und Philippsburg. Diese Zwischenlager sind in der ersten Hälfte der 2000er-Jahre in Betrieb gegangen. Wenn Sie in die Genehmigungen dieser Zwischenlager hineinschauen, stellen Sie fest: Die Genehmigungen wurden für 40 Jahre erteilt. Sprich: Diese Genehmigungen laufen in den Vierzigerjahren aus. Wenn Sie sich an das zurückerinnern, was ich gerade eben gesagt habe, dann wissen Sie: Zu diesem Zeitpunkt wird noch kein Endlager, das beschickbar ist, zur Verfügung stehen. Das heißt, wir laufen in ein Problem hinein: Die Genehmigungen der Zwischenlager laufen aus, ohne dass wir ein Endlager zur Verfügung hätten.

Auch mit diesem Thema haben wir uns in der Endlagerkommission beschäftigt. Wir haben dazu jetzt keine endgültige Empfehlung an den Gesetzgeber gegeben, sondern wir haben drei Möglichkeiten aufgezeigt, Herr Kollege Drexler.

Die erste Möglichkeit ist, dass man sagt: Wenn der Endlagerstandort einmal feststeht, also nach 2031, dann müssen wir darüber diskutieren: Müssen wir gegebenenfalls die vorhandenen Genehmigungen um soundso viele Jahre verlängern? Das ist die erste Möglichkeit.

Die zweite Möglichkeit, die wir aufgezeigt haben, ist, dass man sagt: Man konzentriert die in den vorhandenen Zwischenlagern stehenden Behälter in wenigen neu zu errichtenden/vorhandenen Zwischenlagern.

Die dritte Möglichkeit – die hat auch einen Vorteil, den ich gleich noch benennen will – lautet: Wir nehmen das zu bauende Eingangslager. Bei dem Endlager muss es ja ein Eingangslager geben, in dem umgepackt wird. Dieses könnte man theoretisch auch zur Zwischenlagerung heranziehen. Wenn der Standort einmal feststeht, gehört der Bau des Eingangslagers zu den ersten Maßnahmen, die angegangen werden. Dann könnten bereits zu einem relativ frühen Zeitpunkt an den Standorten der Zwischenlager Behälter auf den Weg dorthin geschickt werden.

Ich habe ja bereits gesagt: Wir haben uns nicht für einen Weg entschieden, sondern wir haben diese drei Wege aufgezeigt. Nun muss einem natürlich klar sein, dass die Akzeptanz eines Endlagerstandorts nicht unbedingt steigen wird, wenn das Eingangslager sozusagen zu dem zentralen Zwischenlager in Deutschland ausgebaut würde. Aber, wie gesagt, das muss dann an anderer Stelle entschieden werden. Wir haben unsere Aufgabe vielmehr darin gesehen, diese Fragen zu diskutieren und Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Vielen Dank. – Gibt es weitere Fragen an den Minister zu diesem Themenkomplex? – Okay. Herr Abg. Dr. Bullinger.

**Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP:** Herr Minister, nur die Frage: Ist es richtig, dass man jetzt Behälter von Obrighheim nach Neckarwestheim verlegen will? Reicht dann der Platz, der in Neckarwestheim vorhanden ist, sowohl für Obrighheim als auch für Neckarwestheim aus, oder wie schaut es da aus?

**Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller:** Herr Abg. Bullinger, ich beantworte Ihnen die

(Minister Franz Untersteller)

Frage sehr gern. Aber sie hat eigentlich nichts mit dem für die heutige Regierungsbefragung angemeldeten Thema zu tun.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Mich interessieren öfter mal Dinge!)

Trotzdem beantworte ich sie Ihnen sehr gern.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Weil Sie es können!)

Der Punkt ist der folgende. Sie wissen, Obrigheim ist 2004/2005 stillgelegt worden, und im dortigen Nasslager lagern derzeit 342 Brennelemente. Um Obrigheim weiter zurückbauen zu können, muss man dieses Nasslager auflösen. Die ursprüngliche Überlegung war, an diesem Standort ein neues Zwischenlager zu errichten. Obrigheim ist der einzige Standort in Deutschland, der kein Zwischenlager hat.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ja!)

Dafür hatte die EnBW ursprünglich einen Antrag gestellt.

Die andere Möglichkeit wurde im Jahr 2006 einmal in einer Anfrage von einem damaligen Oppositionsabgeordneten aufgezeigt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wie hieß denn der? – Heiterkeit – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ich kann mir vorstellen, wer das war! – Abg. Thomas Blenke CDU: Er hat sehr lange geredet!)

– Das spielt jetzt keine Rolle.

(Heiterkeit)

Diese Möglichkeit sieht so aus, dass wir dann, wenn der Atomausstieg ohnehin Platz in vorhandenen Zwischenlagern belässt, eines der beiden vorhandenen Zwischenlager nutzen, um die Brennelemente aus Obrigheim unterzubringen. Die EnBW hat zwischenzeitlich einen Antrag bei der Genehmigungsbehörde gestellt – das ist in diesem Fall das Bundesamt für Strahlenschutz –, was das Zwischenlager in Neckarwestheim betrifft, mit dem Ziel, die dortige Genehmigung zu ändern, um die Behälter aus Obrigheim einbringen zu können.

Aber derzeit läuft auch ein entsprechendes Verfahren für den Transport. Sie haben der Presse entnommen, dass über die Transportmöglichkeiten diskutiert wird: entweder auf dem Landweg oder auf dem Neckar. Das Bundesamt für Strahlenschutz muss entscheiden, was hier angezeigt ist und in welchem Rahmen dies möglich ist.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Vom Platz her reicht es auf jeden Fall, weil nach dem Atomausstieg nicht alle der in Neckarwestheim genehmigten Plätze für die Behälter genutzt werden müssen, die notwendig sind, um den Standort Neckarwestheim zurückzubauen.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Das Wort erhält Herr Abg. Nemeth.

**Abg. Paul Nemeth** CDU: Ich hätte eine Frage konkret zum Thema Endlager – dieses Thema ist für Baden-Württemberg, glaube ich, nicht ganz unwichtig –, zu den Gesteinsschichten.

Gibt es hier bereits Kriterien für die konkrete Auswahl der Gesteinsschichten?

**Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller:** Herzlichen Dank für die Frage, Herr Kollege Nemeth. – Im Endlagersuchgesetz wurde bereits damals festgelegt, dass man in Deutschland zu dem Ergebnis kommt, dass drei Wirtsgesteine grundsätzlich infrage kommen, nämlich Salz, Ton und Kristallin. Wir haben uns jetzt über viele Monate hinweg, auch unter Hinzuziehung vieler Fachleute in Anhörungen, intensiv mit der Frage beschäftigt: Was ist besser geeignet: Kristallin, Ton oder Salz? Sind alle drei Gesteinsarten geeignet? Wenn ja, unter welchen Bedingungen? Wie verhält es sich mit der Vergleichbarkeit von Standorten in diesen Verfahren, beispielsweise wenn Sie mögliche Standorte mit Kristallin, mit Ton oder mit Salz miteinander vergleichen? Was sind Ausschlusskriterien? Was sind die Mindestanforderungen? Was sind mögliche Abwägungskriterien? All dies wurde diskutiert. Hierzu finden Sie in dem von uns jetzt vorgelegten Bericht auch entsprechende Empfehlungen.

Zu diesem Thema kann man viel sagen. In der Kürze der Zeit: Grundsätzlich gibt es die Möglichkeit, in allen drei Wirtsgesteinen sichere Standorte zu finden, die gewährleisten, dass – man höre und staune, das hat die Menschheit noch nie gemacht – über eine Million Jahre hinweg alte Abfälle sicher gelagert werden können. Das ist die Anforderung, die auch der Gesetzgeber an die Lagerung hoch radioaktiver Abfälle stellt.

Im Fall von Granit bzw. Kristallin kommt eine Besonderheit hinzu: Wir haben uns hinsichtlich der Lagerung grundsätzlich darauf geeinigt, die vom AkEnd im Jahr 2002, 2003 entwickelten Kriterien als Grundlage heranzuziehen. Der AkEnd hat damals gesagt, dass zunächst der einschlusswirksame Gebirgsbereich – in Fachkreisen ewG genannt – entscheidend ist. Diesen gilt es zu finden. Falls dieser jedoch nicht ausreichen sollte, um die an die Endlagerung gestellten Anforderungen zu erfüllen, können im Fall von Kristallin auch technische Barrieren unterstützend genutzt werden. Dies machen beispielsweise bereits die Schweden und die Finnen, indem sie spezielle Behälter in Bentonit einlegen.

Zudem ist noch das zu leisten, was ich eben bereits angedeutet habe: Wie schafft man eine Vergleichbarkeit von Lagersystemen in Granit oder Kristallin mit anderen Lagersystemen in Salz, wo solche Bentonit-Lösungen nicht infrage kommen? Dies haben wir aber nicht als unsere Aufgabe angesehen, sondern das müssen die zuständigen Behörden in den kommenden Jahren mit den am Verfahren Beteiligten noch leisten.

Grundsätzlich kam die Kommission auch zu dem Ergebnis, dass Lösungen sowohl in Salz wie auch in Ton, wie auch in Granit durchaus denkbar sind und untersucht werden sollten. Da waren sich nicht alle Beteiligten einig. Dazu gibt es auch andere Auffassungen bzw. Minderheitsmeinungen. Inwieweit diese Auffassungen in der nächsten Zeit in Minderheitenvoten einfließen, bleibt noch abzuwarten.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Gibt es weitere Fragen zu diesem Themenkomplex? – Dem ist nicht so.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU sowie des Abg. Hans Peter Stauch AfD)

(Präsidentin Muhterem Aras)

Dann rufe ich das nächste Thema auf:

## Hilfen für die Flutopfer im Land

Es wurde gemeldet von der Fraktion der SPD.

Ich erteile das Wort Herrn Abg. Binder.

**Abg. Sascha Binder SPD:** Wir fragen die Landesregierung, sehr geehrter Herr Innenminister Strobl: Sintflutartige Regenfälle, Überschwemmungen, schlimme Schäden an Häusern – davon waren viele Menschen in Baden-Württemberg in jüngster Zeit gleich zweimal betroffen. Deshalb wollen Sie – so haben Sie es angekündigt, auch der Ministerpräsident hat es angekündigt – die Soforthilfe neu ordnen.

Deshalb die Frage: Inwiefern wollen Sie die Soforthilfe im Unterschied zur bisherigen Praxis der Auszahlung der Soforthilfe neu ordnen? Vor allem: In welchem Zeitraum wollen Sie die Soforthilfe neu ordnen? Denn die Menschen vor Ort wollen wissen, wie Sie damit umgehen, wenn Kommunen gleich zweimal von diesen Unwettern und Überschwemmungen betroffen sind.

Herzlichen Dank.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Zur Beantwortung dieser Frage erteile ich das Wort für die Landesregierung Herrn Minister Strobl.

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Herr Abg. Binder, ich werde Ihnen auch etwas zum aktuellen Stand der Soforthilfe sagen, der Sie vermutlich interessiert. Ich habe mir gerade noch die aktuelle Zahl der Auszahlungen der Soforthilfe – Stand heute 15 Uhr – geben lassen. Das sind 4 857 543 € und 81 Cent, die ausgezahlt worden sind.

Damit wären wir noch unter der Grenze von 5 Millionen €. Aber wir haben ja – da wir so knapp unter den 5 Millionen € liegen und nicht in eine Lage kommen wollten, den vom Schaden betroffenen Menschen sagen zu müssen: „Wir können euch jetzt nichts mehr auszahlen, weil wir jetzt genau bei 5 Millionen € sind“ – den Landtag beteiligt, damit wir da einfach einen Puffer haben. Dafür möchte ich mich auch beim Landtag bedanken. Möglicherweise bleiben wir jedoch unter den 5 Millionen €.

Ansonsten will ich Ihnen sagen: An dieser doch relativ hohen Summe sehen Sie, dass die unbürokratische und vor allem schnelle Hilfe, die wir angekündigt hatten, in Anspruch genommen wird. Diejenigen, die unverschuldet in eine Notlage geraten sind – primär private Haushalte –, erhalten unter bestimmten Kriterien, die Ihnen bekannt sind, 500 € pro Person, maximal 2 500 € pro Familie. Im Ausnahmefall werden auch Gewerbebetrieben, insbesondere kleinen Betrieben bis zehn Personen, maximal 5 000 € ausgezahlt. Die nach diesen Regelungen gewährte Soforthilfe wurde auch in Anspruch genommen.

Es gibt ja nur zwei Möglichkeiten: Entweder du machst es langsam und kompliziert oder schnell und unkompliziert. Wir haben uns entschieden, es schnell und unkompliziert zu machen. Das führt dann natürlich dazu, dass die Hilfe auch angenommen wird. Das war aber auch ein Stück weit Absicht.

Sie heißt ja deswegen Soforthilfe, weil es so eine Art „Erste Hilfe“ für diejenigen ist – ich übertreibe einmal, um es anschaulich zu machen –, die im Bademantel auf der Straße stehen und nichts dabei haben außer dem, was sie am Leib haben, die dann einmal zunächst vielleicht von der Nachbarschaft etwas bekommen, die sich dann aber das, was man sich unter Gegenständen des täglichen Bedarfs vorstellt, kaufen können. Dieses Geld – wenn es Sinn haben soll, muss es eine Soforthilfe sein – ist entsprechend ausgezahlt worden.

Wir hatten dann kurze Zeit später ein weiteres Unwetter, und zwar sehr, sehr schnell. Wir haben, nachdem die Unwetter am 29. und 30. Mai stattgefunden haben, bereits am 3. Juni die Soforthilfemaßnahmen beschlossen, und bereits drei Tage später kamen die ersten Soforthilfegelder zur Auszahlung. Wir haben dann auch noch einmal den Zeitraum etwas vergrößert, weil sich ja wenige Tage nach dem ersten Unwetter eine weitere Unwetterlage angeschlossen hatte.

Am 24. Juni hatten wir – jetzt komme ich zu Ihrer konkreten Frage, Herr Kollege Binder – ein erneutes Unwetter im Landkreis Biberach, wo wir noch keine Angaben über die Schäden hatten und wo wir uns außerstande sahen, dies in die Hilfen für das Unwetter vom 29./30. Mai einzubeziehen. Das ging bei der ersten Tranche – da war es nach meiner Erinnerung auch das gleiche Tief; Elvira hieß es, glaube ich –, aber jetzt war es – das muss man einfach sagen – eine andere meteorologische Lage. Vermutlich wird die Gesamtschadenssumme von 50 Millionen €, die nach den derzeitigen Regeln Voraussetzung für das Ergreifen von Soforthilfemaßnahmen ist, nicht erreicht werden.

Jetzt gibt es, verehrte Abgeordnete, eine ganz besonders schlimme Situation, nämlich die, dass es – ich war auch selbst vor Ort im Landkreis Biberach gewesen – in einer ganz sicher sehr überschaubaren Anzahl von Fällen Familien innerhalb weniger Tage zweimal hintereinander getroffen hat. Die haben Soforthilfe in Anspruch genommen, haben sich davon ein paar Sachen gekauft, also beispielsweise einen

(Abg. Sascha Binder SPD: Bademantel!)

neuen Sicherungsschrank, und hatten den neuen Sicherungsschrank, weil die elektrische Sicherungsanlage für ihr Haus kaputt war, jetzt gerade wieder in ihren Keller hineinmontiert und den Schlamm entfernt, und dann kam –

(Zuruf von der SPD: Schon wieder Schlamm!)

ich bitte um Entschuldigung – sozusagen die nächste Sauerei, also das nächste Hochwasser, und hat natürlich auch den Sicherungsschrank und alles andere wieder kaputt gemacht.

Da haben wir gesagt – das haben wir einfach so entschieden –: Das ist eine solche besondere Härte, dass wir dem dortigen Landratsamt die Möglichkeit geben, im Einzelfall mehr auszahlend, als wir ja immer gesagt haben, also beispielsweise bei der Einkommensgrenze oder den 2 500 € pro Familie: Wenn jetzt einer kommt und der Bürgermeister den kennt und weiß, der hat acht Kinder, dann ist es nicht so, dass er ihm nur 2 500 € geben dürfte, sondern dann kann er ihm auch 5 000 € geben. Man kann also Abweichungen vornehmen. Im Zuge dieser Ermessensentscheidung haben wir dem Landrat vor Ort gesagt: Denen, die jetzt zum zweiten Mal betroffen sind und denen es die Sachen wieder weggespült hat, die sie mit der

(Minister Thomas Strobl)

ersten Soforthilfe gekauft haben, was ja anhand von Quittungen, die ja noch da sein müssen, relativ leicht nachweisbar ist, werden wir ein zweites Mal eine Soforthilfe geben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der AfD sowie des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Insofern haben wir da sehr unkompliziert diese erneute Soforthilfe gewährt. – Ich freue mich, wenn es für diese unkomplizierte Art und Weise Zustimmung gibt. Wir haben das inzwischen auch, weil das einfach schnell gehen muss – dafür bitte ich den Landtag um Verständnis –, bereits kommuniziert. Das ist heute auch so an das Regierungspräsidium weitergegeben worden, auch mit der ausdrücklichen Bitte, das sofort an das Landratsamt in Biberach weiterzugeben, damit der Landrat jetzt einfach sagen kann: Jawohl, ihr könnt eure Anträge stellen, und das Geld kommt wieder schnell zur Auszahlung.

Ich kann Ihnen sagen: Ich bin dort gewesen. Stellen Sie sich das einmal vor: Du hast wirklich gerade das Größte beseitigt, und dann erwischst es dich ein zweites Mal. Da wirst du natürlich schier verrückt. Die Leute werden schier verrückt. Deswegen ist es, glaube ich, in Ordnung, dass wir da sagen: Für diesen – ja von niemandem vorherzusehenden – außergewöhnlichen Fall machen wir das ein zweites Mal.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der AfD)

Ich könnte mir vorstellen, Herr Kollege Binder, dass Ihre Frage noch etwas darüber hinausgeht.

(Abg. Sascha Binder SPD: Ja!)

Ich bin jetzt erst wenige Wochen im Amt und in den ersten Tagen immer und immer wieder mit Unwetterfolgen, Schäden und Schadensregulierungen beschäftigt gewesen. Aber wir haben schon darüber gesprochen: Wir werden das alles einmal auf den Prüfstand stellen, was es an bestehenden Regelungen gibt, und werden uns überlegen: Was ist sinnvoll, was ist weniger sinnvoll, was muss man weiterentwickeln?

Wir werden uns auch darüber hinaus Gedanken machen: Wie können wir – sagen wir es einmal so – auf eine längere Sicht gewisse Reserven schaffen, um in solchen Situationen dann schnell und unkompliziert Hilfe vor Ort leisten zu können, und zwar sowohl einzelnen Personen als auch den Kommunen? Im Falle von Braunsbach haben Sie ja signalisiert, dass Sie seitens des Landtags bereit sind, im Nachtragshaushalt 10 Millionen € Soforthilfe zu etatisieren. Das entspricht ungefähr einem Zehntel der geschätzten Schadenssumme. Aber dort wird jetzt einfach Geld benötigt, um den Einsatz der Bagger bezahlen zu können.

Wir werden uns jetzt daranmachen, das alles einmal konzeptionell zu bearbeiten und mittelfristig auch zu aktualisieren. Diesbezüglich werden wir im Laufe des Jahres ganz sicher auf Sie zukommen, spätestens bei den ordentlichen Haushaltsberatungen, um dann über diese Gedanken zu sprechen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Der Redner beugt sich zu seinem Platz.)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Minister Strobl, es gibt weitere Fragen. – Herr Abg. Dr. Bullinger und danach Herr Abg. Hinderer.

**Abg. Dr. Friedrich Bullinger** FDP/DVP: Herr Minister, Sie und auch andere Minister sowie der Ministerpräsident waren nach den vielen Ereignissen auch vor Ort. Wir haben in Baden-Württemberg eine Förderpraxis mit einer Vielzahl von Töpfen, eine – so sage ich immer – Töpfleswirtschaft: Städtebauförderung, ELR, Straßenbaumittel, Ausgleichstock, KIF-Mittel und, und, und.

Könnten Sie hier erklären, ob man bereit ist, angesichts dieser Vielzahl an Töpfen auch eine gewisse Priorisierung in Richtung der zwei betroffenen Regierungspräsidien zu empfehlen? Denn wenn man die verfügbaren und etatisierten Mittel hierauf konzentriert, braucht man diese Summe nicht aus dem Nachtrag. Können Sie dies, und ist dies vorgesehen?

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Herr Kollege Dr. Bullinger, wir müssen zwischen zwei Dingen unterscheiden. Erstens geht es um Geld, das unmittelbar und sofort notwendig ist. Das ist die Soforthilfe für kleine Betriebe, also typischerweise für den Friseur, dessen Friseurgeschäft unter Wasser stand und der flüchten musste, oder die Familie.

Das Zweite ist: Eine baden-württembergische Gemeinde ist ganz zwingend auf Soforthilfe angewiesen; das ist Braunsbach. Das ist einfach mit anderen Gemeinden

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Nicht vergleichbar!)

unvergleichbar: Geröll mit einem Durchmesser von bis zu 1,5 m wurde durch den Ort gespült. Dort müssen wir jetzt eine erste Hilfe leisten, damit sie die Rechnungen bezahlen können, damit der Bagger dort weiter wegräumt.

Wegen dieser unabwiesbaren Sofortmaßnahme werden wir Sie bitten, im Nachtragshaushalt 10,6 Millionen € für Braunsbach zu etatisieren. Denn wir müssen denen dieses Geld geben.

Natürlich haben auch andere Gemeinden Probleme – und teilweise keine kleinen –, aber halt nicht so große wie Braunsbach.

Wir haben gesagt, im Nachtragshaushalt muten wir Ihnen nur unabweisbar Dringliches zu. Das hat auch etwas damit zu tun, dass der Landtag von Baden-Württemberg, wenn ich es richtig weiß, nur sehr wenige Wochen Zeit hat, diesen Haushalt zu beraten. Wenn wir den ordentlichen Haushalt beraten, sind das ja richtigerweise ganz andere zeitliche Dimensionen. Solche Haushaltsberatungen sollen ja auch mit einer gewissen Gründlichkeit erfolgen können. Deswegen: Das, was unabweisbar schnell notwendig ist, beinhaltet der Nachtrag, und bei dem anderen beschreiten wir einen Weg, der exakt, Herr Kollege Dr. Bullinger, der ist, den Sie beschrieben haben: Es gibt eine interministerielle Arbeitsgruppe unter Führung des Innenministeriums, in der alle Ressorts vertreten sind. Ich nenne einmal beispielsweise das Wirtschaftsministerium

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Städtebauförderung!)

mit der Städtebauförderung und mit der Wohnungsbauförderung,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: ELR!)

(Minister Thomas Strobl)

das Landwirtschaftsministerium mit seinen speziellen Förderprogrammen, das Umweltministerium, selbstverständlich auch das Verkehrsministerium. Auch in diesem Bereich kommen im Übrigen aus Dringlichkeitsgründen 15 Millionen € in den Nachtragshaushalt hinein.

Die genannten Ministerien sitzen zusammen, und es gibt ein sehr klares Signal, nämlich dass selbstverständlich die Kommunen, die diese Unwetterfolgeschäden haben, priorisiert werden und aus den bestehenden Fördertöpfen vorrangig bedient werden. Am Ende der Fahnenstange müssen wir – Um das auch einmal zu sagen: Es entsteht ja kein neues Geld, und es gibt jedenfalls nicht bei allen Programmen sehr viel Luft. Wenn es am Ende des Jahres dann irgendwo knapp wird, müssen wir uns unterhalten, wie wir das über Verpflichtungsermächtigungen oder aber Maßnahmen im Haushalt 2017 wieder einigermaßen glattziehen.

Aber im Augenblick ist das genau der Weg, der beschritten wird, aus bestehenden Förderprogrammen die Mittel schnell und prioritär an die geschädigten Kommunen zu geben.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Es gibt noch zwei Fragen der Abg. Hinderer und Dr. Bullinger.

**Abg. Rainer Hinderer SPD:** Herr Innenminister, Sie haben bei Ihrem Vor-Ort-Termin in Baltringen auch darauf hingewiesen, dass in Hochwasserschutzmaßnahmen investiert werden muss und Sie das intensivieren wollen. Sie haben gesagt: Wenn ich mithelfen kann, dass das in einer höheren Geschwindigkeit passiert, will ich das gern tun.

Das freut uns. Vielleicht können Sie uns aber sagen, wie lange das dauert oder warum es z. B. im Fall Biberach so lange dauert. Der OB der Stadt Biberach, Norbert Zeidler, sprach von bürokratischen Hürden. Vielleicht können Sie uns sagen, welche Hürden Sie sehen, welche Vorschläge Sie haben und bis wann mit Ergebnissen zu rechnen ist.

Vielen Dank.

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Herr Kollege Hinderer, das kann ich Ihnen nicht sagen, weil ich es nicht weiß, und das möchte ich Ihnen auch nicht sagen, weil ich nicht zuständig bin. Für den Hochwasserschutz ist Kollege Untersteller zuständig. Sie müssten die Frage deshalb an ihn richten.

Es ist auch Klage darüber geführt worden, dass alles zu lange dauert. Meine Aussage war: Wenn das möglicherweise auch daran liegen sollte, dass es in Behörden, die in gewisser Art und Weise auch dem Innenministerium unterstehen – wobei beim Hochwasserschutz die Fachaufsicht auch im RP beim Umweltministerium liegt und ich weit davon entfernt bin, mich in die Kompetenz des Kollegen Untersteller einzumischen –, darum geht, gewisse Dinge zu beschleunigen, möchte ich im Rahmen meiner bescheidenen Möglichkeiten gern helfen.

(Abg. Rainer Hinderer SPD: Gut!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Zuerst Herr Abg. Dr. Bullinger, dann Frau Abg. Rolland.

**Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP:** Herr Minister, in der Flut der Presseberichterstattung haben, wenn ich mich

richtig erinnere, auch örtliche Bundestagsabgeordnete – Harald Ebner von den Grünen, Frau Sawade von den Sozialdemokraten und Christian von Stetten – darauf hingewiesen, dass der Bund angeblich Gelder für Katastrophenfälle habe. Sie sprachen wohl von 4 Milliarden € an etatisierten Mitteln, die zur Verfügung stehen. Gibt es da Möglichkeiten vonseiten des Landes, solche Gelder nach Baden-Württemberg zu holen? Haben Sie etwas beantragt oder nachgefragt, wenn es für solche Fälle tatsächlich Geld gibt, das etatisiert ist? Sie waren ja auch im Bundestag. Ist da nachgefragt worden, oder ist das nur eine PR-Meldung der Zeitungen gewesen?

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Ich jedenfalls habe ganz zeitnah und rasch ein persönliches Gespräch mit dem Bundesminister des Innern geführt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: 4 Milliarden € ständen da, die hätte der Bund etatisiert!)

Das Bundesinnenministerium ist weit davon entfernt, eine nationale Schadenslage zu bejahen. Dies wäre eine Voraussetzung, damit der Bund einsteigt. Das ist ähnlich wie bei uns. Wir steigen nach den geltenden Regeln als Land ein, wenn eine „landesweit relevante Schadenslage“ gegeben ist, was ab 50 Millionen € der Fall ist. Ähnliche Mechanismen gibt es beim Bund. Der Bundesinnenminister hat mir klar gesagt, dass die Schäden in Baden-Württemberg, so schlimm sie auch sind, keine solche nationale Schadenslage bedeuten.

Ich freue mich über das Engagement von Bundestagsabgeordneten. Falls wir Geld vom Bund bekommen, sagen wir nicht Nein. Wir nehmen alles.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das hoffe ich und erwarte ich von einem Landesminister!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Frau Abg. Rolland hat noch eine Frage.

**Abg. Gabi Rolland SPD:** Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Herr Minister, das eine ist, Soforthilfen zu gewähren. Das ist richtig. Das andere ist, zu überlegen, wie ein sicherer Schutz, eine Schadensfürsorge aussehen kann. In Baden-Württemberg können sich die meisten Geschädigten glücklich schätzen, weil es verpflichtend eine Gebäudeversicherung gab. Eine solche Versicherungspflicht gibt es heute nicht mehr. Es ist auch nicht möglich, sie verpflichtend wieder einzuführen. Da steht EU-Recht dagegen.

Es gäbe aber eine Möglichkeit, innerhalb der Europäischen Union dafür Sorge zu tragen, dass eine Elementarschadenversicherung eingeführt wird. Hielten Sie das für sinnvoll und, wenn ja, wie wäre der Weg dahin?

Vielen Dank.

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Zunächst einmal will ich bestätigen, dass es richtig ist, dass wir in Baden-Württemberg erfreulicherweise einen sehr hohen Grad der Versicherung gegen Elementarschäden haben. Der Anteil beträgt bei uns ungefähr 95 %. Das ist deutlich höher als der Bundesdurchschnitt. In unserem Nachbarland Bayern liegt der Anteil, glaube ich, bei 32,33 %, bundesweit ungefähr in der gleichen Größenordnung.

(Minister Thomas Strobl)

In Baden-Württemberg haben mit 95 % also die allermeisten eine Elementarschadenversicherung, die in einem solchen Fall jedenfalls für die Gebäudeschäden aufkommt. Damit ist schon einmal viel reguliert. Sie haben auch recht: Das hängt damit zusammen, dass bis vor einigen Jahren diese Elementarschadenversicherung in Baden-Württemberg eine Pflichtversicherung war.

Ich sage Ihnen ganz offen: Es ist mir noch nicht gelungen, die Rechtslage vollständig zu durchdringen, um zu beurteilen, ob es aus Gründen des EU-Rechts tatsächlich unmöglich wäre, so etwas national wieder einzuführen. So weit sind wir noch nicht. Das diskutieren wir im Augenblick in der Regierung. Ich durchschaue auch nicht, inwieweit wir eine Möglichkeit hätten, das für die ganze Europäische Union auf die Agenda zu nehmen.

Meine bescheidene Erfahrung mit der Europäischen Union ist aber, dass, wenn wir hier im Landtag von Baden-Württemberg eine Elementarschadenpflichtversicherung für 28 Staaten der Europäischen Union auf den Weg bringen würden, Sie die Umsetzung wahrscheinlich noch erleben, aber ich vermutlich nicht.

(Vereinzelt Heiterkeit)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Es gibt weitere Fragen. – Zunächst Herr Abg. Baron.

**Abg. Anton Baron** AfD: Vielen Dank. – Sehr geehrter Herr Minister Strobl, Sie waren ja bei uns in Hohenlohe zu Gast bei der Feuerwehr in Künzelsau. Wie Sie bestimmt erfahren haben, haben mehrere Feuerwehrmänner, die dort im Einsatz waren und ihre Privatfahrzeuge dort abgestellt hatten, bei der Rückkehr festgestellt, dass ihre Autos überflutet waren. Die Helfer konnten eigentlich nichts dafür.

Jetzt ist natürlich die Frage: Wie kann da die Landesregierung helfen, gerade in solchen Fällen, bei denen diejenigen, die im Einsatz waren, in einer solchen Art und Weise ihr Hab und Gut verloren haben?

Danke.

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Da ist einfach mein Rat, dass sich die Kameradinnen und Kameraden der Feuerwehr mit ihrem Kreisbrandmeister in Verbindung setzen. Wenn im Landkreis keine Lösung gefunden wird, dürfen sie sich sehr gern an den Landesbranddirektor oder aber auch an den Leiter der Abteilung 6 im Innenministerium, Herrn Schröder, wenden. Dann schauen wir, wie wir diese Schäden an den Privatfahrzeugen regulieren können.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Klar geregelt im Feuerwehrgesetz, § 17 Absatz 1 und 2!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Jetzt hat Herr Abg. Dr. Schweickert eine Frage.

**Abg. Dr. Erik Schweickert** FDP/DVP: Herr Minister Strobl, ich habe eine Frage zu den Zahlen, die Sie gerade zu den Elementarschäden genannt haben. Bezogen sich diese auf die Wohngebäude oder auf den Hausrat? Denn ein Großteil der Schäden ist nicht an den Wohngebäuden entstanden, sondern

am Hausrat. Als ich mit den Leuten vor Ort gesprochen habe, hat sich das große Problem gezeigt, dass zwar viele aufgrund der Historie in Baden-Württemberg Elementarschäden im Bereich der Wohngebäude abgesichert haben, beim genauen Blick in die Versicherungsunterlagen aber mit Schock feststellen mussten, dass all die Schäden an der Einrichtung, die nicht die Hausmauer betreffen, durch die Elementarschadenversicherung nicht abgesichert sind.

Deswegen meine Nachfrage: Bezogen sich die Zahlen, die Sie zum Thema Elementarschäden genannt haben, auf die Wohngebäudeversicherung oder auch auf die Hausratversicherung?

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Meinen Sie jetzt die Zahlen, die ich in Bezug auf die Soforthilfe genannt habe?

**Abg. Dr. Erik Schweickert** FDP/DVP: Nein. Ich meine die Prozentangaben, die Sie zur Abdeckung der Elementarschäden genannt haben.

(Zuruf: Die 95 %!)

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Jetzt verstehe ich die Frage. – Also: Für 95 % der Gebäude

(Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: Aber nur Wohngebäudeversicherung!)

besteht eine Elementarschadenversicherung, und diese Elementarschadenversicherung deckt im Grunde genommen die Gebäudeschäden ab. Damit ist, wie ich sagte, schon einmal ein erheblicher Teil abgedeckt.

Sie haben aber völlig recht, Herr Professor Schweickert: Damit ist nicht das abgedeckt – untechnisch gesprochen –, was im Haus drin ist.

(Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: Genau!)

Dafür bräuchte man eine Hausratversicherung. Diese gibt es ja, und viele haben diese abgeschlossen, aber natürlich nicht alle. Ich kann Ihnen keine Zahl sagen, wie viel Prozent der Häuslebesitzer in Baden-Württemberg eine Hausratversicherung haben. Ich bin mir gar nicht sicher, ob diese Zahl bei uns überhaupt registriert ist. Sicher bin ich mir indessen, dass dieser Anteil lange nicht so hoch ist wie der bei der Elementarschadenversicherung. Er wird ganz bestimmt deutlich darunter liegen.

Herr Abg. Schweickert, vielleicht erlauben Sie mir noch eine Bemerkung. Ich weiß gar nicht, ob Ihre Frage diesen Hintergrund hatte. Aber wir sollten insgesamt – das wollten Sie bestimmt auch nicht machen; ich nutze jetzt nur die Gelegenheit, es einfach mal zu sagen – nicht den Eindruck erwecken, dass bei jeder Unwetterlage mit einem Schaden, der irgendwo entsteht, der Staat in jedem Fall haftet. Dafür gibt es Versicherungen. Wir sollten diejenigen, die Versicherungsprämien bezahlen, die Vorsorge treffen, dann auch nicht ein Stück weit benachteiligen, dass wir sagen: Okay, da ist etwas passiert, und der Staat bezahlt alles. Es würde den Staat am Ende des Tages auch überfordern, wenn wir eine totale Vollkas-kotalität verbreiten würden nach dem Motto: Egal, was passiert, der Staat wird euch helfen. Das wäre nicht der rich-

(Minister Thomas Strobl)

tige Weg. Da, wo jemand unverschuldet in eine Notlage kommt – Stichwort Soforthilfe –, muss der Staat helfen, aber Vollkasko können wir beim besten Willen nicht leisten, das überfordert uns. Deswegen sollten wir erst gar nicht den Eindruck erwecken, dass wir das tun könnten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der AfD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Wir können noch eine Frage zulassen. Dann ist die Zeit um. Das ist eine Frage von Herrn Abg. Dr. Balzer.

**Abg. Dr. Rainer Balzer** AfD: Sehr geehrter Herr Minister Strobl! Ich habe nur eine kurze Frage, und zwar in Bezug auf einen Schaden in meinem Wahlkreis bei Philippsburg. Da ist eine Strandbar am Rhein überflutet worden. Ich habe mich mit den Informationen zur Unwettersoforthilfe befasst und habe mir sagen lassen, dass Verheiratete nur bis zu einem Jahreseinkommen von 50 000 € und Ledige nur bis zu einem Jahreseinkommen von 25 000 € überhaupt in den Genuss einer Soforthilfe kommen können. Ist das richtig? Diese Einkommensgrenzen kommen mir sehr niedrig vor, deshalb die Frage.

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Die Strandbar am Rhein kenne ich nicht.

(Zurufe)

– Am Rhein, haben Sie gesagt.

(Abg. Anton Baron AfD: Ja!)

Am Rhein. – Die Zahlen, die Sie in Bezug auf die Soforthilfe genannt haben, sind richtig. Es gibt eine Einkommensbegrenzung für Ledige in Höhe von 25 000 €, für Verheiratete in Höhe von 50 000 €. Darüber können wir sprechen. Ich habe auf die Frage des Kollegen Binder bereits gesagt, dass wir einmal überprüfen werden, ob das alles noch so passt.

Ich will Ihnen nur den Hintergrund nennen, warum es eine Einkommensgrenze gibt. Die Soforthilfe ist für Menschen vorgesehen, die unverschuldet in eine Notlage gekommen sind, weil sie beispielsweise fluchtartig ihr Haus verlassen müssen, auf der Straße stehen und nichts als das Unterhemd haben. Denen geben wir sozusagen zum unmittelbaren Überleben eine Soforthilfe, damit sie sich ein Stück Seife, ein Stück Brot und etwas zu trinken kaufen können. Das ist der Sinn der Soforthilfe.

(Abg. Anton Baron AfD: Das kann aber auch einer mit 60 000 € brauchen!)

Jetzt mögen Sie selbst für sich entscheiden – wir können auch darüber diskutieren; das machen wir alles transparent und öffentlich, insbesondere für das Parlament –, ob eine solche Nothilfe, eine solche Soforthilfe beispielsweise für einen Milliardär das Richtige ist oder ob er nicht doch irgendwo eine Möglichkeit hat, sich die nächste Unterhose und das Stück Seife mit anderen Mitteln selbst zu kaufen.

Das ist ein Stück weit das, was ich mit Vollkasko mentalität meine. So gut gemeint und so gut gemacht alle Maßnahmen sind, die wir umsetzen werden: Sie werden immer gewisse Mitnahmeeffekte haben, auch in der Not. Deswegen könnte es sein, dass im Grunde genommen auch dafür ein Einkom-

menslimit richtig ist, damit die Soforthilfe, weil alle finanziellen Mittel immer beschränkt sind, bei denen ankommt, die sie wirklich brauchen, und nicht von denen mitgenommen wird, die sie möglicherweise nicht so notwendig brauchen.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Vielen Dank. – Damit ist der Zeitrahmen für die Regierungsbefragung von 60 Minuten voll ausgeschöpft.

Punkt 4 der Tagesordnung ist erledigt.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

**Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Änderung des Fischereigesetzes für Baden-Württemberg – Drucksache 16/47**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Bullinger.

**Abg. Dr. Friedrich Bullinger** FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich gehe davon aus, der zuständige Ressortminister kommt noch – ich sehe ihn gerade –, ansonsten kann vielleicht auch der Forstpräsident einspringen, denn die Fischerei ist ja jetzt bei den Förstern angesiedelt worden.

Die Fischerinnen und Fischer, die Mitglieder in den Angelvereinen leisten bei Hege und Gewässerpflege wertvolle Arbeit im Dienste der Natur.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Dies ist bei der Jagst-Katastrophe letztes Jahr deutlich geworden. Sie haben es deshalb verdient, meine Damen und Herren, dass überkommene Regelungen im Fischereirecht entbürokratisiert, angepasst oder gestrichen werden. Den Veränderungen die Tür verschließen hieße in diesem Fall nicht zuletzt, das ehrenamtliche Engagement, das die vielen Anglerinnen und Angler mit ihrem aktiven Beitrag für den praktischen Naturschutz erbringen, zu bestrafen. An dieser Stelle ein ganz herzliches Dankeschön für die Arbeit an und in unseren Gewässern.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der CDU und der AfD)

Wir, die Freien Demokraten, fordern konkret: erstens die Abschaffung des allgemeinen Nachtangelverbots, das es in seiner jetzigen Form nur noch in Baden-Württemberg gibt und in den übrigen Ländern, z. B. Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, nicht mehr. Lediglich Niedersachsen und Rheinland-Pfalz schränken das Angeln während der Nachtzeit noch ein, und zwar bei Schutzgebieten.

Werte Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, haben Sie hingehört? Die Länder, in denen die Grünen mitregieren, sind Ihnen hier meilenweit voraus.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

(Dr. Friedrich Bullinger)

Unser Gesetzentwurf begehrt also Überfälliges, auch wenn sich das Fischereirecht insgesamt in Baden-Württemberg im Großen und Ganzen bewährt hat.

Zweitens: Eine Absenkung des Mindestalters für die Berechtigung, im Beisein und unter Aufsicht von volljährigen Inhabern des regulären Fischereischeins fischen zu dürfen, auf sieben Jahre hält die FDP/DVP-Fraktion für überfällig. Die Verantwortung trägt der erwachsene Ausübungsberechtigte.

In einer Zeit, in der sich die Bürgerinnen und Bürger, vor allem aber die Jugendlichen immer weiter von der Natur entfernen, in der die Kuh lila ist, in der Fragen nach 1,5-prozentiger und 3,5-prozentiger Milch je nach Kuh gestellt werden und an der Tagesordnung sind, in der die Beziehung der jungen Generation zur Natur immer abstrakter und entfernter wird, in der unsere Kinder mit zwei und vier Jahren auf elektronischen Tablets herumspielen, kann es nur richtig sein, Jugendlichen so früh wie möglich die Chance zu bieten, Natur praktisch zu erleben.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Immerhin habe ich vor 50 Jahren die Fischerprüfung gemacht und bin diesem Angelsport immer treu geblieben, auch wenn ich kaum noch dazu komme. Dadurch habe ich auch meinen drei Kindern etwas bieten können, das ich für ganz wichtig halte, nämlich ans Wasser zu gehen, morgens, wenn die Sonne aufgeht, oder auch abends, die Libellen zu erklären

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Nachts auch?)

– am Ufer darf man nach jetzigem Recht bis zu einer Stunde nach Sonnenuntergang noch die Angel auswerfen, Frau Kollegin –, die Bismarckeiche am Ufer gegenüber oder die Natter im Schilf oder die wunderbaren Wasserpflanzen zu erklären. So war und ist das allemal sinnvoller, als dass – wie heute leider häufig – die Eltern und die Kinder selbst am Mittagstisch stumm vor sich hin simsens und touchen.

Ich zitiere:

*Wir müssen junge Menschen davon überzeugen, dass es Sinn ergibt, nicht nur zum Angeln zu gehen, sondern sich in einem Fischereiverein für den Erhalt und die Pflege unserer Gewässer zu engagieren. Der demografische Wandel spielt dabei natürlich eine Rolle.*

Und weiter:

*Wir müssen offen und intensiv Kinder und Jugendliche für die Angelfischerei und die Arbeit am Gewässer interessieren. Das fängt damit an, die Politik davon zu überzeugen – wie in vielen anderen Bundesländern auch –, den Jugendfischereischein nicht erst mit zehn Jahren, sondern schon mit sieben Jahren zu ermöglichen.*

Wer hat das gesagt? Der Kollege, der vor Kurzem, am 16. April, zum Gesamtpräsidenten des Landesfischereiverbands gewählt wurde: Sie, lieber Arnulf Freiherr von Eyb. Sie haben damit absolut recht.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der AfD)

Bei diesem Interview forderte der Kollege von Eyb nicht nur die Herabsetzung des Mindestalters für den Jugendfischereischein, sondern auch die Aufhebung des Nachtangelverbots sowie ein wirksames Kormoranmanagement und die Beendigung des Aalfangverbots am Rhein, wie dies auf der gegenüberliegenden Seite von Rheinland-Pfalz – damals rotgrün – beschlossen wurde.

Nochmals: Alles richtig, meine Damen und Herren. Der Gesetzentwurf stimmt rundum; Sie brauchen nur noch zuzustimmen. Also nicht schwätzen, machen!

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Werte Kolleginnen und Kollegen, ein Blick in den Wahlcheck vor der Landtagswahl oder in verschiedene Landtagsanträge, z. B. Drucksache 14/7048 – Vereinfachung der Prüfungszulassung für Angelscheine und Nachtangeln –, eingebracht von einem gewissen Abg. Dr. Nils Schmid, SPD, oder Drucksache 15/5748 des Abg. Arnulf Freiherr von Eyb – Nachtangelverbot in Baden-Württemberg – oder Drucksache 15/6623 des Abg. Wolfgang Reuther – Aufhebung des Nachtangelverbots in Baden-Württemberg –, unterstreicht die Richtigkeit unseres Begehrens, das Fischereigesetz dringend zu ändern.

Übrigens, meine Damen und Herren, was das Nachtangelverbot angeht, wäre es vielleicht sinnvoller, das eine oder andere Event am Wasser, bei dem Krach erzeugt wird und Dreck übrig bleibt, zu verbieten. Die Angler sind abends und morgens keine Krawallmacher am Wasser, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der AfD)

Auch empfehle ich Ihnen, einmal die in der 30. Sitzung des 15. Landtags vom 14. März 2012 gehaltenen Reden nachzulesen: Punkt 3 der Tagesordnung, Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Fischereigesetzes –, Drucksache 15/855. Dort stehen diese Argumente mehr oder weniger sinnvoll schon drin.

Abschließend darf ich zumindest eine nicht ganz unbedeutende Gruppe, einen Verband, der als untere Naturschutzbehörde auch zuständig ist, zitieren. Der Landkreistag sagte bei der Anhörung zum Gesetzentwurf der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Änderung des Fischereigesetzes für Baden-Württemberg – Folgendes:

*Gegen die geplanten Änderungen des Fischereigesetzes bestehen keine Einwände.*

Zur begehrten Änderung von § 32 Absatz 1 des Fischereigesetzes sagt der Landkreistag:

*Vor dem Hintergrund einer zukunftsfähigen Nachwuchsarbeit der Fischereivereine wird die geplante Herabsetzung des Mindestalters von derzeit zehn auf sieben Jahre für die Erteilung eines Fischereischeins für Jugendliche – Jugendfischereischein – begrüßt.*

Ein Minderjähriger, der das siebte Lebensjahr vollendet hat, ist bereits beschränkt geschäftsfähig im Sinne des BGB.

(Dr. Friedrich Bullinger)

Zweitens sagen sie zu einer Änderung von § 44 Absatz 1 Nummer 11 des Fischereigesetzes:

*Die Beschränkung der Fischerei zur Nachtzeit stellt eine nicht mehr zeitgemäße Vorschrift dar.*

Im grün-schwarzen Koalitionsvertrag, in dem rund 532-mal „wollen“ statt „machen“ und in dem 132-mal „prüfen“ steht, wurden diese Anliegen der Fischer wohl vergessen.

Noch einmal: Wir sollten die dringend erforderliche Novellierung des Gesetzes, meine Damen und Herren, im Rahmen einer öffentlichen Anhörung im Ausschuss fachlich weiterbetreiben.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und der AfD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Pix das Wort.

**Abg. Reinhold Pix GRÜNE:** Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte die Gelegenheit nutzen, von hier aus unserem Kollegen Arnulf Freiherr von Eyb ganz herzlich zu gratulieren. Er wurde am 16. April zum Präsidenten des Landesfischereiverbands gewählt. Lieber Arnulf, ich wünsche dir viel Fortune und viel Glück für deine Arbeit.

(Zuruf des Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP)

Du hast immerhin 60 000 aktive Angler und Fischer zu vertreten. Das ist eine große Aufgabe, die sicher nicht ganz einfach ist, wie sich auch am heutigen Tag zeigt. Ich denke aber, dass wir hier gemeinsam zu Lösungen kommen, doch sicher nicht auf dem Weg, den Herr Kollege Bullinger hier vorschlägt.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das schlägt Herr von Eyb auch vor! Er schlägt genau das Gleiche vor! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Die Angler und Fischer sind durchaus aktive Naturschützer. Sie sind auch verantwortlich für die Gewässerreinigung und für die Pflege von hochwertigen ökologischen Uferzonen. Mit ihrer Jugendarbeit leisten sie eine wichtige soziale Arbeit, nämlich die soziale Einbindung von Kindern und Jugendlichen.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Im weiteren Sinn sind das eigentlich sehr wertvolle Umwelt- und Naturpädagogen.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Was ist der Landesfischereiverband? Der Landesfischereiverband ist ein Zusammenschluss von verschiedenen Organisationen des Fischereiwesens in Baden-Württemberg, die sich im letzten Jahr nach langen, intensiven Bemühungen endlich zusammengeschlossen haben. Das ist für uns ein sehr großer Vorteil, weil wir jetzt einen Ansprechpartner haben. Das war bisher nicht möglich. – Herr Bullinger nickt. Also ist nicht alles falsch, was ich hier sage.

Aber, Herr Bullinger, haben Sie sich eigentlich einmal mit den anderen relevanten Gruppen – dem Landesnaturschutzverband, sage ich jetzt einmal – über Ihr Anliegen unterhalten?

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Oder haben Sie sich damit auseinandergesetzt, dass es selbst im Landesfischereiverband vor nicht allzu langer Zeit eine Abstimmung gab und sich die wesentlichen, größeren Verbände gegen eine Aufhebung des Nachtangelverbots ausgesprochen haben?

(Zuruf von der AfD)

Haben Sie sich mit Tierschutzorganisationen, mit Kinderschutzorganisationen auseinandergesetzt und abgestimmt? Ich finde, das sollten Sie vielleicht auch einmal tun. Denn das, was Sie hier machen, ist eigentlich ein sehr durchschaubares Manöver. Sie versuchen, einen Keil in die Regierungskoalition zu treiben.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Das würden wir nie machen!)

Das wird Ihnen nicht gelingen. Das wird Ihnen schon deshalb nicht gelingen, weil das Angeln gemäß § 3 Absatz 1 Satz 5 der Landesfischereiverordnung von einer Stunde vor Sonnenaufgang bis eine Stunde nach Sonnenuntergang zulässig ist.

*Damit beträgt die generell zulässige Angelzeit selbst an den kürzesten Tagen im Jahr mehr als zehn und im Sommer bis zu 18 Stunden. Für das Angeln auf die nachtaktiven Arten Aal und Wels besteht eine Sonderregelung, dieses ist je nach Tageslänge mindestens 17 und bis zu über 20 Stunden erlaubt.*

*Gegen eine völlige Freigabe des Angelns zur Nachtzeit sprechen zahlreiche Gründe. Vor allem wird eine Ruhezeit für die Lebewelt an den Gewässern als erforderlich erachtet, und es ist zu befürchten, dass es bei durchgehendem nächtlichen Angelbetrieb zu größeren Schädigungen der Lebensstätten und Lebensgemeinschaften der ökologisch besonders sensiblen Uferzonen käme. Auch der Landesfischereiverband, der Landesnaturschutzverband sowie der Landesfischereibeirat und der Landesbeirat für Tierschutz haben sich deshalb dafür ausgesprochen, die bestehende Regelung beizubehalten. Im Landesfischereibeirat wurde aus dem Kreis der kommunalen Landesverbände zusätzlich darauf hingewiesen, dass es in vielen Fällen auch um die Sicherung der Nachtruhe der Anwohner an Gewässern geht.*

*Eine Begrenzung der zeitlichen Einschränkung auf bestimmte Gewässer könnte die bestehende Problematik nicht lösen und würde – wie in einigen anderen Bundesländern – im Endeffekt zu einer unüberschaubaren Vielzahl von Einzelregelungen führen.*

Ich habe jetzt aus der Stellungnahme Ihres ehemaligen Koalitionspartners, Herrn Landwirtschaftsminister Köberle, vom Oktober 2010 zitiert. Das ist genau die Stellungnahme, die Sie damals auf einen Antrag aus den Reihen der SPD bekommen haben. Mich wundert jetzt, dass Sie als ehemaliger mitverantwortlicher Partner, der an der Regierung beteiligt war, keinerlei Anstrengung unternommen haben, das Nachtangelverbot

(Reinhold Pix)

aufzuheben, als Ihnen dies möglich gewesen wäre. Das heißt, um das einmal in die Winzersprache zu übersetzen: Sie verkaufen alten Wein in neuen Schläuchen.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Ihr Manöver ist sehr durchschaubar. Wir lehnen die von Ihnen begehrte Gesetzesänderung ab. Wir lehnen die Aufhebung des Nachtangelverbots ab, und wir lehnen die Reduzierung des Mindestalters für den Jugendfischereischein von zehn auf sieben Jahre ab – aus Gründen, wie ich sie Ihnen bereits dargestellt habe.

Wir sind aber gern bereit, auch in Zukunft über diese Themen zu diskutieren. Hier wäre, sage ich einmal, ein Kompromiss auch immer zu finden. Aber dazu steht nun einmal nichts im Koalitionsvertrag. Es wurde keineswegs vergessen. Man hat das aus gutem Grund – ich habe eben Herrn Köberle zitiert – nicht in den Koalitionsvertrag geschrieben. Wir haben also nicht vor, in dieser Legislaturperiode das Fischereigesetz zu ändern.

Ich kann eigentlich noch einmal – ich komme zum Schluss – das wiederholen, was ich schon immer gesagt habe: Seien Sie froh, wenn wir das Fischereigesetz nicht angehen. Denn dann könnte etwas ganz anderes herauskommen als das, was Sie sich heute vorstellen.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die Fraktion der CDU erteile ich Herrn Abg. Dr. Rapp das Wort.

**Abg. Dr. Patrick Rapp** CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die FDP/DVP-Fraktion legt hier den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Fischereigesetzes auf den Tisch und fordert darin – das ist bereits angesprochen worden – im Wesentlichen zwei Punkte: zum einen die Herabsetzung des Mindestalters für die Erlangung des Jugendfischereischeins von derzeit zehn Jahre auf künftig sieben Jahre und zum anderen die Streichung der Ermächtigung des Ministeriums zur Beschränkung der Fischerei zur Nachtzeit, die Streichung des Nachtangelverbots.

Es werden unterschiedliche Argumente formuliert, nicht nur hier im politischen Raum, sondern auch sowohl von den Verbänden, die mit Fischerei zu tun haben, als auch von den Verbänden, die mit Naturschutz und anderen Belangen und Ansprüchen zu tun haben.

Die Fischereivereine sagen, die Senkung des Mindestalters sei notwendig mit Blick auf die Nachwuchsarbeit und die frühzeitige Bindung junger Menschen an die Fischerei, an das Angeln und an die entsprechenden Vereine, und sie sei natürlich auch verbunden mit einer erhöhten Attraktivität des Angelns an sich.

Auf der anderen Seite ist aber fraglich und wird von manchen Verbänden offen angesprochen, ob es zwingend notwendig sei, bereits siebenjährige Kinder über derartiges Engagement an das Töten von Tieren heranzuführen. Diese Themen, denke ich, müssen besprochen werden.

Hinsichtlich der Streichung des Nachtangelverbots wird darauf hingewiesen, dass es in den meisten Bundesländern ein derart umfangreiches Nachtangelverbot wie in Baden-Würt-

temberg nicht mehr gebe. Allerdings wurde in kaum einem anderen Bundesland das Nachtangelverbot zurückgenommen, ohne dass entsprechende Verordnungen erlassen und bestimmte Regelungen getroffen wurden, die letztlich auch Fragen betreffen wie: Was passiert am Ufer? Was passiert mit der Fauna? Welche anderen Beeinträchtigungen gibt es durch das Angeln?

Wenn wir die Ausnahmen bedenken – Herr Kollege Pix hat darauf hingewiesen –, ist das Angeln in den Gewässern Baden-Württembergs in der Sommerzeit bis zu 18, teilweise bis zu 20 Stunden erlaubt. Insofern müssen wir diesen Punkt auch noch einmal an anderer Stelle prüfen.

Überdies gibt es nicht nur diese inhaltliche Betrachtung, sondern es ist auch notwendig, den Blick über die Verbände sowie über die anderen Rahmenbedingungen schweifen zu lassen. Das Mitgliedervotum des Verbands für Fischerei und Gewässerschutz ist angesprochen worden. Bei einer Umfrage aus dem Jahr 2011 lag die Zustimmung zur Aufhebung des Nachtangelverbots bei ungefähr 8 %. Es gab zwei weitere Befragungen innerhalb der Verbände, und zwar 2013 und 2014; damals gab es noch zwei Verbände, nämlich einen württembergischen und einen badischen Verband. Diese Befragungen haben ein differenziertes Bild abgegeben.

Seit geraumer Zeit sind die beiden Fischereiverbände vereinigt – lieber Arnulf von Eyb, herzlichen Glückwunsch zur Übernahme der Verantwortung. In diesem neuen Verband ist das Meinungsbild noch nicht erhoben worden.

Ich möchte der FDP/DVP vorwerfen, dass es etwas populistisch wirkt,

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: „Populistisch“!)

wenn man sechseinhalb Wochen nach der Regierungsbildung zuallererst hierzu eine Gesetzesinitiative einbringt. Wir, die CDU, haben uns im Vorfeld hinsichtlich beider Aspekte offen gezeigt. Aber wir sehen es als notwendig und als wichtig an, zunächst noch einmal die Tatsachen anzuschauen. Herr Kollege Pix hat bereits angesprochen, dass auch viele andere Verbände die Berechtigung haben, sich hierzu zu Wort zu melden; ihre Argumente sind es auch wert, diskutiert zu werden.

Wir werden einer entsprechenden Initiative der FDP/DVP an dieser Stelle nicht zustimmen. Lieber Kollege Bullinger, in der letzten Woche haben Sie bei einer Veranstaltung der Forstkammer ganz klar von uns, der grün-schwarzen Koalition, gefordert, wir sollten sofort beginnen, den Koalitionsvertrag umzusetzen. Das tun wir. Die Änderung des Fischereigesetzes steht allerdings nicht im Koalitionsvertrag. Jetzt werden wir also als Allererstes die Punkte angehen, die wir miteinander vereinbart haben. Ich glaube, das ist zunächst der richtige Weg.

Klar ist: Wir brauchen die Einbeziehung unterschiedlicher Anspruchsgruppen, wir brauchen das Meinungsbild des Fischereiverbands, und wir sollten hier nicht durch durchsichtige und kurzfristige Initiativen auch funktionierende Strukturen einfach mal so umschmeißen. Das ist keine gute Politik und trägt auch nicht in die Zukunft.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die Fraktion der AfD erteile ich Herrn Abg. Stein das Wort.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

**Abg. Udo Stein** AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben von der Regierung gehört, dass wir Bürokratie abbauen wollen. Hier haben wir ein Beispiel, wie man es machen kann. Ich kann das, was Herr Bullinger gesagt hat, nur unterstützen.

Was mich immer wahnsinnig schockiert, ist, wenn ich von Grünen Zwischenrufe höre wie gerade eben, in denen es heißt: „Fische töten“. Es gehört doch einfach dazu, dass man als Angler beispielsweise seine Kinder mitnimmt und junge Fische aussetzt und den Kindern zeigt, wo die Fische herkommen. Das ist doch nicht nur Fische-Totschlagen. Wenn ich so etwas höre, bin ich manchmal echt erschrocken über das Weltbild.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Wir auch!)

Wir haben in Baden-Württemberg ein Alleinstellungsmerkmal in diesem Bereich in der Bundesrepublik. Leider sind nicht alle Alleinstellungsmerkmale gut, wie auch in diesem Fall.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Fischereischein ab sieben, falls Sie das verstanden haben! – Gegenruf von der AfD: Ruhe bitte! – Gegenruf: Warum?)

Dieses Alleinstellungsmerkmal ist meiner Meinung nach nichts Positives, sondern das Nachtangelverbot, das Baden-Württemberg als einziges Bundesland noch aufrechterhält, ist überholt und gehört abgeschafft. Zwar kann man hierzulande, wie auch Herr Dr. Bullinger es eben schon gesagt hat, nachts um einen See laufen, Krach machen, Partys machen, ohne dass das jemanden stört. Wenn hingegen jemand ruhig auf seinem Stuhl sitzt und angeln möchte, ist das dann ein Problem. Da fehlen mir manchmal echt die Worte.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Mir auch!)

Natürlich macht das Verbot einen Sinn, um den Vögeln ein Rückzugsgebiet zu ermöglichen, und es hilft auch den Menschen, die an Gewässern leben. Aber als eine Partei, die für das Subsidiaritätsprinzip einsteht, sind wir dafür, dass das am besten die Leute vor Ort entscheiden sollen und wir da keine staatlichen bürokratischen Zwänge haben sollten.

(Beifall bei der AfD)

Ich kann auch nur befürworten, dass man beispielsweise junge Menschen bereits mit sieben Jahren an die Natur heranbringt. Bei der Feuerwehr und beim THW ist das bereits der Fall, doch die Angler sollen dann noch warten, bis die Kinder zehn sind. Wir müssen einfach auch einmal schauen, dass die Kinder früher zum Fischereiverband und zum Angelsport kommen, und aus meiner Sicht – auch als Vater eines sechsjährigen Kindes – ist die Absenkung der Altersgrenze auf sieben Jahre eine tolle Sache. Das gehört gefördert.

Deshalb plädiert die AfD-Fraktion dafür, diesem Gesetzentwurf zuzustimmen. Wir haben gesagt, dass wir Gesetzentwürfen, die wir für sinnvoll halten, zustimmen werden. Wir sind keine Partei, die nur aus Opposition gegen alles ist.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Gerade Sie!)

Meiner Meinung nach ist das etwas sehr Sinnvolles. Wenn Sie, Herr von Eyb, als Vorsitzender des Fischereiverbands ebenfalls so etwas befürworten, möchte ich einmal im Sinne der Bevölkerung dafür plädieren, hier Bürokratie abzuschaffen und ein sinnvolles Ergebnis zu erzielen.

Danke schön.

(Beifall bei der AfD – Zurufe von der AfD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die Fraktion der SPD erteile ich das Wort gleich Herrn Abg. Kopp.

Ich lasse mir den Zwischenruf zukommen, um zu sehen, ob es so ist, wie Sie sagen.

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Es war so! Von dort!)

– Moment! Ich muss es hier vorliegen haben, und dann kann ich auch rügen. Dann habe ich auch kein Problem, zu rügen.

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Dann prüfen Sie es bitte!)

Aber ich habe es selbst nicht gehört. Ich möchte es schriftlich vom Stenografischen Dienst haben.

Herr Abg. Kopp, Sie haben das Wort.

**Abg. Ernst Kopp** SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, man merkt es diesem Gesetzentwurf zur Änderung des Fischereigesetzes an, dass er wohl ein Schnellschuss auf der Basis von Zusagen vor der Wahl ist.

Die FDP/DVP-Fraktion macht es sich mit dem Thema allzu leicht. Schon im Rahmen der Gesetzesnovelle vor etwa drei Jahren hat die SPD-Fraktion ebenso wie das damals grüne Ministerium für Ländlichen Raum einschließlich des Ministers Bonde und auch vieler Abgeordneter der Grünen eine deutliche Herabsetzung des Mindestalters für den Erwerb des Jugendfischereischeins klar befürwortet.

Die Hobbyfischerei im Land ist nicht nur eine kulturelle Bereicherung; die Anglerinnen und Angler leisten zudem einen großen Dienst bei der ökologischen Aufwertung unserer Heimat, unserer Landschaft und machen sich insbesondere um den Gewässerschutz verdient.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Viele Fischarten wären ohne ihre Arbeit und ihren ehrenamtlichen Einsatz nicht mehr in unseren Gewässern, unseren Flüssen und Seen, zu finden, nachdem wir sie in den Sechziger- und Achtzigerjahren durch erhebliche Verschmutzungen oft beinahe ausgerottet hatten.

Wenn es um sauberes Wasser, saubere Seen und saubere Fließgewässer, geht, sind die Anglerinnen und Angler die Verbündeten einer intakten Umwelt, auch die Verbündeten aller zuständigen Behörden.

(Beifall bei der SPD)

(Ernst Kopp)

Durch das bisherige Recht mit dem Mindestalter von 13 Jahren haben wir einen absurden Umstand. Geht z. B. ein Vater mit seinem Sohn oder seiner Tochter angeln, muss er höllisch aufpassen, wenn das Kind kurz die Angel hält, da er sich bereits strafbar macht, wenn das Kind einen Fisch an der Angel hat und aus dem Wasser zieht.

Leider haben damals einige Kollegen von den Grünen die Absenkung des Mindestalters verhindert.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Zu glauben, Kinder würden verrohen oder zum Töten erzo-gen, wenn sie Fische angeln, spricht Bände und zeugt von einer völlig falschen Einschätzung, welchen moralischen Ge-fahren die Kinder heutzutage ausgesetzt sind.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Beate Böhlen GRÜNE:  
Och, Ernst!)

Mit dieser Begründung könnte man Kindern und Jugendli-chen auch verbieten, bei den Kleintierzüchtern Hühner und Tauben zu halten oder die Eltern bei der Arbeit auf dem hei-mischen Bauernhof zu unterstützen.

(Vereinzelt Beifall – Zuruf der Abg. Beate Böhlen  
GRÜNE)

Das Angeln gehört aus unserer Sicht nicht zu diesen Gefah-ren. Im Gegenteil: Es verringert die zunehmende Entfremdung der Kinder von der Natur,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig!)

und sie werden für die Natur, für die Schöpfung insgesamt wieder sensibilisiert. Eine solche Gesetzesänderung würden wir deshalb gern begrüßen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der AfD –  
Zuruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

Die im Gesetzentwurf vorgesehene weitere Änderung des Fi-schereigesetzes, die Forderung der Abschaffung des Nachtan-gelverbots, ist allerdings zu kurz gesprungen, da es ein sol-ches Verbot so pauschal gar nicht gibt. Man kann einige nacht-aktive Fische bis Mitternacht angeln, und auch jeweils eine Stunde vor und nach Sonnenuntergang ist das Angeln mög-lich. Mitten in der finsternen oder auch mond hellen Nacht be-nötigen unsere Gewässer jedoch Ruhe. Denn dort befinden sich nicht nur Fische, sondern auch Brutvögel und viele an-dere, teilweise sogar geschützte Tierarten. Deren Schutz hat Vorrang davor, ein Hobby rund um die Uhr – auch nachts um drei – ausüben zu können.

Gern kann man aber über diese Verordnung noch einmal dis-kutieren und überprüfen, ob man sie für bestimmte Zeiten, für bestimmte Gewässer und für bestimmte Fischarten lockert. Eine Pauschalerlaubnis, rund um die Uhr alles und überall an-geln zu dürfen, lehnen wir deshalb ab. Ich denke, dass es noch einmal Gelegenheit geben wird, über den gesamten Sachver-halt zu diskutieren.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Patrick Rapp  
CDU)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die Regierung erteile ich das Wort Herrn Minister Hauk.

**Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz**

**Peter Hauk:** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich zweifle langsam daran, dass die FDP/DVP-Fraktion in Baden-Württemberg jemals wieder Regierungsfä-higkeit überhaupt im Entferntesten erlangen könnte.

(Oh-Rufe von der FDP/DVP)

Wer am Anfang der Legislaturperiode, am ersten vollstän-di-gen Plenartag

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Wir sind halt  
schnell!)

mit dem vermeintlich wichtigsten Thema aufschlägt – das könnte man erwarten, dass man mit wichtigen Themen am Anfang aufschlägt –

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ist Fische-rei unwichtig, Herr Minister?)

– nein – und die Änderung des Fischereigesetzes in Baden-Württemberg beantragt, der weiß nicht, was die Stunde ge-schlagen hat, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Zuruf: Wieso sind Sie denn so nervös?)

2011 sah das Wahlergebnis so aus, dass die Koalition aus CDU und FDP/DVP nicht fortgesetzt werden konnte, weil sie ein-fach geschwächelt hat und das Unwichtige nicht mehr vom Wichtigen hat unterscheiden können.

(Vereinzelt Beifall)

Jetzt scheinen Sie noch auf dem gleichen Trip zu sein.

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Sie sind nur Junior-partner!)

Entschuldigung, ich stelle nur fest – –

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Gucken wir uns mal die Entwicklung der CDU in Baden-Württemberg an!  
– Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Sie haben mehr verloren, als wir jemals hatten! – Heiterkeit)

– Ganz ruhig bleiben, Herr Kern.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

– Herr Glück, beruhigen Sie sich doch.

Ich stelle nur fest: Sie sind von der Regierungsfähigkeit wei-ter entfernt denn je.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Die Nerven liegen  
blank!)

Hätten Sie, Herr Kollege Dr. Bullinger, etwas zum Thema „S 21 und dessen Finanzierung“ gesagt, bei dem es in der Tat derzeit vielleicht Unterschiede bei den Koalitionspartnern gibt, hätten Sie einen Unwetterkatastrophenfonds gefordert und versucht, die gesetzliche Grundlage dafür einzubringen, hätten Sie eine Änderung des LLG veranlasst, z. B. um Wind-

(Minister Peter Hauk)

kraftstandorte aus Sicht der FDP zu verunmöglichen, hätte man das vielleicht noch verstanden, weil das auf der politischen Agenda wirklich dringlich ist.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich freue mich, dass der Kollege – –

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Jetzt kommen Sie mal zum Thema!)

– Herr Haußmann, ganz ruhig! – Ich sage einmal ganz offen: Sie sollten sich einmal etwas zurückhalten, weil Sie das Thema „Änderung des Fischereigesetzes“ vorgegeben haben. Sie werden der Regierung schon erlauben müssen, dass wir die Änderung des Fischereigesetzes im Gesamtkontext der Landespolitik in Baden-Württemberg besprechen. Das ist unsere Aufgabe.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Änderung des Fischereigesetzes im Gesamtkontext der Landespolitik ist aus folgendem Grund bemerkenswert: Der Kollege Pix hat zu Recht dem Kollegen von Eyb gratuliert, dass er neuer Präsident des Landesfischereiverbands geworden ist. Denn es ist immerhin ein Novum in Baden-Württemberg, dass sich aus ehemals drei selbstständigen Verbänden ein Verband gegründet hat, der jetzt die Fischerei in Baden-Württemberg, die Hobbyangler und Hobbyfischer in Baden-Württemberg gemeinsam vertritt. Dazu, lieber Kollege von Eyb, auch von meiner Seite herzlichen Glückwunsch. Aber auch herzlichen Glückwunsch dafür, dass die Fischereiverbände aus einem Munde sprechen.

Denn, meine sehr verehrten Damen und Herren, die damalige Landesregierung,

(Zuruf von der CDU: 2004!)

der anzugehören ich damals schon einmal die Ehre hatte, hatte schon damals sondiert, das Nachtangelverbot aufzuheben. Und siehe da: Von drei damals bestehenden Verbänden waren zwei der Meinung, man solle an dieser Baustelle nichts machen und auch nichts verändern.

Ich freue mich ja, wenn sich innerhalb der Fischerei jetzt zumindest die Möglichkeit ergibt, mit Ansprechpartnern zu sprechen, die dann auch das ganze Land repräsentieren. Das ist schon einmal ein erheblicher Beitrag zu einer fortschrittlichen Politik in der Fischerei.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nichtsdestotrotz hat sich die Koalition mit diesem Thema bewusst nicht beschäftigt, weil wir ein fünfjähriges Arbeitsprogramm aufgestellt haben, ein Arbeitsprogramm, das wir in fünf Jahren abarbeiten werden, und diese fünf Jahre haben gerade erst begonnen. Wir fangen auch an. Demnächst werden das Forstverwaltungskostenbeitragsgesetz und die Änderung des Landesjagd- und Wildtiermanagementgesetzes auf den Tisch des Hohen Hauses kommen, wenn sie im Kabinett beraten wurden. Wir beginnen also mit dem Abarbeiten des Arbeitsprogramms, und wir haben, Herr Kollege Dr. Bullinger, offensichtlich im Unterschied zur FDP/DVP-Fraktion, nach Wichtigkeit abgeschichtet.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Eine Überheblichkeit!)

Wir haben die wichtigen Themen in den Arbeitsprogrammen unserer Agenda, in dem grün-schwarzen Koalitionsvertrag niedergeschrieben, und die weniger wichtigen Themen haben schlichtweg keine Berücksichtigung gefunden. Zu dem Zeitpunkt wussten wir auch noch nicht, dass die Fischereiverbände – wir wussten, dass sie geeinigt sind – unisono für die Aufhebung des Nachtangelverbots sind. Denn da gab es, wie gesagt, noch bis vor wenigen Monaten unterschiedliche Meinungen.

Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, werden wir dem folgen, was der Kollege Dr. Rapp vorhin gesagt hat: Wir werden das Thema im Laufe der Zeit – beide Koalitionspartner gemeinsam – betrachten, bewerten, auch Meinungen einholen und dann zum Ergebnis kommen, etwas zu ändern oder nichts zu ändern.

Aber das sind keine Glaubenskriege, und das sind auch keine ideologischen Grabenkämpfe, die da zu leisten sind, sondern einfach unterschiedliche Ansichten. Da gibt es Ansichten der Naturschützer, und es gibt Ansichten der Angler, der Nur-Angler und der Nutzer, wenn man so will, und man muss versuchen, beides gegeneinander abzuschichten.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Haben Sie eigentlich eine Ansicht?)

Wer verändert, Herr Kollege Kern, ist dann am Ende gegenüber beiden begründungspflichtig. Man kann das so oder so sehen.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Wie sehen Sie es?)

Es ist übrigens vollkommen egal, was meine persönliche Ansicht ist,

(Heiterkeit – Vereinzelt Beifall)

weil dies in dieser Frage gar nicht so bedeutsam ist. Ich lasse mich gern von sachlichen Argumenten leiten und nicht von aufgebrauchten FDP/DVP-Anträgen.

(Heiterkeit bei den Grünen)

Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, werden wir eines tun: Wir werden diesen Gesetzentwurf mit der parlamentarischen Mehrheit in diesem Hohen Haus ablehnen. Wir werden ihn im zuständigen Ausschuss beraten, und wir werden ihn dann anschließend ablehnen. Ich empfehle auch Ihnen die Ablehnung, weil das, was in dem Gesetzentwurf steht, für uns auch zu unausgegoren, zu wenig unterlegt und zu wenig untermauert ist

(Zuruf von der AfD: Bloß keine Regularien!)

und im Übrigen zu Beginn der Legislaturperiode auch ein falsches Signal einer jeglichen Regierung wäre, egal, wie sie zusammengesetzt ist. Wenn das das erste Gesetz wäre, das dieses Parlament verließ, dann wäre das das falsche Signal in Baden-Württemberg.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Zuruf des Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP)

**Präsidentin Muhterem Aras:** In der zweiten Runde erhält Herr Abg. Dr. Bullinger das Wort.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Fritz, du sollst nicht aufgebracht sein!)

**Abg. Dr. Friedrich Bullinger** FDP/DVP: Ich bin ein friedliebender Mensch, denn ich bin von Haus aus Bauer; das muss man wissen. Der kann mit der Natur umgehen. Aber ich möchte noch zwei, drei Dinge sagen.

Diese Diskussion hat gezeigt – das habe ich eigentlich nicht erwartet –, dass man, abgesehen von der SPD, auf die fachlichen Dinge, auf die Argumente, die ich klar und deutlich dargestellt habe, nicht eingegangen ist.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Zweiter Punkt: Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, dann haben Sie diesen mit dem, was Sie hier abgeliefert haben, geliefert, Herr Minister. Diese Aufgeregtheit und das Eindreschen auf die FDP/DVP zeigt doch nichts anderes als das, was wir schon zur Regierungserklärung gesagt haben: dass Sie überhaupt nichts durchgesetzt haben. Genau all die Dinge, die Sie in der letzten Legislaturperiode unterschrieben haben, sind in unserem Gesetzentwurf drin. Hoppla, nichts habt ihr durchgesetzt in diesem Bereich.

Jetzt kommt noch ein Abschlussatz: Meine Fraktion hier in diesem Haus braucht solche Belehrungen nicht. Welche Gesetze wir zu welchem Zeitpunkt einbringen werden, dazu brauchen wir nicht von der Regierungsbank irgendwelche Hinweise. Wenn, dann bitte von den Kollegen hier. Die können das sagen, aber nicht ein Minister.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Meine Damen und Herren, mir liegen

(Unruhe)

– ich darf um Ruhe bitten – keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache beendet.

Ich schlage vor, den Gesetzentwurf Drucksache 16/47 zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz zu überweisen. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Damit ist es so beschlossen.

Punkt 5 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

**Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Änderung des Bildungszeitgesetzes Baden-Württemberg (BzG BW) – Drucksache 16/54**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Zur Begründung erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Schweickert.

**Abg. Dr. Erik Schweickert** FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man die haukschen Kriterien – jetzt ist Minister Hauk leider nicht mehr da – für das Arbeitsprogramm der Regierung nimmt, heißt das: Der Koalitionsvertrag gibt vor, und es muss unterlegt sein. Schauen wir einmal, ob wir das jetzt hinkriegen. Denn wir legen Ihnen heute das Gesetz zur Änderung des Bildungszeitgesetzes Baden-Württemberg vor.

Wir würden uns nie trauen, irgendeinen Spaltpilz in diese Koalition zu treiben –

(Oh-Rufe – Weitere Zurufe)

zumindest nicht, wenn Sie zeigen, dass dieser Spaltpilz schon längst da ist.

(Beifall bei der FDP/DVP – Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Meine Damen und Herren, in der „Südwest Presse“ vom 17. Mai wird Frau Ministerin Dr. Hoffmeister-Kraut aus einem Interview, das in der „Stuttgarter Zeitung“ und in den „Stuttgarter Nachrichten“ unter dem Titel „Ich bin hier nicht die Quotenfrau“ erschienen ist, wie folgt zitiert:

*„Wir wollen erreichen, dass sich der Bildungsurlaub auf betriebsbezogene Fortbildungen konzentriert.“*

In demselben Artikel wird dargestellt, dass sie von der geschätzten Kollegin Lindlohr mit folgender Aussage zurückgepfiffen wird

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE unterhält sich mit weiteren Abgeordneten. – Zuruf: Andrea!)

– sie weiß, was sie gesagt hat –:

*„Die grün-schwarze Koalition wird das Bildungszeitgesetz wie vereinbart nach zwei Jahren ergebnisoffen überprüfen“, ...*

Das ist der erste Widerspruch. In solchen Fällen hilft es immer, einmal in den Koalitionsvertrag zu schauen, meine Damen und Herren. Dort steht auf Seite 90 Folgendes.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Findest du da was?)

– Ja, darin findet man etwas. – Dort steht:

*Wir werden überprüfen, ob das Bildungszeitgesetz diesen Anforderungen,*

– ich komme gleich darauf, welche dies sind –

*gerade im Hinblick auf die Interessen von Handwerk und Mittelstand, gerecht wird. Das Bildungszeitgesetz wird deshalb nach zwei Jahren evaluiert und novelliert.*

1 : 0 für die Frau Ministerin. Denn dort steht klar: Es wird evaluiert und danach geändert. An allen anderen Stellen, an denen Sie im Koalitionsvertrag schreiben, ergebnisoffen überprüfen zu wollen, steht nur etwas von „evaluieren“.

(Dr. Erik Schweickert)

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das war bestimmt ein Versehen!)

Ich kann Ihnen die Punkte gern nennen. So steht z. B. auf Seite 65 zum Thema „Kommunen und Kreise“:

*Dies werden wir fortlaufend evaluieren.*

Gestern Abend hat der Ministerpräsident beim Unternehmertag der Arbeitgeber gesagt, dass es Änderungen geben wird.

Dann sorgen wir doch dafür und geben Ihnen, der Koalition, jetzt die Chance, Klarheit zu schaffen,

(Beifall bei der FDP/DVP)

auch Klarheit für die Stärkung des Ehrenamts zu schaffen; denn das liegt uns, der FDP, am Herzen.

Deswegen haben wir in diesen Gesetzentwurf hineingeschrieben, dass – das betrifft § 3 Absatz 1 – der Anspruch auf Bildungszeit für Fortbildungsmaßnahmen mit Bezug auf ehrenamtliche Tätigkeiten bis zu drei Arbeitstage innerhalb eines Kalenderjahrs beträgt. Damit kann jeder Verband, jeder Verein mit Ehrenamtlichen seine Fortbildungen planen. Unabhängig davon, was Sie erst nach zwei Jahren evaluieren wollen, steht dann fest, was die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft und für die Ehrenamtler sind. Das ist das eine.

Zum anderen sind wir aber auch der Überzeugung, dass die Wirtschaft sehr wohl weiß, wie wichtig Fortbildung ist. Wir brauchen uns die Zahlen ja nur anzuschauen: Im Jahr 2014 haben 86 % der Unternehmen in Deutschland Weiterbildungsmaßnahmen angeboten. Die Länderzusatzstudie zum Adult Education Survey attestiert Baden-Württemberg 2014, dass drei Viertel der 18 bis 64 Jahre alten Arbeitnehmer an einer betrieblichen Weiterbildung teilgenommen haben. Die baden-württembergische Wirtschaft gibt in diesem Bereich ungefähr 4,7 Milliarden € aus. Da braucht sie keine Nachhilfe mehr von der Regierung, meine Damen und Herren; das können die selbst.

(Beifall bei der FDP/DVP – Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Wir sind ja auch für den Landshaushalt verantwortlich. Hier schlägt dieses Gesetz, wie es sich jetzt darstellt, nach Berechnungen mit 27,5 Millionen € zusätzlich zu Buche.

Lassen Sie uns das Bildungszeitgesetz zu dem machen, was es eigentlich sein sollte, nämlich ein Gesetz für die Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Stärkung des Ehrenamts, aber nicht zu dem, was Sie z. B. unter „bildungsurlaub.de“ buchen können. Falls Sie nächste Woche Zeit haben: Vom 30. Juni bis 4. Juli findet eine viertägige Busreise „Salzburg – Stadt der Festspiele“ statt. Und wer es gern etwas weiter hätte: „Erlebnis Vietnam“ mit dem Bildungswerk der AWO; da kann man dann auch gleich einen Erholungsurlaub anschließen.

(Heiterkeit des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, das sind die Auswüchse, die diese unklare Regelung hat. Deswegen haben wir heute die Mög-

lichkeit, diesem Spuk durch ein klares Votum und eine Beratung im Ausschuss ein Ende zu bereiten.

(Beifall bei der FDP/DVP – Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Wir können uns natürlich lange darüber unterhalten, wie das Gesetz zustande gekommen ist. Es spricht ja auch einiges dafür, dass die damalige, grün-rote Koalition der entsprechenden alten Forderung der Gewerkschaft nachgegeben hat. Aber Sie müssen sich auch einmal die Pressemitteilungen der Landfrauen oder von anderen anschauen. Diese Äußerungen zeigen, dass eigentlich doch klar ist, in welche Richtung man gehen möchte: Man möchte es nämlich ändern. Schauen Sie sich an, was in Ihrem eigenen Koalitionsvertrag steht:

*Von den Tarifparteien erwarten wir, dass sie die Qualifizierung von un- und angelernten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern systematisch angehen. Sowohl die Aus- wie die Weiterbildung müssen vom Land wie von den Tarifparteien auf die Anforderungen der Digitalisierung ausgerichtet werden.*

*Wir werden überprüfen, ob das Bildungszeitgesetz diesen Anforderungen, gerade im Hinblick auf die Interessen von Handwerk und Mittelstand, gerecht wird.*

Darin steht nichts von Ehrenamt, meine Damen und Herren. Darin steht klar, wohin sich der Zug bewegen wird. Deswegen: Geben Sie heute Klarheit, und sagen Sie, wohin Sie wollen. Beziehen Sie Position! Dann können die Verbände und die Wirtschaft planen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ich schließe mit dem, mit dem ich angefangen habe. Wir würden es uns nie trauen, einen Spaltpilz in die Koalition zu treiben.

(Lachen des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Zeigen Sie, wohin der Weg gehen soll! Lassen Sie uns jetzt diese Grundlagen festschreiben und damit das Ehrenamt stärken. Wenn Sie in Ihre Sportvereine gehen, schauen Sie sich die Bildungspläne an. Diese Vereine fangen heute an und planen die Fortbildung der Trainer. Sie fangen heute an und planen, wie sie das in die Jahresplanung einbringen können. Meine Damen und Herren, wir können uns keine zweijährige Hängepartie leisten, bei der wir nachher nicht wissen, was dabei herauskommt. Wenn wir doch wissen, was dabei herauskommt, können wir das Ganze im Sinne von Frau Ministerin Hoffmeister-Kraut gleich heute beschließen. Ich freue mich insbesondere auf die Unterstützung der CDU, weil ich sicher bin, sie wird Ihrer Ministerin mehr zugestehen als nur eine Ankündigung.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Kollegin Lindlohr das Wort.

**Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Unsere Arbeitswelt wandelt sich. Dabei gilt: Wissen ist die wichtigste Ressource unseres Wirt-

(Andrea Lindlohr)

schaftsstandorts. Deshalb brauchen wir in Baden-Württemberg mehr Weiterbildung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Dabei ist die Bildungszeit ein mögliches Instrument.

Da wir vorhin in der Abteilung vermeintlicher Widersprüche waren, weise ich gern auf den Grundwiderspruch hin, den Kollege Schweickert, der den Gesetzentwurf der FDP/DVP eingebracht hat, aufgemacht hat. Denn der Inhalt des Gesetzentwurfs der FDP/DVP ist in erster Linie, die politische Weiterbildung aus dem Katalog der Bildungszeit zu streichen. In Ihrer Rede haben Sie aber vorhin gesagt: „Lassen Sie uns dem Spuk ein Ende bereiten!“ Wofür stehen Sie eigentlich, für das FDP-Wahlprogramm – Bildungszeit abschaffen – oder für Ihren Gesetzentwurf? Das kann ich leider noch gar nicht erkennen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Bildungszeit gibt es nun seit gut einem Jahr. Sie hat erstmals einen individuellen, einen eigenständigen Anspruch der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf eine Freistellung für bestimmte Bildungsinhalte verankert. Das geltende Gesetz hat drei Geltungsbereiche: die berufliche Bildung, die politische Bildung und die Bildung zur Qualifizierung im Ehrenamt.

Als Teil der damaligen Mehrheit dieses Hauses haben wir darauf Wert gelegt, dass in das Gesetz, das für die Arbeitgeber eine Pflicht zur Freistellung bedeutet, Qualitätskriterien einbezogen werden. Daher, Kollege Schweickert, gibt es im Bildungszeitgesetz Baden-Württemberg einen Negativkatalog, in dem all das steht, was keine Bildungszeit darstellt. Durch Ihren – in diesem Fall leicht polemischen – Verweis auf eine bundesweite Homepage haben Sie das leider in der Sache verwischt. Ich empfehle Ihnen einen Blick ins gültige Gesetz, das Sie zu ändern suchen. In § 6 Absatz 2 – Bildungsmaßnahmen – steht:

*Keine Bildungsmaßnahmen im Sinne dieses Gesetzes sind Veranstaltungen, ...*

*3. die der Erholung, der Unterhaltung, der privaten Haushaltsführung oder der Körperpflege dienen,*

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Aha!)

*4. die der sportlichen, künstlerischen oder kunsthandwerklichen Betätigung dienen, ...*

Werfen Sie uns also nicht Inhalte von Gesetzen anderer Länder vor, die hier nicht gelten. Dann haben Sie Ihre Arbeit nicht wirklich gemacht.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Die Qualifizierung zum Ehrenamt, ein recht komplizierter Bereich, regelt eine Verordnung mit einem Positivkatalog, die erst seit dem 1. Januar gilt.

Daran sehen Sie: Wie die Bildungszeit wirkt, kann zum jetzigen Zeitpunkt noch niemand seriös feststellen. Das war letztlich auch das Ergebnis der Pressekonferenz des Bündnisses für Bildungszeit in dieser Woche. Dort haben sich die Gewerkschaften, der Volkshochschulverband und die Mitglieder dieses Bündnisses für die Bildungszeit eingesetzt. Parallel haben

sich die Arbeitgeberverbände negativ geäußert. So gesehen ist noch alles beim Alten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, für uns ist klar: Damit die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dem schnellen technologischen Wandel gewachsen sind, brauchen wir mehr Weiterbildung in Baden-Württemberg. Uns ist dabei wichtig, dass gerade die Un- und Angelernten erreicht werden. Eine klug konzipierte Bildungszeit kann dazu beitragen. Dazu sollte die Weiterbildung aber nicht nur die aktuelle Technik im Auge haben, sondern Schlüsselqualifikationen vermitteln, die man auch auf anderen Arbeitsplätzen gebrauchen kann.

Ob dies in der Praxis der Bildungszeit auch geschieht, wissen wir noch nicht. Aber es ist ein Beispiel dafür, worauf wir Grünen bei der anstehenden Evaluierung des Bildungszeitgesetzes Wert legen. Wir stehen zu der mit der CDU vereinbarten Evaluation des Bildungszeitgesetzes nach zwei Jahren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die grün-schwarze Koalition hält Qualifizierung und Weiterbildung für Schlüsselfaktoren unseres zukünftigen Wohlstands und für einen wichtigen Beitrag zur Chancengerechtigkeit. Die wichtigste Rolle dabei haben natürlich die Sozialpartner. Aber das Land muss Stifter und Treiber einer nachhaltigen Weiterbildung sein. Das ist ja auch schon lange in unserem Land verankert.

Darum freue ich mich, dass wir die Allianz für Fachkräfte zielgerichtet weiterführen werden. Darum ist es richtig, dass die grün-schwarze Koalition vereinbart hat, das lebenslange Lernen im Bereich der Digitalisierung besonders voranzutreiben. Wir freuen uns auf die Vorschläge, die die Landesregierung in diesem Haus dafür machen wird.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir gehen nun in die weitere Beratung des Gesetzentwurfs der FDP/DVP-Fraktion. Der Gesetzentwurf ist formal völlig korrekt. Inhaltlich hat er eine Besonderheit: Er ist ein taktischer Gesetzentwurf; denn die FDP/DVP will ja die Bildungszeit eigentlich komplett abschaffen. Die FDP/DVP-Fraktion hat in der Sache also eine andere Meinung als die, die Sie hier mit dem Gesetzentwurf einbringen. Das ist legitim und auch kein Problem. Es ist aber genauso legitim, dass wir, die grün-schwarze Koalition, Ihnen auf Ihren taktischen Gesetzentwurf mit unserem Verfahrensvorschlag antworten. Das ist die Evaluation nach einer sachgerechten Zeit. Darauf können sich die Betroffenen verlassen, und so werden wir, die grün-schwarze Koalition, vorgehen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort dem Kollegen Paal.

**Abg. Claus Paal** CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Bildungszeitgesetz bewegt die Gemüter in Baden-Württemberg. Die Gewerkschaften wollen es erhalten, die Arbeitgeber, die es schon spüren, wo es schon angekommen ist, wollen es loswerden oder verändern, und die FDP/DVP gibt uns Gelegenheit, darüber zu sprechen.

Herr Kollege Dr. Schweickert, Frau Lindlohr hat es gerade gesagt: Wie wichtig die zwei Jahre bis zur Evaluierung sind

(Claus Paal)

– das gleich vorneweg –, wird auch daran deutlich, dass die FDP im Wahlkampf die Abschaffung des Bildungszeitgesetzes gefordert hat und jetzt eine Veränderung will. Wir geben Ihnen mit diesen zwei Jahren Zeit, dass Sie letztendlich Ihre Meinungsbildung abschließen, ob Sie das Gesetz abschaffen wollen oder an einer Überprüfung und Evaluierung mitmachen wollen.

Zunächst einige wichtige Fakten aus Baden-Württemberg: Die Betriebe in Baden-Württemberg sind vorbildlich unterwegs, was das Thema Weiterbildung angeht. Mit 61 % haben sie die beste Weiterbildungsquote in Deutschland. In 86 % der Betriebe der Metall- und Elektroindustrie werden Weiterbildungsmaßnahmen angeboten. Bei Betrieben mit mehr als 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern werden 100 % der Mitarbeiterschaft weitergebildet.

Deshalb ein ganz großes Lob von dieser Stelle aus an die Betriebe in unserem Land, die dieses wichtige Thema ganz oben auf der Prioritätenliste haben, und auch ein Lob an diejenigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die diese Angebote auch annehmen. Beide, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sind damit am Puls der Zeit und wissen am besten, dass die Weiterbildung ein zentraler Erfolgsfaktor ist.

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

Denn die Digitalisierung – Kollegin Lindlohr hat es gerade angesprochen – wird eine der Zukunftsaufgaben dieses Jahrhunderts. Der digitale Wandel wird alle Bereiche unserer Wirtschaft erfassen. Klar ist: Neue Technologien erfordern von Fachkräften neue Qualifikationen, und mit der zunehmenden Durchdringung fast aller Branchen durch digitale Technik, durch digitale Systeme müssen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fit gemacht werden.

Aber – das sage ich auch in aller Deutlichkeit – die Unternehmer wissen natürlich selbst am besten, wie sie ihr Unternehmen fit für die Zukunft machen; zumindest die erfolgreichen Unternehmer wissen das.

Das Stichwort hierzu lautet „Soziale Marktwirtschaft“ bzw. „Soziale ökologische Marktwirtschaft“, wie es im Koalitionsvertrag richtig steht. Sie sorgt dafür, dass Unternehmen, die dafür Sorge tragen, dass ihre Mitarbeiter motiviert, fair bezahlt und auch gut geschult sind, erfolgreicher sind als andere.

Im vergangenen Jahr hat das meiner Ansicht nach sozialdemokratische Projekt Bildungszeitgesetz für Unruhe beim Thema Weiterbildung gesorgt. Arbeitnehmern wird mit dem Bildungszeitgesetz ein weites Spektrum an Bildungsangeboten während der Arbeitszeit ermöglicht auf Kosten der Unternehmen, die ihre Arbeitnehmer für bis zu fünf Tage bezahlt freistellen müssen. Das sehen wir, die CDU-Landtagsfraktion, nach wie vor kritisch. Ich habe an dieser Stelle bereits darüber gesprochen. Das Gesetz geht zu weit über die berufliche Bildung hinaus. Dabei war damals wie heute klar: Der Staat greift in eine gewachsene Kultur des Miteinanders in den Betrieben in unserem Land ein – vieles geschieht dort schon heute freiwillig, und zwar erfolgreich freiwillig, und es ist ein Eingriff in eine funktionierende Tarifpartnerschaft.

Dennoch sollten wir – da waren wir uns bei den Koalitionsverhandlungen sehr schnell einig – Schnellschüsse vermei-

den. Wir möchten sorgfältig beobachten, welche Konsequenzen sich aus dem Gesetz ergeben. So möchten wir klären, inwieweit der Bildungsurlaub tatsächlich in Anspruch genommen wird, ob das Gesetz zu Missbrauch verlockt, ob es gute Entwicklungen gibt – das kann auch passieren –, die wir weiter unterstützen wollen, und ob es von Interessengruppen einseitig genutzt wird. Wir werden überprüfen, ob das Bildungszeitgesetz gerade im Hinblick auf die Interessen von Handwerk und Mittelstand den Anforderungen gerecht wird.

Deshalb haben wir eine Evaluation des Gesetzes in zwei Jahren vereinbart. Erst dann können wir sehen, was falsch und was richtig ist, und dazu steht die CDU-Landtagsfraktion.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen  
– Abg. Tobias Wald CDU: Sehr gut!)

Noch ein Wort zum Ehrenamt: Auch mich haben Briefe von Ehrenamtlichen, z. B. von den Landfrauen, erreicht. Sie haben Sorge um die Unterstützung beim Thema Weiterbildung. Wir verstehen das, aber die Unterstützung hängt sicher nicht an diesem Gesetz, die Unterstützung gab es auch vorher. Wir müssen schon hinschauen, dass die Betriebe nicht überlastet werden. Damit wäre niemandem geholfen. Klar ist, Betätigung im Ehrenamt ist ein unschätzbare Mehrwert für unsere Gesellschaft und verdient jede Art von Unterstützung. Auch hier ist übrigens Baden-Württemberg Vorbild. Deshalb haben wir die Förderung dieses Engagements als Staatsziel aufgenommen, und deshalb gibt es seit 2007 ein Gesetz zur Stärkung des Ehrenamts, das auch diese Freistellungen ermöglicht.

Abschließend ein Appell an die Unternehmen: Lassen Sie nicht nach! Bilden Sie Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiter! Geschulte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind ein Kapital für die Zukunft und in Zukunft noch viel wichtiger als heute. In zwei Jahren schauen wir uns dieses Gesetz nochmals an.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die AfD-Fraktion erteile ich Frau Kollegin Wolle das Wort.

(Beifall bei der AfD)

**Abg. Carola Wolle** AfD: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es müsse unser Anspruch sein, das Bild „Baden-Württemberg 2025“ zu malen; so sagte Herr Dr. Reinhart – vielleicht erinnern Sie sich an diese Worte –, nachdem Herr Kretschmann seine Regierungserklärung gesprochen hatte.

(Abg. Winfried Mack CDU: Ja! Sehr weise Worte!)

Ich bin der festen Überzeugung, dass allein ein Bild zu malen nicht reicht. Wir müssen ein Fundament schaffen, ein Fundament für Baden-Württemberg, das unser Land auch in Zukunft zu einem der führenden Bundesländer in Deutschland macht, wenn nicht sogar zu dem führenden Bundesland in Deutschland.

Bildungsland Baden-Württemberg – haben wir uns das nicht schon lange auf die Fahnen geschrieben? Zu Recht. Denn Bil-

(Carola Wolle)

derung hat die Kraft, die Welt zu verändern, und nur wer bereit ist, sich individuell weiterzubilden, der kann sein volles Potenzial entfalten. Denn die immer schneller voranschreitende technische Entwicklung und die Globalisierung der Märkte stellen Unternehmen und Mitarbeiter vor immer neue Herausforderungen.

Lebenslanges Lernen ist daher die Devise und heute mehr denn je eine Garantie für einen sicheren Arbeitsplatz und den beruflichen Erfolg. Darum bin ich froh, dass wir in Baden-Württemberg eine Möglichkeit geschaffen haben, bei der sich Beschäftigte auch während des Berufs problemlos weiterbilden können. Nach meiner Erfahrung sind es insbesondere ältere Arbeitnehmer, die oft von der Weiterbildung in den Unternehmen ausgeschlossen sind.

Doch Bildung ist nicht gleich Bildung. Wenn ein Unternehmen auf eine wichtige Arbeitskraft verzichtet, dann muss sich diese Investition für dieses Unternehmen auch lohnen. Es kann nicht sein, dass sich der Arbeitnehmer auf Kosten des Arbeitgebers weiterbildet und dieses Wissen nachher nicht gewinnbringend in das Unternehmen einbringt.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Es kann nicht sein, dass eine Buchhalterin einen Sprachkurs macht, den sie nie braucht.

Das Bildungszeitgesetz trat am 1. Juli 2015 in Kraft. Die Auswirkungen dieses Gesetzes wollte die damalige Regierung nach einem Erfahrungszeitraum von zwei Jahren überprüfen. Herr Kretschmann ist jetzt leider nicht da, ich hoffe aber, dass dies nicht seine Art der ruhigen Hand ist, welche er in Sachen Bildung angekündigt hat.

Das Gesetz ist bereits eine gute Basis. Es bedarf aber dringender Korrekturen, um die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in Baden-Württemberg weiter zu stärken. Daher ist der Gesetzentwurf der Fraktion der FDP/DVP eine dringend benötigte Verbesserung des bereits bestehenden Gesetzes. Wir stimmen daher diesem Entwurf zu.

Meiner Meinung nach müssen wir einen Schritt weiter gehen. Gerade kleine und mittlere Unternehmen dürfen in ihrer wirtschaftlichen Existenz nicht durch ein solches Gesetz gefährdet werden. Das heißt: Wir müssen Möglichkeiten schaffen, dass kleine und mittlere Unternehmen nicht durch ein solches Gesetz in eine finanzielle Schieflage geraten. Gerade für kleine und mittlere Unternehmen ist der Ausfall eines Mitarbeiters für ein paar Tage oft schon ein hohes Risiko.

Die bisherigen Ausnahmeregelungen reichen daher unseres Erachtens nicht aus. Hier müssen wir einfachere Lösungen anbieten, von denen sowohl Arbeitnehmer als auch Arbeitgeber profitieren. Ich freue mich darauf, dies gemeinsam mit Ihnen im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau zu besprechen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort dem Kollegen Dr. Fulst-Blei.

**Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei** SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Kann man überrascht sein, dass so ein Vorschlag heute von der FDP/DVP kommt? Nicht wirklich, wenn man weiß, wie die FDP/DVP gerade immer wieder versucht hat, einem modernen Vorhaben, einem Vorhaben, bei dem Baden-Württemberg die Jahre zuvor großen Nachholbedarf hatte, nämlich wie in fast allen Bundesländern endlich auch bei uns ein Bildungszeitgesetz zu verankern, Steine in den Weg zu legen.

Es kann mich jetzt auch nicht besonders überraschen, dass der Vorschlag, in diesem Katalog die gesellschaftspolitische Bildung abzuschaffen, von Ihrer Seite kommt. Dabei vermute ich – Kollegin Lindlohr hat an dieser Stelle meines Wissens schon einmal einen Hinweis gegeben –, dass es Ihnen, Kollege Schweickert, wenn Sie von Bildungsurlaubsangeboten in Reisekatalogen sprechen, um Angebote für Maßnahmen geht, die auch eine steuerliche Absetzbarkeit ermöglichen. Das betrifft die Freiberufler. Das hat mit unserem Bildungszeitgesetz überhaupt nichts zu tun. Ich bitte Sie, das in der Diskussion einfach zur Kenntnis zu nehmen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Aber das andere ist: Ich finde es schon bemerkenswert, dass Sie sich hier vorn hinstellen und sagen: „Wir wollen das Ehrenamt stärken.“ Ihre Stärkung des Ehrenamts heißt Streichung. Warum wollen Sie denn den Anspruch an Tagen für ehrenamtliche Qualifikation im Bildungszeitgesetz um 40 % reduzieren? Da müssen Sie mir einmal erklären, wie das durchgehen soll. Denn das hat nichts mit Stärkung zu tun. Das hat an dieser Stelle mit Rückkürzung, mit Streichung zu tun.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Streichungen zurücknehmen heißt das!)

Der FDP/DVP-Antrag – Sie haben es ausgeführt – fällt nicht vom Himmel. Vielmehr hat man natürlich auch eine Steilvorlage bekommen, wenn die neue Wirtschaftsministerin in ihrer ersten für mich wahrnehmbaren konkreten inhaltlichen Aussage sagt – wie jetzt beispielsweise in der „Stuttgarter Zeitung“ am 28. Juni rezitiert –, dass sie erreichen will, dass sich die Bildungszeit auf betriebsbezogene Fortbildungen konzentriert.

Im Klartext heißt diese Idee, darüber nachzudenken, Einschnitte im Bereich der Beschäftigungsrechte vorzunehmen, eben auch im Bereich des Anspruchs auf politische Weiterbildung. Dies richtet sich umso mehr aber auch – für mich bemerkenswert – gegen zahlreiche Ehrenamtliche und ehrenamtlich arbeitende Organisationen.

Stellen wir uns das einmal vor: Wir konzentrieren uns also auf die berufliche Bildung. Was passiert dann mit dem Ehrenamt? Nicht zuletzt die Landfrauen, die auch bei dem Bündnis sehr aktiv waren, haben gestern noch einmal sehr eindringlich darauf hingewiesen – ich zitiere –:

*Die Einführung der Bildungszeit auch für ehrenamtliche Qualifizierungen im Januar 2016 war ein wichtiges Signal zur Stärkung des Ehrenamts in Baden-Württemberg.*

Weiter unten heißt es in der Pressemitteilung:

*Gerade im ländlichen Raum wären wertvolle Angebote im sozialen, kulturellen und gesellschaftlichen Bereich*

(Dr. Stefan Fulst-Blei)

*ohne das gemeinwohlorientierte, freiwillige Engagement von Bürgerinnen und Bürgern nicht vorhanden. Nicht zuletzt bei der Bewältigung des großen Zustroms an Flüchtlingen hat sich wieder gezeigt, wie wertvoll das Ehrenamt für unser Land ist. Die zukunftsorientierte Weiterentwicklung des Ehrenamts ist nur mit Qualifizierungen möglich. Die Streichung oder Kürzung der gerade erst eingeführten Bildungszeit für ehrenamtliche Weiterbildungen wäre ein Rückschritt und eine Demotivation des Ehrenamts in Baden-Württemberg.*

Das heißt nichts anderes, als dass Ihre Aussage zumindest draußen so verstanden wird, dass sie sich gegen die ehrenamtliche Arbeit, gegen ehrenamtliche Qualifizierung richtet: gegen die Landfrauen, gegen die Feuerwehr, gegen die Kirchen, gegen die Gewerkschaften, gegen Sportvereine, gegen Volkshochschulen. Ich fordere Sie ausdrücklich auf, nachher hier an dieser Stelle sofort klarzustellen, wie Sie das meinen.

Es kann nicht sein, dass wir hier eine Politikmaßnahme ins Auge fassen, um das Ehrenamt in Baden-Württemberg zu schwächen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Die Frage in den Raum zu stellen, inwiefern wir bei Maßnahmen zur politischen Bildung Rückschritte vornehmen sollen, finde ich schon bemerkenswert. Ich finde das bemerkenswert vor dem Hintergrund unserer „Brexit“-Debatte, in der wir darüber diskutiert haben, dass es gerade darum geht, Verständnis aufzubauen oder zu entwickeln und Hintergründe zu erläutern. Vor drei Wochen haben wir hier im Landtag eine Debatte über Holocaust-Verharmloser geführt. In ganz Europa sind Populisten mit Lügen auf dem Vormarsch.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Da kann es doch nicht sein, dass wir über weniger politische Bildung reden. Wir müssen über mehr politische Bildung in unserem Land sprechen. Das Bildungszeitgesetz ist eine Möglichkeit hierzu.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Daher haben wir in den nächsten zwei Jahren sicherlich auch ein besonderes Augenmerk auf die grün-schwarze Koalition. Ich kann sagen, gegenüber der CDU habe ich eine gewisse Erwartungshaltung, aber das ist auch gegenüber den Grünen eine klare Ansage.

Kollegin Lindlohr, ich habe genau zugehört. Sie haben sich zwar auf politische Bildung bezogen, aber der größte Teil – übrigens auch in Ihren Presseverlautbarungen – thematisiert die berufliche Qualifikation. An einer Stelle haben Sie noch Schlüsselqualifikationen erwähnt. Soweit ich gesehen habe, ist die politische Bildung zumindest nicht besonders belichtet, um es einmal so auszudrücken.

Ich kann Ihnen klar sagen: In Ihrem Koalitionsvertrag kommen so oft die Stichworte „evaluieren“, „prüfen“ und „Schau’n wir mal“ vor. Wir aber werden an dieser Stelle wirklich ganz genau hinschauen, inwiefern Sie das Thema „Politische Bildung“ verteidigen.

Wir sind der festen Überzeugung, dass lebenslanges Lernen auch hier der Gesellschaft und damit übrigens auch der Wirt-

schaft dient. Also eine klare Ansage seitens der SPD, auch für die anstehenden Beratungen: Finger weg vom Bildungszeitgesetz!

Danke.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die Landesregierung erteile ich Frau Ministerin Dr. Hoffmeister-Kraut das Wort.

**Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut:**

Sehr geehrter Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Von Anfang an war dieses Gesetz politisch umstritten und wurde sehr kontrovers diskutiert. Das zeigt sich schon, wenn man sich die Sitzungsprotokolle, die während des Gesetzgebungsverfahrens geschrieben wurden, detailliert anschaut. Auch im Austausch mit allen – ich betone: allen – Betroffenen gibt es eine breite Meinungsvielfalt.

Unbestritten ist, dass Baden-Württemberg schon vor diesem Gesetz auf einem Spitzenplatz bei der beruflichen Bildung und Weiterbildung war.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Die Koalitionspartner haben sich darauf verständigt, die Evaluierung bereits nach zwei Jahren durchzuführen. Nach den ursprünglichen Planungen sollten die Auswirkungen des Gesetzes erst nach einem Erfahrungszeitraum von vier Jahren überprüft werden.

Meine Damen und Herren, die FDP/DVP-Fraktion hat ihren Vorstoß mit meinen Aussagen zum Bildungszeitgesetz begründet. In der Tat habe ich zu diesem Gesetz Stellung genommen. Nun freue ich mich natürlich sehr darüber, dass die FDP/DVP-Opposition meine Denkanstöße und Impulse aufgreift.

(Beifall der Abg. Nicole Razavi CDU – Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Sehr gern!)

So viel Unterstützung aus den Oppositionsreihen hätte ich mir nicht träumen lassen, und ich hoffe, dass Sie mich weiterhin positiv begleiten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wenn Sie jetzt mitmachen! – Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Wir sind eine konstruktive Opposition!)

– So soll es sein. – Aber mit diesem Vorstoß kommen Sie zu früh.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aha!)

Denn dieses sehr junge Gesetz werden wir intensiv prüfen. Dies geht eben nur, wenn es auch über einen bestimmten Zeitraum in Kraft gewesen ist. Deshalb will die Landesregierung die vereinbarten zwei Jahre ins Land ziehen lassen. Wir werden diese Zeit nutzen, um Erfahrungen mit dem Bildungszeitgesetz Baden-Württemberg zu sammeln. Die Ergebnisse dieser Prüfung dienen dazu, eine Entscheidungsgrundlage zu schaffen, die es uns ermöglicht, Lösungsvorschläge zu erarbeiten, mit denen alle Interessierten leben können.

(Ministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut)

Die Kolleginnen und Kollegen der SPD möchte ich daran erinnern, dass auch sie eine Evaluierung vorgesehen haben – wenn auch erst nach vier und nicht nach zwei Jahren.

Wir werden mit allen – ich betone noch einmal: mit allen – Betroffenen und Verantwortlichen die Erfahrungen mit dem Bildungszeitgesetz diskutieren und dann fundierte Entscheidungen treffen, inwieweit das Bildungszeitgesetz Baden-Württemberg in einem entsprechenden Gesetzgebungsverfahren geändert und nachgebessert werden muss –

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

nicht mehr, aber auch nicht weniger. Und über das Knie brechen werden wir nichts, schon gar nicht heute.

Auch aus Ihrer Sicht, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP/DVP, wäre es wohl besser gewesen, etwas mehr Sorgfalt vor Schnelligkeit walten zu lassen. Denn Ihren Gesetzentwurf könnte man juristisch durchaus auch so interpretieren, dass am Ende drei zusätzliche Tage Bildungszeit herauskommen.

(Abg. Winfried Mack CDU: Hört, hört! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Man muss schon kreativ sein!)

Das wollen wir auf gar keinen Fall.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich noch einmal Herrn Kollegen Professor Dr. Schweickert das Wort.

**Abg. Dr. Erik Schweickert** FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich freue mich, wenn ich von der Regierungsbank höre, dass die FDP/DVP der Zeit voraus ist. Ja, wir haben mit diesem Gesetzentwurf etwas vorgelegt, was eigentlich zustimmungsfähig ist.

(Zuruf: Avantgardisten!)

Frau Kollegin Lindlohr, die Situation, wenn man einen Gesetzentwurf vorgelegt bekommt und diesem mit der Faust in der Tasche zustimmen muss, nennt sich Regierungskoalition.

(Heiterkeit des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Wir, die FDP/DVP, werden einem Gesetzentwurf, den wir selbst einbringen, mit Überzeugung zustimmen. Gehen Sie deswegen davon aus: Das ist unsere Position. Dafür streiten wir. Wenn wir damit etwas zu früh dran sind,

(Zuruf der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE)

dann ist das eben schade, weil den Unternehmen und vor allem den Verbänden dadurch Planungssicherheit entgeht.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: War die alte Position Wahlkampfgetöse?)

Dazu werden Kosten produziert. Aber wir werden ja die Freude haben, das Ganze noch weiter diskutieren zu können. Ich freue mich auf den Austausch mit Ihnen allen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Die Redezeit ist erschöpft. Damit ist die Aussprache beendet.

Ich schlage vor, den Gesetzentwurf Drucksache 16/54 zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau zu überweisen. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Punkt 6 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

**Antrag der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – Anpassung der Abgeordnetenentschädigung – Drucksache 16/227**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Antrag wurde gestern Abend an alle Fraktionen verteilt. Ziel war, wie auch im Präsidium besprochen, diesen Antrag als interfraktionellen Antrag einzubringen. Das ist leider nicht gelungen.

Gemäß § 42 Absatz 2 der Geschäftsordnung beginnt die Beratung frühestens am dritten Tag nach Verteilung der Drucksache an die Fraktionsgeschäftsstellen, wenn der Landtag nichts anderes beschließt. Da nur vier Fraktionen dem Antrag beigetreten sind und sich eine Fraktion gegen die kurzfristige Behandlung im Plenum gewandt hat, lasse ich zunächst über die Fristverkürzung abstimmen. Wer der Fristverkürzung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist der Fristverkürzung mehrheitlich zugestimmt.

Die antragstellenden Fraktionen sind übereingekommen, die Begründung des Antrags in ihre Ausführungen zu integrieren.

Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Kollegen Sckerl das Wort.

**Abg. Hans-Ulrich Sckerl** GRÜNE: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Geschichte der Abgeordnetenentschädigung ist so alt wie die Demokratie selbst. Seit der Erfindung der Demokratie im alten Athen müssen Abgeordnete immer mit Klagen über angeblich zu hohe Diäten leben. Für den Besuch der athenischen Volksversammlung Ekklesia wurde seit etwa 395 vor Christus erstmals eine Entschädigung, das sogenannte Ekklesiastikon, gezahlt. Damals entsprach das rund 200 Drachmen im Jahr.

Auch wenn die athenische Volksversammlung wenig mit dem heutigen Landtag zu tun hat, wurden die Entschädigungen auch damals von der griechischen Bevölkerung sehr misstrauisch beäugt.

(Unruhe)

Es hat in der Geschichte des Parlamentarismus lange gedauert, in Deutschland bis 1906, bis ein teilweise bestehendes Diätenverbot, eingeführt 1871, aufgehoben wurde. Erst 1949 wurde im Grundgesetz zum ersten Mal tatsächlich eine Abgeordnetenentschädigung festgeschrieben. Die Abgeordneten haben also einen langen Weg zurücklegen müssen, um eine

(Hans-Ulrich Sckerl)

Grundlage für die unabhängige Ausübung ihres Mandats zu erreichen.

Ein Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg bekommt heute vor Anpassung zum 1. Juli monatlich 7 448 €, genannt Entschädigung. Diese wird als Entgelt für die Ausübung des Mandats gezahlt, das laut Bundesverfassungsgericht als berufliche Tätigkeit einzustufen ist. Die Summe muss selbstverständlich versteuert werden. Es gibt im Landtag kein 13. Monatsgehalt. Außerdem gibt es Aufwandsentschädigungen bzw. Kostenpauschalen, die Geld- und Sachleistungen umfassen.

Wir sind es gewohnt, mit diesen Fragen sehr transparent und offen umzugehen. Ich glaube, wir sind auch eine der wenigen Berufsgruppen in Deutschland, bei denen das Gehalt im Gesetz regelmäßig in allen Einzelheiten nachgelesen werden kann, Stichwort Abgeordnetengesetz Baden-Württemberg.

Um es für meine Fraktion deutlich zu sagen: Wir halten eine Entschädigung in dieser Höhe für angemessen. Sie bildet für uns eine wesentliche Voraussetzung, um qualitativ gut und angemessen, die Interessen der Bevölkerung jederzeit vertretend eine unabhängige Ausübung des Abgeordnetenmandats sicherzustellen.

Im Vergleich mit anderen Bundesländern, liebe Kolleginnen und Kollegen, bewegen wir uns im Mittelfeld; im Vergleich der Bundesländer, was die Grundentschädigung betrifft, befinden wir uns auf Platz 6. Die Diäten in anderen Bundesländern sind zum Teil deutlich höher. Das streben wir aber gar nicht an.

Nach wie vor ist der Gesamtbetrieb Landtag von Baden-Württemberg für die steuerzahlenden Bürgerinnen und Bürger eine kostengünstige Einrichtung. Das zeigen alle Vergleiche der Kosten, die ein Landtag für die Gemeinschaft der steuerzahlenden Bürgerinnen und Bürger verursacht.

Grundlage für die Bemessung der Abgeordnetenbezüge ist seit 2005 das sogenannte Indexierungsverfahren. Das haben wir zwei Mal, nämlich 2006 und 2011, bestätigt. Es war der Wunsch und die kluge politische Entscheidung dieses Landtags, dass nicht mehr die Abgeordneten selbst über die Höhe ihrer Diäten entscheiden, was immer Missfallen erzeugt hat, sondern dass das Statistische Landesamt dem Landtag eine Maßzahl mitteilt, die sich nach der allgemeinen Einkommensentwicklung in der Wirtschaft, aber auch im öffentlichen Dienst während des Zeitraums eines Jahres bemisst.

Wir meinen, das Verfahren hat sich bewährt, es ist transparent, es ist für alle Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbar. Man kann sich die Daten selbstverständlich zu Gemüte führen, man kann es nachprüfen. Der Geschmack der Selbstbedienung ist weg. Das ist, glaube ich, auch unsere Erfahrung. Die großen Auseinandersetzungen und Diskussionen um die Abgeordnetenentschädigung in Baden-Württemberg sind seitdem Teil der Vergangenheit. Ich glaube, wir waren gut beraten, das so zu tun, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP)

Aus diesem Grund befürworten wir die Fortsetzung des Indexierungsverfahrens auch für die 16. Wahlperiode, die jetzt vor uns liegt. Der gemeinsame Antrag der Fraktion GRÜNE, der

Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD und Fraktion der FDP/DVP gibt das auch wieder.

Gleichzeitig ist es natürlich richtig: Das Indexierungsverfahren besteht nun seit elf Jahren. Damals waren wir Pioniere. Bis heute sind uns viele gefolgt. Schauen Sie sich das einmal an: Im Vergleich der Entschädigungssysteme der Landtage sind fast alle weg vom System der jährlichen Selbstentscheidung und alle hin zu einem Indexierungsverfahren oder einem ähnlichen Verfahren, das sich an der allgemeinen Einkommensentwicklung, am Richtereinkommen oder woran auch immer ausrichtet. Die Bandbreite ist sehr groß.

Meine Fraktion hält es deshalb auch für richtig, in aller Ruhe und ohne jede Aufregung eine Evaluation durchzuführen, dieses System zu überprüfen, es mit anderen Systemen zu vergleichen und rechtzeitig vor dem Sommer 2017 zu einem Ergebnis zu kommen und dann die Frage zu klären: Gibt dieses Ergebnis Anlass, unser System weiterzuentwickeln, oder Anlass, es beizubehalten? Das befürworten wir. Aber heute steht der Grundsatzbeschluss zur Entscheidung, das Indexierungsverfahren fortzusetzen. Das wird von meiner Fraktion befürwortet.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie des Abg. Dr. Rainer Balzer AfD)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Frau Kollegin Razavi.

**Abg. Nicole Razavi** CDU: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Es gehört zu den wichtigsten und anspruchsvollsten Aufgaben in der Demokratie, zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und dem Staat eine Brücke zu schlagen. Parteien und Medien erfüllen dabei wichtige Funktionen, doch die wichtigsten Brückenbauer sind die vom Volk gewählten Abgeordneten.

Die Bürgerinnen und Bürger, ja wir selbst richten hohe Ansprüche an unsere Arbeit. Wir wollen stets ein offenes Ohr für die Anliegen der Menschen haben. Umgekehrt wollen wir informieren und auch unbequeme Wahrheiten nicht zurückhalten. Wir beraten und verabschieden Gesetze. Wir tragen und kontrollieren die Regierung.

Wie verantwortungsvoll diese Tätigkeit ist, zeigt sich gerade in diesen Zeiten. Wenn die Politik immer komplexer wird, steigt die Neigung zu immer platteren Parolen, in Großbritannien oder in den USA, aber leider auch bei uns. Dem müssen wir entgegenreten.

Verantwortung zu tragen bedeutet nicht, dem Volk nach dem Mund zu reden. Verantwortung zu tragen bedeutet, auf das Volk zu hören und nach bestem Wissen und Gewissen zu entscheiden. Dem sind wir nach Artikel 38 des Grundgesetzes und nach Artikel 27 der Landesverfassung verpflichtet. Das gilt auch für das Thema Abgeordnetendiäten, das stets aufs Neue zu platten Parolen einlädt. Aber hier sollten wir von Populismus absehen.

Es geht nicht um Selbstbedienung, sondern um eine angemessene finanzielle Ausstattung. Klar ist: Wenn die Gesellschaft will, dass sie in unseren Parlamenten von guten und fähigen

(Nicole Razavi)

Politikern aus allen Bevölkerungsschichten und Berufsgruppen vertreten wird, dann muss die Abgeordnetenentschädigung den Aufgaben entsprechen.

Aufgrund der Stellung der Abgeordneten hat das Bundesverfassungsgericht klar und deutlich entschieden, dass Abgeordnete selbstständig über ihre Vergütung entscheiden müssen. Es sei – so heißt es dort – nicht mit dem Verständnis eines unabhängigen Volksvertreters vereinbar, wenn sich dieser durch Dritte eine Entschädigung zuweisen lassen müsse.

Über die Abgeordnetenentschädigung entscheiden wir öffentlich in einem transparenten Verfahren so, wie das Bundesverfassungsgericht es uns aufgetragen hat. Das Abgeordnetengesetz schreibt vor, dass die Abgeordnetenentschädigung selbst, die Aufwandsentschädigung und der Beitrag zur Altersvorsorge nach einem Indexierungsverfahren jeweils zum 1. Juli eines jeden Jahres angepasst werden sollen. Diese Anpassung wollen wir, die Fraktion GRÜNE, die Fraktion der CDU, die Fraktion der SPD und die Fraktion der FDP/DVP, mit unserem heutigen gemeinsamen Antrag für die beginnende Legislaturperiode vornehmen.

Ob nach oben oder nach unten – die Anpassung der Entschädigung folgt dabei einem Durchschnittswert, der sich aus der jährlichen Einkommensentwicklung der Angestellten, der Arbeitnehmer in der freien Wirtschaft und im öffentlichen Dienst sowie der Beamten, Rentner und Pensionäre ergibt; die Kostenpauschale folgt der Veränderung des Verbraucherpreisindex für Baden-Württemberg und der Vorsorgebeitrag der Entwicklung des Höchstbeitrags zur allgemeinen Rentenversicherung.

Ausgerichtet an festen Kennzahlen, gibt es aus unserer Sicht, aus Sicht der CDU-Fraktion, kein Verfahren, das transparenter und im Ergebnis gerechter wäre. Wir bitten Sie deshalb um Zustimmung zu unserem Antrag.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU, den Grünen, der SPD und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die AfD-Fraktion erlaube ich das Wort dem Kollegen Dr. Podeswa.

(Beifall bei der AfD)

**Abg. Dr. Rainer Podeswa** AfD: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich stimme den Ausführungen meiner beiden Vorredner im Wesentlichen zu.

Was ich gerade gelernt habe, ist, dass es heute, am ersten ganzen Sitzungstag, üblich ist, die wichtigsten und dringendsten Probleme des Landes zu thematisieren.

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD)

Das hat uns gerade zumindest Herr Minister Hauk – ziemlich wörtlich – mitgeteilt.

(Abg. Nicole Razavi CDU: 1. Juli!)

Ich halte also fest, dass die Abgeordnetenvergütung – seiner Einschätzung nach – zu den wichtigsten Themen des Landes gehört.

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abg. Tobias Wald CDU)

Dann habe ich heute im Verlauf des sehr interessanten ersten vollständigen Sitzungstags das Wort „Transparenz“ fast genauso oft gehört wie das Wort „Brexit“, vielleicht sogar noch häufiger. Ich möchte dies im Protokoll jedoch nicht nachzählen. Aber was ich mich wirklich frage und was ich auch Sie frage, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kollegen: Entspricht es wirklich unserem Anspruch an Information, an Öffentlichkeit, an Transparenz, dieses wichtige, durchaus auch bei den Bürgern gelegentlich kritisch gesehene Thema zu so später Stunde zu behandeln,

(Abg. Nicole Razavi CDU: Sind Sie schon müde? Sind Sie schon erschöpft? Wir sind ein Vollzeitparlament! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sind Sie schon müde? Sie haben der Tagesordnung im Präsidium zugestimmt, ohne Widerspruch! – Weitere Zurufe – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

es so zu behandeln, dass gestern Abend noch keinem Abgeordneten hier die Drucksache vorlag,

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das ist nicht richtig! Ihr Fraktionsgeschäftsführer und Ihr parlamentarischer Geschäftsführer waren informiert! – Glocke des Präsidenten)

es so zu behandeln, dass wir die Diätenerhöhung oder die Entschädigungserhöhung der nächsten fünf Jahre mit fünf Minuten Redezeit –

(Abg. Nicole Razavi CDU: Wenn Sie die Redezeit vernünftig nutzen würden, hätten Sie etwas davon!)

eine Minute pro Jahr in der Legislaturperiode – debattieren?

(Zuruf: Oje!)

Wir von der AfD-Fraktion werden dem Antrag nicht zustimmen.

In der ursprünglichen Diskussion und gerade auch hier am Rednerpult wurde erwähnt, dass nach elf Jahren Bestehen dieses Gesetzes eine Evaluation anstehen sollte. Dem hätten wir uns sicherlich angeschlossen.

Das Ganze einfach für fünf Jahre fortzuschreiben zeigt nur, dass man sich der öffentlichen Diskussion hier nicht stellen will. Wenn man sich die Sitzungsprotokolle aus dem Jahr 2005 anschaut – das habe ich getan, meine Damen und Herren –, ist unverkennbar, dass der einzige Grund für das Abgeordnetengesetz aus dem Jahr 2005 war, die öffentliche Diskussion zu vermeiden. Ich frage Sie wirklich: Warum eigentlich?

(Beifall bei der AfD)

Sind wir zu feige, uns über – es wurde ausgeführt – eine angemessene, jederzeit nachvollziehbare Aufwandsentschädigungserhöhung zu unterhalten?

(Abg. Nicole Razavi CDU: Ist sie doch! Sie haben das Prinzip nicht verstanden! – Zuruf: Vielleicht hat sich das einfach bewährt! – Weitere Zurufe – Glocke des Präsidenten)

(Dr. Rainer Podeswa)

– Sehr geehrte Frau Kollegin, ich glaube sehr wohl, dass ich das Prinzip verstanden habe. Wir wollen keine stillen und heimlichen Beschlüsse an den Bürgern vorbei.

(Beifall bei der AfD)

Wir wollen öffentlich diskutieren, und wir von der AfD-Fraktion lehnen den Antrag ab.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Und streichen anschließend die Diäten ein!)

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort dem Kollegen Gall.

**Abg. Reinhold Gall SPD:** Herr Präsident, werte Kolleginnen, werte Kollegen! Das Thema Abgeordnetenentschädigung, das heißt Diäten, wird in der Regel – sowohl die Höhe betreffend als auch insbesondere immer dann, wenn Veränderungen anstehen – schon immer kritisch diskutiert – wenn es um Erhöhungen geht, noch kritischer, als wenn es um Nullrunden oder gar um Absenkungen der Diäten geht. Ich will ausdrücklich sagen: Ich kritisiere nicht, dass darüber diskutiert wird und dass es vielleicht auch gelegentlich kritisiert wird. Denn die öffentliche Diskussion darüber ist vom Bundesverfassungsgericht ausdrücklich gewollt,

(Vereinzelt Beifall)

und diese Debatte, auch zu dieser Stunde, ist eine öffentliche Diskussion. Deshalb wird dies auch transparent gemacht.

(Beifall bei der SPD, den Grünen, der CDU und der FDP/DVP)

Herr Kollege, ich will Ihnen schon sagen: Wenn Sie jetzt hier so tun, als ob dies unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfände, als ob das Thema zu einem späten Zeitpunkt der Tagesordnung behandelt würde,

(Zuruf von der AfD: Das ist doch so!)

dann hätten Sie – das heißt Ihr Geschäftsführer oder Ihr Vorsitzender – beispielsweise im Präsidium vielleicht auf Änderungen drängen sollen. Das ist vom Präsidium – einschließlich Ihrer Fraktion – so beschlossen worden. Deshalb erübrigt sich an dieser Stelle eigentlich eine Kritik zu diesem Punkt.

(Beifall bei der SPD, den Grünen, der CDU und der FDP/DVP – Zurufe: Sehr gut! – So ist es!)

Aber in der Tat ist, wie ich gesagt habe, eine öffentliche Diskussion natürlich immer möglich und auch gewünscht; denn wir haben uns als Volksvertreter für das, was wir tun, im Zweifel immer auch zu rechtfertigen. Was ich aber kritisiere, ist die Art und Weise.

Wir haben gerade wieder ein Beispiel dafür erhalten, wie dies gelegentlich diskutiert wird, insbesondere auch von solchen, die mit dieser Kritik dann – das sollte man sich gelegentlich auch in Erinnerung rufen – Geld verdienen, indem beispielsweise die Zahlungen so dargestellt werden, dass in der Öffent-

lichkeit bei den Bürgern, die eben nicht so umfangreich informiert sind, ganz einfach ein falscher Eindruck entsteht und auch falsche Zahlen im Umlauf sind, indem Diäten, Aufwandsentschädigungen, beispielsweise auch Zahlungen an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, mandatsbedingte Unkosten und Kostenerstattungen zusammengerechnet werden und diese Summe dann in den Mittelpunkt gestellt wird.

Ich mache jedenfalls die Erfahrung, meine Damen und Herren, wenn ich Besuchergruppen empfangen – das tue ich regelmäßig – und mit Bürgern über die Höhe der Diäten im Gespräch bin, dass von der Mehrheit aller Menschen, die mit uns auf der sachlichen Ebene über die Höhe der Diäten diskutieren, eben kein Widerspruch kommt.

(Zuruf von der AfD)

Vielmehr höre ich häufig auch die Aussage: Für dieses Geld möchte ich Ihren Job und Ihre Aufgabe eigentlich nicht machen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der Grünen, der CDU und der FDP/DVP – Zuruf: Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren, aber nicht nur deshalb vollziehen die Menschen die Höhe der Diäten nach. Das Bundesverfassungsgericht hat schon 1975 den Abgeordneten eine Entschädigung, die der Bedeutung ihres Amtes entspricht, ausdrücklich zugesprochen. Ich sage in allem Selbstbewusstsein: Wenn ich mir unsere Aufgabenvielfalt, unseren Zeiteinsatz, unsere Verantwortung anschau, dann bin ich persönlich der Auffassung: Wir haben ein bedeutendes Amt, das durch die Diäten, die wir am heutigen Tag festlegen – jedenfalls legen wir das Prinzip für die Höhe der Diäten fest –, auch entsprechend entlohnt werden muss.

2005 haben wir beschlossen, dieses System der Indexierung anzuwenden – Bayern macht dies übrigens seit 1995. Das System folgt einer, wie ich finde, nachvollziehbaren Linie, nämlich der allgemeinen Einkommensentwicklung in unserem Bundesland Baden-Württemberg. Daran partizipieren auch wir. Ich weiß gar nicht, was daran eigentlich zu kritisieren ist.

(Beifall bei der SPD, den Grünen, der CDU und der FDP/DVP)

Man muss auch wissen: Andere Modelle – wir haben uns die Entscheidung damals nicht leicht gemacht –, die im Raum standen, beispielsweise eine externe, unabhängige Kommission damit zu befassen, haben wir selbst wieder verworfen, weil wir befürchtet haben, dass diese unabhängige Kommission uns letztendlich eine ganz andere Diätenhöhe vorschlägt, nämlich deutlich höhere Diäten, als wir sie gegenwärtig beziehen. Schon deshalb sind wir von diesem Modell abgerückt, das übrigens verfassungsmäßig auch fragwürdig gewesen wäre.

(Abg. Winfried Mack CDU: In der Tat!)

Deshalb will ich wiederholen: Die Indexierung, welche die durchschnittlichen Bruttomonatseinkommen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Größenordnung von 89 % berücksichtigt, ferner die Einkommensentwicklung und die Höhe der Vergütung der Tarifbeschäftigten und der Beamtenbesoldung, ist eine klare, nachvollziehbare und transparente

(Reinhold Gall)

Indexierung, die wir uns zugrunde gelegt haben. Eine gewogene Maßzahl liegt dem zugrunde. Diese legen wir auch nicht selbst fest, sondern wir bedienen uns der Zahlen des Statistischen Landesamts.

Deshalb habe ich auch wenig Verständnis – das will ich hier auch sagen –, dass der Bund der Steuerzahler dies heute undurchsichtig nennt.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Genau!)

Es ist im Abgeordnetengesetz ganz klar geregelt. Im Dritten Teil – Entschädigung der Abgeordneten und Versorgung – ist nachzulesen, was die Kriterien dieser Indexierung sind. Wenn wir uns in den nächsten Jahren über die Anwendung dieser Kriterien unterhalten wollen – das beschließen wir ja heute –, dann können wir dies gern tun. Aber uns Undurchsichtigkeit vorzuwerfen ist meines Erachtens nicht sachgerecht.

(Beifall bei der SPD, den Grünen, der CDU und der FDP/DVP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir stehen zu dieser Indexierung. Wir sind bereit, über die Inhalte und über die Maßzahlen – über die gewogenen Maßzahlen, darüber, ob es dort Verschiebungen geben soll – nachzudenken. Aber auch da will ich erwähnen: Wir haben uns nicht etwa an den Höchstgrenzen orientiert, bei den Beamten beispielsweise nicht am höheren Dienst, sondern am gehobenen Dienst, und bei den Angestellten auch am gehobenen Dienst, also nicht an E 15, sondern beispielsweise an E 12. Auch daran wird deutlich, dass wir uns wirklich in einem Mittelmaß befinden.

Wie gesagt, über diese Indexierung, über die Inhalte, Kollege Sckerl, reden wir; das ist überhaupt keine Frage. Meine Fraktion sagt aber heute zum dritten Mal klar und deutlich Ja zu dieser Indexierung. Ich möchte Sie einfach bitten, das dann auch im weiteren Verfahren entsprechend zu unterstützen.

(Beifall bei der SPD, den Grünen, der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort dem Kollegen Dr. Kern.

**Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Durch die letzte Parlamentsreform ist es – ich glaube, das können wir Parlamentarier durchaus selbstbewusst sagen – zu einer Intensivierung der Parlamentsarbeit gekommen. Dies hatte zwangsläufig auch Auswirkungen auf die Arbeitsintensität und auf eine angemessene Entschädigung.

Natürlich ist es schwer, einen objektiven Maßstab für eine angemessene Entschädigung zu finden. Man kann beispielsweise die Diäten in Schleswig-Holstein nehmen, die mehr als 420 € über denen in unserem Land liegen, oder die in Nordrhein-Westfalen mit insgesamt 8 765 €. Alle Fraktionen unseres Landtags haben sich damals – aus meiner Sicht mit guten Gründen – für den Bayerischen Landtag als Maßstab entschieden, weil wir mit diesem Bundesland und dessen Parlamentsstruktur am ehesten vergleichbar sind.

Darüber hinaus ist die Entschädigung schon seit 2005 an die Entwicklung der Arbeitnehmereinkommen in Baden-Würt-

temberg gekoppelt. Das sogenannte Indexierungsverfahren ist so geregelt, dass das Statistische Landesamt dem Landtag eine Maßzahl mitteilt, die sich an der allgemeinen Einkommensentwicklung in der Wirtschaft und im öffentlichen Dienst während eines einjährigen Zeitraums orientiert. So wurden bemerkenswerterweise nahezu ohne öffentliche Resonanz zum 1. Juli 2010

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hört, hört!)

erstmals in der Geschichte des Landtags die Zahlungen an die Abgeordneten abgesenkt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Auch das ist in diesem System eben möglich.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Die FDP/DVP-Landtagsfraktion hält das bisherige Verfahren für transparent, nachvollziehbar und gerecht. Unsere Fraktion wird dem vorgeschlagenen Verfahren deshalb auch zustimmen.

Dabei wissen wir, dass es gerade bei der Frage der Angemessenheit der Abgeordnetenentschädigung immer wieder eine lebhaft öffentliche Debatte und ein durchaus differenziertes Presseecho gibt. Dies ist aber selbstverständlich ein unverzichtbares Recht von Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

Es ist nun einmal so, dass Abgeordnete Gesetze machen und damit natürlich hin und wieder auch in eigenen Angelegenheiten entscheiden müssen. Das mag manchmal ein Geschmäcke haben, aber anders geht es nun einmal nicht.

Im Übrigen fällt die öffentliche Kommentierung auch in den Bundesländern, in denen z. B. die Entscheidung über die Höhe der Abgeordnetenentschädigung durch unabhängige Sachverständigengremien vorbereitet wird, keineswegs freundlicher aus.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP, den Grünen, der CDU und der SPD)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Erledigung des Antrags. Wer dem Antrag Drucksache 16/227 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Antrag ist mehrheitlich zugestimmt.

Damit ist Punkt 7 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

#### **Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder der Kommission nach Artikel 10 GG**

Meine Damen und Herren, in § 2 Absatz 2 des Gesetzes zur Ausführung des Artikel 10-Gesetzes wird bestimmt, dass das Innenministerium unverzüglich eine Kommission über die von ihm angeordneten Beschränkungsmaßnahmen unterrichtet.

(Stellv. Präsident Wilfried Klenk)

Die Kommission besteht nach § 2 Absatz 5 dieses Gesetzes aus dem Vorsitzenden, der die Befähigung zum Richteramt besitzen muss, und zwei Beisitzern. Sie wird für die Dauer einer Wahlperiode bestellt. Gleichzeitig ist für jedes Mitglied der Kommission eine Stellvertreterin bzw. ein Stellvertreter zu wählen.

Nach § 17 a Absatz 2 der Geschäftsordnung steht das Vorschlagsrecht der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der CDU und der Fraktion der AfD für jeweils ein Mitglied und jeweils eine Stellvertreterin bzw. einen Stellvertreter zu. Auf Ihren Tischen finden Sie einen gemeinsamen Vorschlag der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der CDU und der Fraktion der AfD (*Anlage 2*).

Sind Sie damit einverstanden, die Wahl offen durchzuführen?  
– Das ist der Fall.

Wer diesem Wahlvorschlag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Wahlvorschlag ist mehrheitlich zugestimmt.

Damit ist Punkt 8 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 9** der Tagesordnung auf:

- a) **Wahl von Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern des Verwaltungsrats des Badischen Staatstheaters**
- b) **Wahl von Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern des Verwaltungsrats der Württembergischen Staatstheater**
- c) **Wahl von Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern des Verwaltungsrats des Landestheaters Württemberg-Hohenzollern**

Meine Damen und Herren, nach den Theaterverträgen zwischen dem Land Baden-Württemberg und den Städten Karlsruhe und Stuttgart gehören dem Verwaltungsrat des Badischen Staatstheaters und dem Verwaltungsrat der Württembergischen Staatstheater jeweils sechs Abgeordnete an, die vom Landtag namentlich bestimmt werden.

Außerdem sind gemäß § 5 Absatz 2 der Satzung des Landestheaters Württemberg-Hohenzollern in Tübingen zwei Abgeordnete Mitglied und zwei Abgeordnete stellvertretendes Mitglied des dortigen Verwaltungsrats.

Mit Ablauf der 15. Wahlperiode ist die Mitgliedschaft der bisherigen Vertreterinnen und Vertreter des Landtags in diesen drei Gremien erloschen.

Nach § 17 a Absatz 2 unserer Geschäftsordnung stehen im Verwaltungsrat des Badischen Staatstheaters und der Württembergischen Staatstheater der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU jeweils zwei Sitze und den Fraktionen der AfD und der SPD jeweils ein Sitz zu. Im Verwaltungsrat des Landestheaters Württemberg-Hohenzollern steht der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU jeweils ein Sitz zu.

Für alle Verwaltungsräte sind auch jeweils Stellvertreterinnen bzw. Stellvertreter zu benennen.

Auf Ihren Tischen liegt ein gemeinsamer Wahlvorschlag der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der CDU, der Fraktion der AfD und der Fraktion der SPD (*Anlage 3*).

Sind Sie damit einverstanden, die Wahl offen durchzuführen?  
– Dies ist der Fall.

Wer diesem Wahlvorschlag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Wahlvorschlag ist einstimmig zugestimmt.

Damit ist Punkt 9 der Tagesordnung erledigt.

Wir sind am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

(Abg. Winfried Mack CDU: Sehr gut!)

Die nächste Sitzung findet morgen, 30. Juni 2016, um 9:30 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

**Schluss: 18:44 Uhr**

## Vorschlag

der Fraktion GRÜNE

### Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen

Gremium	Funktion	scheidet aus	tritt ein
Ausschuss für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft	ordentliches Mitglied stellvertretendes Mitglied	Marwein Salomon	Walter Marwein
Ausschuss für Soziales und Integration	ordentliches Mitglied stellvertretendes Mitglied	Walter Seemann	Seemann
Petitionsausschuss	ordentliches Mitglied	Walter	Pix

28.06.2016

Andreas Schwarz und Fraktion

## Wahlvorschlag

der Fraktion GRÜNE,  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der AfD

### Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder der Kommission nach Artikel 10 GG

Zur Wahl werden folgende Personen vorgeschlagen:

GRÜNE

CDU

AfD

---

#### Mitglieder:

Thomas Oelmayer

Alexander Throm

Rüdiger Klos MdL

#### Stellvertretende Mitglieder:

Dr. Dierk Helmken

Ulrich Lusche

Lars Patrick Berg MdL

11.05.2016

Andreas Schwarz und Fraktion  
Dr. Reinhart und Fraktion  
Dr. Meuthen und Fraktion

**Wahlvorschlag**

der Fraktion GRÜNE,  
der Fraktion der CDU,  
der Fraktion der AfD und  
der Fraktion der SPD

**Wahl von Mitgliedern des Verwaltungsrats des Badischen Staatstheaters Karlsruhe, der Württembergischen Staatstheater Stuttgart und des Landestheaters Württemberg-Hohenzollern**

Zur Wahl werden vorgeschlagen:

	GRÜNE	CDU	AfD	SPD
a) Verwaltungsrat des Badischen Staatstheaters				
Mitglieder:	Saebel Salomon	Felder Kößler	Dr. Balzer	Dr. Schmid
Stellvertreter/-innen:	Kern, Manfred Lisbach	Neumann Wald	Wolle	Rivoir
b) Verwaltungsrat der Württembergischen Staatstheater				
Mitglieder:	Lösch Walker	Gramling Kurtz	Wolle	Rivoir
Stellvertreter/-innen:	Aras Kern, Manfred	Nemeth Razavi	Dr. Balzer	Hofelich
c) Verwaltungsrat des Landestheaters Württemberg-Hohenzollern				
Mitglieder:	Lede Abal	Röhm		
Stellvertreter/-innen:	Bogner-Unden	Haser		

28.06.2016

Andreas Schwarz und Fraktion  
Dr. Reinhart und Fraktion  
Dr. Meuthen und Fraktion  
Stoch und Fraktion